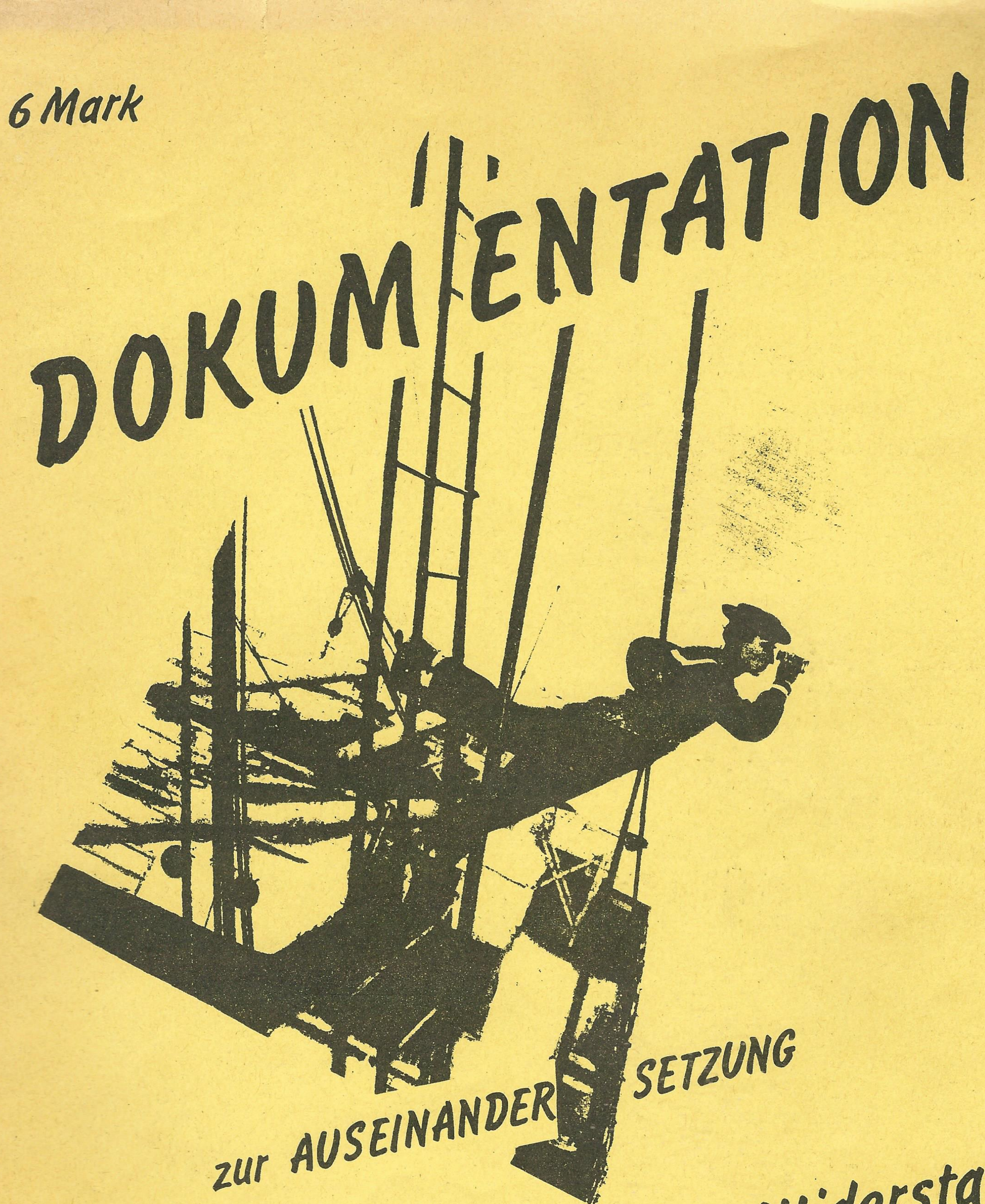
6 Mark

DOKUMENTATION



zur AUSEINANDERSETZUNG

RAF <> politische Gefangene <> Widerstand

zusammengestellt von

AGITARE BENE

gut schütteln

INHALT



VORWORT

Liebe GenossInnen !

Diese Broschüre soll die politische Auseinandersetzung zwischen RAF, Gefangenen und Widerstand verständlicher machen. Sie soll deutlich machen, wie die Entwicklung war, die zum Verrat der Celler Gefangenen und der RAF an ihrer und unserer Geschichte geführt hat.

Wir haben in Diskussionen gemerkt, daß es schwer ist, einen Überblick über diese Auseinandersetzung zu haben; nicht alle können alle Briefe und Papiere dazu kennen. Das ist auch mit ein Grund warum sich viele scheuen, Position zu beziehen.

Aber genau daß ist wichtig. Sonst schaffen wir es nicht, aus dem ganzen Wust von Individualisierung, "Nicht Wissen", Rumfrusten, Abwarten usw. herauszukommen und unsere eigene Geschichte wieder selbst in die Hände zu nehmen. Wenn wir hören, der ganze Konflikt sei sowieso nur "Machtkampf", oder daß das Ganze auf "ätzender Diskussionsstil" reduziert wird, finden wir das viel zu einfach. Dahinter dürfen wir uns nicht zurückziehen.

Zur Auswahl in der Broschüre: Es sind zu viele Papiere um alles abzudrucken. Wir haben die Texte und Briefe genommen, die nötig sind, um die Entwicklung nachzuvollziehen. Wir haben darauf geachtet das möglichst alle Positionen vorkommen. (Hoffentlich haben wir nichts vergessen.) Manchmal haben wir auch das genommen, was uns gefällt.

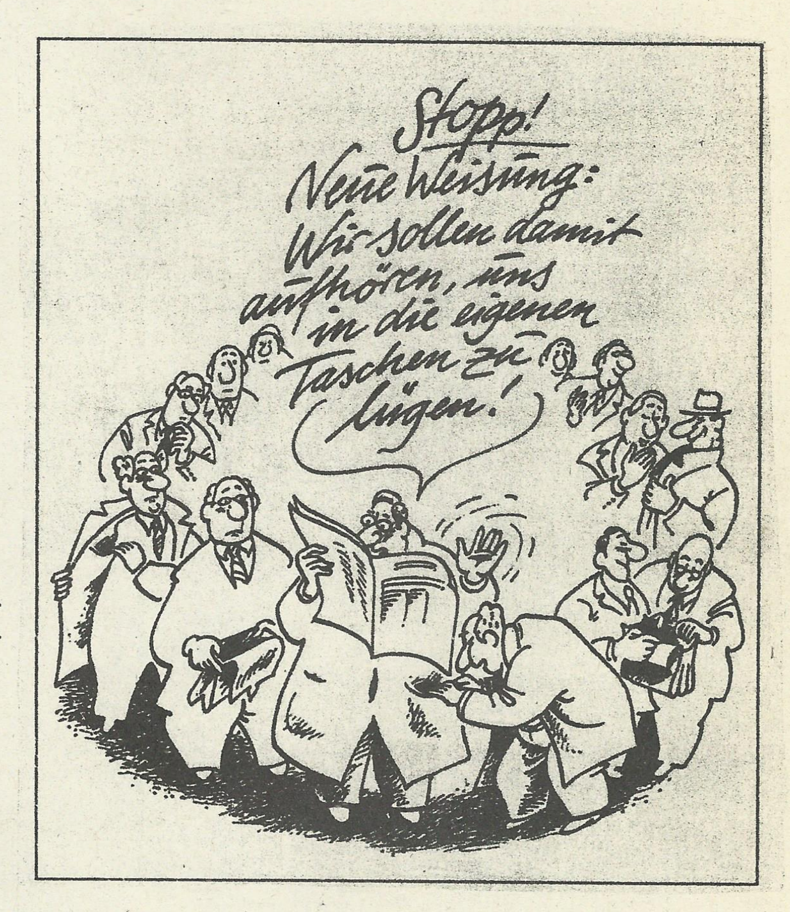
Es tut uns leid, daß es zu Teil eine ganz schöne Bleiwüste geworden ist. Noch mehr Seiten fanden wir zu teuer.

Die Zusammenstellung beginnt mit der Augusterklärung der RAF. Zum Zeitraum bis dahin gibt es mindestens 3 Zusammenstellungen: von der **RAZZ** aus Hannover, **Radikal** (die haben warscheinlich noch welche) und von uns (ist vergriffen!!)
An den Anfang haben wir den AK-Artikel "Kampf zweier Linien" gestellt. Er kann als sowas wie ein Wegweiser durch die Papierberge dienen. (allerdings finden wir es atzend, von einer "Monopolstellung der Antiimps" im Bezug auf die Gefangenen zu reden. Das läßt alle die weg, die die ganzen Jahre für die Gefangenen aktiv waren.)

Hinweisen wollen wir verschärft aufs **Angehörigen-Info**! Ihr solltet es abonieren. In Infoläden gibt es Briefzusammenstellungen aus Frankreich von **AD-Gefangenen** und Texte von **PCE(r)** und dem italienischen Gefangenen-Kollektiv **Wotta Sita** zum April-Brief der RAF.

Zum Schluß wollen wir noch betonen, daß der Konflikt nicht dazu führen darf, Gefangenen unsere Solidarität im Kampf gegen die Vernichtungs haft zu entziehen. Daß der Staat die Situation benutzt, um die Repression gegen die Gefangenen zu verschärfen ist offensichtlich: Die neuen Prozesse und Mitte November erst die Morddrohung gegen die Gefangenen, für die Brigitte in ihrer Erklärung gegen den Deal mit dem Staat geredet hat.

agitare bene





Bestellen könnt ihr die Broschüre NUR gegen Vorkasse in BAR(oder Briefmarken). Schickt keine Schecks!
Einzelbestellungen kosten 6,- Mark + 1,50 fürs Porto.
Ab 3 Stück müßt ihr 5,50 Mark inklusive Porto bezahlen.

agitare bene
c/o AL

Bobstr. 6
50676 Köln

Kampf zweier Linien

Anderthalb Jahre „Kinkel-Initiative" – eine Bilanz ihrer Wirkung „drinnen und draußen"

In der Erklärung von Helmut Pohl, die er auch im Namen von Eva Haule, Heidi Schulz, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Rolf-Clemens Wagner und Rolf Heißler (alle Gefangene aus der RAF) abgab, erklären die Gefangenen: *„Es wird mit uns keine Neuauflage von sowas wie der Kinkel-Initiative geben, in welcher Variante auch immer."* Dieses Schreiben signalisiert, daß diese Gefangenen öffentlich machen wollen, was in den letzten drei Jahren in oft quälenden Debatten unter den GenossInnen „drinnen und draußen" an Widersprüchen aufgetreten ist. Der folgende Beitrag versucht, wesentliche Stationen dieser Diskussionen und Auseinandersetzungen nachzuzeichnen.

Der letzte kollektive Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand Anfang 1989 war durch eine Umorientierung weg vom linksradikalen Ghetto und hin auf liberale Kreise in dieser Gesellschaft gekennzeichnet. Die Hungerstreikerklärung war ganz auf dieses Spektrum zugeschnitten. Die verbalrevolutionäre Diktion früherer Hungerstreikerklärungen fehlte. Das trug zur Verwirrung des traditionellen „Antiimp"-Spektrums bei, das bisher praktisch das Monopol der Orientierung auf die Gefangenen hatte. Allerdings hatte sich in diesen Spektrum schon seit 1988 ein verstärkter Rückzug aus dem politischen Leben abgezeichnet, verursacht unter anderem durch die nicht aufgearbeiteten Erfahrungen und Fehler der antiimperialistischen Politik der 80er Jahre, dem sogenannten „Frontprozeß". Lutz Taufer schildert im weiter unten noch ausführlicher erwähnten Papier „Gesellschaft oder Ghetto", daß eine nach mehreren Jahren Knast entlassene Genossin von Gesprächen im kleinen Kreis und auf Veranstaltungen berichtete, *„wo es aus den Leuten nur so rausplatzen würde. Vom Fronttrauma sei immer wieder die Rede gewesen, einige seien in die Psychiatrie gekommen, die Besten seien davongelaufen ..."* Diese drastische Schilderung beschreibt die Krise, ja die persönliche Dramatik vieler „Antiimp"-Zusammenhänge seit Ende der 80er Jahre.

Weil der Sinn des Hungerstreiks in der Gewinnung von Unterstützung im liberal-humanistischen Spektrum bestand, unterblieben begleitende militante Aktionen, anders als bei vorherigen Hungerstreiks, fast völlig. Lediglich in der letzten, für einige Gefangene schon lebensbedrohlichen Phase, gab es den Angriff auf die Börse in Frankfurt und die Besetzung einer EG-Behörde in Brüssel.

Das Resümee dieses Kampfes war, daß es einerseits die bisher größte Unterstützung für die Forderungen der Hungerstreikenden gab; anderseits der Druck nicht ausreichte, um substantielle Zugeständnisse vom Staat durchzusetzen. Die Kleingruppenisolation konnte nicht aufgehoben werden.

Die oben beschriebene Schwäche des antiimperialistischen Spektrums führte dazu, daß die humanistischen Kräfte nicht — wie geplant — UnterstützerInnen der Kampagne waren, sondern diese inhaltlich fast völlig bestimmten. Die Argumente derer, die den Gefangenen teilweise entgegenkommen wollten, um das Kapitel des bewaffneten Kampfes in der BRD ohne Gesichtsverlust für alle Beteiligten endlich abschließen zu können, waren sowohl von Antje Vollmer (Grüne) als auch vom damaligen Hamburger Verfassungsschutzchef Lochte zu vernehmen.

Nach dem Ende des Hungerstreiks brachen die lange Zeit tabuisierten Konflikte offen auf. Vielen Gefangenen war der bisherige Kontakt zu GenossInnen aus dem antiimperialistischen Spektrum zu eng. Beziehungen zu kirchlichen und humanistischen Kreisen sowie ausländischen GenossInnen wurden geknüpft. Alte Kontakte zerbrachen. Das ging nicht ohne persönliche Kränkungen ab, was zur Auflösung vieler eh schon desolater „Antiimp"-Strukturen beitrug.

Die Erschütterungen der gesamten Linken im Gefolge der Auflösung des osteuropäischen „Realsozialismus" ab 1989 verstärkten diese Tendenzen zwar, waren aber nicht der Auslöser.

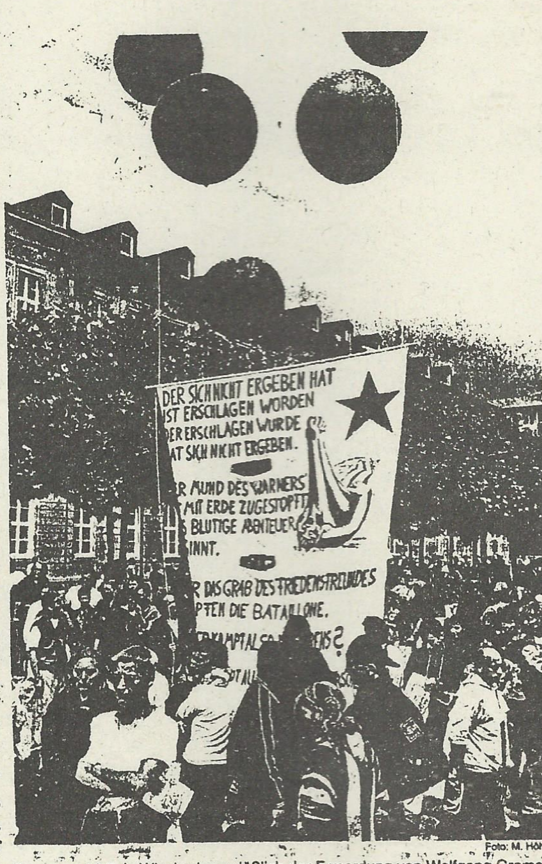


Foto: M. Höhn

Demo am 10.7. in Wiesbaden anläßlich der Ermordung von Wolfgang Grams

KGT startet „Kinkel-Initiative"

In diese Schwächephase fiel die oft fälschlich nach dem damaligen Justizminister Kinkel benannte Initiative, die in Wirklichkeit von der „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung" (KGT) ausgearbeitet wurde, einem Gremium, dem der Verfassungsschutz, das BKA, die Bundesanwaltschaft, Landes- sowie Bundesministerien angehören. Die KGT-Initiative, im Januar 1992 verkündet, bestand in der Ankündigung, die (vermeintlich) vorzeitige Freilassung bestimmter Gefangener aus RAF und Widerstand zu prüfen.

Mit dieser Initiative wurden Überlegungen eines Teils des Repressionsapparates umgesetzt, die RAF dadurch zu eliminieren, daß ihr angebliches Bewegungsthema, die Isolationshaft der Gefangenen, entschärft wird. Nach der Lesart der KGT ist die RAF seit 1977 nur eine „Befreit-die-Gefangenen-Guerilla". Würde ihnen dieses Thema genommen, verlören sie auch den letzten Rest an Unterstützung. Auch diese Staatsschutzvariante wollte natürlich auf Repression gegen die „Unbelehrbaren" nicht verzichten.

In den Medien wurde gezielt Verwirrung gestiftet, der Begriff „Versöhnung" wurde strapaziert. Das hatte auch Wirkung in den verbliebenen Gruppen, die seit Jahren gegen die Isolationshaftbedingungen kämpfen. Dort wurde, anfangs häufig mangels Alternative, in der KGT-Initiative eine Chance gesehen, den Staat von seiner harten Haltung gegenüber den Gefangenen abzubringen.

Es hatte den Anschein, daß sich selbst die RAF an dieser Initiative orientierte. Jedenfalls ging ihre berühmte Gewaltverzichtserklärung von April 1992 von zwei Fraktionen im Staatsapparat aus, von denen die eine moderater sei. Diese gilt es zu stützen, wenn es sein muß mit Druck von Wirtschaftskreisen, die es leid sind, jährlich mindestens einen Führungskader durch RAF-Attentate zu verlieren. Die Verknüpfung der Perspektive der RAF mit der Lösung der Gefangenenfrage war in der Erklärung unübersehbar. Die RAF verzichtete ganz realpolitisch auch auf die Forderung der sofortigen Freilassung. Statt dessen wurde die Formel von der „Freilassung in absehbarer Zeit" geprägt, ein auslegbarer Begriff. Diese Erklärung vervollständigte die Verwirrung in der Restlinken. Allerdings zeigte sich auch, daß die Initiative der RAF unter den Gefangenen selber umstritten war. Daß Irmgard Möller, die seit 21 Jahren inhaftiert ist und als einzige die Stammheimer Todesnacht schwerverletzt überlebt hat, wenige Tage nach der Veröffentlichung der RAF-Erklärung diese im Namen aller Gefangener aus RAF und Widerstand diese Initiative vorbehaltlos unterstützte, änderte an der Umstrittenheit nichts.

Die Diskussion unter den Gefangenen

Die Gefangenen waren und sind kein monolithischer Block. Mittlerweile sind Gefangene aus unterschiedlichen Kampfperioden inhaftiert: aus der Vietnambewegung (die meisten von ihnen sind inzwischen tot), den Kämpfen zur gescheiterten Befreiung der Gründungsmitglieder der RAF, aus dem Anti-Natokampf Anfang der 80er Jahre, aus dem Frontprozeß ab 1985/86, dessen Ziel es war, die Kräfte der verschiedenen Widerstandskämpfe zu vereinheitlichen. Die wenigsten Gefangenen kannten sich noch aus den politischen Kämpfen in Freiheit. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die politischen Erfahrungen und Einschätzungen oft unterschiedlich sind. Die Isolationshaftbedingungen tragen natürlich das ihre dazu bei, politische Diskussions- und Reflexionsprozesse fast unmöglich zu machen. Die wenigen Kontakte zwischen „Drinnen und Draußen" wurden durch Beschlagnahmeverfügungen, Gesprächsabbrüche, Besuchsverbote und andere Instrumentarien staatlicher Repression immer wieder massiv behindert.

Die scharfe Kontroverse zwischen der „Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen" aus Tübingen und dem Gefangenen aus der RAF Lutz Taufer, die Ende 1991/Anfang 1992 über diverse autonome Publikationen geführt wurde, war der Beginn einer öffentlichen Debatte dieser Widersprüche.

Ausgangspunkt der Kontroverse war die Erklärung der drei Celler Gefangenen Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts zu ihrem begrenzten und befristeten Hungerstreik. Die Tübinger GenossInnen äußerten in ihren Fragen an die drei Irritationen über diese Erklärung sowie über das Gespräch zwischen den Gefangenen und niedersächsischen PolitikerInnen, das zum Abbruch des Hungerstreiks führte. Die Tübinger schrieben: *„Euer Gespräch mit VertreterInnen des Staates und die Art und Weise, wie ihr darüber schreibt (‚das Gespräch war gut, es ging fast immer um eine pol. Lösung ...') hatte auch die Diskussion zur Folge, ob Reformismus bzw. individueller Kampf um persönliche Situationsverbesserungen nun an die Stelle politisch-revolutionären Kampfes zur Veränderung der gesellschaftlichen Realität getreten ist."*

Diese provokanten Äußerungen konterte Lutz Taufer wenig solidarisch gleich in der Einleitung folgendermaßen: *„euer brief ist hier ... eingegangen. das zentrale problem dabei ist, daß es bei uns etwas gibt, wovon wir abschwören könnten, bei euch nicht ..."*

Über die Spannungen zwischen den Gefangenen und einem Teil des UnterstützerInnenspektrums gibt folgendes Zitat von Lutz Taufer aus der Debatte Hinweise: *„Nachdem wir ein Jahrzehnt lang in harter Arbeit — ohne Übertreibung — uns bemüht haben, mit Menschen und Gruppen draußen ins Gespräch zu kommen, die sich mit dem Begriff oder Etikett revolutionär bezeichnen, Bemühungen, die etliche Leitzordner von ausgearbeiteten Briefen und Texten füllen, ohne daß diese aberwitzige Anstrengung auch nur den Schatten einer verbindlichen gemeinsamen Arbeit zum Resultat gehabt hätte, haben wir uns die Freiheit genommen, mit Menschen und Gruppen zu arbeiten, die sich engagieren, statt im trüben zu fischen ..."*

Tatsächlich wurde in dieser Debatte deutlich, daß die Celler Gefangenen zu einer Erneuererströmung unter den Gefangenen zählten, die mit den beschriebenen negativen Erfahrungen auch gleich einen Großteil der Grundlage ihrer bisherigen Politik vergessen wollten. Dieser Gruppe gehören noch die Gefangenen aus Lübeck an. Andere haben sich nur bruchstückhaft dazu geäußert. In seinem Brief „Gesellschaft oder Ghetto" von Januar 1993 äußerte Lutz Taufer: *„hauptaufgabe des jahres 1992 und vor allem der beiden jahre zuvor wäre es gewesen, den mit den erklärungen aus 88 und dem hs 89 begonnenen weg zu handlungsmöglichkeiten und bewegungsspielräumen innerhalb der gesellschaft auszubauen. der erste schritt in dieser richtung konnte wirklich nur sein: auflösung der altbestimmungen revolutionärer politik, weil eine neubestimmung nicht möglich ist, solange die vorstellungen von revolutionärer politik dermaßen penetrant im bild der 80er jahre fixiert sind."*

Die einst geschmähten ReformistInnen wurden plötzlich zu Menschen, die sich wirklich um politische Lösungen bemühen, während sich revolutionär verstehende GenossInnen zu praxislosen PapiertigerInnen erklärt wurden, die eh nicht ernst zu nehmen seien.

So veröffentlichte Lutz Taufer ohne Einwilligung der Tübinger GenossInnen diesen Briefwechsel, obwohl diese ihren Brief nur an alle Gefangenen gerichtet hatten. Diesen Vertrauensbruch, der mit der Phrase „Wir halten nichts von Hinterzimmerpolitik" schlecht kaschiert war, begründete Taufer mit den Vorwurf an die GenossInnen, sie versuchten, die Gefangenen gegeneinander auszuspielen.

Es wurde zukünftig leider traurige Praxis, daß die ErneuerInnen sowohl „drinnen" als auch „draußen" ihre enttäuschten Hoffnungen in die KGT-Initiative durch vermehrte verbale Angriffe auf kritische GenossInnen kompensierten. So schrieb der Gefangene aus dem Widerstand Rico Prauss in Imitation der alten DKP-Kritik an der RAF über eine die neue RAF-Linie kritisierende Erklärung, daß diese allein im Staatsschutz-Interesse liege. *„Kämpfen und revolutionäre Praxis immer und ohne jeden Sinn, Verstand und Bezug zur politischen Situation darzustellen, es macht wenig Unterschied im Effekt, ob es aus rein staatlichem Interesse geschieht oder aus einem intellektuellen Dämmerzustand."* (Angehörigen-Info Nr. 94, 5.6.1993, S.2). Im übrigen blieben die Kritiken, die sowohl an der RAF-Erklärung als an den PragmatikerInnen unter den Gefangenen geübt wurden, im Angehörigen-Info zumeist unerwähnt oder unabgedruckt.

Diese Praxis kannte mensch schon von früher. Die kommunistische Kritik, die sowohl die Gefangenen wie die Illegalen der spanischen Guerilla GRAPO (antifaschistische Gruppen des 1. Oktober) und die illegale Partei PCE(R) (wiederaufgebaute kommunistische Partei) als auch die belgische Guerilla CCC (Kämpfende kommunistischen Zellen) an der RAF-Strategie in den achtziger Jahren übten, blieb unbeantwortet. So war es nur konsequent, daß die Stellungnahmen dieser Organisationen zum neuen Kurs der RAF, der von ihnen als äußerst bedenklich für die revolutionäre Bewegung eingeschätzt wurde, ebenfalls ohne Resonanz blieben.

Die Kritik der Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand Bernhard Rosenkötter, Michael Dietiker und Ali Jansen (der trotz Haftunfähigkeit noch immer nicht aus dem Knast entlassen wurde) vom Mai 1992 an der RAF-Erklärung ist ähnlich grundsätzlich. So kommentieren sie die Stelle in der Erklärung, in der dem Staat zugebilligt wird, daß er auch auf die Vernichtung antagonistischer Widersprüche mittels polizeilich-militärischen Mitteln verzichten könnte: *„wer sowas denkt und schreibt, der hat sich von der dringend notwendigen rekonstruktion revolutionärer politik verabschiedet, der sucht zuflucht im reformismus."* (ak 343 vom 3.6.1992)

In einem längeren Text vom Juli 1992, der unter dem Titel „Über das Schleifen von Messerrücken" veröffentlicht wurde, unterziehen sie die Geschichte der RAF einer kritischen Untersuchung und präzisieren ihre Kritik an deren jüngsten Politik als auch an den Erklärungen der PragmatikerInnen unter den Gefangenen. Deren Hauptsorge, aus dem Ghetto herauszukommen, in die Gesellschaft zurückzukehren (Lutz Taufer in Konkret 8/92), wird in diesen Papier nicht grundsätzlich abgelehnt. Es wird aber darauf hingewiesen, daß der historische Hintergrund ignoriert wird, daß die RAF z.B. in ihren Maipapier (theoretische RAF-Erklärung vom Mai 1982) für sich selber einen Platz außerhalb der Gesellschaft gewählt hat. Ohne diese Erinnerung aber drohe die Gefahr, im Reformismus zu versacken, denn *„aus politischer Basisarbeit hat sich nirgends unmittelbar revolutionäre Politik entwickelt ... Die Tatsache, daß die damaligen Antworten* (gemeint sind die verschiedenen RAF-Konzepte, Anm. ak) *heute nicht einfach wiederholt werden können, ist aber noch lange kein Grund, das ganze damals schon erreichte Erkenntnisniveau und Problembewußtsein über den Haufen zu werfen."*

Wurde diese Fundamentalkritik weitgehend ignoriert, so droschen die PragmatikerInnen um so heftiger auf moderatere Kritik an ihrer Politik ein. So bringt es Knut Folkerts fertig, in einem im Angehörigeninfo Nr. 113 vom 25.2.93 abgedruckten Brief KritikerInnen folgendermaßen abzufertigen: *„verwahrloster Umgang mit Argumenten"*, *„blinde, alles verkehrende reaktion"*, *„gerade diejenigen, die im verlaufe des ganzen letzten Jahres mit nichts aufgefallen sind, (...) wollen uns belehren."*

Lutz Taufer formulierte auf die Kritik, die der RAF-Gefangene Rolf Heißler in sehr moderater Form an der Politik der Celler Gefangenen äußert, unter anderem: *„... Rolf Heißler wußte seinem revolutionären Publikum zu enthüllen"*, *„damit traf Rolf Heißler sicherlich den Geschmack des Publikums"*, *„von Angeberei geprägt(e) Debatte, der sich einige Gefangene kritiklos angepaßt haben"*, *„wir tun nichts, ergo wir sind radikal ..."*

Explizite Kritik an der neuen Linie der RAF und einiger Gefangener äußerte Christian Klar in einem Leserbrief in der „konkret". Er sieht in der neuen Linie eine Kapitulation vor *„Kleinmut und linksdeutscher Einseiferei"*. Die *„neu aufbrechende und sich organisierende Linke hier im Land"* soll *„ihre Strategie entwickeln (...), ganz ohne sich von den Drohungen des Apparats beeindrucken zu lassen, daß er ja die Gefangenen in der Hand hat"*. (zitiert nach Angehörigeninfo 101, 10.9.92)

Die RAF-Gefangene Heidi Schulz schrieb in einem Brief vom Januar 1993, daß die RAF und Teile der Gefangenen „nicht mehr von der realen Wirklichkeit ausgehen", sondern den Eindruck erwecken, „man könne mit diesem Staat einig werden". Tatsächlich jedoch könne der Kampf für die Zusammenlegung und die Freiheit der politischen Gefangenen nur erfolgreich geführt werden, wenn er *„in den gesellschaftlichen Klärungsprozessen gegen die reaktionäre Entwicklung als Kampf gegen staatliche Unterdrückung, (...) in den Prozeß der Neuformierung des revolutionären Projekts"* integriert sei. Rolf Heißler schließlich bemerkte in dem von Taufer kritisierten Brief schon im Januar 1993, daß die Kinkel-Initiative weder gescheitert noch tot sei. *„Im Gegenteil, sie steht in vollster Blüte und erntet ihre ersten Erfolge. Die Erklärung der RAF vom April 1992 signalisiert: Die RAF in ihrem jetzigen Zustand der Desorientierung ist mit sich beschäftigt und damit handlungsunfähig und braucht nicht mehr ernst genommen zu werden."*

Die Debatte um die „Geheimverhandlungen"

Statt sich mit diesen gewichtigen Einwänden gegen die neue Linie zu befassen, griffen die ErneuerInnen, wie schon erwähnt, zu Beschimpfungen und Unterstellungen. Dieser neue Stil, der von einigen Gefangenen gegen ihre GenossInnen drinnen und draußen gepflegt wird, wurde in zwei kontroversen Debatten besonders deutlich vorexerziert. Seit Monaten kursierten Gerüchte über ein Treffen in der Evangelischen Akademie Tutzing mit Angehörigen der Gefangenen, ehemaligen Gefangenen und dem damaligen Justizminister Kinkel am 11. und 12. Mai 1992.

Diese Tutzinger Treffen sind ein Instrumentarium systemintegrativer Politik und wurden in der Vergangenheit deshalb von den Gefangenen und ihren UnterstützerInnen abgelehnt. Daß sich einige Gefangene 1992 anders entschieden und zumindest einen Sondierungsversuch unternehmen wollten, ist verständlich. Unverständlich aber, daß es keinen Versuch gab, sich nach außen zu erklären und zu argumentieren. Genauso unverständlich ist, daß sich die teilnehmenden GenossInnen an die offizielle Bedingung — keine Öffentlichmachung der Gespräche — noch hielten, als schon die verschiedensten Versionen des Treffens kursierten. So bekam der Vorwurf von den „Geheimverhandlungen" Nahrung. Im Angehörigeninfo 99 vom 14.8.92 wurde dieser Fehler auch eingeräumt.

Die Retourkutsche aus Celle kam umgehend. Lutz Taufer, der die Veröffentlichung des Tübinger Briefes ohne Einwilligung der VerfasserInnen damit erklärt hatte, daß für ihn Politik immer im öffentlichen Raum stattfinde — und er das bis zum Ende seiner politischen Tage so halten wolle — verwahrte sich vehement gegen das Öffentlichmachen des Tutzinger Treffens. Die KritikerInnen werden als „Stimmen aus dem Off" lächerlich gemacht, die das Arbeitsklima vergiften und blockieren würden. Einem Teil der KritikerInnen wird unterstellt, daß sie *„im auftrag der Macht unterwegs sind, um zu spalten und Verwirrung zu stiften ... Die Bereitwilligkeit, mit der ihr, die ihr den Tutzing-Beitrag im Angehörigen-Info Nr. 99 verfaßt habt, auf die eingeht, die die Denunziation Geheimverhandlungen in Umlauf gebracht haben, ist fatal!"* (Angehörigeninfo 101, 10.9.92)

Diskussionen „draußen"

Im Februar 1993 hielten Genossinnen aus einem Gießener Lesben-Zusammenhang auf einem Treffen zur Freilassungskampagne eine Rede, in der sie aus einer feministisch-revolutionären Perspektive die jüngste Politik der RAF einer vernichtenden Kritik unterziehen. Sie kommen zu dem Resümee, daß die neue Politik der RAF und eines Teils der Gefangenen sich bei ihrer „suche nach neuen wegen" in die neue Weltordnung des imperialistischen Patriarchats einreiht. Die antiimperialistische Bewegung und die RAF hätten bisher zwar nicht gegen das Patriarchat, aber „auf internationalistischer grundlage gegen staat und kapital" gekämpft. Deshalb sei für Feministinnen bisher sowohl Widerspruch als auch Solidarität möglich gewesen. Die neue Politik der RAF ignoriere aber nicht mehr nur den Geschlechterwiderspruch, sondern sei „ausdruck der privilegien weißer männer (und sich daran orientierender weißer frauen)", die es ihnen ermöglichten, jetzt auch den Frieden mit Staat und Kapital schließen zu wollen. Das sei der Nachvollzug der „neue(n) rhetorik des revisionistischen patriarchats" vom Ende der achtziger Jahre („globale Menschheitsprobleme" etc). (Interim 229)

Die Reaktion der Celler Realos ließ nicht lange auf sich warten. Die Feministinnen wurden als Störerinnen des Arbeitstreffens, als pathologische Fälle denunziert. In ihrer Antwort fragen die Gießenerinnen mit Recht, wieso gerade sie als kritisierende Frauen auf dieser Ebene angegriffen werden. „Die Pathologisierung und Psychiatrisierung von Frauen, die Widerstand leisten, ist mit dem Patriarchat gemein." Diese Debatten finden statt, während ein Großteil auch der nichtreformistischen Linken sich aus dieser Auseinandersetzung heraushält. Statt die aktuellen Diskussionspapiere lesen sie die neuesten Verschwörungstheorien des sozialdemokratischen Vielschreibetrios Sieker/Wisnewski/Landgraeber, das in ihrem „RAF-Phantom" eine US-Verschwörung gegen deutsche Kapitalisten für die Anschläge seit 1984 verantwortlich macht. Daß dieses reaktionär antiamerikanische, in Teilen antisemitische Machwerk Zustimmung findet, ist bedauerlich. Erfreulicherweise hat Ivo Bozic im ND vom 4.8.1993 und im ak Nr. 357 klargestellt, daß mit der Festnahme von Birgit Hogefeld und ihrer Erklärungen, in denen sie sich als Teil eines RAF-Kollektivs in der Illegalität bekennt, die Verschwörungstheorie zusammengebrochen ist. Aber die Autoren des selbst von reaktionären Verlagen und Medien gepushten Buches, werden ihr geldbringendes Märchen weiterzuspinnen versuchen. Zu fragen bleibt nach dem Zustand einer Linken, die noch den größten Nonsens samt reaktionärer Unterfütterung schluckt, wenn nur die RAF damit endgültig beerdigt ist. Dann spart GenossIn sich die Mühe, sich zu den jüngsten Erklärungen zu verhalten. Die Klage der RAF, daß die Plazierung ihrer August-Erklärung von 1992 durch die konkret-Redaktion eine weite Verbreitung bisher verhindert habe, lag sicherlich eher am Desinteresse der Restlinken als daran, daß der Text als eigenes Heft verkauft wurde und nicht, wie von der RAF gefordert, in der laufenden konkret-Ausgabe erschienen war.

Ausnahmen sollen nicht unerwähnt bleiben. So haben sich GenossInnen im Rahmen der Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München im letzten Jahr mit der revolutionären Politik der achtziger Jahre in der BRD befaßt. Die Grenzen des heute von vielen Beteiligten tabuisierten Frontprozesses wurden aufgezeigt. Die Perspektiven für die 90er Jahre sind allerdings mager (Diese Broschüre unter dem Titel „Die Mühen der Ebene" kann im 3. Welt-Haus, Westerbachstr. 40 in Frankfurt/Main bestellt werden).

Ein Diskussionspapier der „Gruppe für die Freiheit der politischen Gefangenen" (Berlin) ist unter dem Titel „Aber in den 80ern lief es ganz anders ... und was jetzt?" erschienen und kann gegen einen Kostenbeitrag von 3 DM (ab 5 Stück 2 DM) über die „Rote Säge", Falckensteinstr. 46, 10997 Berlin, bezogen werden. Statt langer Texte wurden Diskussionsprotokolle von GenossInnen möglichst authentisch abgedruckt. Die Broschüre ist vor allem deshalb interessant, weil die verschiedenen Standpunkte zur RAF-Erklärung und zur revolutionären Perspektive in der Diskussion aufeinanderprallen. Neben der PragmatikerInnenposition, die im Wesentlichen darin besteht, mensch müsse alles anders machen als bislang, nur mensch wisse nicht wie, sind darin auch Denkanstöße enthalten. Es werden sowohl Fehler aus der Vergangenheit tabulos benannt, als auch Schlußfolgerungen für eine zukünftige Perspektive gezogen.

Die letzten Erklärungen der RAF zum Weltwirtschaftsgipfel in München im Sommer 1992, die ausführliche Erklärung vom August 1992 und ihr Statement zur Ermordung von Wolfgang Grams setzen die seit April 1992 begonnene Linie der Deeskalation aber auch der Aufgabe revolutionärer Positionen fort. Auch ihre Erklärung zur Sprengung des Weiterstädter Knastes macht da keine Ausnahme. Kennzeichnend für diese neue Linie ist nicht in erster Linie die Stellung zur Gewalt und zum bewaffneten Kampf, sondern ihre Einschätzung des Staates, ihre Stellung zum Reformismus in Abgrenzung zum revolutionären Kampf, eine Unterscheidung, die in den erwähnten Erklärungen abgelehnt wird.

Die eingangs erwähnte Erklärung mehrerer Gefangenen zur Neuauflage der KGT-Initiative läßt vermuten, daß die Gefangenen, die die neue Politik kritisieren, einen gemeinschaftlichen Organisierungsversuch beginnen, um sich mit ihren beschränkten Möglichkeiten Gehör zu verschaffen. Das ist schon deshalb positiv zu bewerten, weil damit die Chance gegeben ist, daß sich die öffentliche Diskussion nicht ständig auf die Gefangenen als Objekte staatlicher Maßnahmen und Verlautbarungen konzentriert. Es können wieder eigenständige Initiativen von den Gefangenen entwickelt werden, die sich auf die Neuorientierung gesellschaftlicher Gegenmacht stützen und nicht auf imaginäre Fraktionen im Staatsapparat. Dafür ist natürlich ein ebensolcher Klärungsprozeß unter den GenossInnen draußen notwendig.

So kann vielleicht doch noch ein Erfolg der Kinkel-Initiative abgewendet werden, der, wie der Namensgeber unverblümt äußerte, darin bestehen würde, daß die RAF handlungsunfähig gemacht ist, die UnterstützerInnen und Gefangenen heillos zerstritten sind und die weiterbestehende Isolationshaft einfach kein Thema mehr ist.

Nachfolgender Text wurde am 20.02. auf einem bundesweiten Treffen zu den politischen Gefangenen von einer Gießener Frauen/Lesben-Gruppe als Referat gehalten.
Zu einer Diskussion darüber kam es nicht, da einige Männer die Kritik mit dem 'Argument' abwehrten, darüber könnten und wollten sie nicht reden, und auch einige Frauen den (zunächst?, ausschließlich?) unter Frauen diskutieren wollen.
Die Verfasserinnen sind aber an einer öffentlichen Diskussion mit gemischten und Frauen/Lesben-Zusammenhängen interessiert.

ein Mann, der auf dem Treffen war

EINE FEMINISTISCHE KRITIK - am Schritt der RAF -zur KGT

im januar 1992 tritt die sogenannte "kgt-initiative" (kgt = koordinationsgruppe terrorismusbekämpfung) an die öffentlichkeit. im april verkündet die rote armee fraktion (raf) die einstellung militärischer aktionen, am 15. mai wird günther sonnenberg nach 15 jahren haft entlassen, im august bekräftigt und begründet die raf die grundsätzliche aufgabe des bewaffneten kampfes, ende oktober erklärt ein teil der gefangenen ihrerseits die prinzipielle abkehr vom bewaffneten kampf, und daß sie persönlich diesen im falle ihrer freilassung nicht wieder aufnehmen werden. mitte november ist entschieden worden, daß bernd rössner, der zuvor im knast in kassel eingesperrt war, seine haft für 18 monate in einer therapeutischen einrichtung unterbrechen darf.

zu fragen bleibt: was geht hier eigentlich vor und wie geht es nun weiter?
und davor noch die frage: warum beschäftigen sich feministinnen überhaupt damit?
zunächst zur zweiten frage:

die ereignisse des letzten jahres im zusammenhang mit der raf, dem bis dahin existierenden bewaffneten kampf in der brd und den politischen gefangenen in bundesdeutschen gefängnissen sind ein ausdruck der gesamten politischen entwicklung. gleichzeitig bestimmen diese vorgänge die heutigen und zukünftigen politischen und gesellschaftlichen realitäten mit, innerhalb derer wir frauen/lesben leben und uns bewegen.
darüberhinaus ist es notwendig, sich sozusagen "ins innere" dieser auseinandersetzungen zu begeben und zwar aus verschiedenen gründen:

1.
- die antiimperialistische bewegung und - die raf haben lange zeit auf internationalistischer grundlage gegen staat und kapital gekämpft. gemeint sind hier all diejenigen bewegungen, gruppen, organisationen, die mit grundsätzlich antiimperialistischem anspruch gegen staat, kapital und imperialismus vorgehen.
nicht zufällig kämpften viele frauen/lesben in der antiimperialistischen bewegung. nicht zufällig sind viele von ihnen aus der bewegung ausgetreten, um sich dem feminismus zuzuwenden. frauen wurde und wird vor allem in der ablehnung, dem sogenannte "bruch mit den herrschenden verhältnissen" in der antiimperialistischen bewegung eine vermeintliche antwort auf das eigene leben und erleben im patriarchat suggeriert. die antiimperialistische bewegung richtet sich aber weder subjektiv - d.h. ihrer praktischen arbeit und ihrem anspruch nach - noch objektiv gegen die tatsächlichen grundlagen des imperialistischen patriarchats, gegen die ökonomische, sexuelle, emotionale und psychische ausbeutung nicht des menschen durch den menschen, sondern der frau durch den mann. die praktische auswirkung dieser "begrenzung" erleben frauen innerhalb der gemischt-geschlechtlichen linken immer wieder als brachiale kluft.



letztlich besteht aufgrund einer gänzlich verschiedenen klassenanalyse samt deren auswirkungen auf alle bereiche des lebens und vor allem den daraus folgenden unterschiedlichen perspektiven und zielen des kampfes ein unüberwindbarer interessensgegensatz zwischen dem feminismus und der antiimperialistischen bewegung.

trotz dieses antagonismus besteht ein kritisch-solidarisches verhältnis zwischen dem feminismus und bewegungen, gruppen, organisationen, die mit antiimperialistischem anspruch gegen die "herrschenden verhältnisse" vorgehen. solidarisch sind feministinnen mit ihnen überall dort, wo ihr kampf, ihre kampfziele mit feministischen übereinstimmen. der feminismus aber mit dem umfassendsten anspruch: die befreiung der frauen weltweit, muß in theorie und praxis antworten auf die weitreichendsten politischen fragen finden. der feminismus muß die allgemeinste und somit die konkreteste perspektive zur befreiung aller frauen und somit auch aller männer weltweit beinhalten. hier beginnt die feministische kritik : jeder patriarchal geführte kampf und somit auch der der antiimperialistischen bewegung der brd kann nur um teilziele kämpfen - staat/kapital/imperialismus stellen nur segmente im patriarchat dar. wichtige zwar: werden jedoch sie allein bekämpft, bleibt das patriarchat bestehen und organisiert sich neu gegen die frauen.

es versteht sich von selbst, daß die feministische auseinandersetzung eine andere geschichtsforschung, andere organisationsformen und strategien hervorbringen muss.

2.
- die weiße frauen-bewegung in ihrer gesamtheit hat viel geforscht und analysiert über die grundbedingungen vor allem von weißem frauenleben in geschichte und gegenwart. obwohl diese forschung in ihren anfängen steckt, hat sie doch eine fülle von erkenntnissen über die verschiedensten formen der ausbeutung, unterdrückung und vernichtung von frauen auf ökonomischer, politischer, sexueller, emotionaler, kultureller, spiritueller, psychischer und physischer ebene hervorgebracht.
auf der anderen seite gibt es von hier aus viel weniger anstrengungen, die bedingungen des lebens von frauen anderer hautfarben, kulturen, aus anderen teilen der welt grundsätzlich begreifen zu lernen. die folge davon ist, daß es hier kaum eine detaillierte forschung und ein wissen um den zusammenhang der ausbeutungsverhältnisse von frauen weltweit gibt. und es gibt wenig bis keine schlußfolgerungen aus all dem, wie und mit welchen mitteln eine grundlegende aufhebung patriarchaler herrschaft möglich sein wird - die internationale feministische revolution.
die erkenntnisse aus der feministischen und frauenforschung werden nicht in eine klassenanalyse umgesetzt, woraus sich der grundcharakter der auseinandersetzung ergibt - ein antagonistisches verhältnis von internationalem feminismus und imperialistischen patriarchat.
es gäbe bände zu schreiben über die vorgänge des letzten jahres samt der jeweiligen erklärungen der verschiedenen seiten und beteiligten, und anhand derer wäre eine schier unermeßliche fülle von falschen grundlagen, grober fehleinschätzung, eigennütziger geschichtsverdrehung, reformistischer anbiederei und einfach patriarchaler, systemtragender positionen aufzudecken.
ich beschränke mich und werde im folgenden anhand einiger grundlegender diskussionspunkte zur bedeutung und zu den auswirkungen der entscheidung der raf und der aktuellen entwicklung des kampfes der politischen gefangenen aus feministischer sicht stellung beziehen.

aschenputtel und andere märchen
oder: was ist die "freilassungsdebatte"?

mit der sogenannten "freilassungsdebatte" ist seit anfang des jahres 1992 zu erleben, daß das system seinen sieg über das kapitel bewaffneter kampf in der brd feiert. die politischen gefangenen sind ein "politisches erbe" aus der zeit davor, das nun aufgeteilt wird: die guten ins töpfchen, die schlechten ins kröpfchen.
seit nunmehr rund einem jahr ist die öffentliche austragung eines zug-um-zug-"spiels" zu beobachten. der startpfiff fiel mit dem vorschlag der koordinationsgruppe terrorismusbekämpfung zur haftentlassung von 7 gefangenen. die kgt besteht aus mitgliedern der bundesanwaltschaft, des verfassungsschutzes, des bundeskriminalamtes, des bundesinnenministeriums, des bundesjustizministeriums. schon bei der aufzählung dieser mitgliedschaften wird deutlich, daß die kgt nichts anderes ist, als die effektivierte, weil direkte verschmelzung von sogenannter offizieller regierungsebene, polizei und geheimdiensten. diese ehrenwerte gesellschaft bringt also in die diskussion, bestimmte gefangene freizulassen. teile der gefangenen schwenken darauf ein. die alte mär von gegeneinander ausspielbaren verhandlern und betonköpfen im system wird aufgewärmt. so sollen mehr linke draußen auf diese linie verpflichtet werden. der damalige bundesjustizminister kinkel und damit der offiziell-öffentliche staat steigt in die debatte ein. die raf gibt ihre gewaltverzichtserklärung ab, das alles im dienste der "neuen politik". die raf erklärt den staat zum verhandlungspartner und erkennt das gewaltmonopol des staates an... die letzte runde im zeitgeschehen ist, daß bestimmte gefangene "der gewalt abschwören". zum ersten mal haben damit gefangene aus dem "gefangenenkollektiv" offen nur für sich selbst gehandelt. parallel läuft die politische isolierung der "unverbesserlichen", deren vernichtungshaftbedingungen damit ein weiteres mal als "selbstgewollt" legitimiert und verschärft werden können.
die "neuen politikerinnen und politiker" erklären den kampf für die zusammenlegung sowohl praktisch als auch als politische orientierung für überholt. sie erklären das ziel der freilassung der politischen gefangenen als einfacher, realistischer, als das ziel, bessere bedingungen im knast durchzusetzen. in den anfängen begründete die raf ihren kampf noch mit dem wissen, daß "folter kein revolutionärer kampfbegriff ist"; bliebe folter, repression im weitesten sinne zentrales moment im widerstand, würde widerstand zum "moralischen reflex" und richte sich schlußendlich gegen die politischen gefangenen, weil die inhalte, für die sie kämpfen und eingesperrt sind, negiert und bedeutungslos würden.
wer im knast nicht auf die "neue politik" einschwenkt, darf für sich selber sorgen bzw. im knast verrotten?
für die feministische bewegung muß das bedeuten, daß sie die gefangenen, die diesen ausverkauf nicht mitmachen, unterstützt. sie wird an dem ziel der befreiung aller politischen gefangenen festhalten.
in einer situation der schwäche der linken - wie z.b. heute - führt der weg raus nur über die aufgabe der politischen identität. für die individuelle suche nach wegen raus aus dem knast gibt es immer verständliche gründe, sie sollten aber auch als solche kenntlich gemacht werden.
der charakter der diskussion der letzten monate in bezug auf den knastkampf wird verschleiert mit den pseudonymen "realistisch", "durchsetzbar". mit diesen begriffen gibt der staat die ebene der auseinandersetzung vor. der widerstand draußen soll auf diese ebene verpflichtet werden. (s. dazu die erklärung der raf zum anti-weltwirtschaftsgipfel-treffen in münchen: "...wir haben gesagt, daß es für uns ein wesentlicher bestandteil in dem jetzt notwendigen aufbauprozeß ist, die freiheit unserer gefangenen genossInnen zu erkämpfen. .. es muß die sache von allen sein, die ein ende der folter, die die freiheit der politischen gefangenen wollen, in diesem kampf verantwortung und initiative zu übernehmen... raf, 29.6.1992)
eine dem kalkül des staates entgegenkommende politik.

die allgemeinpolitische diskussion kreist folgerichtig um "das neue", "die politische debatte", die zu führen ist, zu organisieren ist, zu "schützen" ist (gegen wen?) und darum, daß in zeiten allgemeiner ver-gewalt-ung aller lebensbereiche es keine revolutionäre gewalt geben könne. das ist die ebene der sogenannten "sozialpartnerschaft".

die letzten knapp 10 jahre betrachtend: die gefangenen forderten die zusammenlegung und wurden draußen unterstützt. die sogenannte "grußaktion an die politischen gefangenen" war 1984 der versuch, die situation im knast und die forderungen der gefangenen in weitere kreise hineinzutragen, öffentlichkeit gegen die kriminalisierung der zusammenlegungsforderung zu schaffen, mit mehr leuten über die bedeutung der politik, für die die gefangenen einsaßen, zu dikutieren.
gerade noch vorher brachten damals sogenannte "links-intellektuelle kreise" die "amnestiekampagne" ins rollen, deren begründung davon ausging: "jeder kampf, der gerechte, wie der ungerechte, ist einmal entschieden. wenn sieger und verlierer feststehen, hört der kampf auf ... daß die raf und die gesamte linke in der brd verloren hat und besiegt ist, ist ein unbezweifelbares faktum." (wolfgang pohrt, konkret-reporter)
dies hatte 3 ziele:
1. taktisch die bewegung draußen zu entsolidarisieren
2. die gefangenen zur aufgabe ihrer politischen identität aufzurufen, bzw. die bedingungen eines möglichen deals in scheinbar linke vokabeln zu fassen. und schließlich
3. den bewaffneten kampf für beendet weil gescheitert zu erklären.
auch die zweite argumentationslinie, die heute wieder den braten schmackhaft machen soll, war damals schon formuliert und vom "komitee für grundrechte und demokratie" vertreten. nämlich die sogenannte "einsicht, daß das harte repressionskonzept in eine sackgasse mit demokratisch-rechtsstaatlich tötlichen folgen" geraten sei. heutzutage wird der sogenannten kinkelfraktion als "verhandler" im gegensatz zu den "betonköpfen" diese "einsicht" zugeschrieben, um die verhandler für die linken salonfähig zu machen.
die neue rhetorik des reformismus - oder - der späte anschluß ans positive denken im wassermannzeitalter

die politische führung der kpdsu hat mitte der 80er jahre eine politisch-ideologische stilrichtung mit bürgerlich-reaktionärem inhalt entwickelt. diese sollte fortan die innen- und außenpolitische praxis der sowjetunion begründen. das sogenannte neue denken der perestroika stellt lediglich den höhepunkt der revisionistischen entwicklung dar und setzt somit wahr-



scheinlich insgesamt den endpunkt des revisionismus selbst. die zur zeit dominierende fraktion behauptet eine grundsätzliche veränderung der internationalen lage durch den entwicklungsstand der kommunikationssyteme und der waffentechnologie, durch den drohenden ökologischen kollaps sowie die "soziale zeitbombe" der verelendung im trikont. ein fundamentales interesse am erhalt der zivilisation, der menschheit schlechthin verbinde nun die "weltgemeinschaft". jenseits politisch-ökonomischer systemunterschiede müsse sie nun gemeinsam nach lösungen suchen. voraussetzung dafür sei, selbst neue wege zu gehen und gewohnte betrachtungsweisen zu krieg und frieden abzubauen. aufgeklärte teile der westlichen kapitalistischen welt müßten und könnten sich angesichts der drohenden katastrophe zur friedensfähigkeit hinentwickeln. sogenannte "regionale konflikte", die den weltfrieden gefährden, sollten um den systemwiderspruch erleichtert "praktikablen lösungen" zugeführt werden.

das neue denken mit seiner grundprämisse der weltumspannenden interessensgleichheit der menschen als rein biologische kategorie ungeachtet ihrer klassenzugehörigkeit und damit ungeachtet sexistischer und rassistischer ausbeutung und unterdrückung ist weder neu noch emanzipativ. es gleicht immer mehr dem reformismus, den wir hier schon lange kennen.

die lediglich neue rhetorik des revisionistischen patriarchats akzeptiert und versöhnt sich mit dem kapitalistisch-imperialistischen patriarchat. sie untergräbt jede - auch patriarchale -traditionelle marxistisch-leninistische kapitalismus- und imperialismusanalyse, negiert jedes objektive klasseninteresse und setzt an die stelle der notwendigkeit des klassenkampfes "die suche der menschen nach neuen wegen zu politischen lösungen für akute, die gesamte menschheit betreffende probleme"!

nicht die neuerdings allseits festgestellte veränderte weltlage hat diese politische ideologie hervorgebracht. die gesamte entwicklung entsteht aus der dialektik der klassenkämpfe. umgekehrt hat das neue denken erst den politischen raum eröffnet und die legitimation verschafft für die politischen, ökonomischen und militärischen maßnahmen der sich im umbruch befindenden real-sozialistischen staaten zur beteiligung am aufbau der "neuen weltordnung".

der bürokratische sozialismus löste sich zuerst ideologisch und im nachgang praktisch auf. die ergebnisse sind im zerfall der politisch-ökonomischen systeme und in der territorialen auflösung der staaten des ehemaligen ostblocks zu sehen. folge ist weiter die auflösung von wirtschafts- und handelsabkommen, die in einigen ländern der drei kontinente eine teilweise wirtschaftliche entwicklung außerhalb des diktats des kapitalistischen weltmarktes und der knebelpolitik von iwf und weltbank ermöglichten. die auswirkungen dieses zerfalls sind außerdem kriege und blutige sogenannte "nationalitätenkonflikte" in den ehemaligen ostblockstaaten, die einstellung militärischer und wirtschaftlicher "hilfe" (materielle abhängigkeit und somit ideologische und praktische kontrolle) für die länder in den drei kontinenten und ihrer befreiungsbewegungen. weiter die rapide ansteigende verarmung afrikas, des trikonts überhaupt, auch osteuropas, die ausweitung von flüchtlingsbewegungen, vor allem von frauen und kindern, das sprunghafte anwachsen faschistischer gewalt in den metropolen u.v.m. darin ist z.b. die "konkrete forderung nach schuldenstreichung" längst kein thema mehr. die gläubigerseite - kapitalistisch-imperialistische staaten und internationale banken - erlassen den ruinierten volkswirtschaften aus eigenenpolitisch-ökonomischenerwägungen und interessen die groteskgigantischen zins- und schuldenberge teilweise oder sogar ganz.

ergebnis der beendigung des kalten krieges ist die einsetzung der uno als eine die ganze welt beherrschende regierung unter der direkten kontrolle der stärksten kapitalfraktionen.

direktes ergebnis ist die annektion der ddr durch die brd, die hungerblockade z.b. gegen cuba genauso wie der gemeinsame krieg der "zivilisierten weltgemeinschaft" gegen die arabische region.

direktes ergebnis ist aber auch die mithilfe der imperialistischen länder an der zerstörung jugoslawiens, das ihnen als ursprünglich antiimperialistisches projekt im wege stand.

ergebnis ist die besetzung somalias durch us-soldaten, zur strategischen kontrolle afrikas.

ergebnis ist die erneute bombadierung des iraks und die durchsetzung der entwaffnung des iraks.

die weltweite sozialistische bewegung, hier verstanden als die staaten des bürokratischensozialismus, marxistisch-leninistische befreiungsbewegungen, parteien und organisationen weltweit, zog bei der ideologischen wende beinahe ausnahmslos mit - sei es aus eigeninteresse ihrer bürgerlich - patriarchalen führungen oder aus dem zwang der sich verschärfenden verhältnisse.

das imperialistische patriarchat baut die "neue weltordnung" von oben her auf. um darin erfolgreich zu sein, benötigt es und bedient es sich maßgeblich der mitwirkung von ehemals oppositionellen parteien, organisationen und bewegungen, die sich die grundzüge des neuen denkens zu eigen gemacht haben.

was hat das nun mit dem heutigen thema zu tun?

die raf und mit ihr ein teil der hiesigen antiimperialistischen bewegung reiht sich mit ihrer "suche nach neuen wegen" in genau diese entwicklung ein.

in den erklärungen der raf von april/august und in jener an die teilnehmerinnen und teilnehmer des anti-weltwirtschaftsgipfel-kongresses sind die grundzüge der oben skizzierten neuen rhetorik des reformismus samt seiner bürgerlich-idealistischen, kapitulationistischen und chauvinistischen inhalte wiederzufinden.

ausgangspunkt der raf in ihren erklärungen zur beendigung des bewaffneten kampfes ist eine "veränderte welt", in der es "tausend probleme" gibt, die

"nach lösungen schreien", weil sie sons die "ganze menschheit in die katastrophe führen". die jeweiligen befreiungsbewegungen und "völker" sind auf sich selbst zurückgeworfen. sie müssen aus "ihrer speziellen geschichte und ihren bedingungen" ohne die althergebrachten wahrheiten aus der zeit des kalten krieges "authentische ziele" und "lösungen" entwickeln. es ist eine welt, in der die menschen das recht auf die erfüllung "unmittelbar konkreter bedürfnisse gegen die herrschenden durchsetzen" müssen, in der alle althergebrachten wahrheiten, analysen und erkenntnisse überdacht und aufgegeben werden müssen, um raum für neues, lebendiges, lösendes, politisches zu öffnen.
politischen inhalt, umsetzung und auswirkungen der raf-schen neuen rhetorik des reformismus werde ich im folgenden exemplarisch verdeutlichen.

von der marxistisch-leninistischen klassenanlyse mit großen blinden flecken - zur fehlenden klassenanalyse und zum subjektivismus

auf die frage, wie es dazu gekommen ist, kann ich hier nicht so eingehen, wie es nötig wäre.
in der april- und augusterklärung der raf 1992, sowie in der darauffolgenden diskussion innerhalb der gemischt-geschlechtlichen linken (mit wenigen ausnahmen) hat dieses angeschlagene politische bewußtsein nun ein ausmaß erreicht, das eindeutig als reformistisch bezeichnet werden muß.
von dem in sich schon unvollständigen antagonismus "proletariat" - "bourgeoisie" ist nichts mehr übriggeblieben, die rede ist nur noch von "menschen". im kontext der "herrschenden verhältnisse" von "menschen" zu sprechen, negiert die gesamte ausbeutungs- und gewalthierarchie im imperialistischen patriarchat. es ist gewiss kein zufall, der entsprechende griechische begriff "homo" bedeutet übersetzt gleich, entsprechend mann.
die in der verwendung des begriffes "mensch" liegende negation von unterschiedlichen ausbeutungssituationen kann nicht alleine mit fehlendem politischen bewußtsein erklärt werden, ihr liegt ein subjektivismus zugrunde, der es schafft, sich selbst als nabelpunkt der welt zu begreifen. nur so wird es möglich, alles zu vergessen, was über (oder besser unter) das eigene sein hinausgeht, der "kampf" wird so zum eigenen heilungsprozess, zur legitimation der eigenen "befreiung".
frauen können sich niemals den luxus erlauben, die "eskalation zurückzunehmen", für frauen herrscht täglich krieg, der nur mit einem gegenkrieg von unten zu überleben ist. das fehlende ziel: die befreiung der frauen in bisher allen patriarchal-linken konzeptionen macht deutlich, daß der feminismus nicht ein einziges ausbeutungsverhältnis vergessen darf.
die reformistische, konterrevolutionäre entwicklung der raf und der antiimperialistischen bewegung ändert das kräfteverhältnis aber auch für andere fortschrittliche kräfte gegenüber dem imperialistischen patriarchat zum schlechten.

der subjektive bruch mit dem system - qualität und verherrlichung

schon oft wurde oberflächlich analysiert, daß die raf in ihren anfängen ein ideologisches konzept und daraus analytische kriterien gehabt, diese aber über die jahre aufgegeben hätte. eine solche betrachtung ist undifferenziert. als produkt der gesellschaftlichen widersprüche ihrer zeit prägten drei ideologische grundelemente die raf in der brd:
1. eine marxistisch-leninistische klassenanalyse und einschätzung der sozialen situation für die metropolen, die sich in etwa auf der ebene auch anderer kommunistischer gruppen der zeit bewegte;
2. eine theoretisch und praktisch internationalistische/antiimperialistische ausrichtung ihres kampfes; und
3. - aus der entwicklung der 60er jahre hervorgehend - nicht nur das theoretische wissen von der bedeutung der "entfremdung" und der "totalität des systems" für den kampf in den metropolen, sondern die praktische antwort darauf als perspektive, "der subjektive bruch".

stimmt es, daß die kämpfenden damals für die klassenanalyse in den metropolen und für den internationalistischen kampf auf ideologische grundsätze und erfahrungen zurückgreifen konnten, so stimmt es auch, daß sie die ideologischen/politischen kriterien nicht auf den dritten bereich übertrugen. der "subjektive bruch" blieb subjektivistisch, machte das individuum zur zentralen instanz einer moralischen entscheidung:
subjekt ist jede und jeder selbst im kampf und sich selbst verantwortlich.

aber: jede politische/gesellschaftliche entwicklung entsteht aus der dialektik des aufstandes von unten gegen die herrschaft von oben. jede äußerung von widerstand ist ausdruck dieses kräfteverhältnisses innerhalb der gesamtgesellschaftlichen bedingungen. auch wir, mit dem was wir heute wissen und denken, sind ein ausdruck der gesellschaftlichen verhältnisse, in denen wir leben. in der geschichte der raf hat sich der "subjektive bruch" zu so etwas, wie einer zuflucht in der vorstellung, zur nische jenseits der gesellschaftlichen bedingungen entwikkelt, und damit zu einer konterrevolutionären ideologie.
es gibt aber weder für einzelne noch für kollektive die möglichkeit, sich jenseits des gesellschaftlichen kräfteverhältnisses zu definieren und zu bewegen.
nichtsdestotrotz liegt gerade im aufgreifen der theorien über die entfremdung und die totalität der herrschaft in den metropolen, in der beantwortung dieser realität (dem durchbrechen des staatlichen gewaltmonopols) die gesellschaftliche bedeutung der raf.

für die feministische bewegung heute ist es wichtig, zu verstehen, daß die frauenbewegung damals und mehrheitlich auch heute noch organisierte militante politik vielfach praktisch ablehnt, ja bereits theoretisch für unangemessen, weil "unweiblich" erklärt.
zurück zur bedeutung des "subjektiven bruchs": als lesbischer feministin ist mir sehr bewußt, wieviel kraft freigesetzt wird, wenn frauen subjektiv "brechen" mit ihrer rolle und funktion in dieser gesellschaft. im patriarchat sind männer akteure, also subjekte und frauen opfer, also objekte. daraus aufzustehen und subjekt zu sein im kampf für die befreiung der frauen heißt für jede frau persönlich ganz viel. heißt, erfahrene verletzungen nicht länger zu leugnen und zu ignorieren; heißt, die eigene realität jenseits von patriarchaler verschleierung wahrzunehmen; heißt: die kraft der frauen, fast alles ertragen zu können, umzuwandeln in den mut, nicht länger alles ertragen zu wollen!

"der entschluß, die welt zu nähren,
ist der einzig sinnvolle entschluß. noch keine revolution
hat diese wahl getroffen. denn sie verlangt,
daß alle frauen frei sind...
solange wir einander nicht finden, sind wir allein."
(adrienne rich)

"es existieren heute eine vielzahl von möglichkeiten, diese gesellschaft zu verändern. es wäre kriminell und unmenschlich, sie nicht auszunutzen. alles, was möglich ist, um dieses system zu verändern, muß getan werden. dies ist, so glaube ich, der tiefere sinn unseres lebens."
(mara cagol 1969, als kämpferin der brigate rosse von den carabinieri 1975 erschossen)

seit april 1992 erklärt die raf und teile der gefangenen, warum der deutsche staat nun aus der oben genannten einordnung auszunehmen ist. die raf und teile der gefangenen arbeiten mit mehreren argumentationslinien. da wird einmal aus der geschichte der brd erzählt, daß es in diesem land keine "ressistance" gegen den faschismus gegeben hat, daß es vor über 20 jahren so aussah, als könnte die brd in einen "neuen faschismus" abkippen, daß es damals also gerechtfertigt war, das historisch versäumte nachzuholen und ressistance zu machen. für heute sei dieses konzept allerdings überholt, weil die brd sich als gefestigte demokratie erwiesen habe. (nachzulesen z.b. im spiegel-interview der celler gefangenen im juni 1992)
sie denunzieren erstens ihre eigene geschichte, da sie nicht als bürgerlich-antifaschistische ressistencebewegung sondern als kommunistische stadtguerilla angetreten sind. zweitens arbeiten sie allgemein darauf hin, die erfahrung des bewaffneten kampfes als strategie aktuell und historisch zu liquidieren.

die brd ist nichts anderes als die bruchlose restrukturierung und reorganisation der gleichen herrschafts- und ausbeutungsinteressen, die einige jahre vorher ihre gewinne mittels faschismus, völkermord und krieg sicherten. unter der schwarz-rot-goldenen fahne der demokratie benutzten und benutzen gerade die herrschenden die drohung vom "wiederhereinbrechen des faschismus" als katastrophenszenario zur legitimation der von oben bewachten ruhe und ordnung des bürgerlich kapitalistischen patriarchats. millionen gürtel sollen enger geschnallt werden, damit das deutsche kapital und sein staat mit dem so herausgepreßten geld das aggressive vorantreiben seiner imperialistischen großmachtpläne finanzieren kann (stichwort: annektion der ddr, zugriff auf die märkte in osteuropa, süd-ost-asien usw. eg und großraumformierung, bundeswehr im "friedenseinsatz", schließung der grenzen gegen flüchtlinge usw. usf.). um sich gegen verschärfende gegensätze im innern abzusichern, werden alte und neue faschisten real und medienwirksam aufgebaut und benutzt als legitimation, um das bollwerk des deutschen staates funktionstüchtig auszubauen. in diesem sogenannten "klima der angst" rufen plötzlich nicht nur "bundesdeutsche normalbürgerinnen und normalbürger" nach einer weisen lenkenden ordnungskraft. da "akzeptieren" auch viele linke "das kleinere übel".

frauen sind aufgrund ihrer sozialisation auf frieden und harmonie eingeschworen. wir beobachten, daß auch viele linke frauen immer mehr vor der konfrontation mit den verhältnissen zurückweichen, protestieren, wachen, sich zurückziehen. feministinnen wissen, daß die herrschende realität immer beängstigender wird. aber sie wissen auch, daß sich-ducken nicht vor schlägen schützt, daß die herrschenden die unsicherheiten benutzen wollen, um die einen gefügig zu machen und zu integrieren und die anderen zu isolieren und anzugreifen.

frauen haben ein großes selbstschutzinteresse, sowohl diesen kern faschistischer ideologie und gewaltausübung zu bekämpfen, als auch deren verkörperung in form konkreter faschisten/männer.

der deutsche staat benutzt die faschisten und die angst der menschen vor faschistischer gewalt, um seine macht zu festigen. und wer, wie die celler gefangenen, in dieser zeit feststellt, daß die brd sich gegen einen "neuen faschismus" als bürgerliche demokratie behauptet hat, die/der handelt mit bewußter absicht, macht propaganda für das system und gibt dem staat deckung gegen links.

die raf betont außerdem, daß wir in einer zeit leben, in der die gewalt so weit bis in jede zwischenmenschliche beziehung vorgedrungen sei, daß das mittel der gewalt damit stumpf und entwertet und somit aufzugeben sei - und alle müßten nun "ganz neu überlegen".

dem feminismus ist ein gewisses bewußtsein über das ausmaß der strukturellen und individuellen gewalt während der letzten zwei- bis viertausend jahre von männern gegenüber frauen vor allem in "zwischenmenschlichen beziehungen" zu verdanken.
wer so argumentiert, entwaffnet den aufstand von unten: direkt und geschichtlich, psychologisch, emotional, politisch. der feminismus beinhaltet allerdings keineswegs kommunistische konzepte wie z.b. das avantgarde-konzept einer bewaffneten stadtguerilla

"gewalt" ist ein begriff, der in den letzten monaten verstärkt in der sogenannten öffentlichen diskussion auftaucht. dahinter steht ein bewußtes und - wie es scheint - leider auch erfolgreiches system: "gewalt" wird durch die dauernde berufung zur schlange, vor der die kaninchen erstarren. jede gesellschaftliche auseinandersetzung soll so auf die sogenannte "demokratisch-rechtsstaatliche" ebene fixiert werden.

die "öffentliche gewaltdebatte" ist insofern ein strategischer counterzug des staates, denn - solange eine fixierung gelingt - ist dies die festschreibung der herrschenden gewaltverhältnisse. es ist notwendig, öffentlich zu unterscheiden zwischen faschistischer gewalt, gewaltmonopol des staates und rebellion von unten; es ist notwendig, position zu beziehen.

wenn die raf ihre aufforderung zum gewaltverzicht gefühlsbetont zu untermauern versucht mit dem jammer: "wir haben immer nur auf den feind gestarrt, uns nie um uns gekümmert", dann ist das nicht nur unpolitisch und entpolitisierend, sondern sexistisch und rassistisch, ausdruck der privilegien weißer männer (und sich daran orientierender weißer frauen). ein privatisierendes päuschen, wie die raf es vorschlägt, heißt mehr vergewaltigte frauen, mehr sexuell ausgebeutete mädchen, mehr diskriminierung und entwürdigung, mehr ökonomische ausbeutung für jede einzelne und für unser geschlecht als sozial unterdrückte klasse, heißt das fortbestehen, die festigung der herrschaft.

"ich bin nicht frei, solange noch eine einzige frau unfrei ist auch wenn sie ganz andere fesseln trägt als ich. ich bin nicht frei, solange noch ein einziger farbiger mensch in ketten liegt. und solange seid auch ihr nicht frei."
(audre lorde)

in einer gesellschaft, in der weltweit frauen und mädchen aufgrund patriarchaler machtordnung unterdrückt werden, vergewaltigt werden, ihre gefühle, ihre kreativität, ihre körper, ihre phantasie, ihre lust, ihre arbeitskraft, ihre intelligenz, ihr wissen ausgebeutet werden, in der frauen eine unterstellte, eine kolonisierte soziale klasse sind, haben frauen individuell und kollektiv die berechtigung, mit jedem mittel gegen das system ihrer unterdrückung und gegen jeden einzelnen unterdrücker vorzugehen!
die würde der frauen zu wahren, ist grund genug, sich zu wehren.
feminismus ist nicht nur selbstverteidigung mit dem rücken zur wand und dem grauen im herzen. feminismus ist nicht allein der gesellschaftliche rückzug in frauengemeinschaften, das empören gegen ungerechtigkeit, die wut im bauch, die theorie von unterdrückung und veränderung. feminismus ist mehr als die reaktion auf politische umstände oder materielle bedingungen. feminismus ist das bewußtsein, nicht nur von ursachen der unterdrückung, sondern auch von bedingungen, notwendigkeiten, möglichkeiten der veränderung. dieses bewußtsein ist nicht abstrakt, sondern ist die benennung von verantwortlichen, täglich, nächtlich, privat und öffentlich, hier und international!

hamburg, den 20. februar 1993



...und die Meinung von karl-Heinz dazu

liebe genossinnen und genossen,
wir schicken euch heute eine ganz besonders exzellenten beitrag eines politischen gefangenen, nämlich des herrn dellwo.
dieser beitrag bezieht sich in einer wirklich richtungsweisenden art auf unsere feministische kritik (vgl. ausbruch nr. 41). wir erachten diese sehr publikumswirksame art als sehr konstruktiv, da sie unsere analyse direkt und unmißverständlich bestätigt.
die pathologisierung und psychiatrisierung von frauen, die widerstand leisten, ist ihm mit dem patriarchat gemein.

wir fordern euch ausdrücklich zur veröffentlichung auf, weil viele frauen (auch männer) zweifel an unserer analyse äußern, "das ist doch noch gar nicht klar", außerdem wird es sicherlich darauf noch eine oder mehrere öffentliche erwiderungen geben müssen. auch das verhältnis eines politische gefangenen zu den gefangenen in den psychiatrieknästen darf nicht unwidersprochen bleiben!
so weit so kurz

für die feministische revolution!!

p.s. der name der frau war im original natürlich ausgeschrieben. bei einer veröffentlichung sollte das erwähnt werden.

Karl-Heinz Dellwo, Trift 14, 3100 Celle

Hello zusammen,

wir haben Eure Broschüre mit der Diskussion über die August-Erklärung bekommen
und -
wir fanden das sehr gut. Eigene Geanken und die Mühe, für sich was herauszufinden. Nur so kann man dann auch anderen was sagen. Ich hätte gerne selber noch etwas dazu geschrieben, aber im Moment ist das für keinen von uns zeitlich herstellbar.

Zu Eurem und zu vielem anderen. Spontan hatte ich, obwohl es auch dringenderes gab, z.B. auf das niederträchtige Gießener Feministinnen-Papier einen Text angefangen, aber ich war mir dann auch sicher, daß ich sie in der Irrenhausatmosphäre, die sie inszenieren, nicht erreichen werde. Auch wollte ich das gar nicht mehr. Sie haben eine Zitiertechnik, die der eindeutigen Lüge gleichkommt, die hemmungsloser manipuliert und Aussagen ins Gegenteil verkehrt, als wie wir es von der staatlichen Propaganda gegen uns kennen. Es ist aber auch so: wenn das Maulheldentum eine der Ausdrucksformen des Patriarchats ist, was muß man dann noch über solche "Feministinnen" sagen, die genau darin ihre Evidenz suchen? Die mit "dem Rücken zur Wand stehen" "und dem Grauen im Herzen", die "die Eskalation nicht zurücknehmen können" und deshalb "täglich, nächtlich, stündlich" die Ungerechtigkeit "benennen" müssen. Schlafen sie nie? Das würde manches erklären. Und was ist mit der Urlaubsreise in die Toscana? Nachdem die Autorin mit ihrem Schrott die Hamburger Veranstaltung kaputt gemacht hat, war doch ihr dringendes Bedürfnis vor der Tür, wie uns eine Besucherin erzählte, mit ihrer Freundin aus Hannover über die Notwendigkeit dieser Reise zu sprechen. Zuvor hatten sie allerdings die RAF als "konterrevolutionär" und neue Staatsträger denunziert und ihr verachtungsvoll entgegengehalten, daß sie ein "privatisierendes Päuschen" einlegt. Das ist hübsch gesagt denen gegenüber, die tagtäglich mit Verhaftung und den damit verbundenen endlosen Folgen, wenn nicht mit ihrem Tod bedroht sind. Aber es ist geschenkt.

Es haben sich zuviele in der Vergangenheit an fremden Feuern aufgewärmt. Das ganze blöde Geschrei, das in diesem "Feministinnen"-Papier zum Ausdruck kommt, ist die Reaktion auf eine politische Anforderung. Da, wo die RAF bei ihnen Ernsthaftigkeit geltend gemacht hat, nämlich das gemeinsame Suchen nach einer neuen Grundlage für die Linke, finden sie sich in ihrer politischen Phrasenexistenz bloßgestellt und schlagen mit deren Verdoppelung zurück. Wo sie sich am fremden Feuer nicht mehr aufwärmen können, bleibt ihnen nur noch ihre eigene Kälte.
Was sich vorher als Solidarität gerierte, entlarvt sich als Geschäft. Insoweit kam hier nur eine Wahrheit zu Tage, die ihren Begriff im Warenverhältnis hat. Die Wut kommt daher, weil das von Ihnen ausgehende Geschäft der Vergangenheit sich nicht mehr fortsetzen läßt.

Der Versuch der RAF ist der Versuch von revolutionären Kräften, einen Weg aus der Krise der Linken zu finden. Da viele Gewißheiten der Vergangenheit keinen Bestand mehr haben oder sich als nicht ausreichend entwickelt genug erweisen, kommt das einer Neugründung emanzipatorischer Absichten gleich. Es trifft auf die Gespenster der Vergangenheit. Mit den gleichen Haltungen, wie er in dem Text der Gießener Frauen zum Ausdruck kommt, ist die RAF in ihrer Gründungsphase bedacht worden. Was sich hier vollzieht ist die Spaltung in GenossInnen die sich mühen und in Leute, denen heute wie in der Vergangenheit jede Anstrengung, die ihre eigene Selbstveränderung voraussetzt, zu viel ist. Grundsätzlich ist jeder Text oder Schritt kritisierbar. Folglich mag es auch an den letzten RAF-Texten - oder an unseren - kritisier-, ergänzungs- oder entwickelbares geben. Aus einem gemeinsamen Interesse zum realen Kampf um Befreiung ist das auch kein Problem. Kritik kann hart sein, aber nie unsolidarisch.
Wo Solidarität, der Kampf um den Anderen, eine Phrase ist, wird die Kritik zum Versuch, andere aufzuspießen und sich im vermeindlichen kleinen Sieg über den Anderen zu mästen. Während sich die Einen die Mühe machen, eine Erkenntnis für sich und damit auch für andere herauszufinden, fallen andere über solche Versuche her.

Eure Broschüre zeigt, daß das Erste möglich ist. Wir hoffen, ihr macht auf dem Weg weiter.

Viele Grüße!!!
29.4.93



Rosa Luxemburg

Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung. Eine Polemik.

Liebe Freundinnen und Freunde,

mir wird Angst und Bange, wenn ich mir Eure *Begründung* bspw. dafür, daß die RAF bewaffnete Aktionen allenfalls noch "als ein Moment des Zurückdrängens" des Staates, aber "nicht als weitere Strategie"[1] will, durch den Kopf gehen lasse.

Mißstand oder Prinzip?

Nicht, daß Ihr den deutschen Staat, der meine Ermordung mitzuverantworten hat, etwa so emanzipatorisch findet. Nein, die meisten von Euch wissen und kritisieren, daß der deutsche Imperialismus den ersten und den zweiten Weltkrieg entfesselt hat; wissen um die Niederschlagung der November-Revolution 1918; wissen um Notstandsgesetze, Berufsverbote und Deutschen Herbst; wissen um die Umstrukturierung der Bundeswehr für Interventionen im Ausland, die Abschaffung des Asylrechts, die § 218-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und vieles anderes mehr. Ja, Ihr kritisiert das. Nur wollt Ihr offensichtlich nicht (mehr) wahrhaben, daß diese von Euch abgelehnten "konkreten Mißstände"[2] keine Unglücksfälle sind und waren. Sie sind vielmehr im Prinzip bürgerlicher Staatspolitik enthalten. Und dieses Prinzip wird gegenwärtig *bei Euch* von wichtigen Leuten salonfähig gemacht. Ich werfe Euch nicht vor, daß Ihr neu über Eure Inhalte und Strategien diskutiert - das ist aus vielerlei Gründen notwendig -, sondern daß Ihr das in *einer* Weise tut, die erkennen läßt, wie sehr *Ihr* die Logik dieser 'Realpolitik' bereits zur Grundlage *Eurer* Politik gemacht habt.

Bspw., wenn die RAF es ablehnt (und die "Interim" diese Ablehnung begrüßt), zwischen "revolutionär" und "reformistisch" zu unterscheiden.[3] Bspw., wenn eine RZ in ihrer Selbstauflösungs-Erklärung schreibt, daß ihre "Praxis (...) nie auf irgendeine Machtfrage" gezielt habe, und diese Haltung auch im Nachhinein als positives und auszubauendes Element ihrer bisherigen Politik bestimmt.[4] Bspw., wenn selbst das sich weitgehend als kommunistisch verstehende Vorbereitungsplenum Eurer diesjährigen 1. Mai-Demo in Berlin schreibt, daß sich "historisch (...) auch revolutionäre Kämpfe immer an einigen wenigen zentralen - für sich genommen 'reformistischen' - Forderungen aufgebaut (haben) und *nie* an dem 'Willen', nun der Revolution zuzustreben und eine völlig neue Gesellschaftsordnung aufzubauen"[5] (Sicherlich, *allein* der revolutionäre Wille ist nicht entscheidet; aber ohne den Willen zum revolutionären Umsturz auch keine Revolution.) Oder wenn das Autonome 1 Mai Plenum - in Anbetracht Eurer Streitigkeiten in den letzten Wochen für mich recht überraschend - ganz ähnlich formuliert: "Revolution ist kein akademisch planbares Unternehmen, das in der Machtübernahme gipfelt. Sie ist vielmehr(?) ein lebendiger Prozeß (...). Der Weg ist das Ziel."[6] Und als bisheriger Höhe-, besser gesagt: Tiefpunkt: Wenn Autonome einen Polizeieinsatz beklatschen - teils in Illusionen, daß die Bullen "unsere Arbeit" erledigten, teils in dem offen erklärten Wissen, daß die Bullen "IHRE Arbeit" machen;[7] also autonomer Beifall für die Verteidigung von 'Recht und Ordnung'. "euer Haudraufundschluß" als Euer Noske ("Einer muß den Bluthund spielen.")? Kein Wunder deshalb, daß es in Hamburg eine "Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen" gibt, denen die staatlich inszenierten Lichterketten "näher als manche 'altbekannten' genossinnen und genossen" sind, die den affirmativen Charakter der Lichterketten kritisieren.[8] Fast bin ich geneigt zu glauben, daß die taz *nicht* lügt, wenn sie einen angeblichen Autonomen so zitiert: "'Opposition heißt für mich, sich mit und nicht gegen die Menschen zu wehren', meint Falko und fügt leise hinzu: 'Stell dir vor, diese Linken regieren Deutschland.'" (taz, 16.03.1993, S. 5).

Ein Streit um Wörter?

Ihr meint, der Beifall für die Bullen am 1. Mai sei ja von anderen kritisiert worden und ansonsten sollte ich mich mal nicht so haben und mich nicht an einzelnen Wörtern (Machtfrage - ja oder nein?) aufhängen? Ihr würdet Euer Ziel einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aufgeben, sondern nur einige Wörter fallenlassen, die durch eine sektiererische und/oder stalinistische Politik, die auch ich ablehnen würde, diskreditiert seien?

Kommt mir bitte nicht mit solchen Ablenkungsversuchen - an Eurem Streit um die Neubestimmung Eurer Politik ist von *den Grundlinien der Argumentation her* so gut wie nichts neu; die meisten Argumente kenne ich bereits aus meinem Kampf gegen Eduard Bernstein u.a., denen es gelungen ist, die SPD auf eine Politik allenfalls schrittweiser Veränderungen festzulegen. Dabei übersehe ich nicht, daß bspw. die RAF eine *andere Praxis* als Bernstein hat. Aber ich übersehe auch nicht, daß viele in Eurer Szene, deren *eigene* Praxis sich gar nicht so sehr von der Praxis Bernsteins unterscheidet, die neue Politik der RAF gut finden. Und ich übersehe auch nicht, daß sich - wenn die frühe RAF recht damit hatte, daß es sich für Reformforderung "nicht lohnt", sich den mit dem bewaffneten Kampf verbundenen Risiken auszusetzen[9] - eine Politik des militanten Reformismus nur begrenzte Zeit durchhalten läßt. Ihr wißt selbst am besten, wie viele in Eurer Szene einige Jahre lang äußerst militante Politik gemacht und sich dann aber zurückgezogen haben; ihren individuellen Frieden mit dem System gemacht haben, weil Militanz allein die fehlende revolutionäre *politische* Orientierung nicht ersetzen kann.

Vielleicht versteht Ihr das besser, wenn ich Euch ein wenig von meinem Kampf in der SPD erzähle, den ich bekanntlich verloren habe, u.a. auch deshalb, weil *selbst ich* zu sehr den SPD-Phrasen von Gesellschaftsveränderung usw. geglaubt habe.

Als ich 1898 mit 27 Jahren, aus Polen kommend, in die Sozialdemokratische Partei eintrat, war Eduard Bernstein gerade dabei, dem Bedürfnis bestimmter sozialdemokratischer Abgeordneter und Gewerkschaftsführer nach einer Revision der marxistischen Theorie Ausdruck zu geben. Sie sollte das rechtfertigen, was Bernstein für "die bedeutungsvollsten Fortschritte auf dem Gebiet der Praxis des politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterkampfes" hielt;[10] eine reformistische Theorie sollte einer reformistischen SPD-Praxis Legitimation verschaffen. Ihm voran gegangen war bereits im Jahre 1891 der bayerische SPD-Abgeordnete und *Realpolitiker*** Georg von Vollmar, der eigentliche Begründer des deutschen Reformismus. Mit seinen berühmten "Eldorado-Reden" vom 1.6.1891 in München hatte er zwar einen Sturm der Entrüstung in der SPD ausgelöst, aber er konnte auf eine wachsende Anhängerschaft verweisen. **Ähnlich wie in Eurer Diskussion Hanna Cash schon 1991 (mit ihrem Plädoyer für das "Offene", für eine an "Werten" und "Ethik" orientierte Politik und ihrer Zurückweisung einer Kritik, die eine an der "Menschenwürde" orientierte Politik als reformistisch charakterisiert, sowie ihrem Vorschlag für einen Tausch von Einstellung des bewaffneten Kampfes und Zusammenlegung der Gefangenen), hatte sich Vollmar für eine reformistische *Anpassung* an das Bestehende*** und damit für eine Unterwerfung unter die bestehenden Verhältnisse stark gemacht.**

Die Konzentration auf die "praktische Tagespolitik"

Er hat das sehr schön *philosophisch* und *methodologisch* so verpackt:

"Gewiß hat der vorwärtsstürmende, alles niederwerfende Gedanke sein Recht. Er ist notwendig, um (...) eine Idee rein darzustellen und für sie zu begeistern, ein Endziel anzugeben, das auf den wechselnden Wegen die Richtung weist. Und dieser Gedanke wird umso weniger Gegengewicht finden, je mehr man ihn ausschließlich auf das Gebiet der Theorie beschränkt und von der Fleischwerdung zurückhält. Die *Tat* aber, die Übertragung des Gedankens in die Wirklichkeit überspringt die Hindernisse nicht so leicht und schnell. Bisweilen hat es ja wohl große Krisen gegeben, wo die Geschichte einen plötzlichen Ruck machte und einen Sprung zu tun schien. Im Allgemeinen aber findet ein langsames, organisches Entwickeln statt. (...) In dem Maße, in welchem wir einen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten gewinnen, haben wir - unter voller Aufrechterhaltung unsrer grundsätzlichen Bestrebungen - unsre Kraft auf die jeweils nächsten und dringendsten Dingen zu konzentrieren (...). Worauf es ankommt, das ist, daß wir - ohne unsre Endziele und den Zusammenhang unsrer Forderungen im Mindesten zu vergessen - auch praktische Tagespolitik treiben (...):"[11]

So mußte man damals auftreten, wenn man die "grundsätzlichen Bestrebungen" für die reale = wirkliche Politik loswerden wollte.**** Bernstein *spitzte* diese Auffassung - ganz im Sinne Eures 1. Mai-Aufrufes - mit seinem bekannten Spruch zu, daß er Weg alles und das Ziel nichts sei. Auch Bernstein wollte damit, so sagte er jedenfalls, nicht ausdrücken, daß ihm die "endliche Durchführung sozialistischer Grundsätze" gleichgültig sei, sondern nur "daß sich wichtige Epochen in der Entwicklung der Völker nicht überspringen lassen".[12]

Indem Vollmar für sich in Anspruch nahm, "unsre Endziele" nicht "im Mindesten zu vergessen", aber zusätzlich "*auch* praktische Tagespolitik" machen zu wollen, unterstellt er uns, seinen KritikerInnen, wir würden keine Tagespolitik machen (wollen) und bloß auf die Revolution warten.

Wir wurden als idealistische Narren abgekanzelt und des Verzichts auf reformerisch mögliche, praktische Erfolge bezichtigt. Wer dann in der November-Revolution die Barrikaden praktisch verteidigte und wer abwartete, oder gar aktiv gegen die Revolution Politik machte, brauche ich Euch nicht sagen; und wenn wir, meine GenossInnen und ich, bis dahin tatsächlich nur abgewartet hätten, dann hätte es die November-Revolution gar nicht erst gegeben.

Selbst für die Beratungen im Reichstag hatte ich 1889 zugestanden (was heißt zugestanden? Ich *war und bin* dieser Meinung), daß es bei Regierungsvorlage bspw. über die Militärpolitik nicht ausreicht, ihnen nur "ein kurzes und nacktes Nein entgegen(zu)setzen". Vielmehr müssen unsere Abgeordneten - so schrieb ich damals - "auf die jeweilige Vorlage eingehen, die Gründe erwägen, aus den *gegebenen* konkreten Verhältnissen, aus der augenblicklichen ökonomischen und politischen Lage, nicht aus einem leblosen und abstrakten Prinzip heraus urteilen und argumentieren. Aber das Ergebnis muß und wird, wenn wir die jedesmaligen Verhältnisse und die Volksinteressen *richtig* beurteilen, ein *Nein* sein. Unser Losung ist: *Diesem* System keinen Mann" und keine Frau "und keinen Groschen!"[13]

Die "Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer

Veränderungen" (Stalin)

Aber merkt Ihr, wie sich die Argumente gleichen?

Bspw., wenn auch die RAF unterstellt, die Alternative zu ihrer neuen Politik sei, bis zur Revolution abzuwarten: "wir müssen es schaffen, eine andere gesellschaftliche entwicklung in bewegung zu setzen, (...). also eine bewegung, die auch heute schon neue inhalte, werte und konkrete veränderungen schafft - denn das sind keine ziele, die bis auf die zeit 'nach der revolution' verschoben werden können." schreibt die RAF in ihrer Erklärung vom Juni letzten Jahres.[14]

Bspw., wenn auch Karl-Heinz Dellwo und Lutz Taufer sich den historischen Prozeß im Normalfall als "organisches Entwickeln" vorstellen: "um zu einer revolutionären entwicklung zu kommen, müssen wir eine menge akkumulieren. und dieses akkumulieren besteht aus vielen kleinen schritten (...)."[15] "also der kampf darum, in ein falsches leben immer größere momente des richtigen reinzuholen, bis die quantitative anhäufung qualitativ auf die alten systemverhältnisse umschlagen kann."[16]

Bspw., wenn auch Lutz Taufer folglich das, was er für revolutionäre Politik hält ("moral und ideal") auf historische Sprünge beschränkt, indem er schreibt: "die menschen handeln in revolutionären zeit nach moral und ideal, ansonsten prüfen sie einen politischen prozeß danach, ob er ihr leben besser oder schlechter macht."[17]

Und fällt Euch nicht auf, wie *billig eine* Argumentation ist, die suggeriert, mit der Charakterisierung der eigenen Politik als praktisch oder Realpolitik einen *Vorzug* gegenüber einer anderen, offenbar irrealen, unpraktischen Politik, aufgezeigt zu haben. Hing es Euch nicht zum Hals raus, wenn die KPdSU, die SED, die DKP etc. immer wieder das wesentliche "Argument" bemühten, ihr Sozialismus sei schließlich der "reale" gewesen? Und wißt Ihr von wem *das von Karl-Heinz Dellwo angeführte* Verständnis des Umschlagens von Quantität in Qualität stammt? Es war Stalin, der in seinem berühmten Dialektik-Kapitel in dem berüchtigten "Kurze(n) Lehrgang" der "Geschichte der KPdSU(B)" den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß als das "Ergebnis der Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen" auffaßte.[18] Der "Übergang von einer alten zu einer neuen Qualität" erfolge niemals "vermittels einer Explosion", sondern "durch eine allmähliche Ansammlung von Elementen der neuen Qualität".[19] [Genau *gegen* eine solche evolutionistische Vorstellung hatte allerdings Hegel ursprünglich dieses 'dialektische Gesetz' vom Umschlagen von Quantität in Qualität formuliert. Und wir MarxistInnen haben es in diesem Sinne als revolutionäre Seite Hegels übernommen. Hegel schrieb: "Es hat sich (...) gezeigt, daß die Veränderungen des Seins überhaupt nicht nur das Übergehen einer Größe in eine andere Größe, sondern Übergang vom Qualitativen in das Quantitative und umgekehrt sind, ein Anderswerden, das Abbrechen des Allmählichen und ein qualitativ Anderes gegen das vorhergehende Dasein ist. Das Wasser wird durch Erkältung nicht nach und nach hart, so daß es breiartig würde und allmählich sich bis zur Konsistenz des Eises sich verhärtete, sondern es ist auf einmal hart; (...)."[20] Dies war die Verphilosophierung u.a. der von Stalin zu dieser Zeit in der Kommunistischen Internationale durchgesetzten Taktik von 'Volksfront'-Bündnissen mit Teilen der Bourgeoisie. Auch für die Sowjetunion dekretierte er 1936 verfassungsmäßig das 'Abstumpfen der Klassengegensätze' und gab den Staatsapparat, mit dem er diese tatsächlich eskalierenden Widersprüche auf repressive Weise austrug, als "Staat des ganzen Volkes" aus. Nach Stalins Tod wurde die Volksfront-Taktik auf die - Euch aus Euren Auseinandersetzungen mit DKP und SEW bekannte - Art und Weise 'weiterentwickelt': friedlicher Übergang zum Sozialismus, antimonopolistische Demokratie, Aktionseinheit mit der SPD.]

Doch ich wollte Euch ja von der Entwicklung der Sozialdemokratie berichten. 1891 noch, auf dem Erfurter Parteitag der SPD, wurden die Auffassungen Vollmars - besonders von den Parteigrößen Bebel, Singer, Liebknecht und auch Auer - rundweg abgelehnt. Sein Plädoyer für "Verhandlungen", für "Selbstbeschränkungen", für "Realismus" etc. konterte etwa der "Genosse Auer" u.a. mit den Worten: "Diese Selbstbeschränkung halte ich für gefährlich. - Auf diese Weise werden wir, wenn auch nicht mit Wissen und Wollen, doch *tatsächlich* dahin geführt, daß wir zweierlei *Programm* haben, *eins für* den *Alltagsbedarf und eins für den Sonntag*. Die strenge Scheidelinie, die bis jetzt unsere Partei allen anderen Parteien gegenüber innegehalten hat, wird somit auf die Dauer verwischt werden."[21]

Die Hanna Cashs gehen jedem Bernstein, die Georg von Vollmars jedem Lutz Taufer voran

Trotz dieser *verbalen* Abfuhr machte v. Vollmar leider Fortschritte. Überhaupt sind "für die modernen Bewegungen der Massen" - so ein russischer Anhänger Bernsteins zutreffend - "es immer die Vollmars die den Bernsteins vorangehen". Diese Eigendynamik werden die neuen ReformistInnen in Euren Reihen sicherlich für sich zu nutzen wissen, wenn diejenigen unter Euch, die eine Anpassung an die herrschenden Verhältnisse vermeiden wollen, nicht illusionsloser mit den Zeugnissen *verbal* bleibender Kritik an der Anpassung umgehen, als ich das damals getan habe. Denn ich setzte seinerzeit zu viele Hoffnungen in die Wirksamkeit der gegen v. Vollmar und Bernstein gerichteten *Stellungnahme* des *Parteivorstands* (Bebel etc.) und des Chef-Ideologen Kautsky, obwohl "jedes Jahr, jeder Parteitag immer neue Fortschritte des *Evangeliums* der 'praktischen Politik' zum Vorschein"[22] brachte und ehemalige Kritiker v. Vollmars die Seiten gewechselt hatten.

Und bei Euch geht der Anpassungsprozeß nicht weniger schnell: 1991 hatte der AK Drinnen und Draußen Celle das Hanna Cash-Papier noch als "Aufgabe einer revolutionären Perspektive" verworfen; der "vorgeschlagene Wertekatalog" bedeute einen Rückfall "auf die Ideologie der bürgerlichen Revolution". Der AK wußte: "Freilassung gibt's vielleicht als Gnadenakt in Einzelfällen, Freiheit aber, gibt's nur, wenn eine Linke in der BRD die Voraussetzungen schafft, (...), die Idee von 'Befreiung/Emanzipation' nicht in den Geschichtsbüchern verschwindet, sondern von uns auf die Tagesordnung gesetzt wird."[23] Und: Die Situation der Gefangenen "ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der revolutionären Front. Wer das auflösen will, betreibt die Isolation der Gefangenen." Die von "Hanna Cash eingeforderte 'politische Initiative'" sei "nichts anderes als die vom Staat gewollte Kapitulation."[24]

Im Herbst 1992, ein gutes Jahre später, gehört der Arbeitskreis schon zu den BefürworterInnen einer "politischen Lösung" und generell der neuen Politik der RAF.[25] Allerdings legten sie damals, im Herbst 1992, noch auf die Festellung wert, daß das, was vor der Selbstkritik der RAF "an Kritik am bewaffneten Kampf kam, (...) insofern nicht richtig ausgereift (war), als (...) die Argumente, die vorgetragen wurde zur Notwendigkeit der Einstellung des bewaffneten Kampfes, (...) sich nicht besonders unterschieden (haben), 1978 nicht besonders von denen von 1988 und 1988 von 1992, aber, und das wird aus der Erklärung der RAF und der der Gefangenen ersichtlich, im Unterschied dazu ist nun die Einstellung des bewaffneten Kampfes eine Analyse des veränderten Kräfteverhältnisses der letzten zwei bis drei Jahre vorausgegangen. Das gilt es eigentlich dabei zu reflektieren, daß nicht die Argumente, die schon immer gegen die bewaffnete Aktion in der BRD gefallen sind, jetzt zum Tragen kommen, (...)." Und kein halbes Jahr später, im Frühjahr 1993, schreibt *der gleiche Arbeitskreis* in einem Flugblatt über die frühen RAF-Aktionen und in Bezug auf die BRD-Verwicklung in den Vietnam-Krieg: "Dennoch wäre es leichtfertig, das Töten von Menschen damit einfach entschuldigen zu wollen" und bringt damit das abgestandenste aller Argumente gegen den bewaffneten Kampf in der BRD. In einem Papier eines Arbeitskreis-Mitgliedes, das von den anderen im Grundsatz geteilt wird, heißt es - im Gegensatz zur zitierten Position von 1991 - schließlich: Die Freiheit der politischen Gefangenen sei *nicht nur* zu erreichen, "wenn (...) eine revolutionäre Linke tatsächlich zur gesellschaftlichen Kraft wird," sondern auch dann, "wenn *in der Gesellschaft* verankert wird, daß der bewaffnet geführte Kampf in der BRD ein politischer Fakt ist/war, dessen Konsequenzen hinsichtlich der Gefangenen einer politischen Lösung bedarf."[26] Heute wird betont, daß es um die "Anerkennung des Kräfteverhältnisses", um "gesellschaftliche Akzeptanz" gehe, und freudig wird festgestellt, daß die Argumentation für eine "politische Lösung" "in der liberalen Medienöffentlichkeit auf partielle Zustimmung" stieß.[27] (In dem alten Papier war noch kritisiert worden, daß Hanna Cash "die Frage des 'Kräfteverhältnisses' auf ein Problem der öffentlichen Meinung reduzier(t)".[28]) Mit diesem hier vorkommenden *an sich* positiven Begriff von Gesellschaft ("wenn in *der* Gesellschaft verankert werden kann") war ich in meinen Diskussion in der SPD schon um die Jahrhundertwende konfrontiert.

Diesem 'naiven' Gesellschaftsbegriff mußte ich damals und muß ich heute entgegenhalten, daß die heutige Gesellschaft eine "kapitalistische Gesellschaft" ist, und daß deshalb in ihr "die kapitalistischen Interessen maßgebend sind".[29] Wieso sollte sich also "in *der* Gesellschaft" *ganz generell* Akzeptanz für eine "politische Lösung" erreichen lassen, die etwas anderes als die Aussöhnung mit dieser kapitalistischen Gesellschaft ist?!

Der moralische Druck mit der Gefangenschaft

Außerdem konnte ich bereits 1899 feststellen, "daß gerade diejenigen Genossen (entschuldigt den traditionalistischen Ausdruck!), die sich für die sogenannte praktische Politik erwärmen, eine ganze Reihe von wichtigen Parteiposten einnehmen, was ihren Argumenten auch eine ausgedehnte Anwendung und Verbreitung sichert, sie haben nämlich eine Anzahl von Parteiblättern als *Redakteure* und eine Anzahl von parlamentarischen Tribünen als *Reichstags-* und *Landtagsabgeordnete inne*. Gerade da also, wo der eigentliche Parteikampf nach zwei Fronten - gegen die Regierung und die herrschenden Klassen sowie für Aufklärung der Arbeitermassen geführt wird, in der *Presse* und in der *Volksvertretung*, sind die Anhänger der opportunistischen Taktik am stärksten vertreten. Dieser Umstand ist es, der ihnen zu ihrer Stärke so unverhältnismäßig Einfluß und Bedeutung verschafft."[30]

Überwindet mal den Abwehrmechanismus, der regelmäßig bei vielen von Euch einsetzt, wenn ganz 'traditionalistisch' von einer "Aufklärung der Arbeitermassen" die Rede ist, und überprüft, ob es in Euren Reihen nicht eine Hierarchie gibt, die der Machtstellung der Abgeordneten in der SPD *ähnlich* ist. Zwar habt Ihr keine Abgeordneten. Aber ist es nicht bei Euch so, daß viele (ehemalige) Gefangenen das Evangelium der "praktischen Politik" predigen und daß ihre Gefangenschaft als moralisches Druckmittel benutzt wird, um die neue Politik durchzusetzen? So bspw. wenn in dem schon zitierten Papier aus Celle unterstellt wird, die Kritik an der Forderung nach einer "politischen Lösung" bedeute für die "Gefangenen wahrscheinlich wirklich 'lebenslänglich'".[31] So auch, wenn in einem Text in der "Swing" (Autonomes Rhein-Main-Info) Kritik an Knut Folkerts mit dem 'Argument' abgewehrt wird, daß "ein Gefangener aus der RAF, der zu seiner Geschichte und zu seinen Zielen" - das ist ja gerade die Frage - "steht, (...) Begriff(e) nicht leichtfertig in den Mund nimmt" und schon das vermeintlich Richtige meinen wird.[32] Und auch Gisel Dutzi beruft sich für ihr Plädoyer für das, was heutzutage als "Praxis" verstanden wird, auf den "Rücken der Gefangenen": Die Kritik an einer sog. "politischen Lösung" sei eine "Position', mehr auf dem Metropolenmeinungsmarkt, ausgetragen auf dem Rücken von Gefangenen, der Guerilla, Leuten hier draußen, deren Sache nie einfach die 'richtige Position' war und ist, sondern die eigene Praxis. Das sind ideologische Schlagabtausche (...)."[33]. Und wie sieht es bei Euch mit der Presse aus? Das Angehörigen-Info versucht leidlich, die Debatte kleinzukochen und eine Mittellinie zu fahren, während es natürlich *ausschließlich* die VertreterInnen der neue Linie sind, die in SPIEGEL, NDR und Heute Journal sowie im Privatfernsehen zu Worte kommen; sind es *ausschließlich* die Erklärungen von RAF und Karl-Heinz Dellwo, die in taz und Frankfurter Rundschau gedruckt werden. - Und Ihr wißt, daß ich weiß, was es heißt im Knast zu sitzen (zwar nicht solange, wie Eure Gefangenen, nur 1907 und von 1915 bis 1918, mit einer kurzen Unterbrechung; angenehm war es trotzdem nicht). Aber ich habe aus meiner Inhaftierung nie die Schlußfolgerung gezogen, daß es richtig sei, "die Eskalation zurückzunehmen"[34]. Befreit wurde ich 1918 von den November-RevolutionärInnen. -

Über "gesamtpolitische Verantwortung"

Ihr sollt 'raus aus dem aus dem "Ghetto" und 'rein in "die Gesellschaft" (Lutz Taufer) geführt werden,[35] was freilich nur deshalb Aussicht auf Erfolg haben kann, weil *Ihr*



selbst Anknüpfungspunkte für diese 'Verwandlung' *in* Eurem Denken und Handeln aufweist. Was findet Ihr denn so attraktiv an den von Euren StrategInnen eingebrachten Redensarten über "gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Verantwortung" (Lutz Taufer)[36], daß es nicht mehr ausreiche zu entlarven, daß es gelte, "politikfähig" zu werden,+ *wenn* Ihr weiter an der Notwendigkeit der Durchsetzung *Eurer Anliegen* festhaltet? Glaubt Ihr etwa, mit diesen Vorschlägen werde der Weg gewiesen, die von Euch proklamierte "umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen verhältnisse"[37] *hinzukriegen?* Vielleicht ist ja meine alte Kritik an Bernstein angesichts der Entwicklung der russischen Revolution (die ich übrigens, wie Ihr wißt, viel früher und präziser kritisiert habe als Eure enttäuschten und deshalb "realistisch" gewordenen Weltverbesserer) ein bißchen blauäugig in der Frage der *politischen Macht.* Dennoch halte ich gegen alle 'Resignierten' daran fest, daß der Spruch von Günter Grass: "Der Fortschritt ist eine Schnecke", der heute unisono von vielen bei Euch vertreten wird, nicht nur trostlos, sondern auch falsch ist und weiterhin meine Aussage gilt:

"Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die in die Breite gezogene Revolution und die Revolution als kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch *die Zeitdauer*, sondern durch das *Wesen* verschiedene Momente."[38] Deshalb bedeutet die Beschränkungen auf eine 'gesellschaftliche alternative hier und heute' (RAF)[39], *keine* grundsätzliche Alternative und auch "nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum *gleichen* Ziel, sondern auch ein *anderes* Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten."[40] Indem Bernstein also ein *anderes* Ziel als eine neue Gesellschaftsordnung anvisierte hatte, war er es, der die Frage "Sozialreform *oder* Revolution?" aufgeworfen hatte. Ich hatte nun meinerseits nicht eine andere Antwort - also bspw. Revolution statt Reform - auf die gleiche Frage gegeben, sondern Bernsteins Frage zurückgewiesen, indem ich auf den "unzertrennlichen Zusammenhang" zwischen Reform und Revolution hinwies. Dieser Zusammenhang besteht nämlich darin, daß wir RevolutionärInnen den Kampf um Reformen (als ein vorbereitendes Mittel) dem Zweck, der sozialen Umwälzung, der Aufhebung des Lohnsystems[41] und der Zerstörung dieses Staates[42], unterordnen.

Das Programm wird aufgeschoben - auf unbestimmte Zeit

Nun sagt Ihr ja aber, daß Ihr Euch durchaus nicht dauerhaft auf "Veränderungen für das Leben heute" beschränkt wollt, sondern "langfristig den Herrschenden die Bestimmung (...) entreiß(en)" wollt.[43] Aber gerade weil Ihr ausschließlich zwischen "kurz-" und "langfristig" unterscheidet und auch langfristig die Machtfrage zumindest nicht ausdrücklich stellt, sondern Ihr auf eine allmähliche Anhäufung von Veränderungen ('Akkumulation von vielen kleinen Schritten' [Lutz Taufer], 'quantitative Anhäufung' [K.-H. Dellwo]) hofft, muß Eure Hoffnung ein frommer Wunsch bleiben. Denn "jeder Schritt" auf der Bahn der Sozialreform führt *nur dann* über diese Bahn hinaus und zum "sozialistischen Ziel" - so mußte ich schon den 'Realpolitikern' meiner Zeit entgegenhalten -, "*wenn* die bewußte und feste Bestrebung zur Eroberung der politischen Macht dem gewerkschaftlichen und sozialreformerischen Kampfe als Leitstern *vorausgeht.*"[44]
Ganz ähnlich wie heute die RAF haben Bernstein u.a. noch zu Lebzeiten von Marx und Engels argumentiert: "Man versteht uns wohl," wir wollen nicht "ein Aufgeben unsrer Partei und unsres Programms, wir meinen aber, daß wir auf Jahre hinaus genug zu tun haben, wenn wir unsre ganze Kraft, unsre ganze Energie auf die Erreichung gewisser naheliegender Ziele richten, welche unter allen Umständen errungen werden müssen, bevor die Realisierung der weitergehenden Bestrebungen gedacht werden kann."[45] Marx und Engels haben darauf geantwortet: "Das Programm soll nicht aufgegeben, sondern nur aufgeschoben werden - bis auf unbestimmte Zeit. Man nimmt es an, aber eigentlich nicht für sich selbst und für seine Lebzeiten, sondern posthum, als Erbstück für Kinder und Kindeskinder. Inzwischen wendet man seine 'ganze Kraft und Energie' auf allerhand Kleinkram und Herumflickerei an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, damit es doch so aussieht, als geschehe etwas, und die Bourgeoisie nicht erschreckt werde."[46]
Wie gesagt, meine Freunde und ich haben den Kampf in der SPD damals verloren. Stattdessen hat sich die Richtung durchgesetzt, als deren "theoretischer Dolmetscher (...) innerhalb der Partei, und zwar als letztes Glied in ihrer geschichtlichen Entwicklung"[47] Eduard Bernstein aufgetreten ist. Und zwar mit Euch auch bekannten Argumenten schon 1896/97: "Die Kooperation, der politische Kompromiß macht keine Verleugung, keine Abwächung der eigenen Klassenforderungen notwendig. Man verbindet sich zu einem ganz bestimmten Zweck, ohne darüberhinausgehende Verpflichtung (...)."[48]
Ich hatte dagegen schon 1899 befürchtet, daß Bernsteins Politik nicht einmal zu einer "ununterbrochenen Kette fortlaufender und stets wachsender Sozialreformen" führt.[49] Denn der "unversöhnliche, schroffe Klassenstandpunkt", der zunächst zumindest konsequente Reformen bewirken kann, wird mit der Zeit "immer mehr zu einer negativen Potenz, sobald unmittelbare praktische Erfolge den Hauptzweck bilden. Der nächste Schritt ist also eine Kompensationspolitik und eine konziliante, staatsmännische kluge Haltung," die schließlich dazu führt, "alles gehn zu lassen, wie's Gott gefällt".[50]

Von der bedingten Verneinung zur unbedingten Bejahung

Leider hatte ich mit meiner Befürchtung recht behalten. Denn schon 1912 argumentierte Bernstein so:
Die SPD habe zwar, in dem sie bestimmte Regierungsentscheidungen kritisiere, "*zunächst*" den Charakter einer "*bedingt* verneinenden Opposition". Sie müsse aber "ihre Stimmenmacht bewußt und systematisch für die eine oder gegen die andere Koalition in die Waagschale (...) werfen. Sie muß dann unter Umständen sich *auf* die Seite der Partei stellen, die gerade an Regierung ist, womit ihr Einfluß *auf diese* Regierung, zugleich aber auch ihr *Interesse an ihr eine Steigerung* erfährt. *Selbst wenn* (!) sie behufs Wahrung ihrer *politischen Unabhängigkeit sich jedes* formalen Anschlusses an die *Regierungskoalition*, insbesondere also die *Beteiligung an Ministerien* enthält, erhält sie durch die Natur der Dinge etwas vom *Charakter* einer *Regierungspartei*. Das heißt, wird - um an die gebrauchte Wendung anknüpfen - nunmehr Partei der *bedingten Bejahung*."[51]
Das klingt logisch, werden einige von Euch sagen. Ist es auch, nämlich für die Menschen, dabei sind, *SozialdemokratInnen* zu werden. Andere werden sagen: "Jetzt geht sie aber wirklich zu weit; die Gefangenen und die Illegalen schon auf der Regierungsbank sitzen sehen, ist doch wirklich übertrieben." Aber überlegt einmal: Die RAF hat in ihrer Erklärung vom August letzten Jahres die herrschende Politik als "Wahnsinn"[52] charakterisiert und demgegenüber "sinnvolle Lösungen"[53] gefordert. Und auch Eva Haule meint in einem Brief "an eine genossin aus der hafenstraße": "und es ist genau, wie ihr gesagt habt (..): 'vernünftige lösungen', darum gehts."[54] Und Irmgard Möller spricht sich für "ein rationelles moment in der auseinandersetzung zwischen den politischen gefangenen und dem staat" aus.[55] Wenn sich anscheinend alles auf den Gegensatz von Rationalität und Irrationalität reduziert, wenn es anscheinend keinen *Interessens*gegensatz und keine Zwangsgesetze der kapitalistische Ökonomie und keine notwendige Funktionsweise des bürgerlichen Staates mehr gibt, ist dann nicht die logische Konsequenz, das "Vernünftige" *einfach zu tun* (statt einem "ominösen revolutionären projekt" [Lutz Taufer][56] nachzujagen) - und nach Möglichkeit eben auch in der Regierung?!
Damit werdet Ihr aber schließlich zu einer 'Partei der *unbedingten* Bejahung'. Denn, wie ich in einer Kritik an französischen Reformisten schrieb, gibt es *in der Regierung*, im Gegensatz zum Parlament, nicht einmal eine formelle Opposition. Die Regierung hat "die Ausführung der Gesetze, die Aktion, zur Aufgabe (...), sie muß in allen ihren Gliedern stets handeln, sie muß deshalb (...) stets einen grundsätzlich gemeinsamen Boden unter den Füßen haben, der ihr das Handeln ermöglicht, den Boden des Bestehenden, mit einem Wort den Boden des bürgerlichen Staates. (...). Ein prinzipieller Gegner des Bestehenden hingegen steht vor der Alternative: entweder auf Schritt und Tritt der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung Opposition zu machen, d.h. tatsächlich *kein* aktives Mitglied der Regierung zu sein - ein augenscheinlich unhaltbarer Zustand, der zur Entfernung des sozialistischen Mitgliedes aus der Regierung führen müßte -, oder aber die Sache schließlich mitzumachen, die täglich und stündlich zur Erhaltung und zum Fortlauf der Staatsmachinerie in jedem Regierungszweig notwendigen Funktionen zu verrichten, d.h. tatsächlich *kein Sozialist*, wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamtes, zu sein."[57]
Ihr seht also, was von dem ursprünglichen Versprechen übrig bleibt, eine Politik, die den Kampf um Reformen nicht dem revolutionären Ziel unterordnet, bedeutete über eine punktuelle Übereinstimmung mit der Regierung hinaus keine weitere Verpflichtung...
Sicherlich, Ihr *wollt* eine solche Entwicklung *nicht*; aber schon meine Kritik von 1899 an Bernstein & Co. zielte nicht, jedenfalls nicht hauptsächlich, auf deren verräterische *Absichten*. Die gefährlichste Seite ihrer Theorien sah ich vielmehr "in ihren Konsequenzen, in dem, was sich aus ihnen für die Bewegung ergibt, wenn sie zur vollen Reife entfaltet werden." Zwar waren wir - seine *KritikerInnen* - uns damals einig, "daß das allgemeine letzte Ergebnis seiner Auffassung" die Aufgabe des Sozialismus wäre, "aber vor diesen Konsequenzen schreckt Bernstein zurück. Er beteuert, daß er weder dieses Ergebnis wünscht noch auf dasselbe hinarbeitet. Und er hat in gewissem Sinne recht, nämlich im subjektiven Sinne. Es wäre Wahnsinn, Bernstein die Absicht zuzuschreiben, die Arbeiterbewegung vernichten zu wollen. Im Gegenteil, er glaubt ihr aufs beste mit seiner Auffassung zu dienen. Es kommt jedoch nicht darauf an, was Bernstein denkt und *will*, sondern was sich objektiv, abgesehen von seiner Person, aus seinen Theorien ergibt."[58] Was dies war, habe ich zu Beginn dieses Briefes aufgezählt: Kriegskredite, Notstandsgesetze, Berufsverbote, Stammheim '77, Abschaffung des Asylrechts, Abtreibungsverbot durch finanziellen Druck.

"praktische Politik" und Verlodderung der Theorie

Der *opportunistische* Ausgangspunkt, man müsse "den Massen(...) *unbedingt*(!) mit 'positiven Errungenschaften' in der Hand kommen, sonst wird uns das Volk 'nicht verstehen,'"[59] der auch bei Euren BefürworterInnen der "praktischen Politik" eine entscheide Rolle spielt, hat in der Geschichte der SPD alles weitere geprägt:
++ die Verlodderung der Theorie (welche kein Wunder ist, denn die "Feindseligkeit gegen 'die Theorie' (...) ist ganz selbstverständlich, denn unsere 'Theorie', d.h. die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus, setzen der praktischen Tätigkeit ebenso in Bezug auf die angestrebten *Ziele*, wie auch auf die anzuwendenen *Kampfmittel* wie endlich selbst auf die *Kampfweise* sehr fest Schranken. Daher zeigt sich bei denjenigen, die nur den praktischen Erfolgen nachjagen wollen, das natürlich Bestreben, sich die Hände frei zu machen, d.h. unsere Praxis von der 'Theorie' zu trennen, von ihr unabhängig zu machen."[60]),
++ die Verharmlosung der Klassengegensätze,
++ die Illusionsmacherei über mögliche Reformpolitik,
++ das bedingte und schließlich unbedingte Ja zum bürgerlichen Staat.
Eine Partei, die ihre Mitglieder und Anhänger so auf das "Evangelium" der "praktischen Politik" ausgerichtet hat, konnte schließlich dem 'Ausbruch' des 1. Weltkrieges nichts entgegensetzen. Und so *zeigt* die Entwicklung der SPD auch denen, die sich davor drücken, über die immanenten Konsequenzen des "Evangeliums" der "praktischen Politik" *nachzudenken*, wie die weitergehenden Forderungen und Ziele auf der Strecke geblieben sind - eben nur die *rechtfertigenden Ideale* einer *anpasslerischen Praxis* waren. Und überlegt einmal, wieso jetzt auch in Euren Debatten soviel über 'Werte', 'Ideale' usw. die Rede ist - weil es wieder eine Praxis gibt, die nicht selbst über das Bestehende hinausweist und deshalb ihrer Rechtfertigung durch höhere 'Ideale' bedarf.

Alles nur "Mißverständnisse"?

Aber Ihr meint, wie Gregor,[61] daß meine Kritik, wie ähnliche Kritiken zuvor, auf einem "Mißverständnis" (Gregor selbst setzt dieses Wort bezeichnenderweise in Anführungsstriche) der Position Eurer neuen PolitikerInnen beruht? Auch diese Ausflucht ("Mißverständnisse"),

um einer inhaltliche "Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen"[62], ist leider nicht neu.[63] Schon ich war damit konfrontiert, daß meine Gegner "über jedes Ding nicht *eine* Meinung, wie die meisten Menschen, sondern mehrere Meinungen auf einmal (hatten), und man kann nie irgendeine (ihrer) Äußerungen in der Diskussion fixieren, ohne daß (sie) nicht in der Lage wäre(n), zur Deckung sofort eine entgegengesetzte Äußerung heranzuziehen." Und "das heillose Dunkel, (...) hat 'Methode', es hat einen *politischen Grund*. Es ist dies jene Politik, die allen geben und niemandem nehmen, alle befriedigen und niemanden kränken, alle Differenzen verwischen, alle Widersprüche aussöhnen, alle Gegensätze in einem Meer sauer-süßlicher Beschwichtigungslimonade ertränken will."[64] .

August Bebel sagte deshalb über von v. Vollmars Reaktionen auf die Kritik an seinen Eldorado-Reden: "Vollmar sieht sich genötigt, seine am 1. Juni gehaltene Rede dem Druck zu übergeben, weil man falsch über sie berichtete; alsdann sieht er sich wieder genötigt, nachträglich noch eine zweite Rede zu halten, die als Interpretation der *ersten* Rede gelten muß. Nachdem er aber beide dem Druck übergeben, muß er eine dritte Rede halten, die wieder als eine Interpretation der ersten und zweiten Rede anzusehen ist."[65]

Und ich habe über Bernsteins Veröffentlichungen geschrieben: "Hier" - bei Bebels Beschreibung der Reaktionen von v. Vollmars - "haben wir genau die Geschichte der Bernsteinschen Artikel in der 'Neuen Zeit', die er dann durch einen Brief an den Parteitag interpretieren mußte, worauf er ein Buch schrieb, um den Artikel und den Brief zu kommentieren, worauf wieder ein Artikel in der 'Neuen Zeit' und im 'Vorwärts' erfolgten, die das Buch vor Mißverständnissen verteidigen sollten, und nach alledem sieht sich Bernstein heute von seinen Kritikern ebenso gänzlich mißverstanden, wie es 1891 Vollmar war. Zwischen diesen beiden Endpunkten in der Entwicklung des Opportunismus, zwischen den ersten beiden Reden Vollmars und dem Buche Bernsteins, wiederholt sich das 'Mißverständnis' regelmäßig bei jeder seiner Kundgebungen."[66]

Und bei Euch? In der Interim 231 schreibt Gregor einen Artikel, um die angeblichen "Lügen"[67] der Frauen aus Gießen zurückzuweisen. Nachdem Anna und Arthur in der Interim 232 nachgewiesen hatten, daß die angeblichen Lügen durchaus der Wahrheit entsprechen, mußte Gregor in der Interim 233 behaupten, sie unterlägen "d(em)selben Mißverständnis" wie die Gießnerinnen.[68] Und all dies führte, nach zwei weiteren Stellungnahmen, nur zu Gregor erneuter These, "daß auch hier wieder Mißverständnisse eine Rolle spielen".[69]

Warten auf die Illegalisierung?

Wenn alles nur "Mißverständnisse" sind, warum reden dann Eure VertreterInnen der "praktischen Politik" in keiner einzigen ihrer Kundgebungen mal Klartext, sondern wiederholen immer nur ihre eigenen 'mißverständlichen' Formulierungen? Gregor antwortet darauf mit der Gegenfrage: "welchen produktiven Wert" hat die "wiederholte Feststellung, daß die gesellschaftlichen Widersprüche 'nur mit Gewalt/durch die gewaltsame Machtergreifung' gelöst werden können?" Auch diese Frage bekamen wir schon von v. Vollmar präsentiert: "Haben wir nichts Besseres zu tun, als daß wir in jeder einzelnen Rede immer wieder den *alten Katechismus* aufsagen?"[70] Bebel antwortete darauf, daß diese "Aufklärung der Massen über unseren Gegner (...) die Hauptaufgabe für unsere (...) Tätigkeit ist und nicht die Frage, ob zunächst eine Forderung erreicht wird oder nicht. (...). Das Ziel in seiner Gesamtheit ist die Hauptaufgabe und das andere Nebensache. (...). Vollmar erklärt *umgekehrt* das große allgemeine Ziel als das vorläufig *Nebensächliche* und als *Hauptsache* die *nächsten praktischen Forderungen*, (...)."[71]

Die "Aufklärung der Massen über unseren Gegner" und die Propagierung der "Hauptaufgabe", der Revolution, ist deshalb notwendig, weil wir "unseren Gegner" nur dann endgültigen schlagen können, wenn wir uns auf die Machtfrage *vorbereiten*. Denn es ist - wie die RAF im Konzept Stadtguerilla geschrieben hat -, "falsch (...), auf die Illegalisierung als Schicksalsschlag durch das System zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist (...)."[72]

Über "Gerechtigkeit"

Ich will deshalb ein letztes dieser sog. "Mißverständnisse" anführen: Die RAF spricht in ihrer Erklärung zu Weiterstadt weiterhin nicht von der Herrschaft der Bourgeoisie über die ArbeiterInnenklasse, sondern von einer "herrschaft des kapitalistischen systems über *die* menschen" und sie votiert auf einmal für eine Bewegung, "die von (...) Gerechtigkeit" und "vom Kampf (...) gegen Armut bestimmt ist".[73] Auch dies ist leider nicht so neu, für wie neu Eure neuen PolitikerInnen Ihre Vorstellungen halten. Vielmehr verstand schon "Bernstein unter Kapitalist nicht eine Kategorie der Produktion (...) , nicht eine wirtschaftliche, sondern eine steuerpolitische Einheit, unter Kapital nicht ein Produktionsganzes, sondern schlichthin Geldvermögen". "Indem Bernstein den Begriff Kapitalist aus den Produktionsverhältnissen überträgt und" [- so wie die RAF statt von ArbeiterInnen von Menschen spricht[++] -] "'statt von Unternehmern von Menschen spricht' (...), überträgt er auch die Frage des Sozialismus aus dem Gebiet der Produktion auf das Gebiet der Vermögensverhältnisse, aus dem Verhältnis von *Kapital und Arbeit* in das Verhältnis von *reich und arm*"[74] und macht aus der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise eine Frage der "gerechten", "gerechteren", ja "noch gerechteren" Verteilung[75]. Damit sind wir von Marx und Engels glücklich auf den Verfasser des Evangeliums des armen Sünders zurückgebracht (...)."[76]

"Der nächste Anstoß zur sozialdemokratischen Bewegung, wenigstens bei den Volksmassen, ist freilich *auch* die 'ungerechte' Verteilung der kapitalistischen Ordnung. Und indem sie für die Vergesellschaftung der gesamten Wirtschaft kämpft, erstrebt die Sozialdemokratie dadurch selbstverständlich auch eine 'gerechte' Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Nur richtet sie ihren Kampf, dank der von Marx gewonnenen Einsicht, daß die jeweilige Verteilung bloß eine naturgesetzliche Folge der jeweiligen Produktionsweise ist, nicht auf die Verteilung im *Rahmen* der kapitalistischen Produktion, sondern auf die Aufhebung der Warenproduktion selbst. Mit einem Wort, die Sozialdemokratie will die *sozialistische Verteilung* durch die Beseitigung der *kapitalistischen Produktionsweise* herbeiführen, während das Bernsteinsche Verfahren ein direkt umgekehrtes ist; er will die kapitalistische Verteilung bekämpfen und hofft, auf diesem Weg allmählich die *sozialistische Produktionsweise* herbeiführen zu können."[77].

So meint denn auch Helmut Pohl, daß die Forderung, "daß das geld, die technologie rüber [d.h.: in den Trikont, R.L.] müssen," schon "diese alten vorstellungen von revolutionär und reformistisch" sprenge. Deshalb sei die Forderung nach Zerschlagung des IWF "mist". Vielmehr solle bspw. eine demokratisierte UNO die "umverteilung der finanziellen, technischen usw. ressourcen" organisieren.[78] So wird auch bei Euch suggeriert, daß sich mit einer Umverteilung mehr als reformerische Effekte bewirken ließen.

Form und Inhalt:
Militanz und Revolution

Ihr denkt immer noch, daß ich übertreibe, wenn ich Eure neuen PolitikerInnen mit Bernstein vergleiche? Ich will Euch deshalb noch etwas anderes berichten: Ich hatte einige Zeit lang die GRÜNEN mit Interesse beobachtet[79] - nicht weil ich gedacht hätte, sie seien eine sozialistische Partei, sondern aufgrund ihrer unkonventionellen, eine zeitlang desintegrativen politischen Formen, die sie benutzt haben. (Inzwischen denke ich, daß mir bei meinen Hoffnungen in die GRÜNEN - wenn auch auf anderer Ebene / mit anderer Radikalität und anderen Konsequenzen - ein Fehler unterlaufen ist, der auch Euch in Euren Militanz-Debatten häufig unterläuft:
Die Überschätzung der radikalen, desintegrativen Form gegenüber der Notwendigkeit einer tatsächlich revolutionären inhaltlichen Bestimmung. Gerade wiederholt Ihr den Fehler erneut, wenn viele von Euch die in Weiterstadt produzierten 200 Mio. DM-Sachschaden als Beleg dafür interpretieren, daß die neue Politik der RAF nicht reformistisch sein *könne*. Nur wenige von Euch sehen dieses Problem mit der von Jenny [in einer Broschüre, in der die Diskussion einer Gruppe über die Erklärung der RAF vom August letzten Jahres dokumentiert ist,] ausgedrückten Klarheit. Sie sagt dort:

"Also ich habe revolutionäre Politik schon bisher nicht am Mittel orientiert, sondern vielmehr - wie ich schon vorhin gesagt habe - an der Machtfrage. Und deshalb kann ich auch Kämpfe der Bevölkerung falsch oder reformistisch finden. (...) also sich nicht nur auf die Teilbereiche beschränken, also daß Du das Ziel einfach immer vor Augen hast."[80]). Aber zurück zu den GRÜNEN: Ich will Euch noch etwas über deren Anpassungsprozeß erzählen - vielleicht seht Ihr ja dann, daß die ähnlichen Formulierungen bei Euch in der Debatte und bei Bernstein keine Zufälle sind, sondern die Sprache einer Politik der Anpassung an das Bestehende.

Katastrophismus und der moralische Druck in Richtung 'Realpolitik'

Um Ihre neue Politik durchzusetzen hatten die grünen 'RealpolitikerInnen' gezielt eine auf die parteibezogene (angebliche Gefahr des Sektenwesens) und globale (ökologische, soziale und militärische) Katastrophe beschworen, um so diejenigen, die nicht alles - also auch den Reformismus - versuchen, um die Katastrophe abzuwehren, der moralischen Verantwortungslosigkeit zu bezichtigen. So schrieb bspw. Antje Vollmer: "Die Möglichkeit des Untergangs der Menschheit ist real, wird täglich handfester - und zwar auf beiden Wegen des nuklearen Showdown und der ökologischen Katastrophe."[81] "Ist es im Anblick der drohenden Katastrophen links und legitim, Reformismus zu verteufeln?"[82] "Jede grundlegende Umgestaltung, jede Art von Revolution" - das schreibt Antje Vollmer(!), nur damit Ihr wißt, was Karl-Heinz Dellwos laue Rede von einer "fundamentalen Umwälzung" der "kapitalistischen Verhältnisse"[83] bedeutet: Nichts anderes nämlich als die "rein psychologische Versicherung, daß" er seine faktische Politik *für* diese Verhältnisse "nicht mit Genuß, sondern mit Widerwillen" macht, "daß er an seiner opportunistischen Politik selbst keine Freude hat, daß sein Herz besser als sein Kopf ist"[84]! - "(...) muß auf eine möglichst ökologische und menschliche Zukunft auch dieses Systems setzen. Wir müssen den Kapitalismus daran hindern, sich selbst abzuschaffen, indem er die ganze Menschheit abschafft."[85] Auch der ehemalige Sponti vom Revolutionären Kampf in Frankfurt/Main und spätere GRÜNE 'Realpolitiker', Joschka Fischer,[+++] u.a. schrieben 1988: "Der Kollaps der Umwelt zeigt sich Tag für Tag an neuen Skandalen. Wer sich angesichts dieser Situation den Luxus des folgenlosen Entlarvens leistet und damit den unökologischen Wachstumspfad weiter toleriert, macht sich mitschuldig. Wir fordern von der ganzen grünen Partei ein, sich endlich ihrer Teilhabe an dieser Gesellschaft bewußt zu werden. Wir sind, auch wenn viele das nicht wahrhaben möchten, Teil dieser Gesellschaft."[86]
Innerparteilich wurde die Alternative "Sein oder Nichtsein"[87] an die Wand gemalt, vor dem "Abmarsch ins selbstgewählte Sektenghetto"[88] gewarnt und stattdessen ein Projekt empfohlen, "das die Diskussion mit der Gesellschaft sucht"[89] bzw. für einen "neuen Aufbruch der GRÜNEN in die Gesellschaft hinein" plädiert, um "aus den schwierigen Bedingungen" heraus "die Oppositionsrolle (sic!) neuzugestalten"[90].

Gestaltung statt Analyse...

Und heutzutage bei Euch? Lutz Taufer schreibt in einem Brief vom Januar 1993 unter der Überschrift "Gesellschaft oder Ghetto": "die welt, nicht zuletzt die westlichen systeme, befinden sich in einem sich beschleunigenden prozeß der implosion. (...) mensch und natur in ihrer weiterexistenz bedrohende apokalypse namens warengesellschaft (...) hauptaufgabe des jahres 1992 (...) war nicht, (...) zu entlarven, (...), hauptaufgabe (...) wäre es gewesen, (...) handlungs- und bewegungsspielräume innerhalb der gesellschaft auszubauen. (...) auflösung der altbestimmungen revolutionärer politik."[91]
Wo so Demagogie betrieben wird - Ihr erinnert Ihr Euch noch, was ich

oben über die Verlodderung der Theorie in der SPD geschrieben habe? -, ist klar, daß über die "analytische Seziermethode" der "Fundamentalisten", die "linksradikale Politik fast zum Synonym für Politikunfähigkeit" mache (Antje Vollmer), hergezogen werden,[92] daß 'organisches', 'ganzheitliches' Denken her muß. Daß "man (...) sich (...) im sinn von traditioneller 'analyse'" - so Helmut Pohl - "nichts überlegen" kann. Das Zurückzuweisende findet Helmut Pohl "überhaupt schon bei dem blick: in dem der reale politische bereich nach kriterien der (...) wissenschaft in tortenstücke zerlegt wird und dann der bestimmt wird, von dem aus sich veränderungen für oder zu allen erreichen lassen."[93]

... und Handeln statt Entlarven?

Um aus dieser 'zerlegenden' "Politikunfähigkeit" 'gestalterische' Regierungsfähigkeit zu machen, spielte im GRÜNEN Anpassungsprozeß ein Terminus eine Rolle den ich weiter oben schon aus Euren Debatten zitiert habe - der des 'Entlarvens': Es müsse endlich eingesehen werden, daß es nicht ausreiche, immer nur zu 'entlarven',[94] stattdessen komme es darauf an, die eigenen Inhalte praktisch - und das heißt in der Regierung - umzusetzen[95]. Statt der Gewöhnung "allein an das Skandalieren bestimmter Themen" komme es darauf an, Mehrheiten zu schaffen, "die denken, handeln und sich zu Wort melden" (Antje Vollmer u.a.)[96] bzw. darauf, daß "jetzt die Leute zusammenkommen, die (...) handeln, die von einander wirklich was wissen wollen und neue gedanken zulassen" statt "scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch" führen (RAF)[97].

"Bei soviel Mißständen" schreibt nicht Gregor, sondern Antje Vollmer "(...) täte ein bißchen Aufstand schon gut - (...)." Aber: "Das Warten auf den großen genialen Wurf, auf einen neuen Marx sozusagen, wird vergebens sein."[98]

D.h. Antje Vollmer zielt, in Vorwegnahme der Sprache von Gregor und im Anschluß an den schon von mir kritisierten Bernstein, "nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte, auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse" - bzw. "Mißstände" - "und nicht des Kapitalismus selbst."[99]

Dafür kann dann in der Tat - mit Antje Vollmer - "jede Form des Heroismus" vermieden sowie gefordert werden, den Kampf "um das Überleben der Menschheit nicht mit dem Leben von Menschen" zu bezahlen[100] und auch von der RAF - wenn auch mit einer Legislaturperiode Verspätung - die Einstellung ihrer "gezielt tödliche(n) Aktionen (...) gegen Spitzen aus Staat und Wirtschaft" erklären werden[101]. Der Politikstil des Entlarvens sei solange "leidlich praktikabel, wie es darum geht, große neue Themen ins Zentrum der Öffentlichkeit zu treiben. Heute aber käme es auf Differenzierungen an, die nicht weniger überlebenswichtig sind, aber politisch viel schwieriger zu denken und zu handhaben sind. Rechthaberische (...) Politik ist damit obsolet."[102]

Und wie wird bei Euch argumentiert: "heute ist es ein gesellschaftlich anerkannter zustand, daß wir in einer welt voller probleme" - bzw. "Mißstände" - "leben, die auch als tägliche katastrophe in den medien ihren widerhall finden, nachdem sie lange von feministinnen, linken, christlichen (sic!) und anderen initiative thematisiert wurden und werden." In dieser Situation habe "die linke (...) die entlarvung der gesellschaftlichen verhältnisse als politisches mittel verloren."[103] Deshalb sei eigentlich schon während des Hungerstreiks 1989 ein Studium erreicht gewesen, "in dem wir uns konkret überlegen mußten, wie wir unsere vorstellungen durchsetzen - die periode des plakativen nein und gegen war überholt."[104] Es ging um "mehr (...) als bloßes beharren auf der richtigen position."[105] Merkt Ihr die Demagogie? So wie v. Vollmar meinen FreundInnen und mir unterstellt hat, wir würden uns der Tagespolitik enthalten, wird auch bei Euch den KritikerInnen der neuen Politik unterstellt, daß sie "bloß (...) auf der richtigen position" beharrten, aber keine Politik machten.

Versöhnung statt Feindschaft

Und da es "kein einheitliches Feindbild" (Autonomes 1.Mai-Plenum)[106] bzw. "einfach kein eindeutiges linkes Feindbild" (Antje Vollmer)[107] mehr gibt+++ - die Zeit des "plakativen nein" ist halt vorbei -, ist klar, daß allein der schwülstig-banale Appell an 'die Menschen' - an Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit bzw. "Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheiten" (Antje Vollmer bei Eröffnung ihrer "Dialog"-Kampagne)[108] - übrig bleibt:

"eine perspektive, die mit der abschaffung bestehender verhältnisse zu tun haben soll," - wie sollen auch nicht bestehende Verhältnisse abgeschafft werden? - "und veränderungen für freiheit, gerechtigkeit und völlige(?) gleichberechtigung wünscht (sic!) - so eine perspektive lernt wieder, solche fragen zusammen zu besprechen (sic!) und zu beantworten" - wie kann denn eine Perspektive wünschen, lernen, sprechen und antworten?! - "und das" - was? - "werden menschen sein oder es wird niemand sein."[109] heißt es in Eurer Diskussion. Wer sollte es auch sonst sein? Schlägt jemand anderes vor?! Und Antje Vollmer schrieb: "Wir müssen uns in einer Zeit schon praktizierter Menschenvernichtung vor zynischer Menschenverachtung hüten. Die Widersprüche im Volk sind unsere eigenen. (...) die Leute sind (...) verschieden. (...) wir müssen (...) ehrlich sein (... und) dürfen die unterschiedlichen Herkunftsorte und Traditionen nicht leugnen und nicht schleifen wollen. Die Linke (...) muß sich der Mühe unterziehen, den Menschen nahezulegen, daß ohne ihre massenhafte Beteiligung an der Lösung der Menschheitsprobleme nichts geht."[110]

Und Joschka Fischer u.a. meinten, die GRÜNEN müßten ihr "krudes Freund-Feind-Verhältnis" überwinden: "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Die (fast revolutionäre) Ungeduld widerspricht im Grunde grünem Selbstverständnis, das auf die Auseinandersetzung mit anderen Personen, auf Bewußtseinsarbeit setzt. Bewußtsein ändert sich nicht schlagartig, sondern langsam. (...) Ein realisiertes grünes Projekt taugt mehr als 1000 grüne Programme, (...). DIE GRÜNEN sind kein 'ideologisch rein Projekt'."[111] Fällt Euch etwas auf? Gegen die "ideologischen Schlagabtausche" (Gisel Dutzi), für 'praktische Projekte', gegen ein "armseliges verhältnis 'wir - sie'" (Lutz Taufer)[112] und - mit sozialdemokratischen Philosophen Jürgen Habermas - für die 'neue Unübersichtlichkeit'[113], für "Bewußtseinsarbeit" und 'neue Werte'[114] - kennt Ihr das nicht aus Euren Diskussionen?

Rosinante und die große Weltreform

Ich kenne dies jedenfalls schon - um darauf noch einmal zurückzukommen - aus meinen Diskussionen mit Bernstein. Meinem Beharren auf den "materiellen Voraussetzungen des Kampfes"[115] für den Sozialismus hielt er die Frage entgegen: "Wozu die Degradierung der Einsicht, des Rechtsbewußtseins, des Willens der Menschen?"[116] Ich antwortete ihm, der Sozialismus "soll also kraft des souveränen, nicht im Dienst der wirtschaftlichen Notwendigkeit wirkenden Willens der Menschen oder genauer, da der Wille" - für Bernstein - "selbst bloß ein Instrument ist, kraft der Einsicht in die Gerechtigkeit, kurz kraft der *Gerechtigkeitsidee* verwirklicht werden. Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbesserern in Ermangelung sicherer geschichtlicher Lokomotionsmittel gerittenen Renner, bei der klapprigen Rosinante, auf der alle Don Quichottes der Geschichte zur großen Weltreform hinausritten, um schließlich nichts anderes heimzubringen als ein blaues Auge."[117]

Alltag und Utopie

Aber natürlich soll es - dem *Anspruch* jeder 'Realpolitik' nach - nicht nur bei einer visionären "Gerechtigkeitsidee" bleiben, sonderr es sollen schon "konkrete Veränderungen" sein; die Vision, die Utopie soll - wer seinen Ernst Bloch gelesen hat, wird es wissen - eine "konkrete" sein: "Die Arbeit an dieser 'Konkreten Utopie für einen besseren Alltag' haben wir" - die GRÜNEN! - "bisher nachlässigt. Nur wenn es uns gelingt, die Verbindung von grüner Politik und einer anderen Lebenspraxis HIER UND JETZT herzustellen, werden wir in gesellschaftlichen Diskussionen Gehör finden," meinten Joschka Fischer u.a. 1988.[118] Joschka Fischer knüpfte damit an Formulierungen an, mit denen er in der zweiten Hälfte der 70er Jahre seinen Abschied von den Spontis *begann einzuleiten*, nachdem (nach einer militanten Demo in Frankfurt nach dem Tod von Ulrike Meinhof) nach ihm öffentlich von der Polizei gefahndet worden war. Er schrieb damals, u.a. unter der Überschrift "Uns treibt der Hunger nach Liebe, Zärtlichkeit und Freiheit": "Wir wollen nicht eines fernen Tages den Sozialismus aufbauen, sondern für uns vollzieht sich Befreiung im alltaglichen Widerstand. (...) Gerade weil unsere Solidarität den Genossen im Untergrund gehört (!), weil wir uns mit ihnen so eng verbunden fühlen (!), fordern wir sie von hier aus auf, Schluß zu machen mit diesem Todestrip, runter zu kommen von ihrer 'bewaffneten Selbstisolation', die Bomben wegzulegen und die Steine und einen Widerstand, der ein anderes Leben meint, wieder aufzunehmen." "Unser Leben darf nie mehr Anhängsel irgendeiner Form von Politik (P) werden, sondern muß im Mittelpunkt unserer Befreiung stehen." Der Weg zu den GRÜNEN als Alternative zur "Flucht in den Untergrund, Flucht ins ferne Land, Flucht in die Drogen, Flucht in den Selbstmord."[119]

Nicht weniger sektiererisch als die Politik der Spontis in den 70er Jahren sowie der GRÜNEN in den 80er Jahren scheint auch die RAF-Politik jener Jahre gewesen zu sein, wenn die RAF 1992 schreibt: "Wir hatten unsere Politik ganz stark auf Angriffe gegen die Strategien der Imperialisten reduziert und gefehlt hat die Suche nach unmittelbar positiven Zielen und danach wie eine gesellschaftliche Alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren. Daß das hier möglich ist, daß es geht, so etwas anzufangen, haben die Erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt." Auch die RAF stellt diese Politik einem Verrecken "an der Nadel" und dem "Selbstmord" gegenüber.[120] Karl-Heinz Dellwo schließlich meint: "Hier müssen wir im Konkreten was Neues finden, und das Konkrete ist identisch mit dem Alltäglichen in der Gesellschaft. In dieses Alltägliche müssen wir das Moment der Transformation bringen."[121]

Wie die neue Politik alte Fragen beiseite schiebt

Und selbstverständlich ist gerade diese "konkrete" Politik "im Alltag" die eigentlich radikale Politik, die "praktisch" etwas ändert: "*Inhaltlich* bedarf eine solche ökologische Reformpolitik einer größeren Radikalität und mehr utopischer Phantasie als die radikale Linke der Vergangenheit. In der *Form* der Politik aber ist die alte Frage von Reform und Revolution entschieden: Die Überlebensfragen der Gattung sind nur gewaltfrei und in Übereinstimmung zu lösen, jenseits der nationalen und Klassenideologien, jenseits der von Menschen geschaffenen Grenzen der Staaten, Systeme und Religionen," schreiben Fischer und Co.[122]

Und auch in Euren Diskussionen habe ich jetzt - von einem ehemaligen Gefangenen! - die These gehört, daß eine Kritik der Haftbedingungen unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte "viel radikaler" sei, als die These von Andreas Baader, daß Folter kein revolutionärer Kampfbegriff sei.# Und die RAF hat ja schon im vergangenen Sommer 'gewußt' (auch wenn sie diese 'Erkenntnis' jetzt auch zunächst zurückgestellt hat), "daß wir diesen [von der RAF gewünschten Neubestimmungs-, R.L.] prozeß heute mit bewaffneten aktionen" nicht voranbringen."[123] Und in ihrer Erklärung zu Weiterstadt bekräftigt die RAF jetzt: "solche scheindiskussionen um revolutionär/reformistisch sind ohne jeden gebrauchswert für die neubestimmung

revolutionärer politik; und auch im festhalten und beharren auf zeitlos **alte klarheiten**" - bzw. dem "alten Katechismus" (v. Vollmar) - "wird niemand antworten auf die sich heute stellenden fragen finden."[124]

Und, so wie Fischer & Co. die Kritik an ihrer Positionen mit dem 'Argument' weggewischt haben, diese Kritik trage "den Bruch in die eigene Partei"[125], sei "Lager-" statt "Parteiloyalität",[126] "Konfrontation" statt "Integration" und Antje Vollmer u.a. vorgaben, der "Polarisierung ideologisch nicht (zu) folgen"[127], kritisiert auch die RAF die "alte rangehensweise der deutschen linken", die sich angeblich "auf das bemühen anderer" bloß 'draufstützt', "um zu sehen, wie man es zerreißen kann"[128] und wendet sich Gisel Dutzi - wie schon zitiert - gegen "ideologische Schlagabtausche" und wirft Gregor den Gießnerinnen vor, eine "Spaltung" der Gefangenen zu betreiben[129]. -

Gregor hat seine Lektion in Sachen Demagogie von den grünen 'RealpolitikerInnen' auch gelernt, wenn er einerseits erkennt, daß die RAF ihr Verhältnis zum Staat auf eine Ebene außerhalb des Krieges stellen will[130] und gleichzeitig bestreitet, daß das auf eine Aufgabe des revolutionären Kampfes hinausläuft.[131] Kaum besser kann es Antje Vollmer: "Gewaltfreiheit ist (...) nicht zu verwechseln mit Staatshörigkeit und Konfliktscheu. Streiks, Blockaden, Besetzungen (wir erinnern nur an Rheinhausen) sind legitime Mittel aus der Tradition des gewaltfreien Widerstands. (...) Nicht distanzieren - und nicht wegducken; offensive Auseinandersetzung über die politische Strategie und die Zumutung unserer Position der Gewaltfreiheit, wo immer möglich - (...)."[132]

Haltet Ihr alle diese Parallelen wirklich immer noch für Zufall? Ich will Euch zum Schluß zeigen, daß die Parallelen nicht nur im Bereich von vielleicht notwendigerweise allgemeinen Grundsatzformulierungen bestehen, sondern bis hinunter zur programmatischen Konkretisierung und der Bewertung einzelner historischer Ereignisse reichen:

Tempo 30: Umbau statt Umwälzung

Joschka Fischer u.a. schrieben 1988: "Nicht ohne Grund sind DIE GRÜNEN als kommunalpolitische Kraft so erfolgreich. Ob Tempo 30, verbesserter Nahverkehr oder neue Müllkonzepte, hier spüren die Menschen, daß es den GRÜNEN vor Ort **nicht um Verhinderung**, sondern um die Chance für ein besseres Leben geht. **Hier sind sie bereit**, in ihrem Alltag etwas beizutragen."[133]

Und in Eurer Diskussion heißt es in dem Text, in dem schon behauptet wurde, daß "die periode des plakativen (...) **gegen überholt**" sei: "der abschätzige blick auf verkehrsblockaden und tempo 30-forderungen ist nicht unserer, er zeigt nur die entfremdung vieler linker von ihren zielen. (...) es geht hier auch um ideen und wünsche, mit denen jede und **jeder hier** angefangen hat (...)."[134]

Schon lange vor der Ratifizierung des Sieges der 'RealpolitikerInnen' bei den GRÜNEN (durch den Sturz des radikalökologisch/ökosozialistischen Bundesvorstandes Ende 1988, die SPD/AL-Koalition in Berlin Anfang 1989 und die pro-'Wiedervereinigungs'-Beschlüsse der GRÜNEN nach der Wende in der DDR) war in der GRÜNEN Wirtschaftspolitik weitgehend - und d.h. auch bei vielen sog. 'Linken' - Konsens, daß es um **schrittweisen Umbau und nicht eine revolutionäre Umwälzung** zu gehen hat. Schon das erste - noch relativ 'linke' - GRÜNE Wirtschaftsprogramm stand unter der (klassen- etc.)interessen-indifferenten Überschrift "Sinnvoll arbeiten, solidarisch leben"[135]. Andere - sog. "ökolibertäre" - Kräfte um Thomas Schmid u.a. hielten schon damals eine Orientierung an Auseinandersetzungen im Erwerbsarbeitsbereich und eine *von links* kritische Unterstützung von gewerkschaftlichen Forderungen für verfehlt und propagierten stattdessen eine 'Tätigkeitsgesellschaft', die den sog. Industrialismus ohne direkten Angriff auf den Kapitalismus überwinden sollte.

Auch diese Debatte ist inzwischen in Eurer Diskussion angekommen. So schreibt Karl-Heinz Dellwo: "(...) das geschwafel von 'arbeitsplätze schaffen' (...), obwohl jeder (...) weiß, daß die entwicklung in zukunft unaufhaltsam (sic!) in eine andere richtung läuft." Deshalb komme es darauf an, diese entwicklung zu antizipieren und "etwas völlig neues zu probieren. umbau der gesellschaftlichen lebensprinzipien der menschen. es ist das alte so zu organisieren, daß alle darin sinnvoll leben können und es gleichzeitig zu reduzieren, so daß 'platz', raum und zeit für neue gesellschaftsversuche entstehen kann. die abschaffung der arbeit (und 'arbeit ist eindeutig [...] zu unterscheiden von 'tätigkeit' [...]) (...) seit 20 jahren reduziert sich in allen industriestaaten der produktive sektor (...)."[136] In dieser Perspektive kann er sich mit Joschka Fischer u.a. einig wissen, die schon 1988 schrieben: "Mit der hier beschriebenen Entindustrialisierung hat sich aber ein gesellschaftlich politischer Wandel vollzogen. Die formelle Arbeit steht immer weniger im Zentrum des gesellschaftlichen und individuellen Bewußtseins. Freizeit und Eigenarbeit" - bzw. Tätigkeit - "haben so viel Gewicht bekommen, daß Fabrik und Beruf nicht mehr völlig im Zentrum der normalen Lebens- und Arbeitsplanung stehen. Dadurch sind für jeden einzelnen Menschen größere individuelle Gestaltungschance eröffnet worden. (...) Oder eine Arbeitszeitpolitik, bei der wir bereits heute Freiheitsspielräume, vielfältige Arbeitszeitmodelle mit möglichst individuellem Zuschnitt fordern (...); Zielrichtung: Arbeiten, um zu leben - nicht umgekehrt! Grüne Politik eröffnet Spielräume. Sie setzt freilich Menschen voraus, die diese Spielräume zu nutzen verstehen. Deshalb ist das grüne Projekt immer eines, das (...) von unten getragen werden muß" - Gegenmacht von unten! - "und nicht, wie die kurzatmige Reformpolitik der 60er Jahre, von oben verordnet werden kann. Deshalb ist es auch eines das Zeit braucht."[137]

Die "fehlende freude am Kind"

Andere wichtige Auseinandersetzungen, die den Sieg der 'RealpolitikerInnen' vorbereiteten, waren die Diskussionen über die GRÜNEN Frauenpolitik - dies aus einem doppelten Grund: zum einen weil die Stärke des linken Flügels in den GRÜNEN auf einem Bündnis zwischen Feministinnen und traditionellen Linken beruhte; zum anderen deshalb, weil eben dieses Bündnis nur taktisch motiviert war und ihm keine gemeinsame Analyse und Strategie zugrundelag, so daß kaum eine Feministin aus den GRÜNEN aus getreten wäre, ausschließlich weil die 'RealpolitikerInnen' den Verzicht auf vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt hätten, und erst recht kaum ein 'linker' Mann die Partei verlassen hätte, ausschließlich weil die Forderungen nach der ersatzlosen Streichung des § 218 aus dem Programm gestrichen worden wäre.

Die tatsächlichen Durchbrüche der 'RealpolitikerInnen' erfolgten dann später nicht an diesen beiden Fragen. Aber trotzdem zeigt die Situation, daß die 'RealpolitikerInnen' die richtigen Angriffspunkte wählten, als sie u.a. mit einem "Müttermanifest" erfolgreich versuchten, feministische Positionen in der Partei zurückzudrängen: "Mütter" sollten sich nicht länger an den Positionen der Frauenbewegung orientieren, da diese von den Vorstellungen "kinderloser" "Karrierefrauen" dominiert seien; es gelte das "Ghetto der Nichtmütter" zu verlassen stattdessen "eine **Rückkehr von Müttern und Kindern in die Gesellschaft** zu schaffen".[138] Außerdem weigerte sich die Bundestagsfraktion, einen Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen, nach dem auch eheliche Vergewaltigungen vom § 177 Strafgesetzbuch erfaßt und dort die Regelung über sog. minderschwere Fälle gestrichen werden sollte, ohne daß gleichzeitig das Mindeststrafmaß - wie dies die 'RealpolitikerInnen' wollten - von 2 auf 1 Jahr verringert wird. In Anbetracht dessen sollten in Eurer Diskussion

** die Angriffe auf die Feministinnen aus Gießen, die in der Interim 229 eine Kritik an der neuen RAF-Politik veröffentlicht haben,

und

** daß es Lutz Taufer für eine "tatsache" hält, "daß die warengesellschaft in ihrer heutigen fundamentalistischen ausprägung (...) zu einer unaufhaltsamen **verwahrlosung der gesellschaft**, ihrer sozialen **bindekräfte** und so ihrer reproduktion überhaupt führt (fehlende freude am kind), akut bedrohlich vor allem (...) bei tausenden kindern und jugendlichen sichtbar"[139],

Aufmerksamkeit erhalten.

Ganz ähnlich ähnlich sorgten sich nämlich schon 1988 die grünen 'RealpolitikerInnen' Waltraud Schoppe und Gisela Wülfing um die Gebärfreude der Frauen und forderten: "Im Kinderwunsch können (sic!) Frauen nicht mehr nur Entfremdung sehen. (...). Die Existenz von Müttern mit ihren Kindern ist in unserer Gesellschaft randständig. Die Isolation können und wollen Frauen mit Erwerbstätigkeit durchbrechen. Und was können die Kinder? Sie können sich in unseren kinderfeindlichen Städten (...) kaum (...) entziehen. Erfahrungen und Untersuchungen zeigen immer, daß Gewalt in der Familie verstärkt in den Familien auftritt, die stärker isoliert sind als andere. (...) die Schaffung von Mütterzentren (... kann) diese Isolation durchbrechen"[140] und der "freude am kind" aufhelfen. Derartige "Mütterzentren", in den Frauen unoder niedrigbezahlte Arbeit leisten sollten, stellten auch die Verbindung zu dem zuvor besprochenen Punkt der sog. "Eigenarbeit" her - es handelte sich um nicht anderes als eine alternative Version von 'Frauen heim' - bzw. im "Mütterzentrum" - 'an den Herd'; - die antiimperialistische Version zu diesem Konzept steuert jetzt *faktisch* Karl-Heinz Dellwo bei, wenn er ohne auch nur einen Gedanken an die 'in dieser Gesellschaft' patriarchal strukturierte Arbeitsteilung zu verwenden, über eine "tätigkeit, die nicht mehr kapitalisiert" - d.h. unbezahlt - ist und "einfach aus menschlicher solidarität" und "sozialer verantwortung" gemacht wird, schwadroniert.[141]

Das Sektendickicht der 70er Jahre

Gemeinsam ist Euren und den GRÜNEN 'RealpolitikerInnen' schließlich ein politischer Horizont der über die Zeit der eigenen Politisierung, die StudentInnenrevolte von 68 und das Begrüßen deren demokratischer Integration, sowie der Verdammung des "autoritären Sektenwesens des Linksradikalismus der siebziger Jahre" (Fischer u.a.)[142] bzw. der "kinderkrankheiten der linken" (Knut Folkerts)[143], des "dickicht(s) der 70er jahre" (Lutz Taufer)[144] kaum hinaus reicht - sowohl bei Joschka Fischer u.a. als auch bei Euren neuen PolitikerInnen. Erstere schrieben 1988: "Seit 1968 wurde diese Möglichkeit (ein neues Kapitel "deutscher demokratischer Kultur", R.L.) im Kampf der Demokratie von unten zu einer angeeigneten Wirklichkeit."[145] Und Lutz Taufer meint: "wenn es nach dem zweiten weltkrieg eigen-ständige demokratisierung gegeben hat, so (...) war (es) die 68er-bewegung, die (...) die linke, ihre werte, kultur und kontinuität wieder lebendig und berechtigt hat werden lassen in deutschland west."[146]

Zivilgesellschaft in der Hafenstraße: Zuspitzung der Widersprüche oder Deeskalation?

Diese "demokratische Kultur" schließlich ist es, die heute auch eine "politische Lösung" für die Gefangenen möglich machen soll. Dafür, daß eine solche "politische Lösung" keine Versöhnung mit dem Staat sei, werden in Euren Diskussionen häufig die Verträge der Hafenstraße angeführt. *Genau in dieser Weise* wurden die Verträge schon damals von GRÜNEN 'RealpolitikerInnen' interpretiert: die Hafenstraße "als jüngstes Beispiel" dafür, daß es in der BRD eine "einmalige Öffnung gesellschaftlicher Institutionen für zivile und gewaltfreie Lösungsstrategien" gebe.[147] Tatsächlich führte nur die "Gewalt und die Gewaltbereitschaft (nicht nur) der Bewohner der besetzten Häuser" auf der einen Seite### und die "Anwesenheit von 6.000 einsatzbereiten Polizisten" auf der anderen Seite zu *diesem* - kompromißhaften -

Ergebnis.[148] Und dies ist genau der wesentliche Unterschied: Während die Hafenstraße gerade in einer militärisch massiv zugespitzten Situation eine sog. "politische Lösung" durchsetzen konnten (die deshalb eigentlich eine politisch-militärische "Lösung" war), meint die RAF heute eine "politisch Lösung" durchsetzen zu können, indem sie von sich aus "die Eskalation zurück(nimmt)"[149]. Womit wir wieder beim Ausgangspunkt angekommen sind:

Die RAF stützt ihre Theorie von der Aufhebung der Widersprüche genauso wenig wie Bernstein - und im Gegensatz zur marxistischen Theorie, die meine GenossInnen und ich verteidigt haben - "auf (...) ihre eigene konsequente Entwicklung". Die Theorie von RAF und Bernstein steht "zwischen den beiden Extremen", sie wollen "nicht die Widersprüche zur vollen Reife gelangen lassen," um dann den revolutionären Umsturz zu bewirken, sondern sie wollen "ihnen die Spitze abbrechen, sie *abstumpfen*"[150] - Deeskalation, wie das zu Zeiten des SPD/AL-Senates in Westberlin hieß.

Allerdings - und dies will ich auch zum Abschluß noch einmal betonen - besteht die marxistische Taktik auch "nicht darin, daß man die Entwicklung der kapitalistischen Widersprüche bis zur äußersten Spitze und dann erst ihren Umschlag *abwartet*. Umgekehrt, wir stützen uns auf die einmal erkannte Richtung der Entwicklung" und "treiben (...) dann im politischen Kampf ihre Konsequenzen auf die Spitze."[151] Dies allerdings nicht in dem Sinne, "eine historische revolutionäre Strategie auf die Radikalisierung der Polizeikräfte zu begründen," sondern im Wissen, "daß die Entwicklung des Klassenkampfes unerbittlich die polizeiliche und militärische Repression nach sich zieht, und daß die Frage also nicht ist, die Ausübung der Repression zu 'wollen' oder nicht, sondern sich auf sie vorzubereiten, denn sie wird im Verlauf des revolutionären Prozesses immer mehr anwesend sein. Die Frage kann sich nur so stellen: (...) den Kräften des Feindes (...) überlegene Kräfte entgegensetzen, um zu siegen (...)."[152].

Kämpfen müßt Ihr selbst!

Liebe Freundinnen und Freunde, ich weiß, daß ich bei vielen von Euch sehr angesehen bin, und daß sich bspw. die Vertreterinnen - des von vielen von Euch übernommenen - Bielefelder Subsistenzansatzes (Maria Mies u.a.) meinen, auf meine Theorie über Kapitalakkumulation stützen zu können.#### 'Gründe' habt Ihr dafür viele: Erstens bin ich eine Frau, zweitens schon lange tot, drittens als Kämpferin für eine bessere Welt von der Reaktion ermordet worden, viertens keine Leninistin - oder wird mich die "Interim" jetzt dazu machen? -, fünftens beziehe sich selbst Reaktionäre häufig positiv auf meine Aussage, daß die Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden bedeute - zu welchem Zweck übrigens? -, sechstens, siebtens usw. Vergeßt das lieber mal für einen Augenblick. Macht mich nicht zu einer Kult- oder Identifikationsfigur. Das kann nämlich durchaus mit anpasslerischer Praxis einhergehen. Haltet Euch lieber an meine Einsicht, für die ich auch jetzt noch mit aller Leidenschaft eintrete, daß der Kapitalismus weg muß, wenn eine bessere Welt geschaffen werden soll. Dies gegen Eure neuen PolitikerInnen und all diejenigen, die das Scheitern des 'realen Sozialismus' zum Anlaß oder Vorwand genommen haben, sich innerhalb der bestehenden Verhältnisse einzurichten - kritisch-grüblerisch selbstverständlich.

Und bedenkt eines: der Kapitulation einer Partei oder Bewegung, die grundsätzliche Veränderungen auf ihre Fahnen geschrieben hat, beginnt lange vor dem großen Kladderadatsch. Bei Euch wird bereits heftig - natürlich mit den besten Absichten - an ihm gearbeitet!

Ich kann Euch nur auf die Parallelen hinweisen; bekämpfen müßt Ihr sie selber, wenn Ihr nicht so endet wollt wie die SPD und die GRÜNEN.

Rosa Luxemburg

PS: Einen besonderen Dank an die GenossInnen, die mich über Eure Diskussionen auf dem Laufenden gehalten haben.

* Ich beziehe mich im folgenden neben verschiedenen veröffentlichten Texten auch auf zwei halb-öffentliche Texte, die in Euren Zusammenhängen kursieren. Ich mache dies, weil ich schon in meiner Auseinandersetzung mit Bernstein damit konfrontiert war, daß die "gefährlichste Seite" dessen Theorien "in ihren Konsequenzen" bestand, "in dem, was sich aus ihnen für die Bewegung ergibt, wenn sie zur vollen Reife entfaltet werden." Aber davor, diese letzten Konsequenzen offen auszusprechen, "schreckt(e) Bernstein zurück. (...) Die Tatsache, daß Bernstein die Konsequenzen seiner Auffassung nicht ziehen will oder nicht sieht und auf halben Weg stehen bleibt, ist die Quelle von zahlreichen Mißverständnissen geworden." Aber das Mißverständnis liegt - wie Geschichte inzwischen leider bestätigt hat - "nicht auf seiten derjenigen (...), die das Versteckte in seinen Theorien hervorkehren und ihn als einen Abtrünnigen bekämpfen, sondern umgekehrt auf seiten derjenigen, die seine Worte und Beteuerung für beweiskräftig halten und in seinen Theorien 'nichts Neues' vom Standpunkt der Parteigrundsätze sehen." (Rosa Luxemburg, *Zum kommenden Parteitag* (1899), dies., *Werke*, Band 1/1, Berlin/DDR, 1974, 516 - 536 [522]). Deshalb will ich mich nicht erneut mit derartigen Beteuerungen abspeisen lassen, sondern wenigstens jene letzten Konsequenzen hier zitieren, die von Euren neuen PolitikerInnen schon selbst gezogen worden sind - wenn auch 'im kleinen Kreis', als 'Privatmeinung' etc. "Das Private ist politisch!" wie Ihr heutzutage sagt. - Daß ich aus diesen halb-öffentlichen Texten zitierte, müßte eigentlich auch im Interesse Eurer neuen PolitikerInnen sein. Denn Lutz Taufer begründete das Öffentlichmachen einer Diskussion, die die Tübinger Initiative für die Zusammenlegung zunächst nur mit den Gefangenen führen wollte, mit einer (eine spezielle Situation prinzipiell zu pauschal verallgemeinernden, aber im konkreten Fall doch richtigen) Verallgemeinerung so: "politik ist was, was grundsätzlich im öffentlichen raum stattzufinden hat." "eine unserer forderungen in stockholm war, daß die verhandlungen öffentlich geführt werden." (Brief von Lutz Taufer an die Tübinger Initiative in: Interim, Nr. 180, 13.02.1992, 32 - 37 [37]).

** Der Begriff der "Realpolitik" geht auf den ehemaligen 1848er Revolutionär Ludwig August von Rochau zurück, der diesen Begriff prägte als er zum Bismarck-Anhänger wurde: "Realpolitik bewegt sich nicht in einer *nebelhaften Zukunft*, sondern im Gesichtskreis der *Gegenwart*, sie findet ihre Aufgabe (...) in der Erreichung *konkreter* Zwecke, und sie weiß sich, *unter allem Vorbehalt*, mit halben Resultaten zu begnügen, *wenn die ganzen nun einmal bis auf weiteres nicht zu haben sind.* ... Es ist ihr eine Gewissenssache, die Menschen und die Dinge so zu sehen, wie sind, und demgemäß nur zu wollen, was sie kann." [*Grundsätze der Realpolitik - angewandt auf die staatlichen Zustände Deutschlands* (1853/1869), Frankfurt/Berlin/Wien, 1972, 208 zitiert nach Wolfgang Kraushaar, *Realpolitik als Ideologie.* Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79 - 137 (106) - Hervorhebungen von mir, R.L.]. Wolfgang Kraushaar gibt ebd., 107, 133 f. folgende - ebenfalls bis heute noch gültige *kritische* Definition der "Realpolitik": "Sie ist antidemokratisch" (massenfeindlich); "sie ist antifeministisch"; sie lehnt "alle Gesellschaftsentwürfe (ab), die nicht dem Bestehenden verhaftet bleiben, (...), und sie ist antisozialistisch, weil der Gedanke an eine soziale Revolution die größte Gefahr für die deutsche Nationalpolitik" - *die Gesellschaft* - "darstellt."

*** Auch Hanna Cash ging es erklärtermaßen um Anpassung. Sie erklärte ihre ethisches Politikkonzept ausdrücklich deshalb für richtig, "*weil* das (die Ethik, R.L.) auf konservativreaktionärer Seite selbstverständlich ein ganz wichtiges Kampffeld um die Herzen und Köpfe der Menschen ist." (Hanna Cash, *Auf ins Offene!* Beitrag zur Diskussion mit den Gefangenen und der RAF, Beilage zum AK 329, 08.04.1991, 1 - 4 [4]). RevolutionärInnen müssen aber häufig, und so auch hier, das herrschende Terrain verlassen, um ihren Kampf führen zu können.

**** Diesen Gedanken hatte zuvor schon Rochau, a.a.O. (FN), 255 zitiert nach Kraushaar, a.a.O. (FN **), 111 entwickelt: Der sog. "politische Idealismus gehöre in den Bereich der Theorie. Seine Emanationen seien 'Turnübungen des politischen Geistes', die eine positive Funktion nur in der 'Rolle eines Vorläufers und Bahnbrechers' spielen könnten." Die "praktische Politik" sei demgemäß nicht die Verwirklichung eines solchen - eben auf den Bereich der Theorie beschränkten! - "spekulativen Systems"; die "Staatskunst" sei vielmehr die "Kunst des Erfolges." Daß eine solche pragmatische (praktizistische) Verdrehung der marxistischen These vom Primat der Praxis nicht nur mit einer reformistischen, sondern auch mit einer revolutionaristischen Politik einhergehen kann, hat die RAF im Konzept Stadtguerilla bewiesen: "Die Rote Armee Fraktion redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln." [Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla*, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 5 - 13 (9)].

\+ Brief von Lutz Taufer vom Januar 1992, S. 4: "hauptaufgabe des jahres 1992 für uns war nicht, diesen minister oder jenen geheimdienstklüngel als unmoralisch oder unehrlich zu entlarven, um daraus eine legitimation für jenes ominöse revolutionäre projekt zu saugen, das ansonsten keine erkennbaren eigenschaften besitzen würde." Wer ein solches Projekt verfolge, müsse "sich fragen lassen, ob er überhaupt noch politikfähig ist." Entsprechend auch das Papier "Einige Anmerkungen...", S. 1: "In den Diskussionen noch vor der RAF-Erklärung" und nach der sog. Kinkel-Initiative "wurden die Gruppen am ehesten handlungsfähig, denen jetzt politische Blauäugigkeit vorgeworfen wird." Und schließlich die Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen: "die linke hat die entlarvung der gesellschaftlichen verhältnisse als politisches mittel verloren. (...). die initiativen aus der vergangenheit sind zur zeit weder politik- noch kampffähig. zum teil noch nicht einmal willens." [Initiative..., a.a.O. (FN 8), 6 f.]. Joschka Fischer u.a. schrieben 1988 in ihrem "realpolitischen Manifest" (ich werde Euch weiter unten im Haupttext noch etwas genauer über diesen grünen Anpassungsprozeß) berichten: "Politikfähig sind diese Parteistrukturen" der GRÜNEN "schon lange nicht mehr, neuerdings erweisen sie sich kaum noch als protestfähig." [Joschka Fischer u.a., Sein oder Nichtsein, in: Sein oder Nichtsein. Entwürfe für ein realpolitisches Manifest, Juni 1988, 3 - 12 (3)].

\+\+ Für die politische Konsequenz ist es durchaus gleich, ob die sprachliche Eliminierung des Antagonismus damit *beginnt*, 'statt ArbeiterInnen' *oder* 'statt KapitalistInnen' 'Menschen' zu sagen. - Mit der sprachlichen Eliminierung des Antagonismus folgt die RAF - bewußt oder unbewußt - dem theoretischen Bezugspunkt vieler Elemente ihrer neuen *und* alten Theorie: der 'Verdinglichungs-Theorie' von Georg Lukács. Danach bedeutet der "Unterschied, daß der Arbeiter der einzelnen Maschine, der Unternehmer dem gegebenen Typ der maschinellen Entwicklung, der Techniker dem Stand der Wissenschaft und der Rentabilität ihrer technischen Anwendung gegenüber stehen muß, (...) eine bloß quantitative Abstufung und unmittelbar keinen qualitativen Unterschied" in der Verdinglichung deren Bewußtseins (Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, in: ders., Werke. Band 2, Neuwied/Westberlin, 1968, 161 - 517 [273] zit. nach Argument-Sonderband 40 (*Theorien über Ideologie*), Westberlin, 1979, 51). So werden die Widersprüche in der Gesellschaft in Widersprüche zwischen Mensch und Maschine umdefiniert. - In diesem Kontext erklärt sich auch der positive Bezug, den die RAF die in ihrer April-Erklärung auf "Vertreter aus der Wirtschaft" nimmt, die angeblich "Druck" für eine "politische Lösung" machen (RAF, Interim 189, 5).

\+\+\+ Zu diesem Weg s.: Wolfgang Kraushaar, *Realpolitik als Ideologie*. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79 - 137 (85-96, 115-137); vgl. die Zusammenfassung in: Konkret 8/1988, 15 - 17 (15, 17). In diesem sehr interessanten Text wird außerdem gezeigt, daß das Pathos, "Alles darf geschehen, nur eines nicht: Noch länger zu warten. Es muß gehandelt werden, komme was wolle," sowohl der 'realpolitischen' als auch der aktionistischen, vor-'realpolitischen' Phase von Rochau und Fischer eigen ist. Die damit angedeutete Trennung von sog. Theorie und sog. Praxis ist es, die *beide* Phasen der Genannten von revolutionärer Politik trennt (vgl. FN sowie Luxemburg, a.a.O. wie oben bei FN 60 im Haupttext zitiert).

\+\+\+\+ An dieser Stelle muß ich zugeben, daß ich mich geirrt habe, als ich mich von den ersten radikalen Feministinnen meiner Zeit so heftig abgegrenzt habe. Und vielleicht war es auch etwas Opportunismus, daß ich an dieser Frage nicht rühren wollte - weil ich eh schon als 'hysterische Materialistin' verschrieen war [s. dazu: Ingrid Strobl, *Die rote Rosa*, in: Broschürengruppe für Ulla und Ingrid (Hg.), Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf, Hamburg, 1988, 70 - 73 (73)]. Wenn ich heute die Reaktion von Gregor (Interim 232) auf die Kritik der Frauen/Lesben-Gruppe aus Gießen (Interim 229) an der neuen Politik der RAF lese, dann scheint es wieder einmal so, als ob sich die Geschichte wiederholt. Deshalb denke ich inzwischen, daß sich revolutionäre Politik nur im gleichzeitigen Angriff auf Kapital und Patriarchat durchsetzen läßt. Und deshalb haben natürlich Antje Vollmer und das Autonome 1.Mai-Plenum Recht, wenn sie fragen, ob es "linke Sexisten" gibt, und darauf hinweisen, daß der "Widerspruch zwischen Frauen und Männern (...) auch am 1. Mai nicht aufgehoben" ist. Daraus folgt aber *kein* 'Ende des Feindbildes' - für uns Frauen eh nicht, und auch nicht für tatsächlich revolutionäre Männer: "Frauen, die die herrschenden Verhältnisse, die Herrschaft im wahren Sinnen des Wortes radikal aufheben wollen, bedürfen nicht so sehr der männlichen Genossen, die sich für ihre Freunde halten, als der männlichen Genossen, die bereit sind, zum Feind des Mannes zu werden." (Ingrid Strobl, *Die Angst vor den Frösten der Freiheit*, in: Projektgruppe Metropolen(Gedanken) und Revolution? (Hg.), Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus, Berlin, 1991, 13 - 25 (25).

\# "(...) staatliche Counterbewegung (...), die foltern muß (...). Folter ist kein revolutionärer Kampfbegriff. Aufklärung darüber [über die Haftbedingungen, R.L.] hat vielleicht eine Schutzfunktion - aber die Mobilisierung, die sie braucht, muß sich gegen die Politik wenden, auf die der Staat mit Folter reagiert (und damit zuletzt gegen die Gefangenen selbst), solange das Vehikel ihrer Politik der moralische Reflex derer ist, die in diesem Staat noch zu Hause sind (....) das heißt, die Mobilisierung muß gegen uns laufen, wenn sie nicht mit der Propaganda bewaffneter Politik vermittelt ist (...)." [Erklärung von Andreas Baader, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 57 - 59 (58, 59)].

\## Dabei übersehe ich nicht, daß es zwischen bewaffneten Aktionen und GRÜNER Gewaltfreiheit noch eine Menge Aktionsformen (Mollis, Steine etc.) gibt, die die RAF (bisher) - zumindest nicht ausdrücklich verworfen hat. Da die RAF aber die Aussetzung ihrer Angriffe auf die "Spitzen aus Staat und Wirtschaft" in den Kontext dessen stellt, was die Feministinnen aus Gießen als These von der "allgemeine(n) ver-gewalt-ung aller lebensbereiche" bezeichnen und kritisieren (Interim, Nr. 229, 24, 27), ("Zerstörung und Verzweiflung", "ausgegrenzt und ohne Perspektive", "an der Nadel verrecken oder in den Selbstmord getrieben": RAF, a.a.O. [FN ++ 5), ist nur konsequent, wie Hanna Krabbe, jede militante Aktion zu verwerfen: "Hier in der Gesellschaft, was wir jetzt sehen, ist eine unheimliche Brutalisierung, (...). Die Gewalt, die in den Sechzigern und Siebzigern was Besonderes war und die auch die besondere Funktion hatte - von unserer Seite - gesellschaftliche Widersprüche aufzubrechen, sichtbar zu machen und zuzuspitzen, daß die heute gar nicht mehr die Funktion haben kann. Das haben wir auch an den letzten Aktionen der RAF gesehen, *oder auch von anderen militanten Aktionen*: die passieren, aber es entwickelt sich politisch nichts mehr dran." (AK 343, 03.06.1992, 14 f. [14]).

\### Zu bedenken ist dabei schließlich, daß sich *nach* dem Wegfall der gewaltsamen Eskalation, das 'realpolitische' Befriedungskalkül weitgehend realisiert zu haben scheint und deshalb die Hafenstraße heute nicht mehr die Ausstrahlung als antagonistische Kraft hat, die sie noch vor einigen Jahren hatte.

\#### Adelheid Biesecker, *Nicht-kapitalistisches Milieu und Hausarbeit - Mit welcher Berechtigung und welchem Erfolg stützt sich die feministische Theorie auf Rosa Luxemburg*, in: beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 15, 1985, 165 - 179.

1 Rote Armee Fraktion, *Wir müssen, das Neue suchen*, Beilage zur Konkret 9/1992, 1 - 8 (S. 7, Sp. II).

2 Gregor, *An die Frauen aus Gießen, die den Text geschrieben haben, der in der Interim Nr. 229, vom 25.2.93 abgedruckt ist!*, in: Interim, Nr. 231, 11.03.1993, 3 - 5 (4).

lich, politisch, perspektivisch nicht genügend da sind um die kraft gegen den staat zu entfalten, die es braucht die freiheit durchzusetzen. und hätten uns so dann darauf konzentriert stärker teil des anstehenden neubestimmungs-neuorganisierung prozesses zu sein - und als teil der diskussionen initiative n DARIN auch richtung freiheit gemacht. das wäre schwieriger gewesen als das was wir schliesslich machten. diskussionen, initiativen zur freiheit aller polit.gefangenen. es SCHIEN unmittelbar greifbarer. scharf auf den punkt gebracht haben wir auf den staat reagiert (kinkel--anf.92). natürlich weil wir möglichkeiten "für uns" sahen-- aber wir blieben so im rahmen dessen stecken womit der staat gut leben kann.
wir wollten - obwohl wir spürten- es fehlt wesentliches an unterbau, grundlage - erstmal die situation NUTZEN /nach kinkel, raf erkl., gef. erkl.) um für die freiheit eine bresche zu schlagen.
und das haben wir ja nicht im luftleeren raum gedacht, gemacht. da haben auch die pol. gefangenen ihren teil darin.
wir sind uns ziemlich sicher- wenn jetzt mal luft geholt wird, und alle ÜBER SICH sprechen im zshg. der letzten 3,4 jahre- und seit april 92 auch, dass bestimmte tendenzen/fehleinschätzungen-irrtümer eben NICHT einfach abzuschieben sind.
wir fordern jetzt von ALLEN über sich(wieder) zu reden- weil falsche frontenbildung bringt "in gefahr und höchster not" - genauso wie der mittelweg- den tod. diese frontenbildung produziert eine ebenso falsche spaltung bei sehr vielen hier draussen. die tieferen politischen widersprüche und eigenen verantwortungen werden über schuldzuweisungen verwischt und NICHTS wird konstruktiv gelöst, weitergebracht.

a) FRAGEN an die gefangenen aus der raf, die sich hinter brigittes erklärung gestellt haben (brigitte mohnhaupt, ende okt.93)

in der erklärung wird nicht nur den celler gefangenen, sondern auch der raf jede integrität/moral abgesprochen. auch weiterstadt ist nur noch ware/deal. warum seid ihr euch da so sicher? warum habt ihr, zumindest zur raf hin keinen spielraum mehr gelassen? haben die fakten für sich gesprochen? oder gab es schon vorher keinerlei politisches vertrauen mehr(zb. helmut pohls erklärung wo er von neuer politik der raf mit der steinmetzchen einheit redet)?

in der hungerstreikerklärung vom 1.2.89(siehe hungerstreik Info Nr.1, hrsg. Angehörige der pol.Gefangenen i.d.Brd, heute: Angehörigen Info) habt ihr gesagt: (..)"die zusammenlegung ist jetzt für uns das erste. dann wollen wir die diskussion. zur gesamten situation- und für unsere freiheit. darauf spitzt es sich für uns praktisch zu. denn die freiheit ist natürlich unser ziel. wir wollen ja nicht ein stück politischer organisation im gefängnis etablieren, eine gegenstruktur als gefangene ist wirlich nicht unser höchstes glück. wir halten es aus allem für möglich, das dann als realistisches ziel anzupacken. soweit ist konsens unter uns. für das weitere,wie das zu konkretisieren ist, müssen wir zusammen sein. wir haben die zusammenlegung als übergang bestimmt (..)"
die vorstellung die freiheit als realistisches ziel anzupacken(zu sehen)hatte doch, nach dem was die raf jetzt(2.11.93) gesagt hat, bestimmt auch mit der überlegung zu tun, dass die raf damals schon (9o)einen schnitt/zäsur oder aufhört? nachdem der hungerstreik abgebrochen war, und die zusammenlegung nicht durchgesetzt, wurde irgendwann klar, dass die raf diesen schritt(schnitt /zäsur o.ä.)nicht macht, weil "es damals mit unseren politischen vorstellungen zusammen nicht möglich" (raf 2.11.93) war.
obwohl also zwei grundsteine der überlegung hin zur freiheit sich nicht verwirklicht hatten(die zusammenlegung und die zäsur der raf), die ausgangssituation sich also verändert hatte habt ihr keine wesentliche neubestimmung zur freiheit von eurer seite gemacht, bzw. ein konkretisieren von der neuen ausgangslage aus -- wie ihr denkt,wie das mit der freiheit gehen könnte. es ging weiter mit- diskussion mit allen gesellschaftlichen gruppen und- hin zur freiheit. se seht ihr das heute?

wie seht ihr heute eure anstrengungen richtung freiheit nach dem april 92? "wir selbst und unsere anwälte und angehörigen haben immer wieder gespräche mit der regierung geführt, wenn durch unsere kämpfe in den gefängnissen und den widerstand draussen gegen die isolation eine offene situation geschaffen war. es gab sie auch im letzten jahr nach dem schritt der raf, zuletzt im august.(..)" -prozesserklärung eva haule v.4.11.93
wie ist hier "offene situation geschaffen war" gemeint?

nach einigen briefen jetzt haben viele von euch schon gewusst, dass in der verknüpfung der gefangenenfrage mit dem schnitt (raf,april 92) tendeziell tauschhandel steckt. warum habt ihr nicht irgendwann eine erklärung rausgebracht, die die zustimmung von der ersten gefangenen-erklärung(irmgard möller) revidiert und klarmacht, dass ihr das so nicht wollt?

(sinngemäss)"wir haben in den letzten jahren- in denen wir versucht haben, den pragmatismus zu überwinden, die erfahrung gemacht, dass die grenze zwischen pragmatismus und opportunismus sehr schmal ist." (ehem.commandante aus nicaragua, okt.93,monimbo-kongress,frankfurt am main)
diese genossin geht von einer historischen/kontinentalen und internationalen umbruchssituation AUS- innerhalb welcher es um das finden von wegen geht, die dieser sich radikal verändernden wirklichkeit gerecht werden können. sie geht davon AUS, dass diesen weg zu finden, dafür muss er gegangen werden und dass das auf jeden fall eine masse von fehlern und irrtümern auch bedeutet. sie begehen (in nic.)-zumindest nicht öffentlich- nicht den fehler sich gegenseitig die schuld für die nicht-lösung der anstehenden fragen zu geben. auch viele von euch haben in den vergangenen jahren in briefen,prozesserklärungen davon gesprochen, dass die innergesellschaftlichen, internationalen umbrüche so weitreichend sind, dass die schwierigkeiten der weiteren strategischen/taktischen bestimmungen entsprechende dimensionen hat. warum ist dann bei einigen von euch eine solidarische grundhaltung nicht mehr da? man/frau kann doch schwere irrtümer kritisieren, klar machen dass man/frau selbst bei fortsetzung das nicht mittragen kann-- aber das ganze trotzdem noch als gemeinsames problem betrachten.

wie stellt ihr euch das in zukunft vor, wenn ihr einerseits sagt, dass ihr trotzdem noch mit allen politischen gefangenen solidarisch seid und andererseits jede politische integrität dieser gefangenen bestritten wird (zb.mit dem ausdruck "heim ins reich")? da müsste ja dann zweierlei solidarität entstehen:eine solidarität mit opfern der isolation und eine solidarität mit integren politischen gefangenen?

sehr viele von euch schreiben jetzt "offene briefe an birgit". nach dem was wir bis jetzt kennen, finden wir das unehrlich. ginge es um die auseinandersetzung mit birgit, müssten diese briefe nicht öffentlich sein. die meisten von euch machen ihre positionen deutlich. aber müsst ihr das dann "briefe an birgit" nennen?

b) FRAGEN an die celler gefangenen und an birgit hogefeld:

im wesentlichen wollen wir, dass ihr offen macht konkret, ehrlich (celler gef.) was ihr von euch aus mit wem,wann, mit welchen überlegungen/zielen initiiert habt.
ende 92, nachdem bernd rössner nicht wirklich freigelassen wurde und schon einige prozesse gegen weitere gefangene eingeleitet waren, wo klar war-



RAF: Wir müssen das Neue suchen

»Proletarische Revolutionen ... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich ihre Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche. Scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde saugen und sich riesenhaft ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: HIC RHODUS; HIC SALTA.«

Karl Marx

Wir haben in unserem Brief vom 10. 4. gesagt, daß wir es als einen Fehler von uns sehen, daß wir in den letzten Jahren viel zu wenig von unserem Prozeß vermittelt haben. Daraufhin haben wir aus den verschiedensten Ecken knallharte Kritiken bekommen. Was wir angekündigt hätten, sei eine Nabelschau und hätte nichts mit der Beantwortung der anstehenden Fragen zu tun, die sich aus der politischen Situation ergeben. Es sei unsouverän, unpolitisches Gejammere, und außerdem würde uns wohl jeder Stolz fehlen, weil wir angekündigt hatten, daß wir auch über Fehler von uns reden werden. Davon werden wir uns nicht beirren lassen, wollen aber doch kurz darauf eingehen.

Wenn wir heute einen Schnitt in unserer Geschichte machen, dann auch dafür, daß wir unsere Erfahrungen reflektieren, um sie für uns und andere nutzbar zu machen. Alles andere wäre geschichtslos. Wir haben eine Geschichte von 22 Jahren Kampf, und es geht darum, soviel wie möglich aus den gemachten Erfahrungen aus allen Kämpfen in diesem Land zu lernen, um es in die Zukunft mitnehmen zu können. Deshalb werden wir selbstverständlich auch über Fehler reden, da, wo wir welche sehen, damit sie nicht in Zukunft wiederholt werden müssen. Unsere Identität und unser Stolz besteht nicht daraus, daß wir uns für unfehlbar halten würden, und wir denken auch nicht, Fehler würden die Legitimität revolutionären Kampfes in Frage stellen. Im Gegenteil: Wir haben einiges zu sagen, von dem wir denken, daß es für zukünftige Kämpfe eine Wichtigkeit hat.

Wir wollen eine offene Diskussion unter allen, die hier um Veränderungen kämpfen. Offen heißt, über alles zu reden, was einem wichtig erscheint, wobei es nicht darum geht, an jedem Punkt eine eigene glanzvolle Position einnehmen zu müssen. GenossInnen, die so an die Diskussion rangehen wollen, sollten sich dringend von dieser kleinbürgerlichen Haltung befreien – der Kleinbürger ist selbstgefällig. Die Erfahrung, daß diese Haltung nichts Gutes mit sich bringt, ist in den sozialistischen Staaten gemacht worden. Viele Befreiungsbewegungen mußten sich damit auseinandersetzen, und auch wir sind es leid. Es ist eine Haltung der vergangenen Epoche und sollte in die neue nicht mitgezogen werden. Es gibt hier viele, die die Texte von Befreiungsbewegungen aus dem Trikont verschlingen, wobei es den meisten völlig logisch und normal vorkommt, daß sie eine vorausgegangene Phase kritisieren und auch daraus dann die Bestimmungen für die nächste Phase ziehen. Aber wenn wir das machen, gibts gleich einen Aufschrei, das sei liquidatorisch. Die Starrheit, an vermeintlichen Klarheiten festzuhalten, ist fast immer Ausdruck der Angst davor, sich Kritiken zu stellen, oft ist es auch der Versuch, eigene Unsicherheiten und Fragen vor anderen zu verstecken. Über unsere Erfahrungen nicht zu reden, würde bedeuten, alle Kriterien, die wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben und bisher nicht geschafft haben, in eine größere Auseinandersetzung hineinzutragen, über den Haufen zu werfen. Das ist nicht unsere Sache. Den Schnitt zu machen, ist für uns auch die Entscheidung für einen tiefgreifenden Diskussionsprozeß und nicht die Entscheidung dafür, uns aus den Auseinandersetzungen herauszuziehen.

Uns ist in den letzten Wochen immer klarer geworden, daß wir viel konkreter über alles reden müssen, was wir in den letzten Jahren überlegt haben, damit alle unseren Schritt verstehen können, in einer Situation, die sich insgesamt immer mehr zuspitzt. Wir haben mitbekommen, daß es GenossInnen gibt, die das so sehen, aber unser Schritt ist nicht nur die Konsequenz aus der international veränderten Situation, sonst hätten wir ihn spätestens 89 machen müssen. Unrealistisch ist auch die Vorstellung, unsere Bestimmung sei in den letzten Jahren einfach ›eine Konfrontationsform halten‹ gewesen. Das kann keine Guerillapolitik sein. Weder subjektiv ist das möglich noch ist es politisch möglich. Guerillapolitik ist ein permanenter Prozeß von Suche nach den richtigen Antworten in der sich ständig verändernden politischen Situation und Weiterentwicklung der eigenen Kräfte.

In unserem Diskussionsprozeß seit 89/90 in der Gruppe ist uns immer deutlicher geworden, daß wir Starrheiten, alte Rangehensweisen und Orientierungen aufbrechen und umwälzen müssen. Wir konnten allein aus alten Bestimmungen keine Antworten auf die neue Situation finden. Wir können jetzt nur aus der Diskussion und dem Prozeß von uns reden und nicht für unsere gefangenen GenossInnen. Diesen Text begreifen wir auch als einen Beitrag für die Diskussion mit ihnen. Allerdings haben gerade sie kaum die Möglichkeit, aus ihren Bedingungen heraus an dieser Diskussion teilzunehmen. Auch dafür muß ihre Freiheit erkämpft werden.

Zu unserer Geschichte in den 80er Jahren: Niemand von uns, die heute in der RAF sind, war vor 84 schon dabei. Das heißt, daß wir gerade über den Anfang der 80er, also z.B. die Diskussionen in der Gruppe, die zum ›Front-Papier‹ geführt haben, nichts sagen können. Zum vollen Verständnis und zur Reflexion unserer Geschichte aus dieser Zeit – und für die gesamten 70er Jahre trifft das in noch größerem Maß zu – brauchen auch wir die Diskussion mit unseren gefangenen GenossInnen.

Für diejenigen von uns, die 84 und in der darauf folgenden Zeit zur Guerilla gekommen sind, waren natürlich diese ersten Jahre der 80er eine Zeit, in der wichtige Erfahrungen, Entscheidungen und Weichenstellungen im eigenen Leben gelaufen sind, aus denen dann die Entscheidung, selbst bewaffnet kämpfen zu wollen, gekommen ist. Es war die Zeit vieler Kämpfe an unterschiedlichsten Fragen: Anti-Nato-Bewegung; 81 der Hungerstreik der politischen Gefangenen, in dem Sigurd Debus ermordet worden ist; Kämpfe gegen AKWs; gegen die Startbahn West; Hausbesetzungen und natürlich die Massenmobilisierung gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Wir haben selbst in manchen dieser Kämpfe dringesteckt und haben dabei dieselben Erfahrungen gemacht wie alle anderen auch: Wir kommen gegen diese Macht nicht durch.

In dieser Zeit waren hier an all diesen Kämpfen und Forderungen nicht nur Hunderttausende auf der Straße, es waren insgesamt Widersprüche von Millionen Menschen, und an keiner einzigen ihrer Forderungen hat sich die Macht bewegt – logisch, daß da die Kämpfe auch immer radikaler und militanter geführt wurden. Viele haben sich in diesen Jahren entschlossen, verschiedenste militante Initiativen gegen Brennpunkte der Vernichtungspolitik zu organisieren, das heißt zu dieser Zeit, hauptsächlich die US/Nato-Militärstrategie anzugreifen. Das sollte unseren Kämpfen eine neue Schärfe und Durchsetzungskraft geben. Es sprang einen jeden Tag an, daß dieser Staat hunderttausendfachen Protest einfach ignorieren will und gleichzeitig die Menschen, die ihre Forderungen auf die Straße tragen, immer brutaler und gewaltsamer attackiert. Daß es in den Kämpfen dieser Jahre nicht viel mehr Tote (Klaus Jürgen Rattay, Olaf Ritzmann) auf unserer Seite gab und nicht noch mehr Schwerverletzte, war reiner Zufall. Die Grausamkeit und Brutalität gegen die Gefangenen im Hungerstreik 81, die Knüppel- und Gaseinsätze von Polizei und paramilitärischen Einheiten haben deutlich gezeigt, daß der Staat Tote auf unserer Seite eingeplant hatte. Kohls Satz zur Stationierung der Mittelstreckenraketen: »Sie demonstrieren, wir regieren« hat die Haltung der Macht gegenüber allen, die was anderes wollten, auf den Punkt gebracht.

Diese Entwicklung hier hatte ihre Entsprechung in der internationalen Situation, also in der Auseinandersetzung zwischen Befreiungsbewegungen bzw. befreiten Ländern und dem Imperialismus. Es war die Zeit des koordinierten Rollback-Versuchs, die Mittelstreckenraketen sollten die Sowjetunion in Schach halten und totrüsten; Libanon-Bombardierung; Malvinenkrieg; die Zerstörung palästinensischer Flüchtlingslager – Sabra, Shatila, Tel Zaatar; gegen die Befreiungskämpfe wie in El Salvador; Low-intensity-Kriegsführung, die den Krieg weiter verlängern und das Volk ausbluten sollte; in den befreiten Ländern im südlichen Afrika: Contra-Kriege, die jede eigenständige Entwicklung unmöglich machen sollten und die zu unzähligen Kriegs- und Hungertoten geführt haben.

Wir können die Entwicklung dieser Jahre hier nur kurz in Stichpunkten anreißen; in allem hat sich gezeigt, daß der Imperialismus seinen Jahrhunderttraum, sich die ganze Menschheit zu unterwerfen, mit aller Gewalt, selbst unter Einsatz atomarer Waffen, durchsetzen wollte. Dafür wollte er seine Pläne und Projekte hier wie weltweit gegen massenhaften Widerstand durchpeitschen, und dafür sollte jeder Widerstand niedergemacht und ausgelöscht werden.

So wurde für uns wie für viele andere immer deutlicher, daß wir hier eine organisierte Kraft aufbauen müssen, die auch militante und militärische Mittel in der Hand hat. Aus allen Erfahrungen dieser Jahre war einfach klar, daß wir zu einer neuen Qualität unseres Kampfes kommen müssen, wenn wir uns gegen diese zu allem entschlossene Macht durchsetzen wollen – die Alternative wäre gewesen, zu kapitulieren und sich dieser Macht zu unterwerfen; das kam für uns nicht in Frage. Für immer mehr Leute hat sich der Vorschlag, den die RAF 82 mit dem ›Front-Konzept‹ in die Diskussion gebracht hatte – nämlich sich zusammen, also Guerilla, Militante, Widerstand, zu organisieren und daraus zu einer neuen Stärke zu kommen – mit den eigenen Erfahrungen und Konsequenzen daraus gedeckt. Für welche von uns hieß das 84, daß wir die Entscheidung, selbst in der Guerilla zu kämpfen, getroffen haben.

Die Überlegungen, daß wir unsere Kämpfe organisiert und auch militanter führen müssen, wenn wir uns durchsetzen wollen, hatten damals sehr viele. Deutlich zeigt sich das zum Beispiel am Hungerstreik der politischen Gefangenen 84/85. Daß damals Leute aus den verschiedensten Zusammenhängen massenhaft Brand- und Sprengstoffanschläge gemacht haben, um die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung mit durchzusetzen, war ganz konkret die Konsequenz aus den Kämpfen Anfang der 80er. Viele haben einfach gewußt, wenn die Forderung durchgesetzt werden soll, wenn verhindert werden soll, daß der Staat im Streik wieder Gefangene ermordet, dann müssen zu den vielfältigsten Initiativen von Demos bis Veranstaltungen auch Kämpfe auf höherem Konfrontationsniveau dazukommen.

Es ist immer wieder die Rede von der Gewaltspirale – für die natürlich immer die Kämpfe der linken und revolutionären Kräfte verantwortlich gemacht werden. An dem, was wir hier in Kurzfassung zur Entwicklung in den ersten Jahren der 80er gesagt haben, zeigt sich deutlich, daß es anders war. Guerilla zu machen, die Entscheidung, bewaffnet zu kämpfen, ist hier wie überall auf der Welt die Antwort von Menschen auf die herrschenden Verhältnisse; auf die Ignoranz der Macht gegenüber Forderungen und Kämpfen; auf das Durchziehen zerstörerischer Entwicklungen und Kriege gegen massenhaften Widerstand; auf Repression und Ausrottungsverhältnis gegenuber diesem Widerstand. Wenn du die Verhältnisse, die dich und andere nicht leben lassen, verändern willst, überlegst du dir, bewaffnet zu kämpfen, immer als letztes Mittel – nie als erstes. Du probierst vorher viel anderes aus, und du triffst die Entscheidung – weil es deine Lebensentscheidung ist – dann, wenn dir klargeworden oder besser klargemacht worden ist, daß eine bewaffnete Kraft gebraucht wird, weil ohne sie für alle kein Durchkommen ist.

Die RAF war die ganzen 22 Jahre über immer eine relativ kleine Gruppe. Wir sind in dieser Zeit durch Verhaftungen mehrmals ganz oder fast zerschlagen worden, und es gab aus den Verhältnissen in diesem Land und aus den Widerstandsprozessen dagegen immer wieder GenossInnen, die den bewaffneten Kampf für die Umwälzung dieser Verhältnisse aufgegriffen und weitergeführt haben. Auch 1984 war so ein Jahr für uns. Im Sommer wurden sieben GenossInnen verhaftet, und der Staat feierte wieder einmal öffentlich unsere endgültige Zerschlagung. Für uns war es auch tatsächlich so, daß niemand von denen, die in den Jahren vorher die Politik der Guerilla mitentwickelt hatten, übriggeblieben war.

Wir haben 84 mit unserem Anlauf, zu einer gemeinsamen Offensive von westeuropäischen Guerilla-Gruppen zusammen mit militantem Widerstand hier zu kommen, in mehrfacher Hinsicht unter totalem Druck gestanden. Einerseits war unsere Befürchtung die, von der gesamten imperialistischen Entwicklung überrollt zu werden, wenn wir nicht schnell zu dieser gemeinsamen Intervention kommen. Sie sollte hier in den Zentren der Macht die Kraft aufbauen, die zusammen mit den weltweiten Befreiungskämpfen verhindern sollte, daß der Imperialismus es schafft, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Auf der anderen Seite saßen uns natürlich auch unsere eigenen Erfahrungen im Genick. Wir hatten Angst davor, daß es der Staat schaffen könnte, uns einen weiteren Schlag zu versetzen, noch bevor wir endlich den ersten Schritt unserer Front-Vorstellung umgesetzt hatten.

Der Gedanke ›Front‹ ging davon aus, daß wir der rasanten Entwicklung und Eskalation, mit der der Imperialismus mit seinem Rollback-Versuch den Befreiungskampf weltweit endgültig niedermachen und austreten wollte, mit einer starken Kraft hier in seinen Machtzentren entgegentreten. Ein Durchkommen der Befreiungsbewegungen war nirgends absehbar. Statt dessen stieg die Zahl der Opfer immer weiter. Überall nahm die Zahl der Toten, Verletzten und entwurzelten Menschen zu, ohne daß ein Ende dieser Kriege in Sicht war – im Gegenteil, die Low-intensity-Kriegsstrategie, mit der der Imperialismus die Kriege gerade in dieser Phase eskalierte, sollte die Völker zermürben und von ihren Hoffnungen auf ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung abbringen, dadurch daß ihnen mit nicht-endendem Krieg gedroht wurde. Unser Beitrag, die Grenze, auf die der weltweite Befreiungskampf gestoßen war, doch noch zu durchbrechen und zu verhindern, daß der Imperialismus durchkommt, war der Versuch, in seinen Machtzentren, von wo die Kriege ausgehen, seine Strategien zu blockieren. Das war der Kern unserer Bestimmung: die Front in Westeuropa aufbauen als Abschnitt und Funktion der internationalen Befreiungsfront.

Die Auswirkung der internationalen Zuspitzung und imperialistischen Strategien hier in der Metropole war, daß sich in dieser Zeit die Lebensverhältnisse für immer mehr Menschen verschärft haben. Die Zahl derer, die das Kapital für seine Profite nicht mehr brauchte, nahm ständig zu, weil einerseits die gesamte Produktion immer mehr auf Militärproduktion ausgerichtet wurde und natürlich auch in allen anderen Bereichen so umstrukturiert wurde, daß hunderttausende Arbeitsplätze wegrationalisiert worden sind. Es war die Zeit, als die 2/3-Gesellschaft hier angefangen wurde durchzusetzen, also die Macht allen klargemacht hat, daß sie 1/3 der Leute auch hier nicht mehr braucht, daß sie überflüssig geworden sind – und daß sie sich auch so fühlen sollen. Wegen der Ausrichtung der imperialistischen Politik auf das Rollback, also auf Krieg, haben sich die reichen Staaten Westeuropas – an ihrer Spitze die BRD und Frankreich – v.a. an der High-Tech- und Rüstungsindustrie zusammengeschlossen. Daran sollte die Formierung aller westeuropäischen Staaten zu einem einheitlich politisch handelnden Block laufen, der zur gleichwertigen Macht neben den USA und Japan aufsteigen sollte.

Diese Frage haben wir in unserer ersten gemeinsamen Offensive zusammen mit unseren GenossInnen von Action Directe und militanten Gruppen hier in den Mittelpunkt gestellt, denn vom schnellen und reibungslosen Ablauf dieser Formierung hing ab, ob die westeuropäische Staatengemeinschaft ihre spezifischen Aufgaben im Krieg gegen den weltweiten Befreiungskampf erfüllen konnte. Wir haben damals unsere zentrale Aufgabe darin gesehen, uns mit allen revolutionären Kräften in Westeuropa, mit denen das möglich war, gegen diese Entwicklung zu organisieren. Für uns war das eins: auf die internationale Strategie und (auf) die Verschärfung im eigenen Land durch unsere Angriffe gegen strategische Pfeiler der imperialistischen Politik zu zielen.

Wir haben damals in dem Bewußtsein gehandelt, daß wir hier und westeuropaweit sehr wenige sind, und haben das genommen, als wärs Naturgesetz. Davon ausgehend, also von eigenen schwachen Kräften, haben wir überlegt, wie wir zu einer möglichst scharfen Wirkung kommen. In dieser Zeit der ständigen weltweiten Eskalation von Krieg und Zerstörung haben wir nicht wirklich am Aufbau einer relevanten Kraft gegen diese Entwicklung überlegt, sondern vielmehr daran, wie wir die schon existierenden und mehr oder weniger isoliert und zersplittert agierenden revolutionären Kräfte zusammenfassen können.

Wir sind mit unseren ersten Schritten in der Umsetzung der Front-Vorstellung schon mitten in den Strudel des historischen Umbruchs reingekommen. Und auch wenn uns das damals so noch nicht bewußt war, hat jede/r gespürt, daß es ein Rennen gegen die Zeit war. Auch daher kam unser Denken, daß, wenn wir jetzt nicht schnell handeln, es danach zu spät ist, daß es dann möglicherweise der Imperialismus schon geschafft hat, diese ganze Epoche für sich zu entscheiden.

Unsere Orientierung auf die möglichst schnelle und scharfe Wirkung unserer Initiativen hatte in vielerlei Hinsicht katastrophale Auswirkungen. Dieses Denken führt fast automatisch zur militärischen Eskalation und verstellt den Blick für politische Prozesse und Möglichkeiten. Wir haben in der Unterschiedlichkeit der Kämpfe und ihrer Vielfalt nicht Möglichkeiten und Ideenreichtum gesehen, sondern immer nur das Trennende, anstatt in vollem Bewußtsein der Unterschiede das Verbindende zu suchen, um zusammen rauszufinden, was geht. In dieser politischen Enge und Begrenzung konnte aus dem Front-Gedanken keine starke politische Kraft entstehen. Unsere Wirkung kam in erster Linie aus der politischen Brisanz der Angriffsziele und der Koordinierung und Schärfe der Aktionen.

So haben wir es nicht einmal als Möglichkeit gesehen, zu den Kämpfen Anfang der 80er, aus denen wir ja selbst kamen, die Verbindung herzustellen und weiterzuentwickeln. Das, was für uns selbst die Konsequenz aus diesem Nicht-Durchkommen unserer Kämpfe war, nämlich gemeinsame Organisierung und Bestimmung von Angriffslinien, hätte auch für andere eine Antwort auf ihre Erfahrungen sein können. Viele hatten sich im Laufe der Zeit zurückgezogen und resigniert, aber das hätte nicht so bleiben müssen. Sie waren dadurch nicht zu Leuten geworden, die mit diesem System und seinen Zerstörungen einverstanden sind, sondern sie hatten resigniert, weil sie keine Antworten ge-

funden hatten, wie hier die Durchsetzung von Veränderungen möglich ist. Und wir hatten die Antwort, zumindest einen Anfang davon, aber wir haben damals überhaupt nicht überlegt, wie wir die Verbindung zu den Bewegungen und Menschen herstellen können, die gegen die Raketenstationierung und imperialistische Zerstörung aufgestanden waren oder in Kämpfen gegen Projekte wie z.B. WAA Wackersdorf gesteckt haben, um mit ihnen zusammen eine Kraft gegen die ganze Zerstörung aufzubauen. Unsere Bestimmung davon, was ›Front‹ sein sollte, war dafür viel zu eng, sie hat nur diejenigen umfaßt, die ihren Kampf als internationalistischen gegen die strategischen imperialistischen Entwicklungen bestimmt haben. Für andere Vorstellungen und Ideen gab es da keinen Platz.

Es gab in der Organisierung der Front auch GenossInnen, die ihre Geschichte und Erfahrungen in Zusammenhängen wie z.B. Anti-Nato-Bewegung mit und in dem Front-Prozeß so weiterentwickeln wollten, daß wir zusammen die Verbindungen zu diesen Kämpfen suchen. Für die Gedanken und Vorstellungen dieser GenossInnen gab es bei dem engen Blick von uns und auch anderen auf die unmittelbare Wirkung unserer Initiativen gegen das System keinen Raum. Für sie stand immer auch die Frage im Mittelpunkt, wie unsere Initiativen *für* den Aufbau einer breiteren und stärkeren Kraft bestimmt sind und wirken. Aber genau diese Fragen kamen in unseren Diskussionen viel zu kurz. Für uns ging es vielmehr um die Einschätzung der imperialistischen Entwicklung und Schritte und um die Bestimmung unserer Angriffslinien dagegen. Wenn die GenossInnen, die mit der ›Front‹ eine andere, revolutionäre Kraft aufbauende Entwicklung einschlagen wollten, wenn sie in Diskussionen das Eskalationsprinzip – »den Krieg hier auf dem Niveau der internationalen Konterrevolution führen« – in Frage stellten, haben wir das oft als persönliche Schwäche und Unentschlossenheit abgetan. Das politische Problem, die unterschiedliche politische Sichtweise, wurde einfach negiert und ins Subjektivistische gedreht.

Einer unserer Grundgedanken dieser Jahre, nämlich daß das Niveau, auf dem die Auseinandersetzung zwischen revolutionären Kräften und Imperialismus hier in der Metropole stattfindet, aus der Schärfe der internationalen Konfrontation abgeleitet wird bzw. sich daran bestimmt, liegt quer zum Aufbau einer breiten revolutionären Kraft hier. Wir haben oft gesagt, daß solche Aktionen polarisieren, das stimmt auch, aber sie produzieren falsche Trennungen, anstatt zusammenzubringen.

Unsere Aktionen gegen verantwortliche Militärs, Wirtschaftsführer oder Verantwortliche aus dem politischen Apparat waren für viele Menschen nachvollziehbar und moralisch legitim. Sie wurden aus der Schärfe der eigenen Lebenssituation, der eigenen Unterdrückung und Entwürdigung als legitim begriffen und daraus, daß Millionen Menschen wissen, daß die Macht hier für Krieg und weltweites Elend verantwortlich ist. Anders war das mit der Air Base-Aktion – und dem GI, den wir erschossen haben, sowieso – aber auch mit der Aktion selbst. Beides war nicht von hier aus entwickelt, hatte seine Begründung nicht in den Verhältnissen hier und wie sie von den Menschen begriffen werden, sondern sie hatten ihre Begründung im Krieg, den der Imperialismus/die US-Armee in anderen Teilen der Welt gegen die Völker führt. Für die Weiterentwicklung des revolutionären Kampfes hier und seine Verankerung in der Gesellschaft war beides ein großer Fehler.

»Der Kopf ist rund, damit unsere Gedanken die Richtung wechseln können.«

89 standen wir vor dem schmerzhaften Ergebnis dessen, was aus dem Frontprozeß herausgekommen war. Die Verhaftungen und hohen Verurteilungen gegen legale GenossInnen aus dem Widerstand und die vielen Ermittlungsverfahren wegen ›Mitgliedschaft in der RAF‹ gegen Legale in der ganzen BRD hatten zu einem defensiven Zurückweichen vieler GenossInnen aus dem anti-imperialistischen Widerstand geführt. Gleichzeitig waren viele Zusammenhänge in die Brüche gegangen. Viele, die den Frontprozeß als ihre Sache gesehen hatten, waren resigniert oder zumindest frustriert. Die Grundgedanken des Mai-Papiers von 82 – zu einer gemeinsamen Front von Guerilla und Widerstand zu kommen – waren ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir haben es nicht geschafft, eine produktive Verbindung zwischen dem Kampf der Guerilla und den Kämpfen der GenossInnen, die aus anderen Lebenszusammenhängen eine andere Praxis entwickeln, herzustellen und den revolutionären Prozeß zusammen zu stärken und weiterzubringen.

Im Kapitalismus ist Hierarchie Teil der Gesellschaftsstruktur, in die jede/r von klein auf gezwängt wird. Wir haben diese Struktur in unseren Zusammenhängen nicht aufgelöst. Durch die starke Orientierung auf Angriff, die fast ausschließliche Orientierung gegen die Projekte und Strategien des Imperialismus, haben wir diese reproduziert. Es waren falsche Wertvorstellungen, die zwischen uns und den GenossInnen und dann wieder zwischen ihnen und anderen in den legalen Zusammenhängen standen. Guerilla war in dieser Struktur nicht einfach eine besondere Entscheidung zu kämpfen, sondern sie war das Absolute. Den bewaffneten Kampf hier zu führen, die Illegalität aufzubauen, war nicht begriffen als ein Teil im Gesamten, sondern für viele war es das, was den höchsten Wert hatte. Viele haben sich daran gemessen und sind daran zerbrochen. Heute sehen wir diese Entwicklung als eine, die ihre Logik in der Konzentration auf Angriff gegen die Macht hatte und dadurch möglich wurde. In dieser Konzentration wurden die bewaffneten Mittel schnell als die besten oder die wichtigsten begriffen. Diese Art der wertenden Einordnung an sich steht der revolutionären Entwicklung entgegen.

Wir hatten in dieser Zeit eine falsche Orientierung und haben sie auch an andere weitergegeben. Sicher ist der Angriff auf die strategischen Projekte der Herrschenden ein wichtiger Bestandteil der Guerillapolitik. Aber es ist ein verengter Blick, ausschließlich darauf zu orientieren. Denn so beantwortet es nicht die Frage nach der Entwicklung eines politischen Prozesses. Die Verständigung darüber, warum, ob und welche Schritte der Herrschenden angegriffen werden müssen, ersetzt nicht die Diskussion über eigene Ziele, welche Kräfte und Kämpfe uns nah sind, wo wir Verbindungen suchen usw. – Verbindungen, die sich nicht allein darüber herstellen, daß andere anfangen, sich an uns zu orientieren.

Wir sehen es heute als einen Fehler von uns, daß wir die Bestimmungen unserer GenossInnen bis 84 einfach in groben Zügen übernommen und nicht hinterfragt haben, was an den alten Bestimmungen des ›Front-Papiers‹ noch richtig ist bzw. was wir verändern oder neu entwickeln müssen. Das haben wir allein in bezug auf die Angriffsrichtung getan: Es wurde damals immer deutlicher, daß Westeuropa mit der BRD an der Spitze zur Weltmacht aufsteigen wird.

Aus Nicaragua und El Salvador kam beispielsweise einiges Neues aus ihren Erfahrungen über die mögliche Funktion des bewaffneten Kampfes in die Diskussion. Die Sandinisten hatten festgestellt, daß die Wirklichkeit eine andere war, als sie das vorher immer gedacht hatten. Ihr Befreiungskampf ist nicht so verlaufen, wie es in ihrer Theorie ausgesehen hatte: Nicht das Volk hatte die Guerilla unterstützt, sondern die bewaffneten Kräfte das Volk. Gerade in der letzten Phase kamen die Orientierungen zunehmend aus den Kämpfen des Volkes. Aus El Salvador kam die Erfahrung der Doppelmacht in die Diskussion: Die FMLN hatte als einen wichtigen Bestandteil des Kampfes erkannt, daß in den verschiedensten Bereichen auch die Organisation des Alltags damals schon schrittweise von unten in die Hand genommen werden mußte.

Wir haben diese Erfahrungen zwar aufgenommen, aber nicht daran überlegt, was das für hier bedeuten könnte, sondern es dabei belassen, daß in diesen Ländern die Situation eine vollkommen andere ist. Diese Entwicklungen – wie dann auch 87 die Intifada in Palästina – waren der Beginn eines neuen Prozesses, in dem in vielen Ländern auf der ganzen Welt zu den bewaffneten Befreiungskämpfen eine Organisierung von unten dazugekommen ist. »Das Problem lautet, ob die Guerilla in der Lage sein wird, eine reale Machtalternative zu formen, ob sie sich in eine Option für die Volksbewegung verwandeln wird; nicht als ein Fremdkörper, dem die Volksbewegung zu folgen hat, sondern als ein Projekt, wo die Basis, das Rückgrat, das eigentliche Zentrum der Macht ist.« (ein Zitat von GenossInnen von der UCELN, Kolumbien)

Diese Neubestimmungen waren auch eine Konsequenz aus dem sich verändernden internationalen Kräfteverhältnis, wodurch absehbar wurde, daß die Befreiung nur in einem viel länger andauernden Kampf erreicht werden kann. Das haben wir damals nicht klar genug realisiert und nur auf die Eskalation gegen das imperialistische Rollback gesetzt.

Eine Folge, die unsere gesamte damalige Rangehensweise hatte, war für uns die Austrocknung der politischen Auseinandersetzung mit vielen GenossInnen. Viele, mit denen wir damals zu tun hatten, haben sich aus der Hierarchie, die aus diesen politischen Vorstellungen logisch war, uns gegenüber nie kritisch verhalten oder ihre Widersprüche, Vorstellungen und Gedanken nicht durchgesetzt. Für viele waren wir *die* Autorität, deren Bestimmung sie hinterherkommen müssen, so daß sie keine eigenen Gedanken mehr entwickelt haben. Wir selbst waren nicht offen für Kritik, und wir hatten keine positive Vorstellung von der Vielfalt der Gedanken für die Entwicklung auf unserer Seite. So war für uns die Chance verbaut, aus einem lebendigen Prozeß und Austausch mit anderen für unsere weitere Bestimmung zu lernen.

Bei allem, was wir heute zu Selbstkritik sagen, darf niemand den äußeren Rahmen vergessen, in dem wir diese Fehler gemacht haben. Die weltweiten Counter-Kriege, die Contras in Nicaragua, Angola, Moçambique; die Hochrüstung der Nato; die militärischen Schläge gegen Lybien, Grenada; die sich rasant verschärfende Verelendung im Trikont – das war die Realität, aus der raus wir gehandelt haben. Im Innern war es die maßlos hochgepuschte Repression des Staates, die jeden Gedanken an eine starke handlungsfähige revolutionäre Entwicklung im Innern auslöschen sollte – sie haben damals die Hürde, al-

so die Angst davor, mit uns zu diskutieren und gemeinsam etwas zu entwickeln, für die Leute total hochgeschraubt. 85/86 – das war auch ein Höhepunkt der völlig aufgepuschten Kill-Fahndung gegen einzelne von uns, eine Zeit, in der die Fernsehfahndung Alltag war. Die Repression nach der Offensive 86 war ihre Antwort auf die Anfänge einer gemeinsam handelnden Front, die aus ihrer engen Bestimmung heraus dann nicht mehr in der Lage war, den Prozeß für unsere Seite weiterzuentwickeln.

Wir sind damals in diese Falle gegangen: uns den politischen Prozeß aus den Händen gleiten zu lassen. Wir haben uns die Frage nach Verankerung nicht gestellt. Unsere Reaktion war der Versuch einer weiteren Zuspitzung der Auseinandersetzung von unserer Seite aus. Daraus haben wir die falschen Impulse in die Diskussion im revolutionären Widerstand gebracht. Nach der Offensive 86 haben wir darauf orientiert, daß die einzig angemessene Antwort auf die Repression die Organisierung der Illegalität sein kann. Die Frage, wie dem Staat eine politische Grenze gesetzt werden kann, stand in unseren Auseinandersetzungen nicht im Zentrum. So haben wir zu dem Prozeß beigetragen, in dem sich immer mehr GenossInnen defensiv aus den offenen Zusammenhängen und Auseinandersetzungen herausgezogen haben, auch wenn sie dabei keine Perspektive für sich gesehen haben und sich die Illegalität gar nicht vorstellen konnten. In manchen Städten ging das so weit, daß nicht einmal mehr die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen offen vertreten wurde. Es wurde lange Zeit nicht mehr darum gekämpft, den Raum für die offene Auseinandersetzung durchzusetzen. Es gab dann in dieser Zeit aus unseren politischen Zusammenhängen allenfalls illegale Flugblätter oder Zeitungen, die dann natürlich wiederum nur Eingeweihte erreichen konnten.

Das alles war der Hintergrund, auf dem der Staatsschutz die Chance gesehen hat, die Schraube noch enger zu drehen und es z.B. zu Urteilen mit mehrjährigen Knaststrafen gegen GenossInnen gekommen ist, die eine Veranstaltung zur Zusammenlegung der Gefangenen gemacht hatten.

Neben dieser Entwicklung bei uns und denen, die im politischen Zusammenhang mit uns waren, gab es auch in anderen Kämpfen Zuspitzungen, wie z. B. an der Startbahn West in Frankfurt, die dann mit den Schüssen auf die Bullen im November 87 ihren Höhepunkt hatten. Gleichzeitig gab es mit dem Kampf für die Durchsetzung der Hafenstraße eine völlig neue Erfahrung. Es war ein anderer Prozeß als unserer.

Es war eine Erfahrung, die uns immer mehr ins Bewußtsein gedrungen ist. Es hat bei uns viele Diskussionen ausgelöst und uns ins Nachdenken gebracht, wie die Leute es dort geschafft hatten, einen entschlossenen Kampf für ihr Ziel, ihre Lebensperspektive zu führen und mit der gleichen Entschlossenheit, mit der sie dem Staatsapparat gegenüberstanden, auch um die Verbindung mit Tausenden unterschiedlichen Menschen in der Stadt und darüber hinaus gekämpft haben. Es war nicht diese alte Art von Bündnispolitik, in der alles nach dem Prinzip funktioniert, welche Position kann sich durchsetzen, sondern im Zentrum der Diskussionen über das gemeinsame Vorgehen stand, sich gegenseitig zu vermitteln und zu verstehen, ausgehend von den unterschiedlichen Geschichten und Vorstellungen der Leute. Sie haben diesen Prozeß bis zu ihrer Durchsetzung mit großer Offenheit anderen gegenüber gemacht. Mit dieser Stärke haben sie sich gegen die Politik der »harten Haltung« des Staates durchgesetzt. Das war nach 77, wo der Staat mit der Ermordung von Gudrun, Andreas und Jan eine absolute Grenze dagegen, daß Widerstand hier durchkommen kann, setzen wollte, das erste Mal, daß es wieder die Erfahrung gab, daß ein Kampf sich gegen den Staat durchsetzen konnte.

Es wurde am Hafen auch für andere Menschen wieder erfahrbar, daß es möglich ist, ein anderes Leben zu entwickeln. Ein Leben, das sich nicht den Prinzipien des kapitalistischen Alltags unterwirft. Weil die Leute dort in ihren Zielen identifizierbar waren, hat ihr Kampf eine große Anziehungskraft für sehr viele Menschen entwickeln können. Aus der Hafenstraße sind damals auch viele internationalistische Initiativen gekommen, die weit über sie selbst raus Diskussionen ausgelöst haben, wie z. B. die Palästinaparole an der Hauswand oder die Unterstützung der von Abschiebung bedrohten Roma in den Häusern. Diese Initiativen zeigen, wie eng internationale Solidarität mit dem eigenen Aufbruch von Menschen hier verknüpft ist und von da aus Stärke entwickeln kann. (Wir sagen das hier auch gegen Aussagen wie die von Georg Fülberth in der August-»Konkret«, der behauptet, daß Kämpfe aus den Lebensbedingungen und für soziale Veränderungen hier keine Verbindung zur globalen Situation hätten und von den Herrschenden oftmals erwünscht seien.)

Tatsache war damals jedenfalls, daß durch den Kampf der Hafenstraße die defensive Haltung nach den Schlägen des Staatsschutzes gegen den Front-Prozeß und andere revolutionäre Zusammenhänge wieder aufgebrochen ist. Es war ein starker Impuls, der von dort in unsere Diskussion reingekommen ist. Das ist auch einer der Gründe, weshalb wir uns in den letzten Jahren mehrmals auf die Hafenstraße bezogen haben.

Natürlich haben wir mitbekommen, daß heute viele dort ratlos sind – wie viele andere auch. Aber wir finden wichtig in den Diskussionen darum, wie die nächsten Phasen des Kampfes aussehen sollen, auch das, was an ihren Erfahrungen wichtig war, festzuhalten. Und ihr in der Hafenstraße, was ist eigentlich los bei euch? Wir haben gehört, daß ihr euch kaum noch in Auseinandersetzungen einbringt. Wir können uns schwer vorstellen, daß ihr aus euren Erfahrungen nichts ziehen könnt gegen die Resignation und Ohnmacht, die sich überall breitgemacht hat. Wieso könnt ihr da scheinbar an nichts anknüpfen und euch auf den Weg und die Suche machen?

Der ›Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße‹ hat mit seinem Aufruf zur Zusammenlegung unserer gefangenen GenossInnen einen großen Schritt dazu getan, daß die Kriminalisierung der Forderung zurückgedrängt worden ist und es wieder Raum für die Diskussion darüber gab. Der Aufruf hat die große Mobilisierung zum Hungerstreik 89 ermöglicht. Es war wichtig, daß es Menschen gab, die in ihren Gedanken nicht die Reaktion des Staatsschutzes vorweggenommen haben, sondern von sich, ihrer Erfahrung und ihren Zielen ausgegangen sind.

Ein weiterer Impuls, der für unsere Diskussion hier wichtig war, kam von unseren gefangenen GenossInnen. Sie haben in und um den Streik 89, in ihrer Hungerstreikerklärung, aber auch in Briefen aus dieser Zeit, sehr deutlich gemacht, daß es ihnen darum geht, eine Diskussion über neue Orientierungen für den revolutionären Kampf anzufangen. Sie wollten neue Verbindungen herstellen und die Diskussionen mit all den Menschen suchen, die aus den Widerstandsprozessen der Jahre davor gekommen waren oder überhaupt in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen für Veränderungen kämpften. Die Gefangenen haben eine große Offenheit vermittelt, auch über vergangene Fehler zu diskutieren. Damit haben sie ein altes Verhältnis aufgebrochen, in dem wir lange gefangen waren, nämlich Kritik an uns schnell als gegen uns gerichtet zu begreifen und deshalb abzulehnen. Dieses alte Verhältnis war auch aus der jahrelangen Erfahrung entstanden, mit einem auf allen Ebenen agierenden Counter-Apparat konfrontiert zu sein, der es geschafft hat, die Hetze und psychologische Kriegsführung gegen uns und andere revolutionäre Zusammenhänge bis in sogenannte linke Medien wie z. B. die »taz« hineinzupflanzen.

Bei uns hat sich daraus über lange Zeit ein völlig verengter Blick auf Kritik festgefressen. Ein Blick, von dem aus wir gar nicht darauf gesehen haben, von wem Kritik kommt und wofür, und was daran richtig sein könnte. Dadurch, daß die Gefangenen mit einem viel weiteren Blick und einem Bezug auf neue Entwicklungen im Widerstand und in der Gesellschaft insgesamt ihren Kampf bestimmt haben, haben sie auch uns darin bestärkt, auf die Suche zu gehen und etwas zu entwickeln.

Für uns war die Situation 89 so, daß viele Fragen auf dem Tisch lagen. Wir waren mit der Frontentwicklung an eine Grenze gekommen. Gleichzeitig hatten sich um uns herum neue Kampfprozesse entwickelt, und außerdem hatte sich ja auch die gesamte internationale Situation völlig verändert. Anfangs waren unsere Gedanken in Bezug auf neue Entwicklungen und Bestimmungen noch eher zaghaft. Es war damals der Anfang eines Prozesses, in dem wir uns immer mehr von alten Vorstellungen getrennt – oder wir können auch sagen: befreit – haben. Das bezieht sich z. B. auf die Vorstellung, die sich in den Jahren vorher immer stärker durch unsere Diskussionen gezogen hatte, nämlich daß sich die Stärke einer revolutionären Bewegung in erster Linie an der Eskalationsfähigkeit ihrer Angriffe gegen das imperialistische System zeigt.

89/90 war für uns die Zeit, in der wir anfingen, die letzten Jahre unserer Geschichte zu hinterfragen und alte Rangehensweisen und Begriffe aus den Diskussionen des Frontprozesses daraufhin zu überprüfen, ob wir sie noch richtig finden. Während wir vorher davon ausgegangen waren, daß Guerillapolitik die gesamten Widersprüche zusammenfassen und zum Angriff bringen muß, setzten wir uns damals damit auseinander, wie wir direkter mit der Verschärfung der Lebensbedingungen umgehen, wie wir unsere Kraft dafür einsetzen können, daß Veränderungen in den Kämpfen schon heute durchgesetzt werden können, denn weder die Menschen im Trikont noch die hier können darauf bis zur Weltrevolution warten.

Im Mai-Papier 82 hatten die GenossInnen gesagt: »... unsere Strategie ist einfach die Strategie gegen ihre Strategie...« Unsere Umsetzung davon waren Aktionen, die gegen die imperialistischen Pläne und ihre Vernichtungsqualität gegen die Menschen bestimmt waren und orientiert haben.

89/90 haben wir nach und nach eine andere Vorstellung davon, was die Strategie der Guerilla sein muß, entwickelt. In der Erklärung zur Aktion gegen Herrhausen im November 89 hatten wir gesagt: »Wir alle, die gesamte revolutionäre Bewegung in Westeuropa, stehen vor einem neuen Abschnitt. Die völlig veränderte internationale Situation und die ganzen neuen Entwicklungen hier erfor-

dern, daß der gesamte revolutionäre Prozeß neu bestimmt und auf neuer Grundlage weiterentwickelt werden muß ... Neuer Abschnitt, das heißt für hier vor allem auch die Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung.«

Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung hieß für uns, neue Verbindungen zu den verschiedensten Menschen zu suchen, die an den tausend unterschiedlichen Bereichen und Forderungen für Veränderungen kämpfen. Es ging uns dabei um einen Prozeß, in dem sich die Guerilla eine Funktion für die gesellschaftliche Veränderung von unten aneignet. Wir haben es mal auf den Begriff ›Guerilla als Waffe der sozialen Bewegung‹ gebracht.

Dieser Gedanke ist nach wie vor richtig, denn ohne gesellschaftlichen Sinn hat der bewaffnete Kampf keine Entwicklungsmöglichkeit mehr. Das war für uns keine taktische Frage, sondern die Gewißheit, daß revolutionäre Politik überhaupt nur auf einer neu geschaffenen Grundlage weiterentwickelt werden kann.

Spätestens ab 88 wurde die bis dahin entwickelte Politik von einem immer kleiner werdenden Kreis von entschlossenen GenossInnen getragen und hat keinen weiteren Politisierungs- und Organisierungsprozeß mehr in Gang gesetzt. Wir konnten den Herrschenden zwar immer wieder Schläge versetzen, aber so kamen wir unseren Zielen nicht näher. Es ging uns darum, aus dieser Stagnation herauszubrechen. 89 war klar: Wir müssen das Neue suchen. Damals war es deutlich, welche Kraft Kämpfe dann entwickeln können, wenn es um konkrete und greifbare Ziele geht, in denen sich viele Menschen wiedererkennen können. Das waren in verschiedenen Städten die Kämpfe um selbstbestimmte Räume (nicht nur als Gebäude gemeint), und es war der Kampf der Gefangenen für ihr Leben gegen die Vernichtung.

Wir haben schon damals gesagt, daß es nicht die Schwäche der Mobilisierung im Hungerstreik 89 war, daß die Zusammenlegung nicht durchgesetzt werden konnte. Die rasanten Umbrüche 89, mit dem Zusammenbruch der DDR und dem bevorstehenden Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems, hatten die Macht des BRD-Staates auf eine neue Stufe gebracht. Vor diesem Hintergrund haben sich die Herrschenden entschieden, auf die harte Haltung zu setzen. Gerade der deutsche Staat und das deutsche Kapital witterten uneingeschränkte Macht. Gegen diesen Machtrausch konnte sich die stärkste Mobilisierung, die es in gemeinsamen Kampf mit unseren gefangenen GenossInnen gegeben hatte, nicht durchsetzen.

Hätten die Gefangenen den Streik 89 nicht abgebrochen, als der Staat auf die harte Haltung und tote Gefangene gesetzt hatte, dann wäre es hier draußen zu einer weiteren Eskalation gekommen. Das war damals die Stimmung bei vielen GenossInnen, und auch wir hätten das beantwortet. Aber die Gefangenen haben es damals anders bestimmt: weg von der Eskalation, weil sie sinnlos gewesen wäre. Sie haben trotzdem an ihrem Ziel festgehalten, aber auch darauf beharrt, daß es um ihr Leben geht und das im Zentrum steht. Mit dem Abbruch des Streiks haben sie großes Vertrauen den Menschen gegenüber vermittelt, die Teil in der Mobilisierung gewesen sind und darein, daß viele dieses Ziel, daß die Gefangenen Teil in den Diskussionen draußen werden können, aber auch für das Leben der Gefangenen und gegen die Vernichtung zu kämpfen, nicht mehr loslassen werden. Als

die eigentliche Schwäche sehen wir es an, daß viele in der Resignation vor der Macht den Kampf um die Forderung losgelassen haben.

»Wir können uns den Prozeß der Umwälzung der gesamten Verhältnisse nur vorstellen als einen Prozeß, in dem wir in der Durchsetzung konkreter Forderungen und Ziele Gegenmacht aufbauen. Eine Gegenmacht, die zusammen mit den Kämpfen der Völker im Trikont die notwendigen Veränderungen gegen das imperialistische System durchsetzen kann und in einem langandauernden Kampf die Befreiung der Menschen erkämpft.« (Aus der Rohwedder-Erklärung)

Worum es uns ging, war, nicht eine Angriffslinie festzulegen, die sich aus ihrer strategischen Bedeutung für die Herrschenden ergibt, und auf dieser Linie dann zu intervenieren. Unsere Orientierung war es, diesen Prozeß vom Aufbau einer Gegenmacht von unten mit anderen zusammen zu entwickeln.

Wir sind natürlich nach 89 und nach dem Hungerstreik davon ausgegangen, daß die geballte Macht des BRD-Staates damit fortfahren wird, mit allen Mitteln jede eigenständige Entwicklung von unten austreten zu wollen. Deshalb haben wir es als die Aufgabe der Guerilla gesehen, unser Gewicht dort in die Waagschale zu werfen, wo es um die Durchsetzung von menschlich sinnvollen Entwicklungen geht, die den Herrschenden immer abgerungen werden müssen. Eine Wirkung, auf die wir mit unseren Angriffen ab 89 aus waren, war, dieses uneingeschränkte Machtbewußtsein der Herrschenden und das Ohnmachtsbewußtsein vieler auf unserer Seite zu durchbrechen und so politischen Raum für die Kämpfe aufzumachen.

Ein in unseren Diskussionen weiterentwickelter Gedanke in diese Richtung war unsere Drohung nach der Räumung der Mainzer Straße in Berlin. Nach dieser Räumung haben wir überlegt, daß es richtig wäre, auf so eine Räumung direkt zu antworten. Das hätte zwar den Leuten dort nichts mehr genutzt, aber eine Aktion von uns als Antwort hätte Konsequenzen für andere Kämpfe gehabt. Daß wir genau mit einer solchen Antwort bei der Rohwedder-Erklärung gedroht haben, hatte die Funktion, daß der Staat uns bei seiner Kosten/Nutzen-Abwägung für z.B. die Räumung der Hafenstraße (denn die stand damals auch mal wieder auf der Tagesordnung) mit auf die Rechnung setzen sollte. ›Uns auf die Rechnung setzen‹ hieß, daß der Staat wissen sollte, daß er mit der Räumung den Prozeß vom Zusammenwirken und Zusammenkommen von Kämpfen für selbstbestimmte Lebensräume und der Guerilla direkt in Gang setzen würde. Darin steckt für sie wie für uns große politische Brisanz, und es war klar, daß das bei ihrer Entscheidung Gewicht hat. Ob und welche Dynamik das auslösen würde, ob wir zusammen daran was weiterentwickeln oder nicht, das kann weder der Staat noch wir vorhersagen, aber die Gefahr oder die Möglichkeit (je nach Sichtweise) besteht. Wir hatten uns natürlich mit dieser Drohung erhofft, daß daran die Diskussion mit vielen Leuten losgehen würde – aber da hatten wir uns wieder mal getäuscht.

Wir haben uns den Prozeß vom Aufbau einer Gegenmacht von unten nicht als kurzfristigen vorgestellt und wollten eine Diskussion anfangen, die viel mehr Menschen umfassen sollte als die, mit denen wir bisher zu tun hatten. Es sollte eine neue Diskussionsstruktur entstehen, die in verschiedensten politischen Zusammenhängen ihre Basis hat. Wir wollten alle Verbindungen, die wir aus der alten Phase noch zu GenossInnen hatten, auf eine neue Grundlage stellen, und uns ging es darum, dieses alles abtötende Verhältnis von Hierarchie und alten Starrheiten abzuschaffen.

Die neuen Verbindungen sollten so sein, daß die, mit denen wir zu tun haben, ihre eigenen Initiativen entwickeln und das der Ausgangspunkt für gemeinsame Diskussion und Praxis wird. Für uns selbst war vieles Neuland, was wir uns da vorgenommen hatten und herausfinden wollten. Es war die ganzen Jahre hindurch ein ständiger Diskussionsprozeß unter uns, in dem wir immer wieder auf Neues gekommen sind, das zum Teil wieder umgeworfen werden mußte, um es weiterzuentwickeln. Das alles bezog sich auf die Einschätzung unserer Praxis in der Zeit vorher, auf die Situation hier und international, und darauf, welche Funktion die Guerilla im Umwälzungsprozeß haben kann.

Wir wollen jetzt deutlich machen, warum wir sagen, daß wir heute an eine Grenze gestoßen sind. Dazu sagen wir noch mal was zu unseren letzten Aktionen, wobei uns bewußt ist, daß es nicht das Problem war, daß wir mit ihnen emotional von vielen Menschen entfernt gewesen wären. Typen wie Herrhausen und Rohwedder sind von vielen Menschen als Verantwortliche für das Elend hier und Millionen Tote weltweit identifiziert. Viele haben sich über diese Aktionen gefreut.

Wir sind 89 davon ausgegangen, daß sich Großdeutschland zur Weltmacht aufschwingen wird. Und natürlich davon, daß die Umbrüche im internationalen Kräfteverhältnis die Ausgangsbedingungen für die revolutionären Bewegungen weltweit verändern und verschärfen. Vor diesem Hintergrund war es für uns um so dringender, hier zu einer neuen Einheit der Kämpfe zu kommen, um zusammen neue Orientierungen herauszufinden.

Aber das war nur die eine Seite. Gleichzeitig sind wir von neuen Entwicklungen im Widerstand ausgegangen, die wir positiv fanden. Auch wenn wir mit dem Frontprozeß an eine Grenze gestoßen waren, hatte es neue Erfahrungen und große Mobilisierungen gegeben. Um nur mal einige zu nennen: 86 Wackersdorf, 87 die Durchsetzung der Hafenstraße und 88 die von vielen Menschen getragene Mobilisierung gegen die Politik des IWF und 89 zum Hungerstreik. Aus unseren Erfahrungen und aus diesen Kämpfen gab es reichlich Stoff, Neues zu entwickeln.

Wir sind davon ausgegangen, daß es möglich wäre, daß wir – also alle, die auf eine revolutionäre Entwicklung aus sind – uns die wichtigen Anstöße, die aus diesen Kämpfen gekommen sind, aneignen und so die gemachten Erfahrungen weiterentwickeln können. In der Diskussion um die IWF-Tagung 88 in Berlin ging es schon darum, über die Parole ›IWF zerschlagen!‹ hinauszukommen. Hin zu einem Kampf um konkrete Forderungen wie Schuldenstreichung oder die gerechte Verteilung der Ressourcen, die gegen das Machtgefüge des internationalen Kapitals durchgesetzt werden müssen, um den ausgepreßten Völkern Luft für die eigene Entwicklung zu schaffen. Das sind nur Beispiele und eine Richtung, woran eine Diskussion hätte weitergehen können, um Ziele bestimmen zu können.

An den Erfahrungen aus dem Kampf um die Hafenstraße und aus dem Hungerstreik fanden wir zentral, daß es im ›Zusammen Kämpfen‹ um ein ganz anderes Rangehen gehen muß und kann, als es vorher lange gelaufen ist. Nämlich wegzukommen davon, in erster Linie darauf zu gucken, wer benutzt die gleichen Begriffe. Wer redet auch von Revolution und Umwälzung. Wer ist für und wer ist gegen revolutionäre Politik. Und dahin zu kommen, zu sehen, wo wir uns in konkreten Zielen mit Menschen verständigen können und dabei von der Vielfalt der Erfahrungen und der Unterschiedlichkeit der Menschen auszugehen.

Diese Kämpfe haben uns gezeigt, daß Begriffe wie ›revolutionär‹, ›reformistisch‹, ›Teilbereichsbewegungen‹ usw. überprüft werden müssen, die alle für eine bestimmte Einordnung von Initiativen und Gedanken standen, das Verhältnis untereinander bestimmten und Trennungen produzierten. Unterschiedlichkeit und Vielfalt können zu einer Stärke einer Bewegung werden, wenn niemand versucht, sie zu unterdrücken oder glattzuschleifen. In einem Prozeß, in dem alle von unterschiedlichen Erfahrungen ausgehen, sich aber alle für ein Ziel zusammenfinden, kann ein Reichtum an verschiedenen Initiativen und ein lebendiger Austausch entstehen – voneinander lernen. Wir denken, daß es ein wichtiges Kriterium für einen neuen Aufbruch hier sein wird, sich diese Erfahrungen anzueignen und in neuen Kämpfen umzusetzen.

Trotz der weltweit verschärften Ausgangsbedingungen, und obwohl wir vor einem Berg dessen standen, was wir aus der Vergangenheit an uns selbst verändern bzw. für uns neu herausfinden wollten, sind wir reichlich zuversichtlich in die kommende Phase reingegangen. Wir haben sie als eine Übergangsphase gesehen, aus der sich eine revolutionäre Bewegung bzw., wie wir später gesagt haben, eine Gegenmacht von unten entwickeln würde.

Für uns haben wir als entscheidend angesehen, in der Zukunft vollkommen klar rüberzubringen, daß wir auf einen gemeinsamen Kampf und eine Diskussion aus sind, in denen alle unterschiedlichen und verschiedensten Initiativen ihre Wichtigkeit haben. Wir wollten, daß wir als Guerilla darin von Anfang an als ein Teil begriffen werden, unsere Praxis als eine Möglichkeit, die zur Entwicklung einer Gegenmacht beiträgt und darin ihren Sinn hat. Wir wollten von Anfang an nicht mehr diese Diskussion, was nun wichtiger sei, bewaffneter Kampf oder politische Organisierung, und wir wollten, daß sich eine gemeinsame Organisierung aus dem Bewußtsein darüber entwickelt, daß wir uns gegenseitig brauchen; eine Organisierung von gemeinsamer Diskussion und Kämpfen – von uns in der Illegalität organisierten bis hin zu Kämpfen in den Stadtteilen – und eine Entwicklung dahin, mehr und mehr zu einer gemeinsamen Bestimmung von Schritten zu kommen.

Wir haben die Resignation und die Ohnmachtsgefühle, die 89 große Teile derer erfaßt hatten, die an den Kampfprozessen vorher beteiligt waren, und die zu einem rasanten Zerfallsprozeß von Widerstandsstrukturen bzw. zu einer großen Ratlosigkeit bei vielen geführt haben, vollkommen unterschätzt. Natürlich hatten wir gesehen, daß viele von der geballten Macht, die ja absolut real war, aber auch von dem Getrommel über den ›Endsieg des kapitalistischen Systems‹ niedergedrückt waren. Deshalb war für uns die ganze Zeit hindurch ein Aspekt und eine Hoffnung, wir könnten mit unseren Angriffen die sich ausbreitende Ohnmacht durchbrechen. Wir wollten damit auch sagen: Es geht, ihre Macht ist angreifbar; und daß es an uns liegt, sie zurückzukämpfen und dahin zu kommen, unsere eigenen Vorstellungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Schon beim Angriff auf Neusel sind wir darauf gestoßen, daß unsere Initiativen allein diese Ohnmacht nicht durchbrechen können: Wir hatten es damals als eine sehr unmittelbare Sache begriffen, die harte Haltung und das weitere Zurückdrehen der Entwicklung zurückzuschlagen, die von den Staatsapparaten auf westeuropäischer Ebene durchgesetzt werden sollte. Es war für uns eine bewußte Entscheidung und ein neuer Schritt, in einen Kampf einzugreifen, in dem es um die Durchsetzung einer konkreten Forderung ging (wir haben mit dem Angriff auf Neusel die Gefangenen aus Grapo/PCE/R in Spanien in ihrem Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung unterstützt).

Wir sagen: ein neuer Schritt – denn in den Jahren nach 77 ging es in unseren Aktionen nie um die Durchsetzung von konkreten Forderungen, sondern sie sollten sowohl eine politische Grenze gegen die imperialistische Politik setzen, als auch auf Organisierung entlang der jeweiligen strategischen Linien orientieren. Wir hatten bei diesem Angriff natürlich nicht die Illusion, daß er alle Fragen, die auf dem Tisch lagen, beantworten könnte. Allerdings hatten wir die Einschätzung, daß wir in der zugespitzten Situation, nach dem Mord an Jose Sevilliano, noch mal Raum für neue Initiativen aufmachen könnten, nachdem alles, was hier im Land dazu gelaufen war, völlig unterdrückt worden ist.

Mit dem Angriff auf Neusel als einem Verantwortlichen für die Widerstandsbekämpfung haben wir auf den Apparat gezielt, von dem die Richtlinien zur Zerschlagung von Widerstandsentwicklungen und revolutionären Bewegungen in Westeuropa ausgehen. Ihr Ziel war, im Zuge des Zusammenbruchs des sozialistischen Staatensystems nun auch in Westeuropa mit jeglichem Widerstand Schluß zu machen. Wir hatten deshalb in der Erklärung gesagt, der Kampf der spanischen Gefangenen für ihre Wiederzusammenlegung ist ein Brennpunkt in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung. Tatsache war dann, daß daran nicht viel aufgegriffen wurde, und das vorherrschende Gefühl von vielen war: Wenn wir hier im Hungerstreik 89 nicht durchgekommen sind, wie sollen wir von hier aus mit den spanischen GenossInnen zum Durchbruch kommen.

Andere wiederum wollten uns erklären, warum der Kampf um die Wiederzusammenlegung nicht ihr Hauptpunkt gewesen ist. Nur hatten wir gar nicht die Vorstellung, daß jetzt alle ihre kontinuierlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe, wo sie jeweils dran waren, lassen sollten, um sich auf den Kampf der spanischen Gefangenen zu konzentrieren. Mit Brennpunkt hatten wir gemeint, daß es eine Bedeutung für alle hat – egal wo sie dran sind –, ob wir die Macht an diesem Punkt zurückdrängen können oder nicht. Deshalb wäre es darum gegangen, sich diesen Zusammenhang bewußt zu machen und daraus Initiativen zu entwickeln – aus der eigenen Praxis und speziellen Situation heraus.

Aus dieser Erfahrung haben wir den Schluß gezogen, daß der Prozeß, wie wir im Kampf für die Durchsetzung konkreter Ziele direkt mit anderen zusammenkommen können, eine viel genauere gemeinsame Einschätzung der Situation und überhaupt einen verbindlichen Zusammenhang mit mehr GenossInnen voraussetzt. Die, mit denen wir damals diskutiert hatten, waren alle selbst bei ihren Versuchen, eine gemeinsame Diskussion und Organisierung in ihrer Region und darüber hinaus zu führen, auf die Grenze gestoßen, daß immer mehr Leute sich einfach in die Ohnmacht reinfallen ließen und kaum etwas anfingen. Also haben wir diesen Prozeß mehr und mehr als langwierige Entwicklung gesehen. Trotzdem wollten wir auch weiterhin praktisch der großdeutschen Walze was entgegensetzen. Auch wenn wir uns dabei relativ allein gesehen haben und auf einen anderen Prozeß aus waren, hatten wir Vertrauen dahingehend, daß die verschiedensten Leute aus ihrer Depression bald wieder erwachen würden. Natürlich gab es an verschiedensten Ecken Initiativen. Aber eben vieles nebeneinander her und vieles, ohne nach einer Perspektive zu suchen; sondern aus der Lebenshaltung: daß Mann/Frau was machen muß.

Es ist dann 90 immer schärfer zu der reaktionären nationalistischen und rassistischen Mobilisierung gekommen, die mittlerweile schon zu vielen Toten und auf der Straße erschlagenen Flüchtlingen geführt hat. 90, das war das Jahr der großdeutschen Jubelfeiern (auch wenn wir absolut nichts gegen Fußball haben, hat da der Sieg der deutschen Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft wie die Faust aufs Auge gepaßt und ist dazu funktionalisiert worden, hier im Bildzeitungsstil »Deutschland einig Siegervolk« zu feiern).

Am 3. Oktober dann diese Einheitsfeier und ein neuer Feiertag. In der Erklärung zum Anschlag auf Rohwedder, Treuhandchef, haben wir gesagt: »Wir begreifen unsere Aktion gegen einen der Architekten Großdeutschlands auch als Aktion, die diese reaktionäre Entwicklung an einer Wurzel trifft. Es ist klar und gerade an der Geschichte bis zum 3. Reich deutlich, daß Verarmung, Verelendung und Massenarbeitslosigkeit nicht von allein zu einer Mobilisierung für menschliche Ziele und gegen die Herrschenden führen.«

Wir hatten die Aktion bewußt gegen einen Verantwortlichen bestimmt, der nicht nur für die Entwicklung Großdeutschlands auf der politischen Ebene stand, sondern der direkt verantwortlich war für die Zurichtung der gesamten Lebensbedingungen auf kapitalistische Kriterien, für die Zerstörung der Lebens- und Existenzstrukturen der Menschen in der Ex-DDR. Wir hatten nie so ein Verhältnis zu den Menschen dort, wie es viele linke Intellektuelle aus der BRD haben, die sagen, »die wollten doch den Kapitalismus, jetzt sind sie selbst schuld, was beschweren sie sich«. Obwohl uns das damals auch schwer getroffen hat, wie wahrscheinlich alle, die hier seit Jahren gegen dieses System kämpfen oder darunter leiden, wie viele hier plötzlich fähnchenschwingend und dieses System bejubelnd angekommen sind. Aber das ist nicht der Punkt. Die meisten wußten doch gar nicht, was hier wirklich auf sie zukommt. Daß viele dem Konsum hinterhergerannt sind, kann nun wirklich keinen Intellektuellen, der wahrscheinlich mit Computer und CD-Player usw. lebt, tatsächlich so sehr empören oder von den Leuten trennen.

Wir hatten das als eine Aufgabe der revolutionären Linken in Westdeutschland begriffen, dieser Walze, die gegen die Leute dort losgerollt ist, etwas entgegenzusetzen. Denn wir hier wußten, was das bedeutet, und sie dort hatten gerade erst angefangen, ihre Erfahrungen mit diesem System zu machen.

Die Auseinandersetzung mit der neuen Situation war für uns nicht nur, daß das sozialistische Staatensystem zusammengebrochen war, sondern die BRD war ein anderes Land geworden. Es waren 18 Mio. Menschen dazugekommen, mit einer Geschichte und Erfahrungen, die uns selbst fremd waren. Wir hatten zwar die Vorstellung, die Menschen

dort mit unserer Aktion zu erreichen, aber wir haben sie von hier aus bestimmt und nicht aus einem entwickelten Verhältnis zu den Kämpfen oder ihren Forderungen dort. Damals liefen seit einiger Zeit wieder die Montags-Demonstrationen, was wir natürlich gut fanden.

Die Aktion gegen Rohwedder war unsere vorläufig letzte Aktion. Gerade an ihr ist uns deutlich geworden, daß wir den Prozeß, der hier notwendig ist, heute mit Aktionen nicht voranbringen können, auch wenn sie Verantwortliche für das weltweite, millionenfache Elend treffen. Gerade in der Ex-DDR haben sich viele Menschen über diese Aktion gefreut. Aber es reicht uns nicht aus, und es ist nicht die Perspektive revolutionärer Politik, wenn sonst daraus kaum was folgt.

Tatsächlich haben wir die, die sich in der Ex-DDR für eine andere Entwicklung organisiert haben als die vom BRD-Staat/Kapital aufgedrückte, mit einer Ebene von Kampf konfrontiert, die nicht aus ihrer Erfahrung entwickelt war. Für sie sind wir also in ihre Entwicklung wie von außen eingedrungen.

Auf verschiedene Zusammenhänge in Westdeutschland hatte die Aktion die Wirkung, ein altes Verhältnis aufrechtzuerhalten, das wir so ausdrücklich nicht mehr wollten: Wir haben nach der Aktion mitbekommen, daß sich danach verschiedene Leute überlegt haben, etwas gegen die Treuhand zu machen; z. B. wollten Leute eine Blockade vor einer Treuhandstelle machen mit der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen. Diese GenossInnen sind dabei gar nicht auf die Idee gekommen, eine Diskussion mit Leuten anzufangen, die von der Treuhandpolitik konkret betroffen sind und dagegen eigene Forderungen entwickelt haben. Sie waren nicht darauf aus, herauszufinden, was es an Gemeinsamkeiten gibt, um eine Grundlage zu finden, von der aus etwas Gemeinsames entwickelt werden kann. Aber genau das hätten wir richtig gefunden. Wir hatten die Entwicklung einer politischen Diskussion, einer Verständigung auch mit Leuten aus der Ex-DDR als ein Ziel, wozu die Aktion beitragen sollte.

An diesem Widerspruch ist uns deutlich geworden, daß sehr viel fehlt, auch in dem Verstehen zwischen uns und Leuten, die sich scheinbar auf uns beziehen, weil sie unsere Aktion mit einem alten Verständnis – in erster Linie das gemeinsame Angriffsziel – aufgreifen wollten. Sie hatten ganz andere Kriterien als die, die wir in den letzten Jahren entwickelt hatten. Das ist nur ein Beispiel, an dem uns später klargeworden ist, daß wir einen Schnitt brauchen, eben eine tiefgreifende Diskussion und Verständigung.

Zur Aktion gegen die US-Botschaft während des Golfkriegs: Einige haben kritisiert, diese Aktion sei von uns symbolisch bestimmt gewesen. Das stimmt so nicht. Es war eine Aktion, zu der wir uns sehr schnell entschieden haben. Wir wollten die Verbindung herstellen zu all denen, die auf der ganzen Welt gegen diesen Vernichtungskrieg gekämpft haben. Es war uns wichtig, auf die politische Verantwortung für diesen Völkermord zu zielen. Natürlich war uns klar, daß wir mit dieser Aktion auf keiner materiellen Ebene in diesen Krieg eingreifen. Mit dem Golfkrieg hat der Imperialismus nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems in Osteuropa auf blutigste Weise gezeigt, was die »One World« des Kapitals für die Völker heißt: die Entschlossenheit, jede Regierung und jedes Volk, das sich nicht den Regeln ihrer ›neuen Weltordnung‹ unterwirft, militärisch niederzumachen.

Wir mußten uns aus unserer speziellen Situation entscheiden: Entweder nichts zu machen – was wir uns nicht vorstellen konnten – oder eine relativ schnell zu organisierende Aktion zu machen. Uns ging es darum, mit dieser Aktion das politische Kräfteverhältnis gegen den imperialistischen Krieg zu stärken. Natürlich war eine Aktion, wie auch die gesamte Mobilisierung, weit davon entfernt, diesen Völkermord zu stoppen. Aber jede/r kann sich klarmachen, daß Rühe und Kinkel heute schon wesentlich weiter damit wären, die Bundeswehr zu Kriegseinsätzen in die ganze Welt zu schicken, wenn es diese Mobilisierung nicht gegeben hätte.

Auch wenn der deutsche Staat große Schritte dahin gemacht hat und die Entwicklung rast – es ist das Problem dieser Linken, vieler Intellektueller und vieler, die sich revolutionär nennen, daß kaum etwas aus so einer Mobilisierung bleibt, wenig fortgesetzt wird, nichts daran angeknüpft und neue Stärke daraus entwickelt wird. Statt dessen sind sich Linksintellektuelle nicht zu blöde, große Diskussionen darüber zu führen, ob es nicht verwerflich sei, wenn eine Bewegung gegen den Krieg auch dadurch entsteht, daß die Leute hier tatsächlich Angst davor haben, daß von hier aus Kriege geführt werden und sie selbst direkt davon betroffen werden. Wir finden daran jedenfalls nichts verwerflich, und aus so einer Angst vor Krieg wird eher eigenes Handeln und eine tiefe Solidarität mit Völkern, gegen die Krieg geführt wird, entstehen als aus einem intellektuellen Blick, der vorher schon immer alles weiß, über jedes menschliche Gefühl erhaben ist und aus dem nichts folgt.

Für uns hat die breite Mobilisierung gegen den Golfkrieg etwas ganz anderes vermittelt. Wir waren selbst erstaunt und überrascht darüber, daß es nach zwei Jahren deutscher Jubelfeiern und Mobilisierung für Großdeutschland eine so breite Bewegung gegen diesen imperialistischen Krieg gab. Sie war auch das Signal an die Herrschenden, daß Hunderttausende hier nicht bereit sein werden, eine zukünftige militärische Interventionspolitik Großdeutschlands zu tragen. Wir finden wichtig, auch diesen Teil der Entwicklung nicht aus den Augen zu verlieren – es gibt auf der einen Seite die reaktionäre Entwicklung, das Stärkerwerden der Faschisten, aber es gibt auch diese andere Seite in der Gesellschaft.

Uns ist an den Reaktionen auf die Botschaftsaktion verschiedenes deutlich geworden. Es gab natürlich Reaktionen von Leuten, an denen wir gesehen haben, daß sie uns verstanden haben; das waren oft Leute, die selbst in dieser Zeit so viel wie möglich gegen diesen Krieg gemacht haben. Aber es gab auch solche: Wir hätten gegen die Rolle der BRD in diesem Krieg zielen müssen. Gegen die USA sei eine falsche Orientierung – also war es eine Counter-Aktion. Die Aktion sei nicht effektiv gewesen, und deshalb kann sie nicht von uns kommen – sondern sie kam vom Staatsschutz. Es sei unmöglich, daß die RAF sich auf Leute, die Blockaden gegen den Krieg gemacht haben, oder Kriegsdienstverweigerer bezieht, anstatt ausschließlich auf Revolutionäre und Antiimperialisten. Die Aktion sei eine Gefährdung der BlockiererInnen vor der US-Botschaft gewesen (obwohl wir in unserer Erklärung ausdrücklich darauf hingewiesen hatten, daß es Bestandteil der Aktion war, ihre Gefährdung auszuschließen).

Bei allem ist uns am meisten aufgefallen, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Leute hinsetzen und Aktionen von uns begutachten, ohne wahrscheinlich je selbst einen Gedanken daran zu ›verschwenden‹, das, was sie von uns fordern, selbst zu machen. Z.B. die, die aufgetrumpft sind, wir hätten die Rolle der BRD angreifen können – von ihren Initiativen in diese Richtung ist uns jedenfalls nichts zu Ohren gekommen.

Aber was wir sagen wollen betrifft nicht nur diejenigen, die selbst sowieso nichts machen und sich an Initiativen von anderen selbstdarstellen und klugreden. Auch viele, die uns nah sind, waren enttäuscht über diese Aktion, weil sie sich gewünscht hatten, daß wir etwas Effektiveres machen würden. Es hat kaum einen Punkt gegeben, an dem uns deutlicher geworden ist, daß uns viele wie eine Institution begreifen. Wir denken, daß genau trifft, was Lutz Taufer im Brief in der »Konkret« vom August gemeint hat: Die RAF ist zur Projektionsfläche geworden. Mit der Aktion gegen die Botschaft hatten wir die Sehnsucht vieler, daß endlich jemand was Effektives macht, enttäuscht.

Als wir Ende 89 in die neue Phase gegangen sind, war der Ausgangspunkt, daß alle, die die Entscheidung treffen würden, bei uns zu kämpfen, auch bereit sein müßten, sich auf eine Situation, in der viele Fragen offen sind, einzulassen. Kontinuität der RAF konnte nicht mehr heißen, an den Orientierungen der vergangenen Jahre entlang die Politik zu entwickeln, sondern, entsprechend der veränderten weltweiten Situation, den Veränderungen in der Gesellschaft und den Grenzen unserer Politik der vergangenen Jahre, etwas Neues zu entwickeln. Auch wenn wir heute an eine Grenze gestoßen sind, haben wir in den drei Jahren, in denen wir einen parallelen Prozeß von Neubestimmung und Intervention versucht haben, für uns und die, mit denen wir zusammen waren, wichtige Erfahrungen gemacht, die für uns jetzt Grundlage sind.

Uns quält auch nicht der Gedanke, wie uns ein Genosse, der uns in der »Interim« geschrieben hat, verstanden hat: Unsere Aktionen hätten nichts bewirkt. Natürlich haben sie z. B. der staatlichen Walze Grenzen gesetzt, und sie haben mit zu der Situation beigetragen, in der es möglich ist, den Staat in der Auseinandersetzung um die Freiheit der politischen Gefangenen zu zwingen, sich zu bewegen. Aber die Aktionen haben nicht alles bewirkt, worauf wir aus sind und was wir für die gesamte Situation notwendig finden. Sie standen weiterhin neben den Prozessen, die in der Gesellschaft gelaufen sind. Aktionen von uns blockieren in der jetzigen Situation durch das Konfrontationsniveau, das sie in die gesamte Auseinandersetzung hineinbringen, eine grundlegende gemeinsame Suche nach Neubestimmung mit vielen, anstatt voranzubringen.

Wesentlich ist auch, daß wir dieses Verhältnis, das wir an der Botschafts-Aktion beschrieben haben, aber auch an x anderen Auseinandersetzungen beschreiben könnten, nicht durchbrechen konnten. Ein Verhältnis, in dem viele GenossInnen es an uns delegiert haben, auf einer bestimmten Konfrontationsstufe zu kämpfen, wie auch, daß wir dafür zuständig sind, die Klarheiten oder, wie wir letztens wieder gehört haben, ›die konkret greifbaren Bestimmungen für die Zukunft‹ zu entwickeln. Sie sind viel zu wenig von ihrer eigenen Verantwortung ausgegangen und davon, daß dies nur ein gemeinsamer Prozeß sein kann. Es ist genau das Verhältnis, worüber einige Gefangene in der letzten Zeit geschrieben haben: die falsche Arbeitsteilung, die sich über die letzten Jahre entwickelt hat, das fal-

sche Verständnis, das viele über uns haben und das wir auch selbst lange aufrechterhalten hatten, die Gewöhnung vieler daran, daß es die Guerilla eben immer gibt, sie selbst die Aktionen gut oder weniger gut finden.

Wir wissen, daß es in verschiedenen Bereichen Leute gibt, die aus ihrer eigenen Verantwortung etwas aufgebaut haben. Aber es gibt nur wenige, die sich mit uns zusammen den Fragen stellten, wie wir hier zum Aufbau einer Gegenmacht von unten kommen, und die mit uns zusammen diesen Prozeß anpacken wollten.

Für uns war es nicht einfach, zu dem Entschluß zu kommen, jetzt den Einschnitt zu machen, denn wir mußten auch etwas loslassen. Während wir in den letzten Jahren immer davon ausgegangen waren, daß wir mit jeder Aktion eine Antwort auf die Situation haben, uns also im großen und ganzen in erster Linie auf uns selbst verlassen haben, haben wir mit diesem Schritt jetzt ganz entschieden eine andere Richtung eingeschlagen. Einige gefangene GenossInnen haben das so gesagt: Die RAF hat auch Verantwortung an die Linke abgegeben. Für uns bedeutet das ein Vertrauen und Einlassen auf alle die, die wie wir jetzt darangehen, aus ihren Erfahrungen die Stärken und Schwächen herauszufinden, um sie für die Zukunft nutzbar zu machen. Und auf all diejenigen, die aus den neuen Bedingungen in den letzten Jahren aufgestanden sind, und die, die schon was Neues angefangen haben. Ein Vertrauen darauf, daß unser Schritt jetzt so aufgegriffen wird, daß in dem jetzt notwendigen Prozeß neue Grundlagen für den weiteren Kampf entwickelt werden. Wir brauchen hier eine Bewegung, die in der Lage ist, von einer gemeinsamen Grundlage aus und der Verständigung über die kurzfristigen und die langfristigen Ziele auch gemeinsam die Entscheidung zu treffen, wie gekämpft werden muß.

Der Schritt vom 10. 4. ist unser entschiedenster Schritt, den wir in den letzten drei Jahren hin zu dem Prozeß gemacht haben, den wir in dieser Zeit entwickeln wollten. Am 10. 4. haben wir gesagt: Wir machen jetzt den Raum auf für diesen Prozeß. Das hat eine Bedeutung in zwei Richtungen. Dadurch daß wir die Eskalation von unserer Seite aus der Konfrontation mit dem Staat zurückgenommen haben, ist die Bestimmung der Konfrontationsebene nicht mehr allein unsere Sache. Sie ist Sache all derer, die auf der Suche danach sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann. Wir machen den Raum auch auf für frische Luft in den Gedanken für uns und für alle anderen auch, jetzt neue Orientierungen zu entwickeln, nichts Altes unreflektiert weiterzuziehen und sich auf alle Fragen und Diskussionen offen einzulassen.

»...Wir müssen das Soziale unter den Menschen neu herauskämpfen. Das ist keine Frage an die Macht. Von dort wird es keine gesellschaftliche Umkehr geben. An ihrem Verhältnis zu unseren Selbstorganisierungsversuchen wird sich nur zeigen, ob das Bestand haben kann, was die RAF derzeit versucht: Das Konfrontationsverhältnis auf eine Ebene außerhalb des Krieges zu stellen und neu Teil des sozialen Findungsprozesses zu werden. Wenn auf der anderen Seite alles beim Alten bleibt, wird dieser Linken auch nur bleiben, sich entweder mit der Ohnmacht abzufinden oder das Ausrottungsverhältnis gegen sich anzugreifen...« (Karl-Heinz Dellwo)

Als wir am 10. 4. gesagt haben, daß der Kinkel-Vorstoß im Januar »offen gemacht hat, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen«, ging es uns nicht darum, eine Binsenweisheit als neue Entwicklung zu behaupten. Viele haben uns da mißverstanden und gesagt: Das war doch schon immer so, daß der Staat neben der polizeilich-militärischen Antwort auch versucht hat, Widersprüche zu integrieren und sich auf diese Art vom Hals zu schaffen – womit sie recht haben.

Natürlich haben wir weder Kinkel noch der ›Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung‹ die Wandlung zu menschlichen Motiven unterstellt. Wir sehen es genau so, wie es die Gefangenen in Celle im »Konkret«-Gespräch gesagt haben: »....Was die Gefangenen betrifft: Es gibt Fraktionierungen in den Apparaten, die wir aber nicht überschätzen, denn es geht denen ... ums gleiche Ziel. Aber Kinkels Äußerungen sind – wie auch immer – ein politischer Ausdruck dieser Widersprüche, die lange herangereift sind. Das ist deshalb besonders bemerkenswert, weil es ein Apparat ist, der ein sehr starkes Beharrungsvermögen hat: Der Staatsschutzkomplex mit seinen faschistischen Wurzeln, seiner relativen Selbständigkeit, der zusammen mit den Medien eine Selbstlegitimationsmaschine bildet. Obwohl schon lange an den Fakten evident ist, daß sie die RAF wie auch die Gefangenen nicht kaputtkriegen, haben sie das über Jahre fortgesetzt ...« (den Versuch der militärischen Zerschlagung draußen und mit der weißen Folter drinnen).

Soweit das in unserem Text mißverständlich war, müssen wir das klarstellen. Allerdings denken wir, daß noch viel mehr Leuten als uns bewußt geworden sein muß, daß in der ganzen Situation eine politische Brisanz steckt, die wir für unsere Seite zur Wirkung bringen können. Es reicht nicht aus, sich gegenseitig darüber zu verständigen, daß sich die Ziele des Staatsschutzes natürlich nie mit unseren decken. Es ist enorm wichtig, zu sehen, daß der Staat an einem Punkt der Auseinandersetzung begriffen hat, daß er sich bewegen muß, an dem er jahrzehntelang ausschließlich auf Vernichtung gesetzt hat. In der Konfrontation zwischen Gefangenen aus der Guerilla/Widerstandskämpfen und dem Staat hat er nie auf Integration gesetzt, weil sowohl in dieser wie auch in der Konfrontation Guerilla – Staat der Antagonismus der Ausgangspunkt ist.

Heute können wirklich alle, deren Sache der Kampf gegen die Folter, für die Zusammenlegung und überhaupt für das Leben der politischen Gefangenen in den letzten Jahren gewesen ist, mit dem Selbstbewußtsein an die Situation rangehen, daß die Kinkel-Initiative eine Wirkung dieses jahrelangen Kampfes ist. Das war uns am wichtigsten dabei und von Anfang an die Frage, was wir von unserer Seite aus jetzt aus dieser Situation machen.

Während es das staatliche Ziel ist, die Politik der RAF auszulöschen, ist in der momentanen Phase eins unserer wesentlichen Ziele, das Zurückweichen des Staates aus seinem Ausmerzverhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes unterwerfen, die eigene Interessen gegen die Profitinteressen des Kapitals formulieren und umsetzen, durchzusetzen. Es hängt allein davon ab, ob die Möglichkeit, die für unsere Seite in der heutigen Situation liegt, von vielen aufgegriffen wird oder nicht. Natürlich gibt es keinen Automatismus, daß aus einem punktuellen Zurückweichen dieses Staates – aus seinem Vernichtungsinteresse gegen politische Gefangene – ein generelles Zurückweichen aus dem Ausmerzverhältnis gegen Fundamentalopposition wird.

Wie sich in den letzten Wochen immer deutlicher abzeichnet, ist der Staat darauf aus, diesen Prozeß zu verschleppen und ihn zu entpolitisieren, und es ist die Frage an alle, die die Freiheit der Gefangenen wollen und die hier in der BRD überhaupt eine von unten bestimmte Entwicklung erkämpfen wollen, das nicht zuzulassen.

Im Kampf für die Freiheit der Gefangenen muß im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stehen, daß der Staat mit dem Ausnahmezustand von 22 Jahren Folter brechen muß. Dabei muß auch die Tatsache ins Zentrum der Auseinandersetzungen, daß es Gefangene aus der Guerilla und dem Widerstand überhaupt nur aus dem Grund gibt: weil der BRD-Staat nach dem Faschismus nie mit dem Vernichtungsverhältnis gegen revolutionären Widerstand gebrochen hat. Bewaffneter Kampf war immer notwendig, um gegen dieses Ausmerzverhältnis durchzukommen – wenn nichts anderes leben soll außer der vom Kapital bestimmten und durchdrungenen Wirklichkeit, dann muß die Existenz und die Entwicklungsmöglichkeit von revolutionärem Widerstand bewaffnet durchgesetzt werden. Das ist seit 22 Jahren ein wesentlicher Grund, warum immer wieder GenossInnen den Kampf in der Guerilla angefangen und ihn weiterentwickelt haben. Oder warum sich GenossInnen in ihren Kämpfen auf die Guerilla bezogen haben.

In diesen Tatsachen steckt die politische Brisanz, die die Situation seit dem 10. 4. für diesen Staat hat und die von unserer Seite aus zur Wirkung gebracht werden kann. Wir haben am 10. 4. eindeutige Aussagen gemacht:

1. daß wir es als Priorität sehen, den Raum aufzumachen für eine politische Diskussion und Organisierung einer Gegenmacht von unten und

2. daß wir kein Interesse an einer Eskalation in der Auseinandersetzung mit dem Staat haben, weil heute Aktionen von uns, die die Konfrontation zuspitzen, den politischen Prozeß auf unserer Seite nicht weiterbringen.

Für uns ist das ein offensiver Schritt, weil wir mit der Gewißheit in diese Phase reingegangen sind, daß die gesamte Situation jetzt an einem Scheidepunkt ist, von dem aus nichts mehr so bleiben wird, wie es vorher war – auch wir, die RAF, nicht: Entweder wir erkämpfen in diesem Prozeß hier in der BRD einen Entwicklungsraum für eine Gegenmacht von unten, für eine politische Organisierung von Fundamentalopposition und für Basisbewegungen oder wenn die staatliche Seite nicht zurückweicht, dann wäre die notwendige und historisch logische Antwort, daß der bewaffnete Kampf zurückkommen wird, aber nicht nur als Entscheidung, daß allein wir, die RAF, weiter Aktionen machen, sondern als Entscheidung von vielen, die sich jetzt in den gesamten Prozeß reinstellen. Wenn viele mit dem Bewußtsein darüber in die Auseinandersetzung gehen und diese Frage, was die Antworten sein müssen, wenn der Staat das Vernichtungsinteresse aufrechterhält, nicht nur an uns, sondern genauso an sich selbst stellen, dann wird *das* eine scharfe politische Waffe, die wir gegen diesen Staat in der Hand haben.

Es reicht überhaupt nicht aus, jetzt zu sagen: Seht doch in Mannheim, da knüppeln Bullen die AntifaschistInnen nieder, die zum Schutz der Flüchtlinge vor Faschisten demonstriert haben; oder in München, da wollten sie jeden Ansatz von Diskussionen zum Gegenkongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel zerschlagen. Wir sehen das und vieles mehr. Auch daß sie jetzt mit der Ankündigung der neuen Prozeßwelle gegen Christian Klar, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hof-

mann und Rolf-Clemens Wagner auf Grund von Kronzeugenaussagen signalisieren, weiterhin an ihrem Vernichtungswillen festzuhalten – genauso wie sie die Isolationsbedingungen bei einzelnen Gefangenen nach dem 10. 4. sogar noch verschärft haben. Sie verschleppen den Prozeß von Freiheit der Gefangenen, indem sie Bernd Rössner immer noch nicht rausgelassen haben. Und sie üben Druck auf die Gefangenen aus, sich selbst und die Geschichte zu verleugnen. Wenn der Staat bei diesem Vorgehen bleibt, muß er wissen, daß er die Verantwortung dafür hat, daß sich das Konfrontationsverhältnis wieder verschärfen wird.

Auf der anderen Seite ist die Frage, was bisher von unserer Seite her geschehen ist. Zu der Demo in Bonn für die Freiheit der Gefangenen sind 2000 Menschen hingegangen. Es gibt Diskussionspapiere, in denen die Aussage kritisiert wird, daß sich mit der Freiheit der politischen Gefangenen die gesamten Bedingungen für Fundamentalopposition verbessern werden. Tatsächlich können sowohl die Freiheit der Gefangenen als auch verbesserte Ausgangsbedingungen nur erreicht werden, wenn sich jetzt viele aus verschiedenen Kämpfen in diese Auseinandersetzung einschalten.

Nach dem Bulleneinsatz in München war von einem (oft ziemlich fürchterlichen) Kabarettisten im Fernsehen zu hören: Dieses Verhältnis vom Staat gegen Widerstand ist der Grund dafür, daß es Gruppen wie die RAF in der BRD gibt. Er bringt damit mehr politische Schärfe in die öffentliche Auseinandersetzung als viele GenossInnen, die sich und anderen immer wieder nur vor Augen halten, warum dieser Staat gerade auf dem Weg zur Großmacht so gegen Widerstand vorgeht. Wenn es dabei stehen bleibt, dann wird es unmöglich, sich die Frage zu stellen, wie wir den Staat zum Zurückweichen zwingen. Dann bleibt der Widerstand in der Logik der Herrschenden gefangen, denn wir haben kein einziges Ziel, das nicht gegen diese Logik erkämpft werden muß. Natürlich können wir diese Haltung vieler GenossInnen nachvollziehen, weil sie uns nicht fremd ist, aber wir kritisieren sie, weil sie zu nichts führen wird und die Frage danach, was wir erreichen können, gar nicht stellt.

Eine andere Haltung, die wir nur kritisieren können, kam in dem Gespräch mit den Gefangenen in Celle von Thomas Ebermann und Hermann Gremliza rüber: die Haltung, die den Gefangenen und uns jetzt rät, von Niederlage und Sinnlosigkeit zu reden, damit die Gefangenen überhaupt eine Chance hätten, aus dem Knast zu kommen. Und die somit die Frage, die Freiheit der Gefangenen zu erkämpfen, auf einen Deal zwischen dem Staat auf der einen und den Gefangenen und der RAF auf der anderen Seite reduzieren.

Im Gegenteil: Wir denken, daß es große Bedeutung hat, daß sowohl die Forderung nach der Freiheit der Gefangenen als auch die ganze politische Dimension, die mit dieser Frage verbunden ist, nämlich ob der Staat zurückweicht oder nicht, eben nicht nur im »Scene-Ghetto« bleibt (und auf der Gegenseite in den Staatsschutzgremien), sondern in der Mobilisierung für die Freiheit sehr breit in der Gesellschaft auf den Tisch gebracht wird. Es muß der Regierung, den Wirtschaftseliten und den Staatsschützern aller Fraktionen unmißverständlich klargemacht werden, daß die Konsequenzen für diesen Staat, wenn er am Ausmerzverhältnis festhält, bei weitem das übersteigen werden, womit er konfrontiert gewesen wäre, wenn wir am 10. 4. nicht diesen Schnitt in unserer Geschichte gemacht hätten.

Wir haben gesagt, daß wir uns nicht aus der Verantwortung ziehen werden, wenn der Staat den Prozeß, den wir jetzt wollen, plattmachen will. Wir denken nicht, daß immer, wenn sie massiv gegen Leute vorgehen und versuchen, Prozesse zu verhindern, von uns die richtige Antwort wäre, auf unserer Seite mit bewaffneten Aktionen zu eskalieren.

Unsere Orientierung ist heute in erster Linie, einen gesellschaftlichen Prozeß zu entwickeln, in dem sich Gegenmacht von unten organisiert, die auch dieser repressiven Walze Grenzen setzt und sie zurückdrängt.

Wenn sich abzeichnen sollte, daß der Staat keinen Raum zuläßt, in dem sich so was organisieren kann bzw. wenn sie vorhaben, schon erkämpfte Räume plattzuwalzen, wird es notwendig sein, diesen Staat zurückzukämpfen. Unsere Entscheidung, an so einem Punkt zu intervenieren, werden wir aus der Diskussion derer, die sich in den Prozeß reinstellen, treffen. Sie wird sich daran orientieren, ob es für diesen Prozeß sinnvoll und notwendig ist. Wir werden die bewaffnete Intervention dann als ein Moment des Zurückdrängens bestimmen und nicht als weitere Strategie. Wir werden also nicht einfach zum Alten zurückkehren. Diese Eskalation ist nicht unser Interesse. Aber der Staat muß wissen, wenn er keine andere Möglichkeit zuläßt, daß es auf unserer Seite die Mittel, die Erfahrung und die Entschlossenheit gibt, sie dafür zur Verantwortung zu ziehen. Sie können unsere Erfahrungen aus 22 Jahren bewaffnetem Kampf nicht mehr auslöschen.

Was die Herrschenden heute als den Sieg des Kapitalismus bezeichnen, hat in Wirklichkeit seine globale Krise zementiert. Die Einbindung des Südens in das Weltmarktsystem hat den Völkern im Trikont bei explodierender Verschuldung und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen massenhafte Verelendung und millionenfachen Hungertod gebracht. Nachdem der Imperialismus jahrhundertelang jede eigenständige Entwicklung im Trikont verhindern und zerstören wollte, um die Menschen bis auf das Blut auszusaugen, sind heute ganze Völker für den Weltmarkt nutzlos geworden. Das sind die allein seit 91 über 50.000 Verhungerten in Somalia, und »weitere 1,5 Millionen Somalis sind praktisch zum Hungertod verurteilt« (Uno); das sind die von Todesschwadronen ermordeten Straßenkinder in Brasilien; das sind die Millionen vertriebener Menschen, die selbst aus Slums zwangsgeräumt werden; und heute breiten sich selbst Armutsseuchen wie die Cholera wieder aus. Vor diesem weltweiten Hintergrund ist es für Konzerne wie VW möglich, auf einen Streik mit der Entlassung von 15.000 Streikenden zu antworten, wie vor kurzem in Mexico.

In der Vorstellung der Imperialisten bleibt heute ganzen Völkern keine andere Möglichkeit, als sich hinzulegen und zu sterben. Diese »Perspektive« haben nun auch die Völker im Osten vor sich. Die Krise hat längst auch die Kernstaaten des Kapitalismus erfaßt. Die Zahl der Menschen in den Metropolen, die der Kapitalismus nicht mehr braucht, die Zahl der Ausgegrenzten explodiert, die Kluft zwischen Arm und Reich war noch nie so groß. Heute gibt es die »3. Welt in der ersten Welt«.

Der scheinbare Sieg des kapitalistischen Marktsystems, die globale Herrschaft des Geldes, ist unumkehrbar mit seiner umfassenden Krise zuvor nie dagewesenen Ausmaßes verknüpft. Sie können den Widerspruch, der zwischen der Konkurrenz der Ökonomien, der Logik des Kapitalsystems und der Weltarmut und der weltweiten Vernichtung der Natur aufbricht, nicht lösen. Es ist ein Antagonismus. Die Vernichtung von Lebensmitteln in der EG zur Preisstabilisierung (!) bei gleichzeitigem Verhungern von Mio. Menschen im Süden und der Verschärfung der Lebenssituation im Osten spricht für sich. Selbst wenn das Kapitalsystem wollte, könnte es die existentiellen Probleme der Weltbevölkerung nicht lösen. Lösungen sind nur außerhalb der Kapitallogik möglich.

Natürlich wird ihre Vorstellung, daß sich die Menschen im Süden und im Osten hinlegen und sterben, nicht aufgehen, denn die Hungernden und Entwürdigten halten sich nicht an die Gesetze der Weltmarktstrategen, die ihren Tod vorgesehen haben. Weltweit werden Kämpfe von Unterdrückten und Ausgegrenzten geführt, um sich die Bestimmung über ihr Leben zurückzuerobern. Die weltweiten Flüchtlingsbewegungen, die das Kapital kaum noch kontrollieren kann, bewegen sich in zunehmendem Maße auf die Metropolen zu.

Auch wenn wir heute sagen können, daß in dieser gesamten Entwicklung für den Imperialismus die Gefahr des Kollaps' selbst seiner Kernstaaten liegt, bedeutet das keinesfalls aus sich heraus einen Fortschritt für die Menschen. Die Herrschenden sind heute schon nicht mehr in der Lage, die alte Funktionsweise des imperialistischen Systems aufrechtzuerhalten, in der die befriedeten Metropolen das relativ ruhige Hinterland für die Kriegsführung und Ausplünderung im Trikont sein sollten. Das drückt sich immer schärfer in ihrem Verlust der Integrationskraft ganzer Bevölkerungsteile aus, was in den USA, aber auch in der Ex-DDR, Frankreich oder Großbritannien am stärksten sichtbar ist. Die Aufstände in den Ghettos von Los Angeles, Paris und mehreren Städten in Großbritannien sind erst die Ankündigung dessen, was morgen in ganz anderer Dimension Realität in den Metropolen sein wird. Aber auch hier hat es lange nicht mehr so viele Streiks, Demonstrationen und Werksbesetzungen gegen das ständige Zurückrollen von ehemals erkämpften sozialen Rechten und Errungenschaften der Menschen gegeben wie in den letzten zwei Jahren (Karenztage, rapide steigende Mieten vor allem in Ostdeutschland, Werksschließungen, Kürzungen im sozialen Bereich, ÖTV-Streik). Doch die Kämpfe sind nur die eine Seite. Die Explosion der Gewalt und Brutalität jeder gegen jeden und die Selbstzerstörung in der Gesellschaft die andere.

Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. In Jugoslawien ist der Aufteilungskampf um Ressourcen, der Konkurrenzkampf um eine Chance für die Anbindung an den kapitalistischen Weltmarkt zum blutigen Nationalitätenkrieg eskaliert. Das Elend der Menschen ist maßlos. Eine Lösung ist in den Kategorien dieses Systems nicht möglich. Die Politik der EG wie auch der Nato gegenüber diesem Krieg hat selbst für sie nicht mehr die Qualität einer Krisenbewältigung. Für die Herrschenden ist es die Hauptfrage, die Entwicklung im Zaum zu halten, um eine Dynamik zu verhindern, in der sie ihnen ganz aus der Hand gleitet. Das herausragende Interesse des deutschen Staates ist es, aus diesem Krieg die Rechtfertigung für militärische Einsätze der Bundeswehr zu ziehen und sowohl hier im Innern eine Legitimation dafür durchzusetzen als auch in der internationalen Arbeitsteilung in konkreten Vereinbarungen auf den Weg zu bringen. Sie machen sich das Elend der jugoslawischen Völker zunutze, um das, was sie mit dem Golf-Krieg begonnen haben, weiterzuentwickeln und festzuklopfen. Es geht ih-

nen um die Frage »des Weltgewaltmonopols der Uno« (Engholm), nachdem die Uno von den reichen kapitalistischen Staaten beherrscht ist.

In der BRD sind wir heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Hochtechnologisierung immer mehr Menschen arbeitslos macht und für die, die sie noch brauchen, die Arbeitsbedingungen immer unerträglicher macht. Während die permanente Steigerung der Produktivität den Eliten weiterhin hohe Profitraten garantiert, hat sich der Druck auf die Arbeitenden gesteigert. Sie sind nicht nur SklavInnen der Maschinen und Computer. Es steigt der Zwang zu mehr Leistung, zur Flexibilität – das heißt die Bereitschaft dazu, alle Lebenszusammenhänge dem Funktionieren im Job unterzuordnen – in der ehemaligen DDR wurden Frauen sogar dazu gezwungen, sich sterilisieren zu lassen, um überhaupt Arbeit zu bekommen.

Der Druck, nicht krank zu werden, um nicht herausgekickt zu werden. So werden viele ausgelaugt und krank gemacht. Hier werden die Bereiche des Dienstleistungssektors, die am wenigsten mit der elementaren Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu tun haben, immer weiter aufgebläht. Dies und die sinnlose Steigerung der Warenproduktion dienen einzig den Profitinteressen und zerstören die ökologischen Lebensgrundlagen und die Menschen selbst.

Obwohl die BRD eines der reichsten Länder der Welt ist, gibt es hier heute wachsende Wohnungsnot, Mieten, die einen hohen Teil der Löhne fressen, und ca. eine Million Obdachlose. Immer mehr leben von Sozialhilfe, und selbst der Staat muß heute die Existenz von Altersarmut zugeben. Auch in der Metropole können immer weniger an dem »verrückten Wettlauf der Menschen untereinander« wie Fidel Castro den Konkurrenzkampf und den Run auf Konsum nennt – teilnehmen. In immer mehr Lebensbereichen brechen die Widersprüche zwischen den Bedürfnissen der Menschen und der von der Verwertungs- und Profitlogik bestimmten Realität auf.

Besonders in der ehemaligen DDR haben sich die Lebensbedingungen drastisch verschärft. »Wir bezweifeln, daß jemals außerhalb der Kriegs- oder Nachkriegszeiten das Leben so vieler Menschen in so kurzer Zeit in solche Ungewißheit, Ratlosigkeit und Not gestürzt worden ist«, steht im Weißbuch »Unfrieden in Deutschland«; seine Verfasser in der ehemaligen DDR werteten 5000 Briefe aus. Drei davon waren positiv. Eine Umfrage dort hat ergeben, daß 60 Prozent der Bevölkerung in der Ex-DDR den Sozialismus grundsätzlich für die gerechtere Gesellschaftsordnung halten. Die große Mehrheit würde sich heute für eine andere gesellschaftliche Entwicklung entscheiden, die weder das alte DDR-System noch das Kapitalsystem ist. Eine Jugendliche in einem Fernsehinterview: »Die Menschen in der DDR waren weniger von der Ideologie der SED und Stasi besetzt als die Menschen im Westen vom Geld.«

Insgesamt ist die Zahl derer, die noch eine Lösung der existentiellen Probleme vom Staat erwarten, rapide gesunken. Aber die Verschärfung der Widersprüche führt nicht automatisch zu Solidarisierung und Organisierung, denn Vereinzelung, Einsamkeit und Konkurrenz – die Zerstörung des Sozialen in den Beziehungen der Menschen untereinander – sind die gesellschaftliche Normalität, die das System durchgesetzt hat. Der Kapitalismus hat die sozialen Werte durch das Streben nach Profit, dem Geld als höchstem Wert ersetzt. Alles soll käuflich, jedes Problem mit Geld zu lösen und jedes Bedürfnis mit irgendwelchen Waren zu befriedigen sein. Das ist die Ideologie des Kapitals, eine Grundvoraussetzung für den Bestand dieses Systems. Ihr Verhältnis gegenüber denen, die da rausbrechen wollen und sich für eine andere Wirklichkeit organisieren, ist entsprechend: niederknüppeln, einsperren, ausmerzen.

Heute, wo viele Existenzängste haben, hat die Zerstörung des Sozialen in der Gesellschaft eine neue Dimension bekommen: die Explosion der Selbstzerstörung, der Gewalt der Menschen untereinander. Aus der mangelnden Hoffnung und der Vorstellungslosigkeit, wie es zu positiven Veränderungen kommen kann, flüchten sich mehr und mehr in Alkohol und Drogen, und die Selbstmordrate steigt. Der Frust, die Angst und die Aggression werden gegen sich selbst gerichtet oder gegen andere, die in der gesellschaftlichen Hierarchie noch weiter unten sind. Das sind die Nazis gegen die Menschen anderer Hautfarbe und Nationalität, Schwule und Lesben, die steigende Gewalt gegen Frauen, Kinder und alte Menschen. Die Medienhetze gegen Flüchtlinge und das Niederknüppeln von AntifaschistInnen auf den Straßen zeigen deutlich das Interesse von Staat und Kapital, die wachsende Unzufriedenheit in eine rassistische und reaktionäre Mobilisierung zu kanalisieren. Dagegen ist die Möglichkeit, im Aufbau solidarischer Beziehungen und selbstbestimmter Organisierung von unten – also aus der alltäglichen Lebensrealität der Menschen heraus – sinnvolle und gerechte Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen, noch schwach sichtbar.

Trotzdem können wir heute davon ausgehen, daß die Kämpfe der letzten 25 Jahre, an denen sich immer wieder weit mehr Menschen beteiligt haben, als in linken Zusammenhängen organisiert waren, im gesellschaftlichen Bewußtsein eine Spur hinterlassen haben. Das ist z. B. an der Nicht-Akzeptanz menschen- und naturverachtender Technologien wie Gen-Technologie und Atomenergie, an der Sympathie und Unterstützung für Hausbesetzungen in verschiedenen Städten, an Kriegsdienstverweigerungen, an der breiten Mobilisierung gegen den IWF 88, den Demonstrationen Hunderttausender gegen den Golf-Krieg oder den 25000 auf der Demo gegen den WWG sichtbar. Diese Spur und die Tatsache, daß wir 22 Jahre gezeigt haben, der Angriff gegen dieses System ist möglich und steht ungebrochen gegen alle Versuche des Staates, alles, was für ein anderes Leben kämpft, auszulöschen, sind Grundlagen, von denen aus wir jetzt das Neue herausfinden können.

Es geht uns um einen Prozeß, in dem es gelingt, reale Gegenmacht aufzubauen. Die globale Situation, wie auch die Entwicklung des BRD-Staates und die in der Gesellschaft, drängen nach einer Kraft, die gegen die Zerstörungsprozesse sinnvolle Lösungen durchsetzt. Es geht um einen gesellschaftlichen Prozeß, der die verschiedensten Lebensbereiche erfaßt und Räume erkämpft, in denen »das Neue« wächst – radikal für das Leben und an den konkreten Fragen gemeinsam nach Lösungen suchend –, die Alternative zum System lebt. Es kann also nur ein Prozeß von Organisierung in den verschiedensten Formen sein, der den heute vereinzelten und zersplitterten Kräften, die an den verschiedensten Punkten auf der Suche danach sind, wie menschenwürdiges Leben durchgesetzt werden kann, das Zusammenwirken ermöglicht und zu einer Machtposition gegenüber den Herrschenden wächst. Denn Lösungen, die sich an Mensch und Natur statt am Profit orientieren, wird es von der Macht nicht geben. Es sind Prozesse, in denen die Herrschenden zurückgedrängt und dazu gezwungen werden, Lösungen von unten zuzulassen.

Heute ist es hier an vielen Punkten so, daß Menschen, die ihre Lebenssituation an einem Punkt nicht mehr ertragen wollen und können, sofort darauf prallen, daß es die gesamte Organisation des kapitalistischen Systems ist, aus der die eigene Situation unerträglich wird. Zum Beispiel wenn sich Leute gegen den ständig anwachsenden Verkehr zur Wehr setzen, wie in der Stresemannstraße in Hamburg, stoßen sie darauf, daß die kapitalistische Organisation mit der Ausrichtung auf Profit kaum einen Raum für sie läßt. Die Frage liegt auf der Hand, für wessen Interesse der Transportverkehr ins Unermeßliche steigt. Die Interessen des Kapitals stehen dem Bedürfnis der Leute nach einer lebenswerten Umgebung, in der Kinder nicht von LKWs überfahren werden, wenn sie vor die Haustür gehen, entgegen. Und der Wahnsinn der ständig steigenden Warenproduktion braucht den Wahnsinn des steigenden Transportverkehrs.

Ein anderes Beispiel: In Mannheim, wo es vor kurzer Zeit eine rassistische Mobilisierung aus der Bevölkerung eines Stadtteils gegen Flüchtlinge gab, war die Situation vorher so: In dem Stadtteil, wo die Flüchtlinge hingekommen sind und angegriffen wurden, hatten vorher Jugendliche einen Raum für sich gefordert, der ihnen von der Stadt verweigert wurde. In genau dieses Gebäude mußten die Flüchtlinge einziehen. Hätte es vorher eine Auseinandersetzung um die Situation im Stadtteil gegeben, hätten die Jugendlichen von z. B. Antifas in der Region, die dann auch später den Schutz für die Flüchtlinge organisiert haben, Unterstützung bekommen und hätte sich dort schon etwas Gemeinsames, Solidarisches entwickelt, dann hätte das Kommen der Flüchtlinge auch etwas ganz anderes auslösen können. Denn wo Flüchtlinge hinkommen, da ist auch schnell die Auseinandersetzung daran da, warum sie hierher fliehen müssen und in ihren Ländern nicht mehr leben können; daran, daß die Ursache für das weltweite Elend im gleichen System liegt, das hier Jugendlichen keine Räume läßt. Dann hätte es die Auseinandersetzung daran geben können, wie sie sich zusammen den Raum für das Leben erkämpfen können.

Natürlich finden wir die Organisierung von Schutz für Flüchtlinge und das Zurückdrängen der Faschisten absolut notwendig. Aber das Beispiel zeigt auch, daß das nicht reicht und der Prozeß, den wir jetzt brauchen, nicht in der Abgeschiedenheit von »Scene-Ghettos« stattfinden kann.

Die Zerstörung des Sozialen ist eine der wesentlichen Grundlagen für die Macht und das Fortbestehen des kapitalistischen Systems. Eine Gegenmacht von unten wird es nur geben, wenn sie Alternativen zum herrschenden Normalzustand in dieser Gesellschaft und zum System überhaupt (bietet). D.h. wesentlich: Der Zerstörung des Sozialen, der Entfremdung und dem Jeder-gegen-Jeden eine Organisierung entgegenzusetzen und gesellschaftliche Räume zu schaffen, in denen Solidarität lebendig ist und aus denen heraus viele die Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen in die Hand nehmen – das nennen wir soziale Aneignungsprozesse. Daraus wird Anziehungskraft entstehen, denn der Kampf um das Soziale unter den Menschen ist die spürbare Alternative zur Einsamkeit im

System, zur verzweifelten Selbstzerstörung, zu den Faschisten. Er ist die Grundlage für internationalistisches Bewußtsein, der Boden, auf dem die internationale Solidarität wachsen kann.

In diesen Prozessen stellt sich die Frage nach internationalistischem Bewußtsein auch deswegen direkt und von Anfang an, weil sich die Bevölkerung hier aus Menschen der verschiedensten Nationalitäten zusammensetzt. Das eine ohne das andere, die Entwicklung sinnvoller Lösungen ohne die Entwicklung solidarischer Beziehungen der Unteren untereinander – ist nicht vorstellbar. Die Voraussetzung für die Gegenmacht von unten, für die revolutionäre Entwicklung überhaupt ist ein Bewußtsein, das immer mehr Menschen zu gemeinsamem Handeln befähigt.

In dem jetzt notwendigen Prozeß wird sich entscheiden, ob in Großdeutschland eine Gegenmacht von unten wächst und ihr Gewicht in einen neuen internationalen Umwälzungsprozeß einbringen wird oder ob es hier nichts weiter geben wird als die fortschreitende Zerstörung. So eskaliert ist die Situation: Es läuft in die eine oder in die andere Richtung, nichts wird so bleiben, wie es ist. Die Krise des Kapitals und die Krise des Proletariats brachten schon einmal den Faschismus hervor. Es ist wichtig, die Gefahr, die in der zugespitzten Situation liegt, zu sehen. Es ist aber genauso dringend, die Möglichkeiten, die in der Situation liegen, zu begreifen. Die Beschränkung der Gedanken auf die gesamte wie auf die eigene Krise vieler Linker hat in den letzten Jahren die Stagnation gefestigt und Verantwortung jeder/s einzelnen für die Entwicklung unserer Seite in den Hintergrund gedrängt. In vielem, was in den letzten Jahren gesagt worden ist, kam hauptsächlich rüber, andere, die mit den verschiedensten Initiativen nach Veränderungen gesucht haben, zu beurteilen und festzustellen, »daß das jetzt auch nichts bringt«, eine – trotz des Schlechtgehens der meisten dabei – bequeme Position, die außenstehend in der Beobachterposition verharrt.

Wenn wir von der Verantwortung der Linken reden, meinen wir die Verantwortung und Initiative von jeder/m für den Prozeß. Die Gedanken und die Praxis aller sind gefragt. Es gibt kein Programm, kein Konzept, von uns nicht und von anderen nicht. Das ist auch gar nicht möglich. Es ist ein Prozeß des Sich-Findens auf neuer Grundlage und in allen Auseinandersetzungen. Der Diskussion, die wir jetzt wollen, geht es um ein Herausfinden neuer Gedanken für den Umwälzungsprozeß.

Die gesellschaftliche Alternative wollen wir finden und zusammen erkämpfen, sonst wird die reaktionäre Seite in der Gesellschaft weiter erstarken. Reaktionäre und rassistische Mobilisierung im Inneren, in der das Soziale unter den Menschen abgetötet ist, ist für den deutschen Staat – der im Konkurrenzkampf des internationalen Kapitals die Führung in der Welt anstrebt – Voraussetzung, die Vernichtungspolitik gegen die Völker weiter zu eskalieren. Es ist die Voraussetzung für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr, auf den sie jetzt zusteuern. Es ist unsere Verantwortung, die Verantwortung der Linken in diesem Land, die Gegenmacht aufzubauen, die in der Lage ist, auch das zu verhindern.

Der Weg zur Befreiung führt über den sozialen Aneignungsprozeß, der Teil wird in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung.

Rote Armee Fraktion
August 1992

Gefangenenkollektiv der CCC / Belgien

EINE NICHT ZU RECHTFERTIGENDE ERKLÄRUNG
(Zum Brief der RAF vom 10. April 1992)

Im Frühling dieses Jahres hat die Rote Armee Fraktion ein wichtiges politisches Dokument veröffentlicht. In diesem Text stellt die revolutionäre deutsche Organisation verschiedene Gedanken dar, welche die internationale Situation und die soziale, militante und politische Lage in ihrem Land betreffen (mit besonderem Augenmerk auf die Frage der inhaftierten Genossinnen und Genossen); sie zieht eine Art Bilanz ihrer Aktivität und schließt mit der Entscheidung, den bewaffneten Kampf aufzugeben.

In einer bestimmten Art und Weise hat uns dieser Schluß nicht überrascht. Seit langer Zeit verstehen wir nicht mehr, aus welchen historischen, politischen und strategischen Anschauungen und Analysen die RAF ihre kämpfende Vitalität schöpfen konnte. Aber das heißt, daß uns dieser Schluß besonders verabscheuenswürdig erscheint: Er drückt nicht die Eröffnung einer kritischen und selbstkritischen Überlegung aus, die auf eine theoretisch-politische Richtigstellung zugunsten der revolutionären Sache bedacht ist, wohl aber das liquidatorische Resultat des Prozesses von Abweichung und politischer Degradierung, den die RAF während der zwanzig Jahre ihrer Existenz erfahren hat.

Wir wissen, daß viele Militante der sogenannten *"antiimperialistischen"* Bewegung in Deutschland es für extrem unangebracht halten, von aufeinanderfolgenden Etappen in der Geschichte der RAF zu sprechen. Trotzdem, wenn man sich auf den Diskurs und die Praxis der Organisation seit Anfang der 70er Jahre bezieht, ist unbestreitbar, daß die RAF von 1972, 77 oder 82 drei verschiedene, sehr unterschiedliche Gesichter zeigt.

Ursprünglich bezog sich die Organisation teilweise auf marxistische Prinzipien und auf die marxistische Analyse, bewies politische Kreativität und Initiative im revolutionären Kampf. 1977 befand sie sich auf dem Gipfel strategisch defensiver Optionen. 1982 bestätigte sie - durch den Text *"guerilla, widerstand und antiimperialistische front"* - die komplette Preisgabe ihrer anfänglichen marxistischen Referenzen und ihr gänzliches Einschreiben in den Subjektivismus und den Militarismus. Während der folgenden zehn Jahre hat sich die RAF immer weiter in diese Sackgasse verrannt. Ausgehend von der sehr auffälligen Proklamation einer *"Westeuropäischen Guerillafront"* mit A.D. im Jahre 1985 und der nicht weniger medienwirksamen gemeinsamen Unterzeichnung einer Forderung mit den B.R./P.C.C. im Jahre 1988 bis hin zu einer großen Zahl bemerkenswerter Guerillaaktionen (ganz besonders die Exekution des *Treuhand*-Chefs, Rohwedder), konnte sich die deutsche Organisation, mit gutem Willen zwar, nur in verlorenen Illusionen erschöpfen. Heute scheint die RAF nicht mehr zu verstehen, gegen wen sie kämpft und weshalb. Dies ist auf Zeit unvermeidbar, wenn man den historischen Materialismus und den wissenschaftlichen Sozialismus, das Ziel der Klassenrevolution und der Diktatur des Proletariats aufgegeben hat.

Das von der RAF im April veröffentlichte Dokument und besonders seine Schlußfolgerung des *"Abschieds von den Waffen"* haben unter der deutschen militanten Bewegung wichtige Erschütterungen provoziert; sie haben zahlreiche Diskussionen und Stellungnahmen bis auf internationaler Ebene hervorgerufen. So hatten wir die Gelegenheit, den sehr zutreffenden Beitrag des Zentralkomitees der P.C.E.(r.) mit dem Titel *"Replanteamiento estrategico o liquidacion?"* zu lesen. Auch wir wollen zu diesem Thema beitragen, wenn wir auch die Verspätung bedauern. Wir denken, daß es um unsere Verantwortung und politische Solidarität gegenüber der gesamten revolutionären Bewegung geht.

Bevor wir zum Inhalt des Dokuments der RAF kommen, möchten wir einige Worte zu diesem Brief selbst sagen. Seit vielen Jahren entwickelt sich in der revolutionären europäischen Bewegung eine kritische Debatte. Interessante Beiträge, besonders aus Spanien und Italien, sind im Umlauf, und von unserer Seite bemühen wir uns, an dem Austausch mit unseren bescheidenen Kapazitäten teilzunehmen. Ein großer Teil der Themen und Analysen dieser Debatte auf internationaler Ebene bezieht sich besonders auf die anti-marxistischen, subjektivistischen und militaristischen Positionen, welche in erster Linie die RAF seit Anfang der 80er Jahre vertritt. Nun hat aber, soviel wir wissen, die RAF es niemals für sinnvoll erachtet, diese politischen Kritiken zu beachten oder sich den Argumenten zu stellen, auf denen sie basieren. Und der Brief vom 10. April ignoriert diese noch immer in großartiger Weise.

Obwohl die RAF heute erklärt, daß ein Grund des Scheiterns

ihrer Ideen in der Tatsache besteht, daß sie sich isoliert hat, weil sie keine wirkliche politisch-organische Beziehung mit denjenigen aufgebaut hat, die sich in die revolutionäre Perspektive einreihen. Sie ruft zu neuen Beziehungen, zu neuen gemeinsamen Diskussionen und Projekten etc. auf. Aber konkret fährt sie fort, die Debatte zu verhindern und die Fragen und Antworten so zu formulieren, wie sie alleine sie versteht. Zum Beweis die folgende merkwürdige Handlungsweise: Um bessere Bedingungen für eine Grundüberlegung - die sehr weit die militante Bewegung in Deutschland durchzieht - über den bewaffneten revolutionären Kampf zu schaffen, gibt die RAF diesen auf. Anders gesagt, um eine Reflexion über ein Thema zu begünstigen und dabei die Richtigkeit der Schlußfolgerungen zu garantieren, beginnt sie damit, das fragliche Thema eigenmächtig zu liquidieren. Unserer Meinung nach und in diesem besonderen Fall drückt eine solche Handlungsweise keine Suche nach revolutionärem Fortschritt aus, sondern zeigt einen Versuch, im Nachhinein eine Entscheidung zu rechtfertigen, die im Zusammenhang mit anderen, nicht zugegebenen Interessen getroffen wurde.

Ein anderer Aspekt des Dokuments der RAF verdient, hervorgehoben zu werden. Wir haben gehört, daß er sehr verschieden verstanden wurde: Einige sehen darin ein gerissenes taktisches Manöver, andere die Anerkennung der Unangemessenheit der revolutionären Gewalt, etc. Schließlich finden viele darin die Gelegenheit, sich von dem, worauf sie gerade Lust haben, zu überzeugen und ein unendliches und ungenaues Geplauder zu betreiben. Wir denken, daß der RAF in dieser Angelegenheit ein Großteil der Verantwortung zukommt. Seit langer Zeit entwickelt sie in ihrem Diskurs wie in ihrer Praxis viele Zusammenhanglosigkeiten und Verwirrungen, was ein Zeichen für den unbestreitbaren Mangel an ideologischer Klarheit ist. So etwas greift allmählich um sich.

Die konfuse Ausdrucksweise des Briefes vom 10. April hält einer strengen Analyse nicht stand. Die allgemeine Position im gesamten Text läßt weder mehrere Interpretationen noch Zweifel zu. Sie ist weder zweideutig noch unbestimmt, und daß sie sehr ungeschickt formuliert ist, reicht nicht, um den *"Abschied von den Waffen"*, den sie in sich birgt, unter einem Schleier von Ehrenhaftigkeit zu verbergen.

Übrigens müssen wir diesem Dokument ein großes (aber einziges) Verdienst anerkennen: Es beleuchtet die Sterilität des subjektivistischen Vorhabens der RAF seit zehn Jahren und gibt sie zu. Ach, es ist wirklich schade, daß diese Aufklärung und dieses Zugeständnis nicht aus einer Annäherung an den Marxismus-Leninismus hervorgehen, also aus einer Entfernung vom Subjektivismus (zum Beispiel durch eine Ablehnung des Militarismus, die wir begrüßen könnten), sondern im Gegenteil aus einer erneuten Demonstration des Subjektivismus, diesmal im allgemeinen Rahmen eines opportunistischen Debakels. Wenn sie sich in den Überlegungen und Konzeptionen, die in diesem Brief dargestellt sind, versteigt, wird die RAF die revolutionäre Bühne verlassen und alle politischen und ideologischen Fehler konservieren, die wir von ihr kennen und die wir bereits kritisiert haben - und sie wird diese Bühne ohne Hoffnung auf Wiederkehr verlassen.

Es geht also darum, präzise und klar über die verschiedenen Punkte nachzudenken, die im Dokument vom April angeschnitten wurden. Denn den *"Abschied von den Waffen"*, der in diesem Text beschlossen wurde, politisch und ideologisch zu bekämpfen, heißt in erster Linie, den Subjektivismus und seinen Nachfolger, den Opportunismus, beide in all ihren Formen zu bekämpfen, seien sie bewaffnet oder nicht. Ist denn schließlich der aktuelle *"Abschied von den Waffen"* etwas anderes als die allerletzte und spektakuläre Etappe einer langen politischen Abweichung? Stammt der schlimmste Fehltritt, der von der RAF begangen wurde, nicht aus der Mitte der 70er Jahre, als die Organisation begann, sich offen vom Marxismus und einer siegesgewissen Strategie loszusagen?

Der Brief vom 10. April beginnt mit einer Art lascher strategischer Reflexion/Bilanz. Es ist die Rede vom Scheitern der von der RAF in den letzten Jahren entwickelten Strategie, aber nichts von den Urhebern des Kampfes, der Art der Auseinandersetzung, der kurz- oder langfristig angestrebten Ziele etc. wird näher bestimmt. Es ist immer nur die Rede von *"wir"*, von der *"kraft, die wir gegenmacht von unten genannt haben"*, einer *"gesellschaftlichen alternative hier und heute"*, *"um befreiung kämpfen"*, was eher ungenügend ist, um eine ernsthafte revolutionäre strategische Reflexion anzustellen. Jedoch ist dies für die RAF vollkommen ausreichend, um der Ansicht zu sein, ihre Erfahrung zeige, daß *"die guerilla in diesem prozess* [wir vermuten, daß es sich um den revolutionären Prozeß handelt] *(...) nicht im mittelpunkt stehen kann"*. Noch selbstkritischer präzisiert die RAF sogar, daß *"gezielt tödliche Aktionen (...) die gesamte situation für alles, was in den anfängen da ist und für alle (...) eskalieren"*

Dieser erste Teil setzt sich in einem zweiten fort. Das berühmte *"alles, was in den anfängen da ist und für alle, die auf der suche sind"* impliziert *"als ganz wesentlichen teil den kampf für die freiheit der politischen gefangenen"*. Nach Meinung der RAF eine in bestimmtem Maße glaubwürdige Perspektive. Der Justizminister hätte sich tatsächlich zum Repräsentanten einer Fraktion der Bourgeoisie gemacht, die verstanden hat, daß sie die sozialen Widersprüche nicht durch Repression lösen kann. Sich stillschweigend an diese aufgeklärte Fraktion wendend, fügt die RAF der Liste noch andere Forderungen hinzu: Die Gefängnisse müssen angemessen sein, alle müssen muß über einen Wohn- und Lebensraum verfügen, die Bürger der Ex-DDR
müssen über eine Selbstbestimmung verfügen, der herrschende Diskurs darf nicht mehr rassistisch sein etc. etc.

Das Dokument endet mit einem drittem Teil, dessen Naivität und Logik zu denken geben: Die Antwort, die der deutsche Staat auf diese Forderungen gibt, wird zeigen, ob der politische Reformismus praktikabel ist oder nicht! Und darauf bedacht, diesen Schritt, der ebenso platt reformistisch wie unpassend ist und gemünzt auf den *"prozess von diskussion und aufbau"*, zu schützen, kündigt die RAF an, ihre *"eskalation"* aufzugeben. Aber Vorsicht, wenn der Staat seinerseits den besagten Prozeß nicht ernst nimmt, nun, dann wird die RAF besagte Eskalation wieder aufnehmen... obwohl diese einige Abschnitte weiter oben als strategisch unheilvoll betrachtet wurde. Der letzte Satz des Briefes schließt mit einer überwältigenden Redekunst: ***"auch wenn es nicht unser interesse ist"*** [wir unterstreichen dies]: *krieg kann nur mit krieg beantwortet werden"*. In etwa ist dies Rache bis zum Tod.

Es ist seit langem offensichtlich, daß der Hauptfehler der RAF in ihrer Fehleinschätzung - ihrer Ablehnung? - des historischen Materialismus besteht. Beispielhafter Mut und revolutionäre Selbstaufopferung verbinden die deutschen Genossinnen und Genossen mit einem unerschütterlichen Subjektivismus. Leider reichen Heroismus und Hingabe nicht aus, um den revolutionären Erfolg zu garantieren. Die Revolution ist nicht nur eine Sache von Personen und des guten Willens. Sie ist ein historisches Phänomen, das auf die objektiv sozial Bestimmenden antwortet.

Es wäre höchste Zeit für die RAF, über diese wesentliche Dimension des revolutionären Kampfes nachzudenken und ihre allgemeinen Vorhaben, ihre Analyse der objektiven Realität, ihr Verständnis der historischen Mechanismen, ihre strategischen und taktischen Auffassungen, ihre kurz- und langfristigen Ziele etc. darzulegen. Kurz, all das, was traditionsgemäß abhängig aus einer Plattform, aus Thesen und aus einem Organisationsprogramm hervorgeht. Wer könnte denn ohne dies jemals überhaupt wirklich und genau wissen, was die RAF denkt und will? Wie könnte die RAF selbst wissen, was sie denkt und will? Wie könnte sie ihren Kampf organisieren und führen?

Was für einen Sinn hat es, von revolutionärer Strategie zu sprechen, ohne überhaupt klar definiert zu haben:
- was die konkreten Vorhaben des revolutionären Prozesses sind (z.B. was denkt die RAF von der Diktatur des Proletariats, vom sozialistischen Aufbau?)
- was darin der Hauptgegenstand ist (z.B. was denkt die RAF über das Proletariat? Wie definiert sie es? Welche Rolle erkennt sie ihm zu?)
- wie dieser sich entwickelt (z.B. wie geht die RAF das Problem
der objektiven und subjektiven Bedingungen des revolutionären Prozesses an? Die Rolle der Partei?). Dies ist unserer Meinung nach die erste Arbeit, die die RAF zu leisten hätte und die sie der deutschen revolutionären Bewegung und dem deutschen Proletariat unterbreiten müßte.

Die RAF stellt ehrlich fest, daß sie sich in der Sackgasse befindet. Sie bringt für diese Sachlage verschiedene Erklärungen vor, die uns nur ihre Schwäche in der Analyse zu zeigen scheinen. Zuerst der Zusammenbruch des Revisionismus und das aktuelle Debakel des ehemaligen *"Ostblocks"* in der innerimperialistischen Auseinandersetzung... Aber wer konnte noch glauben, daß diese Länder - in irgendeiner Art - Träger einer authentischen Dynamik oder eines authentischen revolutionären Einflusses waren? Daraufhin das Scheitern des Projekts, *"im gemeinsamen internationalen kampf einen durchbruch für befreiung zu schaffen"*... Wenn es um die antiimperialistische Bewegung in der Dritten Welt geht, so weicht sie seit bald fünfzehn Jahren zurück, und wenn es um die illusorische *"Westeuropäische Guerillafront"* geht, so hat sie nur durch das journalistische Sensationsbestreben gelebt.

So sehr wir also mit dem Schluß, den die RAF gezogen hat, übereinstimmen, daß nämlich der revolutionäre Kampf sich nur auf den objektiven sozialen Bedingungen eines jeden Volkes gründen kann, so sehr glauben wir auch, daß sie in diesem besonderen Fall eher zu diesem Schluß gekommen wäre, hätte sie einfach einen Klassenstandpunkt eingenommen oder den Reichtum an Analyse und Erfahrung der Internationalen Kommunistischen Bewegung studiert.

Dies ist ein Punkt, der umso entscheidender ist, als die Richtigstellung, die von der RAF vorgenommen wird, mit einer

Abweichung einhergeht, die ihr jeden Vorteil ruiniert. Wenn sie ihr Hirngespinst der internationalen *"Front"* aufgibt, indem sie sich der nationalen sozialen Realität zuwendet, so hat die RAF bei der gleichen Gelegenheit ihren revolutionären Grund und ihre politisch-militärische revolutionäre Verantwortung als Avantgarde preisgegeben.

Wir haben bereits weiter oben in unserer Kritik auf das Fehlen einer allgemeinen Definition seitens der RAF hingewiesen, ein Fehlen von Bezugnahmen, das einen wirklichen politischen Austausch praktisch unmöglich macht. Das Problem taucht wieder auf, wenn man entdeckt, daß die RAF unbekümmert das revolutionäre Ziel aufgibt und gelassen ihre Avantgarde-Rolle (und Gott weiß, wieweit sie diese Rolle 1972 für die gesamte revolutionäre Bewegung der Metropolen ausfüllte... bis zu dem Punkt, an dem sie [die RAF, A.d.Ü.] noch heute deren Aura auskostet!) austauscht gegen ein Mitläufertum in der *"alternativen"* Bewegung.

Der wirkliche Inhalt der von der RAF im Moment vertretenen Positionen ist der folgende: Weil sie ihre militaristischen Illusionen sich nicht erfüllen sah, sucht die RAF eine neue Art, mit dem *"alternativen"* Sumpf zu fusionieren, eine Fusion, nach der sie offen seit 1982 strebt. Damals - die Sache mußte stattfinden, indem der Sumpf liquidiert wurde - schrieb die RAF zu diesem Thema in *"guerilla, widerstand und antiimperialistische front"*: *"da ist nichts mehr von 'systemveränderung' und 'alternativen modellen' im staat. sie sind nur noch skurril"*. Zehn Jahre später sind die Militanten der RAF für die gleiche Sache bereit, die Liquidierung ihrer Organisation anzubieten. Dies ist das logische Ergebnis ihrer frontistisch-strategischen und gegen die Partei gerichteten Abweichung. Anstatt sich mit Unabhängigkeit und Bestimmtheit an die Avantgarde des revolutionären Kampfes zu halten, dadurch, daß:

- eine Selbstkritik und eine offensive Neuorientierung auf der Basis des Marxismus-Leninismus vorgenommen werden;
- die Strategie und die Taktik, die zur Erhebung des allgemeinen Niveaus des Kampfes in Deutschland notwendig sind, angenommen werden;
- mehr und mehr kampferische Proletarier und Revolutionäre mobilisiert, rekrutiert und organisiert werden, etc.;

beabsichtigt die RAF eher, sich in der marginalen Masse aufzulösen und vor den aktuellen Wünschen und Grenzen des *"alternativen"* Sumpfes zu kapitulieren.

Natürlich muß die revolutionäre Organisation niemals von den (proletarischen!) Massen abgeschnitten sein, aber dies



darf sie niemals dahin führen, auf ihre politische Unabhängigkeit zu verzichten und sich von einer autonomen Aktivität loszusagen.

Nun können wir im Dokument vom April lesen, daß die RAF das Problem ihrer Rolle und ihres Einflusses mit den folgenden Worten darstellt: *"wir hatten unsere politik ganz stark auf angriffe gegen die strategien der imperialisten reduziert und gefehlt hat die suche nach unmittelbaren positiven zielen und danach, wie eine gesellschaftliche alternative hier und heute schon anfangen kann zu existieren"*. Was bedeutet das? Daß, weit davon entfernt, die Kritik anzunehmen, die schon hundert Mal an der *"anti-anti"*-Strategie der *"antiimperialistischen"* Strömung geübt wurde, deren militaristischer Fahnenträger sie war (*"unsere strategie ist es, gegen ihre strategie zu sein"* etc.), die RAF die Konstruktion und die Struktur einer starken kommunistischen Bewegung nicht als *"positives Vorhaben"* betrachtet. Dahingegen erscheint die vulgärste Art von Reformismus, der als *"positiv"* nur diejenigen Ziele ansieht, die kurzfristig und im kapitalistischen System erreichbar sind, den Augen der RAF als die verlockendste strategische Option. Und der vollkommene Opportunismus setzt dem Ganzen die Krone auf: Hört man nicht, daß die RAF darauf bedacht ist, *"eigene soziale werte in ihrem alltag"* derjenigen sich entfalten zu lassen, die Ihr nahestehen? Und dann noch, daß sie beabsichtigt, sich umzustellen auf eine *"zeit, in der es für alle um ein sich-finden auf neuer grundlage geht"*? Der revolutionäre Prozeß verlangt also keinen Prozeß der Aneignung von Klassenbewußtsein mehr? Ist es also nicht mehr die Verantwortung der Revolutionäre, dieses Bewußtsein aufrechtzuerhalten und dadurch der Aneignung durch die Bildung zu dienen - gegen die Entfaltung einer "Spontaneität", die unvermeidlich nach den Kategorien der herrschenden Ideologie gestaltet ist?

Mit ihrem Brief vom 10. April verstärkt die RAF früher als erwartet ihren philosophischen Idealismus und ihren politischen Subjektivismus. Betrachten wir nun ihren Standpunkt und ihre konkreten Projekte im Rahmen der aktuellen sozialen und politischen Situation in Deutschland. Die RAF ist der Meinung, daß sie einer *"gesellschaftlichen alternative hier und heute"* keine Aufmerksamkeit geschenkt hat. Eine Alternative, die, so glaubt man, griffbereit ist, denn *"... dass das hier möglich ist, dass es geht, so etwas anzufangen, haben uns die erfahrungen, die andere erkämpft haben, gezeigt"*. Weiter noch präsentiert die Organisation eine Liste von sozialen Reformen, die zu verwirklichen sie den Staat

auffordert. Wir denken, daß all dies von einem phänomenalen Unverständnis der Wirklichkeit herrührt.

Zuerst die Frage nach einer *"alternative"* zur Gesellschaft; worum handelt es sich? Es handelt sich um eine zwangsläufige Randposition. Ein Rand, der nur von Kleinbürgern oder deklassierten Elementen besetzt werden kann. Wie können diese Kategorie und ihr Rahmen - spezifische Bestrebungen und Interessen - eine zu verallgemeinernde revolutionäre *Entwicklung* bilden? Die Revolution ist eine Sache sozialer Klassen, *"hier und heute"* eine proletarische Sache. Die Revolution hat nichts mit einer Alternative zur Gesellschaft innerhalb der Gesellschaft zu tun, aber alles mit einer Umwandlung der Gesellschaft, der gesamten Gesellschaft. Die Art, mit der die bürgerliche Macht gelegentlich auf die besonderen Forderungen des alternativen Sumpfes eingehen kann, ist mit dem Klassenwiderspruch, der die ganze Gesellschaft durchzieht, nicht zu vergleichen. Sich auf den Erfolg beim ersten Mal zu beziehen, um vorzugeben, daß andere ebenso erreichbar sind, ist ganz einfach irrig. Würde man jemals die Bourgeoisie sehen, wie sie die Interessen der Unterdrückten einräumt oder verteidigt? Es ist absurd, sich so etwas vorzutellen, weil diese Verteidigung eben über die Eliminierung (und nicht die *"alternative"* Ausrichtung) der Bourgeoisie und ihres sozialen Systems geschieht.

Der philosophische Idealismus und der opportunistische Subjektivismus der RAF haben sie dahin geführt, zu glauben, daß die bürgerliche Macht frei sei zu tun, was sie wolle, und daß sie sogar für eine Art rationalen, überlegenen Verstand zugänglich sei. Zu ihrer Liste sozialer Forderungen erklärt die RAF, daß die Antwort, welche die Macht erbringt, zeigen wird, *"wie weit hier ein politischer raum für lösungen erkämpft werden kann"*. Aber wer könnte jemals glauben, daß es interklassistische Lösungen für den Kapitalismus, seine antagonistischen Widersprüche, für den Anstieg der Ausbeutung und die durch seine Krise induzierte soziale Degradierung gibt? Die Bourgeoisie hat nicht die Wahl zwischen einer ausgleichenden Intelligenz und einer *"provozierenden und draufgängerischen"* Haltung; sie ist die herrschende Klasse im Kapitalismus, die aus der kapitalistischen Ausbeutung Profit zieht und diese verteidigt; eine Klasse, die weder etwas anderes sein, noch außerhalb des Rahmens ihrer eigenen Gesetze handeln kann. Wenn es eine Lösung für die Widersprüche gäbe, die den Kapitalismus unterminieren und dazu führen, daß er gestürzt wird, wenn es interklassistische Lösungen für die ökonomische Krise gäbe, glaubt die RAF nicht, daß die bürgerlichen Herrscher diese nicht längst entdeckt und angewandt hätten?

Was bleibt in dem neuen Schritt der RAF vom dialektischen materialistischen Verständnis der Geschichte, vom wissenschaftlichen, aufrichtigen Vertrauen in die revolutionäre Zukunft? Nichts, einfach nichts. Wenn man den deutschen Genossinnen und Genossen glaubt, wäre das kapitalistische System von innen her reformierbar; dazu würde ausreichen, daß die Bourgeoisie dies versteht, - und natürlich macht es nichts, wenn dies ihren eigenen Interessen entgegensteht. Die sozialen Reformen wären zu allen Zeiten erreichbar, von dem Augenblick an, in dem die Bourgeoisie die Intelligenz dafür besäße (oder muß man ihr vielleicht helfen?); der soziale Frieden wäre zu allen Zeiten erreichbar, von dem Augenblick an, in dem die Bourgeoisie den Willen dazu besäße (idem)! Schließlich faßt die RAF nun den Kapitalismus als ein Produkt der Bourgeoisie auf und nicht die Bourgeoisie als ein Produkt des Kapitalismus.

Ein spezieller Punkt verdient, gesondert behandelt zu werden. Es handelt sich um die Frage der Gefangenen und eventueller Entlassungen oder Haftverbesserungen. Wir denken, daß wir bei diesem Thema äußerst vorsichtig sein müssen. Die taktischen Manöver sind häufig komplex und können nur mittels der gesamten Kenntnis aller ihrer Verhältnisse richtig bewertet werden; auch enthalten wir uns jeglicher kategorischer Beurteilung. Trotzdem verstecken wir unsere Verwirrung nicht und wollen einige Überlegungen darlegen.

Wir denken natürlich, daß es nicht unwesentlich ist, sich um die Entlassung der Genossinnen und Genossen zu bemühen, und daß es richtig ist, daß eine kämpfende Organisation alle Möglichkeiten und Gelegenheiten zu diesem Zweck ausschöpft, - also auch die Verhandlung, wenn sie glaubwürdig ist. Aber zu keinem Zeitpunkt kann dies auf Kosten des Kampfes, seiner Zukunft und seiner grundlegenden Vorhaben geschehen. Der revolutionäre Kampf verursacht zwangsläufig eine Repression; der revolutionäre Sieg wird immense Opfer erfordern, dies ist ein historisches Gesetz und sich davor vorrangig zu schützen suchen, führt zwangsläufig zur Aufgabe des Kampfes.

Der Justizminister habe Anfang des Jahres angekündigt, die Entlassung einiger sehr lang Inhaftierter oder Gefangener, deren Gesundheitszustand sich verschlechtert habe, sei in Betracht zu ziehen. In Wirklichkeit nichts Beweiskräftiges, im Gegenteil, perfider Druck auf die geweckte Hoffnung. Analysiert die RAF klar die Situation? Überschätzt sie in diesem Fall nicht ihre Kraft, ihr Gewicht? Wird sie nicht dorthin gelenkt, wohin zu lenken sie glaubt?

Daß eine bürgerliche Fraktion, die euphorisch ist, weil sie denkt, sie habe noch einmal die Grundlagen eines *"Tausendjährigen Reichs"* gelegt (diesmal heißt es *"Neue Weltordnung"*), die sich humanistischem - und publikumswirksamem! - Sanftmut gegenüber einer Handvoll erfahrener Genossinnen und Genossen hingibt, darf nicht mit einem defensiven Rückzug des Feindes verwechselt werden. Im Gegenteil! Übrigens, soviel wir wissen, ist der Minister damit beschäftigt, die Repression gegen andere Gefangene zu verschärfen (besonders dank der Kollaboration ehemaliger Militanter, heute Kollaborateure, die in der Ex-DDR festgenommen wurden). Die - verbale - Eröffnung von Kinkel, beabsichtigt sie schließlich etwas anderes, als eine noch grausamere Repression gegen diejenigen zu rechtfertigen, die ihre Ideen und ihre kämpferische Integrität behalten? Ist sie nicht eine Täuschung, um die authentischen revolutionären Kräfte zu schwächen? Ist sie nicht ein wirkungsvoller Betrug, der schon Resultate zeigt, weil man feststellt, daß er die RAF schon dahin geführt hat, ihre Sache, ihre Unabhängigkeit und ihre Waffen am Rande des *"alternativen"* Sumpfes zurückzulassen? Für vage barmherzige Versprechungen, die schon durch eine repressive Verschärfung dementiert wurden, hat die RAF nicht gezögert, öffentlich ihre Erbe von zwanzig Jahren des Kampfes zu liquidieren.

Wir werden jetzt schließen. Wir hoffen, daß der Brief vom 10. April nicht die Gedanken aller deutschen Genossinnen und Genossen und besonders der Gefangenen wiedergibt, die sicher nicht erfreut darüber sind, daß man dem Preis, den sie zahlen, die Negation ihres politischen Engagements und die Liquidierung ihrer Organisation hinzufügt. Der Weg der RAF ist seit ihren Ursprüngen so gewunden, daß es schwierig ist, den Gedanken zu akzeptieren, daß alle mit jeder einzelnen seiner politischen Windungen direkt verbunden waren. Wir hoffen, daß - ist die Rauchwolke einer konfusen Formulierung einmal aufgelöst - die Genossinnen und Genossen der RAF Kenntnis von der subjektivistischen und opportunistischen Natur der Positionen nehmen werden, die sie in ihrem Dokument vom April vorgebracht haben; daß sie es als einen Fehler auf ihrem Weg ansehen, es als null und nichtig betrachten und schließlich die realen Probleme meistern werden, die sich ihrer Organisation und der deutschen revolutionären Bewegung stellen. Und dies auf einer wirklich revolutionären Grundlage, die den selbstkritischen Verstand verbindet mit dem Willen, den Reichtum der Internationalen Kommunistischen Bewegung, der im Marxismus-Leninismus zusammengefaßt ist, in seinem Wert zu erkennen und zur Geltung zu bringen.

Anfang der 70er Jahre hat die RAF im Wiederaufbau der europäischen revolutionären Bewegung eine unschätzbare und unersetzbare Rolle gespielt. Auch wenn zum Ende dieser Jahre immer schwerere Fehler gemacht wurden, vergessen wir niemals, wieviel wir ihr schulden, ihr und ihren heldenhaften Gründerinnen und Gründern, die auf Befehl desjenigen Staates massakriert wurden, mit dem zusammenzuarbeiten der Brief vom 10. April einlädt... Wir haben genug Vertrauen in die Dynamik der deutschen revolutionären Bewegung, um eine energische Reaktion gegen diese verheerende und nicht zu rechtfertigende Erklärung abzuwarten, gegen den Prozeß der politischen und ideologischen Abweichung, dem sie die Krone aufsetzt, und hoffen, daß die Militanten der RAF ihren alten und ruhmvollen Platz in den ersten Rängen der europäischen revolutionären Bewegung wieder einnehmen können.

Für die Einreihung der Roten Armee Fraktion in die Erfahrung der Internationalen Kommunistischen Bewegung, die im Marxismus-Leninismus zusammengefaßt ist!

Ehrenvolle Erinnerung an die Genossinnen und Genossen, die im Kampf und in den Gefängnissen getötet wurden!
Ehrenvolle Erinnerung an die Genossen vom Kommando Martyr Halymeh, die in Mogadischu getötet wurden!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

17. Oktober 1992
Didier Chevolet, Pascale Vandegeerde, Bertrand Sassoye & Pierre Carette
Gefangenenkollektiv der Kämpfenden Kommunistischen Zellen



14.12.1992

Joelle Aubron GEFANGENE aus AKTION DIRECTE

Ich versuche die Diskussion schriftlich etwas weiterzuführen. Seit meinem Brief, den ich habe übersetzen lassen, habe ich noch 2 Briefe an Eva geschrieben. Ich hoffe, daß sie damit zurechtkommt, weil ich nicht die Anstrengung gemacht habe deutsch zu schreiben.

Meine erste Reaktion auf die Erklärung von k.h.Dellwo war emotional. Mein Problem war nicht, daß er das sagt. Für den, der lesen kann, sagt er dasselbe in dem Konkret-Interview. S.täuscht sich, wenn sie glaubt, daß diese Erklärung mich in Wut gebracht hat-aber das ict wegen der Kürze der Besuchszeit die die Gespräche abschneidet.

Nun, diese Erklärung ist folgenschwer:für die Kampagne. Und deswegen hatte ich eine emotionale Reaktion:Was tun jetzt? Wie kann eine Fäulniss auf italienische Art vermieden werden? Denn nach der ganzen Offensive der 80ger Jahre von den Reuigen, den Abspaltern (? in französisch:dissociés), den großen Erklärungen der "Liberalen" über die Notwendigkeit von Vergebung, etc. ... heute ist die Frage der politischen Gefangenen in Italien tot. Curcio ist immer noch im Gefängniss. Cossiga (der frühere Präsident) hat sich für seine Freilassung eingesetzt, und nun...und weiter fand dieses Begraben der Frage der politischen Gefangenen unter den besten Haftbedingungen für sie statt, was in der Brd heute nicht der Fall ist!

Die Kinkel-Initiative ist eine Neuauflage der konterrevolutionären italienischen Politik in dieser Frage. Es ist das gleiche Produkt mit einer neuen Verpachung, die an die deutsche Situation angepasst ist. Und man muß sich klar sagen, wenn die deutsche Regierung nachdem sie jahrelang ihre Ohren gegenüber den Sirenen in ihrer Mitte taub gemacht hat, die eine solche Politik wollten (ich denke an den, der im Sommer 91 gestorben ist), sich heute auf diesem Terrain engagiert, dann tut sie das mit Hilfe der italienischen Erfahrung. Die politische kultur in Italien und Deutschland ist sicher verschieden, die Gepflogenheiten bei der Verwaltung der Konflikte sind andere...das nimmt nichts von dem Zusammenhang weg.

Wie kann man also bei solch einer Erklärung vermeiden nicht wieder in die alten Spuren der Abspaltung und des Begrabens zu fallen. Du weißt, daß in Italien viele dissociés auch sagen; unsere Politik war gerechtfertigt wegen der Staatsstreich-Atmosphäre, der faschistischen Attentate, aber heute.. ..patati, patata. Übrigends,angesichts deutscher"Traditionen" gegenüber den politischen Gefangenen läuft das Begraben Gefahr, zerstörerischer zu sein als in Italien. Ich glaube nicht, daß die Vermeidung dieser Fäulnis darüber läuft,daß man die Erklärung von K. H. verurteilt oder nicht. Nicht nur aber vor allem die Bestimmung-ich verstehe, daß das schwierig ist-: daran arbeiten , daß die Zäsur die von der RAF initiert wurde, tatsächlich einpolitisches Vorankommen wird-wovon die Kampagne für die Freilassung ein Teil ist, woanders hingeht. Genau dahin, was du mir gesagt hast: Freilassung nach und nach oder Freilassung der Haftunfähigen und Zusammenlegung für die Anderen. Die Freilassung nach und nach und nach ist eine Falle, deren erste Folgen ihr gerade gesehen habt.In Interim 217 habe ich den Text einer Gruppe aus Hamburg gelesen, der mit der Notwendigkeit schliesst, als nächstes mit der Frage der Zusammenlegung voranzukommen. Und ich glaubeso, daß sicher diese klare Wahrnehmung sich bei denen durchsetzen wird, die von der Frage der Gefangenen motiviert sind. Das ist für euch vielleicht sehr entmutigend, aber sicher nein, nein, es wird keine schnellen praktischen Ergebnisse geben- abgesehen von dem Mangel an politischer Klarheit der Kampagne, um Bernd als Geisel zu nehmen!

Gut, das also um direkt den Besuch weiter zuführen. Auf denen, die sich in der Kampagne einsetzen , liegt eine schwere Verantwortung und ich hoffe , daß die Wahrnehmung, wieso die Erklärung von K.H. oberflächlich und gefährlich ist, von vielengeteilt wird und daß dies dafür wirkt, daß das Problem neu gestellt wird, aber das wirst du mir sagen.

Sonst habe ich seit der Zeit vor dieser Erklärung ein kleines Fahrrad-oder vielleicht eine Spinne - in meinem Kopf. Wie du weißt mag ich nicht besonders-Euphemismus- die Art, mit der die RAF in ihren Erklärungen mit der Einheit der Revolutionäre in Westeuropa und der antiimperialistischen Front abrechnet. Darauf muß eine politische Antwort gefunden werden. Wie Lorenzo und Catarina sagten: der Debatte fehlt eine kritisch-konstruktive Kritik an den Erklärungen der RAF.

Ein anderes Element meines Fahrrads: schon vorder Erklärung von Dellwo habe ich das Schlimmste für die Kampagne befürchtet(das Versinken in den alten Fahrspuren).

Also einigermaßen im Freilauf sagt mir mein kleines Fahrrad , daß ein Beitrag der kommunistischen und revolutionären Gefangenen, die sich in Europa an der Frage einer notwendigen konstruktiven Kritik einfinden und die denken, daß die RAF sich irrt,wenn sie die Front der Revolu-

tionäre als Sündenbock für ihre Schwäche benutzt, denn sie verwechselt die Schwächen der Umsetzung mit den Perspektiven, eine interessante Möglichkeit wäre. Natürlich gäbe das Anlass zu Texten:die Funktion der Gefangenen ist im wesentlichen die, Texte zu produzieren, das ist alles was ihnen bleibt! Aber ich habe das auch bezogen auf einen konkreteren Bereich gesehen, der Kampagne für die Freilassung. Aber aus meiner Sicht Wenn wir die Gefangenenund die, die an der Kampagne in Deutschland beteiligt sind, sichganz allein aus dem Schlammassel ziehen lassen, während , wieich dir weiter oben sagte, diese Kinkelinitiative woanders einen anderen Ausdruck angenommen hat, kann die politische Intervention nur ihre Kraft verlieren-es ist schon Mode geworden, dieses "bei Uns" und diese Tendenz zum Rückzug auf sich selbst, Ersatz für einen moralischen Internationalismus, macht es notwendig, sichnicht hinter Grundsatzerklärungen zu verschanzen.

Emotional war dieses kleine Fahrrad durch die Erklärung von K.H. gelähmt worden. Aber jetzt ist es wieder in Gang gekommen immer noch im Freilauf,aber nach und nach beim Laufen gewinnt es an Geschwindigkeit um einen Rundreisezug zu nehmen zu dem Termin am 25.5.93. Der 25.5. 90 ist der Todestag vonSevilliano, im Kampf für die Zusammenlegung. Ich habe Eva davon geschrieben, aber ich würde gerne auch deine Reaktion haben. Der Termin ist zu weit weg,um eine"Antwort" auf die Erklärung von Dellwo zu sein.Aber da ich mich nicht darum sorge,ihmzu antworten, sondern viel mehr eine Bestimmung für die Zusammenlegung zu unterstützen, die sich in der BRD schon durchgesetzt haben würde......

Ich würde so Wollen, Daß du mit denen um dich herum darüber diskutierst,ob das einen Sinn macht, ob ihr mit diesem Datum etwas anfangen könnt, etc....

Nathalie, die ich gebeten hatte, meinen Brief zu"überprüfen", hat mich gerade gerufen,ob ich dir gesagt habe, was der 25. mai sein soll. Natürlich nicht!

Daran ist das kleine Fahrrad schuld! Durch den vielen Freilauf vergisst es schliesslich die Schaltung. Also, es handelt sich darum, daraus einen "Aktionstag für die Gefangenen in Europa zu machen. -im wesentlichen, aber wenn das eine Bedeutung mit einer internationalen Ebene, also auch den Bezug zu den US-Gefangenen haben kann, soll das auch nicht ausgeschlossen werden.

"Aktionstag" ist eine sehr vage Bezeichnung, aber ich glaube das ist dafür gut, daß jeder sich frei nach seinen eigenen Mitteln darin bestimmen kann Das kann so von blossen"Gedenken" bis zu Konkreteren Sachen reichen. Ich habe zu den Gefangenen in Italien darüber gesprochen und meine Idee war Teil von dem Vorschlag von Christian(Dänemark) am 18. 10. etwas für die Freilassung von Bernd zu machen. Sein Vorschlag war zu spät gekommen. Und auf jeden Fall war nicht genug Zeit da, sie sich setzen zu lassen.

Aber wenn ich auch mit dir darüber spreche, dann deshalb weil ich hoffe,daß dieses "RENDEZ-VOUS" draussen ein Echo finden könnte. So daß auch die anderen Gruppen draussen für sich etwas daraus machen können. Ich will damit sagen, daß selbst, wenn es sich um eine "Wiederzentrierung" auf der Frage der Zusammenlegung handelt-und diesenicht allein als Übergangsetappe auf die Freiheit hin, sondern als politische Forderung, Aufbau des Kräfteverhältnisses,das Kräfteverhältnis das tatsächlich in die Freiheit einmündet, aber indem sie die Konturen der individuellen Freilassungen und den Verzicht darauf gezeichnet hat.Also selbst es für mich scheint, daß die gemeinsame Forderung die Zusammenlegung sein muß so kann sie mit anderen Forderungen verbunden werden,selbst verschiedei eingestuft nach den verschiedenen politischen Bestimmungen.

Die Zusammenlegung, damit die deutsche Regierung weiß,daß ihre Strategie gescheitert ist, daß selbst wenn sie letzendlich in die Enge getrieben sein wird, nur "angemessene Freilassungen" zu machen ,wird sie gut und gerne dazu getrieben sein ,es zu machen und sie wird nicht mehr Winkelzüge machen und Katz und Maus spielen können,wie sie es aktuell macht,mit der mehr oder weninger klaren Unterstützung der "Liberalen"

So amüsiere ich mich, wie ich S. sagte, über die Wutausbrüche der taz über die Lähmung, die die Macht unter Beweis stellt. Zweifellos hat die taz nicht Unrecht, wenn sie sagt,daß das aus der politischen Unfähigkeit kommt.UND wie immer bei den Liberalen gibt es in ihren Behauptungen eine Mischung aus Trick und Aufrichtigkeit.Sie wollen so aufrichtig(glupp) die Konfrontation befrieden. Und das ist logisch weil ihr Doktrin ist, daß der Kampf keinen Grund hat,gewaltätig zu sein. So amüsiere ich mich über die Aufschreie in der taz,weil sie um so lauter schreit,je mehr Angst sie hat durch diese politische Lähmung des Staates in die Enge getrieben zu finden, ihr "Lager zu wählen"

Eine politische Lähmung,die daraus hervorgeht daß das imperialistische System grundlegend in der Krise ist und seine Prahlereien nach dem Zusammenbruch des"realen Sozialismus" werden nichtsan dieser Realität ändern. So muß man eher von taktischer Antwort als von einer wirklichen Strategie von seiten des Staates sprechen.

Um auf die Frage der Kampagne für die Freilassung zurückzukommen, glaube ich, daß wegen ihres gegenwärtigen Eindrucks von einem Zusammenbruch auf allen Ebenen, die revolutionäre Bewegung in Deutschland nicht hinreichend bewertet hat, daß, wenn die Kinkel-Initiative wohl ein KGT-Projekt war,sie die Antwort auf ihre Mobilisierung zu den Gefangenen war. Zumindest habe ich manchmal diesen Eindruck angesichts einiger Reaktionen gehabt;ich denke besonders an die reaktioneiner Gruppe aus Hannover, diesagt,daß sie sich bis dahin immer an den Kampagnen für die Zusammenlegung der Gefangenen beteiligt hattwe unddie denkt, daß die aktuelle kampagne in einer schwierigen Situation sei, wegen ihrer "Ausgangsbasis" als Reaktion auf eine Kgt-Initiative. Diese Position scheint mir nicht richtig zu sein, weil sie nicht eine der wesentlichen Errungenschaften der Bewegung um die Gefangenen seit Jahren berücksichtigt: nie losgelassen zu haben und genau deshalb hat sich die Regierung trotz allihrer Traditionen entschlossen,einen anderen Weg zu suchen. Um so mehr als ihre Experten dafür bezahlt werden,um sie über die Verwirrung in der revolutionären Linken zu informieren und also über deren Schwierigkeit sich zu orientieren und sich politisch zu bestimmen.....

BILDET BAN

Brief von Brigitte Mohnhaupt

10. 3. 1993

zuerst möchte ich was zu meinem „ausgangspunkt" im moment sagen, aus dem ich rede.

die ganze zeit schon gibt es keine gemeinsame und umfassendere erklärung von uns gefangenen, wie wir die situation jetzt begreifen und darin unsere sache bestimmen. wir haben es nicht geschafft, die unterschiedlichen sicht- und denkweisen unter uns so weit zu klären, daß wir zu einem gemeinsamen grundverständnis in unserem politischen rangehen gekommen sind.

aber reden müssen wir jetzt, um wieder einen praktischen zugriff auf unsere situation zu kriegen, jede/r selbst und in der auseinandersetzung hoffentlich wir alle und mit vielen zusammen.

ich habe mich nach diesem letzten jahr gefragt, was für mich die „hauptsachen" sind politisch, die — wenn ich einen strich unter alles ziehe — unaufgelöst und ungeklärt stehenbleiben und die wir nicht mitschleppen können, wenn wir zu einem neuen anfang kommen wollen.

eine solche hauptsache ist für mich das ganze problem, das aus der verknüpfung der entscheidung der raf für eine zäsur im ganzen politischen mit der freiheit der gefangenen entstanden ist.

diese verknüpfung hat sich auf beides — auf die politische durchschlagskraft des schritts der raf und den sinn seiner bestimmung genauso wie auf die anstrengung, endlich einen einschnitt in der staatspolitik gegen die gefangenen zu erkämpfen — im schlechten ausgewirkt, weil sie beidem den politischen inhalt entzogen oder ihn jedenfalls verwischt hat. den inhalt und den jeweils „eigenen boden".

um den wieder sehen zu können, denke ich, muß man die verknüpfung erst mal wieder auftrennen, in die zwei verschiedenen entwicklungen trennen, die darin auf eine falsche weise zusammengepolt sind.

die eine entwicklung ist die, aus der auch wir gefangene die entscheidung der raf für notwendig und richtig halten, ausgehend vom historischen einschnitt mitte der 80er jahre, der kette weltweiter und innergesellschaftlicher umbrüche seitdem, der totalisierung des kapitalsystems und damit der globalisierung der auseinandersetzung, der kämpfe um lösungen gegen das elend und das verrecken, gegen die eskalierende zerstörung in der „einen welt" heute.

das alles hat die bedingungen und den ganzen bezugsrahmen, in dem sich revolutionäre politik bewegt und bestimmt hat, auseinandergesprengt. eine einfache fortsetzung oder die „übertragung" der alten bestimmungen auf die völlig veränderte situation weltweit ist nicht möglich, wir alle müssen die gesamten neuen bedingungen und die dimension des umbruchs überhaupt erst erfassen und zu einem neuen gemeinsamen begriff in den grundfragen kommen.

das ist das entscheidende, was der schritt der raf eröffnet hat, diesen prozeß von praktischer auseinandersetzung um unsere politik hier und für die entwicklung der notwendigen neuen strategischen bestimmungen direkt anzufangen und zu fordern.

ich weiß nicht, ob sich die kritik an der raf, die es gibt, vor allem an der entscheidung selbst (also bewaffnete aktionen jetzt aussetzen) festmacht oder daran, wie sie diesen schritt politisch begründet und vermittelt haben. ich will hier auch in erster linie darüber reden, wie wir ihn selber begreifen, aus dem, wie wir die letzten jahre nachgedacht haben. da ist für mich das aussetzen von aktionen die entscheidung,



Brigitte Mohnhaupt

die der realen entwicklung entspricht, und politisch verantwortlich.

wir haben die bewaffnete intervention hier in der metropole in einer strategischen gesamtkonzeption bestimmt, aus den zielen und dem strategischen zusammenhang der internationalen befreiungskämpfe. unsere aktion also als funktion dieser strategie, die sie mit ihrem angriff materiell und politisch entwickeln will. das ist ihre aussage und ihr ziel.

aber heute kann die bewaffnete aktion hier diese strategische funktion nicht mehr haben, gar nicht mehr erreichen, weil es die strategische gesamtkonzeption nicht mehr gibt. sie trifft die veränderte wirklichkeit nicht mehr. die auseinandersetzungen sind so viele geworden, die alle gleichzeitig nach lösungen verlangen, daß die „zentrale perspektive", wie sie historisch entwickelt war, die neu entstandenen bedingungen nicht mehr erfassen kann.

wir brauchen also einen gemeinsamen begriff von der „neuen realität des kapitalistischen systems", wie ein genosse von den tupamaros das gleiche ausdrückt, um zu den konkreten inhaltlichen bestimmungen für unsere politik jetzt kommen zu können. niemand kann heute sagen, wie die strategie der zukunft aussehen wird, das wird sich erst in den auseinandersetzungen und kämpfen, die jetzt gekämpft werden, herausbilden.

das ist für mich der wesentliche inhalt der entscheidung der raf. wir müssen klar sein zu unserer politik.

zur gleichen zeit, als diese veränderungen anfingen, sichtbar zu werden, standen wir hier im knast vor der frage, wie wir unseren gefangenenkampf weiterbestimmen. wir hatten neun kollektive hungerstreiks gemacht, um den permanenten ausnahmezustand um uns, isolation, trennung, vereinzelung zu durchbrechen und unsere zusammenlegung durchzusetzen. aber wir konnten die zusammenlegung immer nur für wenige erkämpfen (oder auch nur halten), nie für alle. einige von uns waren inzwischen 17, 15, 12 jahre gefangen, mehrere so krank, daß ihre gesundheitliche wiederherstellung unter knastbedingungen ausgeschlossen war.

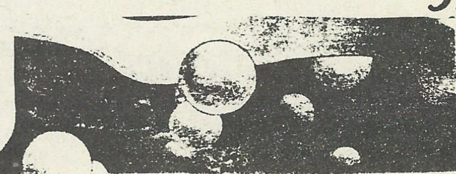
es war klar, wir müssen jetzt endlich durchkommen, wir brauchen den direkten prozeß zusammen als überhaupt lebensbedingung hier und um politisch handeln zu können. nicht nur unsere, die ganze situation brennt, aber wir können immer gerade nur das allernotwendigste hinkriegen, wir verständigen uns in abständen von wochen und monaten.

die schwierigkeit, politisch zusammen zu handeln und eingreifen zu können, wurde immer krasser, mit unserem letzten streik 84/85 — nach 15 jahren kampf dagegen — war die isolation in der öffentlichkeit zum thema geworden, sie wurde nicht mehr als selbstverständlich akzeptiert und war für den staat schließlich politisch nicht mehr haltbar. es kamen die ganzen medienkampagnen („amnestie", „dialog"), in der linken begann die diskussion, daß die gefangenen raus müssen.

wirklich eingreifen konnten wir nur ganz begrenzt. da, wo wir es angefangen haben (die initiative zum „dialog" 88), lief der versuch sofort wieder am staat auf.

aber wir haben eine vorstellung entwickelt, die umrisse einer vorstellung, aus der wir auch unseren neuen kampf um die zusammenlegung, den streik 89, bestimmt haben. das war unser „gefangenenprojekt" mit dem kernpunkt diskussion — die möglichkeit für uns, teil der gesamten diskussion zu sein, ein offener austausch und diskussionsprozeß über alle fragen, die jetzt angefaßt und gelöst werden müssen, mit dem ziel, einen gemeinsamen begriff der situation zu erarbeiten, den notwendigen neuen ausgangspunkt zusammen für unsere praxis weiter.

und aus diesem prozeß konkrete schritte und initiativen zu entwickeln für unsere freiheit, jetzt den einschnitt in der vernichtungspraxis aus zwei jahrzehnten politisch durchzusetzen und für den staat unausweichlich zu machen.



unsere zusammenlegung war die materielle voraussetzung dafür, wir können eine so umfassende, weitgespannte diskussion nur führen, wenn wir zusammen sind — wenn wir auch endlich selber zusammen reden und uns auseinandersetzen können.

aber zusammen sind wir auch mit dem streik 89 nicht gekommen, obwohl so viele menschen wie noch nie unser ziel unterstützt und sich eingesetzt haben — in der zuspitzung des streiks hat sich genau die walze gegen uns gefangene aufgerichtet, die dann im durchmarsch zu „großdeutschland" weitergerollt ist.

was im streik eine zeitlang aufgebrochen war — daß es ein politischer konflikt ist, eine politische konfrontation, mit der der staat auch nur auf der politischen ebene umgehen kann —, war für die nächsten drei jahre vollkommen weggeschluckt.

über die will ich später noch genauer reden. an deren ende jedenfalls stand dann die sogenannte kinkel-initiative, der plan der koordinationsgruppe terrorismus, der das ganze letzte jahr so viel raum eingenommen hat.

im januar hat kinkel den kgt-plan in die öffentlichkeit gebracht, im april kam die entscheidung der raf für eine politische zäsur.

im ersten teil ihrer erklärung geht die raf auf ihre gründe für diesen schritt ein, im zweiten auf kinkels ankündigung zu den gefangenen. und da fängt das problem an, das ich meine: beides wird verknüpft, die gefangenenfrage wird in bezug gesetzt zur entscheidung der guerilla, aktionen jetzt auszusetzen. so kommt eine politische vermittlung rüber, als ob die raf-entscheidung in eine erwartungshaltung an den staat mündet: daß der nun, quasi als antwort, eine lösung für die gefangenen „zuläßt".

das hat beidem viel luft abgedreht. weil der inhaltliche kern der raf-entscheidung eben der schritt zur politischen neuorientierung ist und das strategische moment darin für den kampf- und organisierungsprozeß hier — und nicht eine art „angebot" an den staat, wie es dann für viele stehengeblieben ist.

entsprechend hat unsere gefangenensache einen starken drall in die richtung bekommen: um die freiheit muß nicht mehr gekämpft werden, sie muß nicht überhaupt erst *politisch durchgesetzt* werden, sondern das ist jetzt eine angelegenheit zwischen raf und staat und läuft im rahmen der „kinkel-initiative" still hinter den kulissen.

das war, glaube ich, das schlimmste an dieser verknüpfung — daß sie den kampfprozeß rausgekippt hat, auf den der schritt der raf ja aus ist und den er neu mit aufbauen will und ohne den die freiheit für uns gefangene wirklich nur ein frommer wunsch bleibt.

sicher ist das ein fehler der raf gewesen, aber in der folge dann genauso unserer, weil wir, als wir gesehen haben, wohin das läuft, nichts getan haben, um ihn aufzuheben.

also ihn inhaltlich aufzulösen und auf den realen zusammenhang zu bringen. denn natürlich hängt „alles" zusammen, und die entscheidung der raf, die eskalation zurückzustellen, um den raum für eine grundlegende neue politisierung offenzuhalten, hat die situation insgesamt verändert.

damit und mit der kurzen erklärung, die irmgard dann für uns gefangene gemacht hat, daß auch aus unserer sicht jetzt die entwicklung des politischen prozesses hier priorität hat, war auch für den staat eine veränderte „lage" da.

alle ihre jahrzehntealten parolen, mit denen noch der winzigste schritt für die gefangenen jedesmal abgewürgt wurde, waren nicht mehr brauchbar. ein einschnitt in der staatlichen politik gegen uns war „objektiv" möglich, der nach diesen 22 jahren nur die freiheit für alle sein kann, materielle schritte auf diese perspektive zu.

gekommen ist vom staat das gegenteil, „jetzt erst recht", der wahn, daß sie jetzt endlich auch diesen „bereich" unter den absatz kriegen, an dem sie mit allen maßnahmen und strategien immer nur aufgelaufen sind.

eva hat im april geschrieben: „für uns ist *jetzt* die zeit, in der unsere freiheit erkämpft werden kann, in der auch der schritt der raf richtig und dafür eine voraussetzung ist — anders wäre ‚freiheit' bloß ein schöner traum."

so sehe ich es auch, weil es einfach realistisch ist. wenn gleichzeitig angriffe der guerilla laufen, wird hier keine mobilisierung für die freiheit der gefangenen fuß fassen können, auch wenn sie breit ist und zäh am ziel festhält — das ist aus den kräfteverhältnissen hier so, der staat türmt dann sein ganzes arsenal dagegen auf und drückt den politischen inhalt weg, macht es zur reinen machtfrage.

daß sie das jetzt nicht können, daß jetzt die möglichkeit da ist, mit unseren politischen inhalten durchzukommen und weiterzukommen, für ihre durchsetzung „in der gesellschaft" zu kämpfen — dieser reale zugriff auf die situation ist durch die politische verwirrung im letzten jahr fast untergegangen.

aber den zugriff müssen wir jetzt kriegen.

deswegen ist es mir auch wichtig, die „verknüpfung" auf den boden zu holen, weil man sonst nicht klar denken kann. das haben wir ja an uns selber gesehen die ganze letzte zeit. und es ist eben ein grundlegender unterschied: die raf hat dem staat nichts „angeboten" — keinen deal, weil sie sowieso das handtuch werfen und vorher noch schnell das gefangenenproblem „bereinigen" will, und auch keinen waffenstillstand, in dem es um verhandlungen mit dem staat über die gefangenen geht.

sie hat aus ihren bestimmungen eine politisch notwendige entscheidung getroffen, die für die entwicklung radikaler und revolutionärer politik hier neue möglichkeiten enthält.

es gibt mittlerweile ein so großes loch von mißverständnissen und sich gegenseitig nicht verstehen, daß ich noch etwas sagen möchte. ich habe nicht deswegen mit der „verknüpfung" als erster hauptsache für mich angefangen, um irgendwie auszudrücken, daran hinge jetzt alles, was politisch nicht auf die füße gekommen ist. das wäre einfach nur falsch, weil es auch nicht eine sache allein ist, die man nur aufzulösen braucht, und dann ist wieder „klarheit" rundum. das kann erst ergebnis eines weiteren und tieferen diskussionsprozesses mit vielen sein, in dem wir auch erst mal voneinander begreifen müssen, was jede/r sieht und denkt, und warum.

nein, ich hab damit angefangen, weil der schritt der raf für mich das entscheidend wichtige war, weil er eine ganz andere bedeutung und auswirkung hat als alles, was auf unserer „ebene" — der der gefangenen — passiert. eben auch im internationalen zusammenhang, in der diskussion mit genossinnen und genossen aus anderen ländern, in den fragen und gedanken dazu, die wir mitkriegen.

deswegen komme ich erst jetzt zu uns gefangenen direkt und zu unserer eigenen politik in den letzten drei jahren. und das ist die zweite hauptsache für mich, die wir



anfassen und klären müssen in der auseinandersetzung jetzt.

dazu muß ich nochmal zum streik 89 zurückgehen und zu dem, was ich vorhin gesagt habe, daß sich in der zuspitzung damals die walze gegen uns aufgerichtet hat, die dann als „rechte", als etablierte reaktionäre macht offen rausgekommen ist im weitermarsch zur annexion der ddr, zur neuen militärischen interventionsmacht, zum harten kern der weißen festung europa.

mit dieser, in der konfrontation ja ganz direkten erfahrung, was da als rechter block sichtbar wird, sind wir aus dem streik rausgegangen, und mit dem bewußtsein, daß wir wie im streik jetzt weiterkämpfen müssen, wo wir es trotz trennung und elenden bedingungen geschafft hatten, ihn gemeinsam zu bestimmen und unsere politik durch seine ganze entwicklung durch in der hand zu behalten.

der streik war noch mal konzentriert die erfahrung, daß unsere reale stärke als gefangene unser kollektiver zusammenhang ist und daß wir, wenn wir als handelndes kollektiv politisch da sind jetzt weiter, auch durchkommen können mit unseren zielen.

aber das kollektiv ist eben nicht einfach „da", weil wir alle gleichzeitig im knast sind und eine gemeinsame politische geschichte haben, es ist nur möglich als dauernder prozeß, in dem alle mit der ganzen kraft um den zusammenhang kämpfen. und das haben wir nach dem streik nicht mehr gemacht. es ist klar, es gibt auch eine erschöpfung aus den vielen jahren, wo jede/r sich immer wieder aus der vereinzelung rauskämpfen muß. und die äußeren bedingungen haben es uns auch nicht leichter gemacht, die trennung ging für die meisten unverändert weiter, es kamen die bka-razzien, jedesmal haben sie wieder die ganze post,

jeden fetzen papier abgeschleppt, jeder gedanke von uns war „illegal", sobald er aufgeschrieben war.

aber ich glaube, in den drei jahren ist uns das gemeinsame grundverständnis verlorengegangen, daß wir nur zusammen diesen kampf nicht verlieren werden und die kraft finden, die wir brauchen. die subjektive kraft und die politische. das ist ja unsere fundamentale erfahrung aus unserer ganzen knastgeschichte, nur zusammen waren wir in den ersten jahren überhaupt fähig, die isolation zu begreifen und nicht an ihr kaputtzugehen, dagegen kämpfen zu können und unsere ziele unter diesen ganz anderen bedingungen weiterzubestimmen.

auch in der reduzierung hier, über jahre und jahre, ist es diese anstrengung, den prozeß mit den anderen zu wollen und zu suchen, in der unsere lebensweise, wie wir draußen auch gekämpft haben, immer noch real wird. und wie hier trotz allem politischer prozeß möglich ist, kampf um veränderung, veränderung der bedingungen und die eigene veränderung, die eigene weiterentwicklung als mensch. sonst wäre der knast wirklich nur stillstand, ohnmacht und langsames verrecken.

diese gemeinsame anstrengung haben wir nicht mehr aufgebracht, das bedürfnis, um den prozeß zusammen zu kämpfen, war nicht mehr das wichtigste. das ist für mich der grund, warum wir auch die politischen widersprüche unter uns, die in dieser zeit offen geworden sind, wenn schon nicht lösen, dann doch wenigstens rational klären konnten.

was sich durch die drei jahre durchzieht, ist eine politische richtung, die uns in meinem verständnis langsam aber sicher zu objekten machen wird, zum gegenstand staatlichen schaltens und waltens, wenn wir das nicht ganz aufknakken jetzt.

das fängt an mit der „cdu/spd-linie", die nach dem streik aufkam. in den cdu-ländern gab es absolut gar keine veränderungen, in den spd-ländern einige wenige (die neue kleingruppe in köln, und in lübeck, wo die gefangenen seit langem nur noch zu dritt waren, kam gabi aus berlin dazu). also weiter die unterschiede in den ländern, weil die regierungsentscheidung im streik negativ gewesen war. das war im wesentlichen keine andere situation als seit jahren, nur mit umgekehrten vorzeichen: lange gab es kleingruppen nur in cdu-ländern, und für die spd war die zusammenlegung der größte teufel. aber nie sind wir deswegen auf die idee gekommen, auf die cdu zu hoffen oder aus diesen unterschieden eine politische linie zu begründen, unser politisches rangehen daran zu bestimmen. es gibt zu den gefangenen keinen „widerspruch" zwischen den parteien, was mit uns passieren soll, darin sind sie sich immer am schnellsten einig gewesen, es gibt wenn nur unterschiede im vorgehen im blick auf die jeweils eigenen wählerInnen. so wie sich die spd dann im streik die verfassungsschutz-linie zu eigen gemacht hat.

das soll nicht heißen, daß wir blind sind und möglichkeiten nicht aufgreifen, wenn sie durch dieses unterschiedliche vorgehen sichtbar werden. aber unsere politik daran zu bestimmen, kann nur der holzweg sein und eine umkehrung und auflösung vom ganzen verhältnis: daß es hier keine lösung für uns gibt, kein winziges stück boden, das wir uns nicht erkämpfen müssen, gegen den staat politisch durchsetzen und erkämpfen müssen.

und es war ja auch der holzweg, die spd hat trotz zahlreicher gespräche keinen finger gerührt, um irgendeine bewegung in die erstarrte situation zu bringen.

es geht hier nicht um ein schema von „falsch" und „richtig", sondern darum, was die basis unseres politischen handelns ist, wie wir uns selbst bestimmen und daraus unsere politischen schritte und initiativen.

dieser knick im grundverhältnis hat sich fortgesetzt mit der linie von den „zwei fraktionen im staat" — eine besonnene, die jetzt auch zu einem politischeren umgang mit den gefangenen und revolutionärer praxis insgesamt bereit wäre, und eine, die so weitermacht wie bisher. diese „zwei fraktionen" sind schon durch die allgemeine diskussion gegangen, bevor dann im april auch die raf von ihnen geredet hat. aber wer soll das sein, wer ist damit gemeint? kinkel und der verfassungsschutz auf der einen seite, das bka und die bundesanwaltschaft auf der anderen? und was soll das heißen — für uns? daß wir alle nun schauen, welche fraktion sich „durchsetzt", wie die raf sagt?

die realität, mit der wir es zu tun haben, ist eine andere. wir haben in dem zusammenhang ja schon auf die kgt hingewiesen, nicht weil das das wichtigste ist, aber ein unmittelbarer widerspruch dazu, der ins gesicht springt. die kgt ist die operative koordinierung von politischen und staatsschutzapparaten, ein extra-legaler zusammenschluß zu mehr effizienz, schnelleren, abgestimmten entscheidungen, die dann von allen ebenen getragen und umgesetzt werden. entscheidungen wie die „kinkel-initiative".

es ist ein märchen, der baw darin die rolle der grauen eminenz zuzuschreiben, wie es die *taz* so gerne tut, um zu vermitteln, politisch sei ja viel mehr gewollt, nur die baw hat sich wieder dazwischengeworfen. die baw hat in dieser struktur ihre bestimmte funktion: sie führt die sache aus. was die baw macht, *ist* die „kinkel-initiative". sie setzt sie um auf der praktischen ebene: justiz/vollzug, wie sie seit 1970 die politische linie gegen uns umsetzt.

es ist ganz einfach nicht wahr, daß „eigentlich" politisch was anderes gewollt wird als das, was auch tatsächlich gemacht wird. auch die neuen prozesse gegen uns sind kein querschläger der einen fraktion gegen die andere, sondern bestandteil der gesamten entscheidung. der kgt-plan bezog sich von anfang an nicht auf alle gefangenen.

trotzdem haben wir, als das kam, nicht sofort abgewinkt, sondern wir haben kinkels ankündigung damals auch als ausdruck der 22 jahre konfrontation raf—staat und gefangene—staat genommen, in denen sie weder die raf militärisch vernichten noch unseren zusammenhang als gefangene zerbrechen konnten. und wir haben sie am einzig realen punkt angefaßt (denn der kgt-plan war schließlich nur ein plan, mehr nicht): daß damit die gefangenensache als politische frage öffentlich jedenfalls wieder auf dem tisch war, und daß es so auch ein ansatzpunkt sein kann, mit dem, was wir wollen, weiterzukommen, eben jetzt einen wirklichen politischen einschnitt herauszukämpfen, die freiheit für alle.

daß wir unser ziel nur in einem langen und schwierigen kampf politisch durchsetzen können, war klar, und es war auch allen klar, daß „freiheit für alle" im kgt-plan nicht vorkommt, das hat kinkel in tutzing und in bonn auch selber deutlich gesagt.

es war ein fehler, daß wir uns nicht gleich damals öffentlich konkret und genau damit auseinandergesetzt haben — auch ohne konsens unter uns und mit unterschiedlichen einschätzungen, denn was

wir jetzt machen, als „einzelne" reden, hätten wir damals genauso gekonnt.

aber der größere fehler liegt darin, daß wir nicht schon lange mit einer eigenen initiative da waren, daß wir so auch nur reagieren konnten. das ganze jahr davor gab es diskussionen, 1992 zum internationalen jahr für die freiheit der politischen gefangenen zu erklären und in den veranstaltungen und initiativen, die zum 500jährigen kampf gegen die weiße beherrschung und ausplünderung der welt hier stattfinden, auch dieses ziel politisch voranzubringen. es gab andere überlegungen, die wirklichkeit der 20 jahre gefangenenkampf zum thema zu machen. aber wir selber haben keine konkrete vorstellung auf die füße gebracht, wir waren zu langsam, und dann kam der staat mit seiner vorstellung raus.

aber weiter mit den „zwei fraktionen". drei monate später hat die raf ihre entscheidung öffentlich gemacht, die eskalation zurückzunehmen, bestimmt als schritt zu einer umfassenden politischen neuorientierung. damit war auch der kgt-plan über den haufen geworfen, in dem es ja praktisch darum ging, den gefangenen abzupressen, daß sie sich mit dem staat „versöhnen" müssen, wenn sie nicht ewig sitzen wollen. sich mit dem staat versöhnen, heißt zu erklären, daß es heute nicht mehr notwendig ist, für revolutionäre umwälzung zu kämpfen. politisch hätte das bedeutet, nicht nur die eigenen ziele aufzugeben, sondern auch gleichzeitig der raf damit die legitimation abzusprechen, weiter zu kämpfen. insofern war der kgt-plan auch nur eine variation der alten sache, ihres alten ziels, über die gefangenen die raf politisch zu zerstören.

der schritt der raf hat diesen tüfteleien, wie hoch sie jetzt das stöckchen halten wollen, über das wir springen sollen, mit der entlassung quasi als wurst vor der nase, erst mal den boden entzogen. er hat klargemacht, daß der politische prozeß objektiv längst weiter ist. ganz abgesehen davon, was für ein hohn das ist, was für ein irrsinn auch, als ob wir ihre manövriermasse sind, als ob unser kampf ohne inhalt ist. wir sind heute keine anderen menschen als vor 10 oder 20 jahren, aber das haben sie ja noch nie kapiert.

es gab dann nach der erklärung der raf noch mal eine entscheidung zu uns im apparat. im august wurde sie unseren anwälten von der neuen justizministerin mitgeteilt:

1. kein politischer umgang mit der gefangenenfrage, deswegen auch keine „gesamtlösung" für die freiheit von allen, sondern über jahre hingezogen entlassungen als individuelle verfahren auf der justizschiene, einzelbeurteilungen nach gewaltverzicht und „günstiger sozialprognose";
2. die neuen verfahren gegen uns auf der grundlage von kronzeugenaussagen werden nicht eingestellt, sondern durchgeführt, weil jedes weitere lebenslänglich zur „schwere der schuld" zählt, die wiederum über den zeitpunkt der entlassung entscheidet;
3. es gibt keine zusammenlegung, wer jetzt noch alleine ist, soll es auch in zukunft bleiben (das ist rolf seit 13 jahren — bald werden es 14 sein, christian und ich seit 10 jahren, manu seit acht, andrea, rico, chris und norbert seit fünf und sechs jahren);
4. es gibt auch kein treffen von allen gefangenen für eine woche, wie wir es wollen, um endlich reden und uns verständigen zu können, wovon wir heute zusammen ausgehen. das wars, ihre politische entscheidung, und ich möchte wirklich wissen, wo die zwei-fraktionen-theorie da die miteinander ringenden kräfte im apparat sieht.

gut, aber so bleibt es politisch auch immer noch an der oberfläche, es reicht nicht zu sagen, daß diese „widersprüche im apparat" für uns keine feststellbare relevanz haben, oder auch weitergehend: daß es noch nie so wenig „zwei fraktionen" gegeben hat wie heute, weder in der politik gegenüber den menschen in der alten ddr noch in der interventionspolitik, in der asylpolitik oder in irgendeiner anderen grundlegenden frage für diese gesellschaft.

was ich meine, liegt tiefer — das grundverhältnis, aus dem wir uns selbst bestimmen, und wie wir uns eine politik, die radikale veränderungen erkämpfen kann, vorstellen. das ist nicht „nur" das verhältnis zum staat, sondern der gesamte existentielle widerspruch mensch—kapitalsystem, aus dem man anfängt, etwas anderes zu suchen und zu versuchen, die existentielle erfahrung, daß leben, lebensqualität und lebenssinn nur gegen diese realität des systems möglich wird. das ist für mich immer die wurzel unseres kampfs und unserer identität gewesen.

wenn wir heute sagen, die probleme sind so viele und so zugespitzt, so brennend, daß überall lösungen sofort notwendig sind, die auch nur zusammen mit einer neuen gesellschaftlichen basis und gesellschaftlichen intervention erkämpft werden können — eben von allen kräften, die eine umkehrung der entwicklung durchsetzen wollen —, dann kann das ganz sicher nicht heißen: ohne diese identität, ohne dieses verhältnis.

das ist doch das schwere hier „im herzen der bestie", im stakkato von leistung und konsum, sinnentleertem leben, zerstörten menschlichen beziehungen und menschlichen werten, überhaupt erst zu sich zu finden, den sinn vom eigenen leben zu bestimmen und darum zu kämpfen, ihn zu realisieren, die menschen zu suchen, die für das gleiche ziel aufgestanden sind und darum kämpfen wollen: für eine menschliche welt, im einfachsten sinn.

also identität herzustellen gegen die leere, die eigene achse zu finden und im politischen rangehen wiederzufinden, die trennung zwischen eigenem leben und kampf um veränderung, die hier die härteste blockierung von wirklicher politischer entwicklung ist, ganz aufzulösen.

die „zwei fraktionen" sind ja nur ein beispiel, aber eben ein reales, eins aus dem real-existierenden politischen denken. ein denken, wo nicht mehr die eigenen ziele und daraus die suche nach der eigenen konkreten politik, den möglichkeiten der kern ist, sondern wo der ansatzpunkt zum eigenen handeln auf den staat verlagert wird, was er aus seiner interessenlage an raum für uns „zuläßt" oder auch nicht.

aber so wird nichts weitergehen, nur die neuen alten illusionen werden auf dem bauch landen und so das gefühl, daß „hier nichts geht", noch verstärken.

ich glaube, daß es in der auseinandersetzung um eine neue politische grundlage jetzt ganz entscheidend darum gehen wird, dieses „übermachts-denken" aufzubrechen — daß der staat so stark ist, daß wir doch nie durchkommen mit unseren zielen — und *das subjekt* neu herauszuholen im ganzen politischen begriff und bewußtsein. für mich ist das jedenfalls ein kernpunkt, über den ich reden will, weil mich das seit jahren beschäftigt.

denn mit dieser übermacht waren und sind wir ja genauso konfrontiert, wir sind genauso durch niederlagen und einbrüche gegangen wie alle hier in diesen 25 jahren. aber unser verhältnis war nie, daß deswegen nichts möglich ist in diesem land. es stimmt ja auch nicht, unsere erfahrung ist genau, daß sehr viel möglich ist, wenn wir nicht stehenbleiben und uns den politischen zugriff auf die sich verändernden bedingungen immer wieder neu erkämpfen.

soweit zum letzten jahr und zu unserer gefangenensache. das kann natürlich jetzt nicht mehr als ein ausschnitt sein, zusammengefaßt aus der diskussion unter uns (soweit sie möglich war) und konzentriert auf diese zwei probleme.

wahrscheinlich wird es in den verschiedenen beiträgen, die jetzt von uns zusammenkommen, auch widersprüche oder offene gegensätze dazu geben. aber das ist unsere situation. mir ist das wichtigste jetzt, daß für alle, die sich mit uns auseinandersetzen, klar und nachvollziehbar wird, was wir konkret denken und warum wir so denken.

so kann dann auch ein anfang für die diskussion und politische klärung daraus werden, von der wir schon so lange reden, daß wir damit jetzt beginnen.

Diesen Brief von Brigitte Mohnhaupt und weitere Briefe von Heidi Schulz, Christian Klar, Rolf Heißler, Knut Folkerts und Lutz Taufer — Gefangene aus der RAF — können bestellt werden bei:

Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen, Heddernheimer Landstraße 155, c/o Weißes Haus, 3. Stock, 6000 Frankfurt/Main.

Bestellungen bitte schriftlich an diese Adresse und 6 DM in Briefmarken beilegen.

Erklärung von Helmut Pohl, Gefangener aus der RAF

es ist jetzt vielleicht noch einmal eine gelegenheit, etwas für uns zu sagen.

jedenfalls wollen wir zu uns, ein großer teil der gefangenen aus der raf, für jeden klarheit schaffen.

niemand von uns und auch niemand von den angehörigen hat die forderung nach einem kurzzeitigen zusammenkommen, wie sie jetzt durch die öffentlichkeit gewälzt worden ist, gestellt.

wir haben diese forderung nicht, wir lehnen das ab, unsere forderung ist nach wie vor: freiheit jetzt, zusammenlegung bis dahin.

wären wir jetzt für wenige monate oder wochen zusammen, wäre unser thema auch nicht der „bewaffnete kampf", sondern eben unsere freiheit. in anderen worten: nicht der frieden mit dem staat und nicht eine schlußabwicklung unserer geschichte nach den letzten beiden katastrophalen jahren, sondern wie wir die kräfte aus der gesellschaft gegen den staat erreichen, die uns schließlich aus den gefängnissen bringen — weil sie die situation erfassen, ihre eigene, die perspektive und die bedeutung davon erfassen, der machtbesoffenen politischen klasse die bestimmung über politische weichenstellungen wegzunehmen.

die geschichte jetzt ist eine neue dieser inszenierungen seit der sog. „kinkel-initiative", an denen nichts real ist, es sei denn, man nimmt sie gleich als vorhang zu täuschung und desorientierung und diese formeln wie „lösung" oder „versöhnung" gleich als synonyme des apparats für endlosen knast für einen dafür vorgesehenen teil der gefangenen.

konnte sich die kampagne um die „kinkel-initiative" noch auf einige wenige gefangene stützen, die darauf eingestiegen sind, und draußen auf die „neue" politik der raf mit der „steinmetzschen" einheit, kommen sie inzwischen ganz ohne aus. es ist eine reine eigenproduktion von verfassungsschutz, medien und politikern. sie brauchen für unsere „forderungen" überhaupt niemand mehr, und so gesehen ist es die konsequente weiterentwicklung der übernahme unseres langjährigen gefangenenprojekts durch den staat mittels der „kinkel-initiative" und deren anhang.

jetzt hören wir, phänomenal für uns, daß dieses kunstprodukt (denn real würde dieses „treffen" sowieso nie) diskussionen ausgelöst hat bis hinein in gesellschaftlich etablierte kreise, die sich schon lange nicht mehr mit gefangenen befaßt haben, weil für sie die ganze sache mit uns schon längst so gut wie erledigt war.

ihr macht euch sorgen über eine möglicherweise „neu entstehende gewalt von links"?

macht euch lieber sorgen um euren staat.

die fette kohle bringt er sowieso nur noch für immer weniger.

es wird mit uns keine neuauflage von so was wie der „kinkel-initiative" geben, in welcher heutigen variante auch immer. wenn, dann deutlich gegen uns.

soweit kann ich aus einem konsens mit brigitte, christian, rolf (heißler), eva, heidi, rolf (wagner) sprechen. das sind keineswegs alle gefangenen, die so denken, wir sind aber die gefangenen aus der raf, für die im ergebnis der entwicklung seit '92 die „lösung" darin bestehen soll, daß wir im endlosen knast wegsiechen.

von ingrid und sieglinde will ich in dem zusammenhang gar nicht anfangen.

ihr werdet euch bei etwas besinnung leicht vorstellen können, daß wir das nicht fressen, und vielleicht wird auch euch dämmern, daß wir mit dieser lage weit über der grenze sind, wo uns der staat noch was anhaben kann, zumal für jede/n von uns alles, was sie tun können, schon einmal da war.

zu der zu erwartenden wiederholung der ewigen leier von den „hardlinern" erinnere ich noch einmal daran, daß wir es waren, die seit langen jahren eine zäsur wollten, und weil wir die fälschungen und hetzstories, die immer wieder gestrickt werden, so satt haben, will ich jetzt noch dazu sagen, daß auch der schritt zur einstellung von „gezielt tödlichen aktionen gegen repräsentanten von staat und wirtschaft" von uns initiiert wurde. allerdings ein gutes jahr früher, als er kam, und wir sind auf nichtbegreifen gestoßen, und dann kam kinkel, und dann ging die „zäsur" nach hinten los.

wir gefangenen haben ursprünglich unseren kurs auf „diskussion" und „zäsur" seit ende der 80er jahre, bei gleichzeitiger deeskalation in unserer auseinandersetzung mit dem staat, keineswegs aus einer „aufgabe des kampfes" heraus gemacht, wir haben es in der überzeugung gemacht, daß vor den ergebnissen des kapitalistischen durchmarsches eigentlich viele mehr als vorher sehen müßten, daß jetzt eine situation realität wird, aus deren antizipation wir 20 jahre gekämpft haben, um sie zu verhindern.

wir wollten das als unseren spezifischen gefangenen-beitrag zu einem klärungsprozeß für eine neuzusammensetzung einer umwälzungspolitik, die heute weit über das linksradikale und auch ehemals linke spektrum hinausreichen könnte. wir wußten, daß wir dafür nur einen engen zeitraum des übergangs im umbruch haben, weil dann die auswirkungen des umbruchs voll herausgekommen sein werden, und daß dann gesellschaftlich und politisch so viel an neuem überlebenskampf, konfrontation im zerbrechenden sozialen zusammenhang und destruktion in der globalen politischen lebenswirklichkeit aufbricht, daß davon die politische möglichkeit dafür erdrückt wird und es dann damit auch für eine lösung unseres gefangenenproblems zu spät ist, weil dann der staat in der krise uns vielmehr zum demonstrationsobjekt für die behauptung und durchsetzung von machtanspruch und machtexekution nehmen wird, als uns freizulassen.

es war der versuch — an einer doch nicht unwesentlichen stelle, schließlich hat die auseinandersetzung raf-staat die gesellschaft über 20 jahre betroffen — einer ansatzweisen verankerung eines grundkurses auf überhaupt politische prozesse, gegen die absehbare chaotisierung und brutalisierung aus den vom mikro- bis zum makro-bereich aufplatzenden gegensätzen mit der tendenz zum jeder-gegen-jeden.

was heute alles vor 3, 4 jahren nicht vorhersehbar gewesen sein soll. die faschisierung nicht, der rassismus nicht, der soziale einbruch nicht, nichts, alle waren so glücklich, als die „neue weltordnung" anbrach.

heute kommt man wohl nicht mehr daran vorbei, den versuch als überholt anzusehen.

wenn es denn heute soweit ist, wie dieses staatsschutzprodukt eines kurzzeitigen zusammentreffens kommt, daß sie glauben, die ernte der letzten 2 jahre einfahren zu können und jedem die pistole auf die brust zu setzen und nach seiner aussage zum „bewaffneten kampf" abzufragen, dann kann ich ihnen auch gleich antworten: ich mache diese politische aussage, die ich in den letzten jahren vertreten habe, heute nicht mehr. das ist heute überhaupt keine aussage mehr. die möglichkeit, die in der zäsur gesteckt hat, dürfte vorbei sein. die bewaffnete aktion und die militanz wird einfach in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen konfrontationen und in allen möglichen formen stattfinden. egal, was die raf und die gefangenen sagen. und das werde ich in manchem bestimmt gut nachvollziehen können. deshalb werde ich einen teufel tun, den bewaffneten kampf „abzusagen".

Helmut Pohl, August '93

Erklärung von Karl-Heinz Dellwo

die bundesjustizministerin hat bernd rößner ‚strafausstand' gewährt. das ist der ersatz für eine entscheidung des bundespräsidenten, die trotz fester zusage nicht gekommen ist. statt einer politischen entscheidung liegt nun eine vor, die die notwendigkeit einer politischen antwort des staates auf die gefangenenfrage, aber auch auf die raf, unterschleichen will. an der staatlichen haltung uns gegenüber hat sich damit nichts geändert. diese entscheidung macht politisch nichts auf.

im januar '92 war der damalige bundesjustizminister kinkel mit der erklärung an die öffentlichkeit getreten, von seiten des staates politische bewegung in das verhältnis zu uns reinzubringen. eine 22jährige gesellschaftsrelevante konfrontation hat ganz einfach auch ihre faktische evidenz geschaffen, der nur noch dummköpfe ihren politischen gehalt bestreiten können. das war durchaus neu, gehörte es doch zur politischen schizophrenie dieser jahre, das politische dieser situation im interesse ideologisch-propagandistischer positionen wegzubeten. es kam allerdings schon jahre zu spät.

wir hatten 1989 in unserem damaligen hungerstreik um zusammenlegung bereits versucht, die politisch und auch militärisch festgefressene situation zu öffnen und eine neue entwicklung zu ermöglichen. die raf hatte, wie ihr nicht-militärisches verhalten bewies, diesen versuch mitgetragen. vom staat allerdings war das nur als unsere schwäche ausgelegt worden, wieder einmal lehnten sie sich zurück, wieder einmal sahen sie sich kurz vor dem großen sieg. so traten sie nach dem abbruch des hungerstreiks auch nur nach: die verweigerung der zusammenlegung wurde festgeklopft, neue kampagnen gegen uns oder unsere anwälte inszeniert, neue zellenrazzien und das einleiten neuer prozesse. nach außen weiter der alte repressionsbetrieb. das ergebnis war die fortsetzung der militärischen konfrontation.

kinkel dann am jahresanfang, ‚mit den sicherheitsbehörden abgestimmt', schien endlich ein anzeichen dafür zu sein, daß auch der staat sich der politischen realität stellen will. allerdings kam kurz nach dieser ‚initiative' von den gleichen ‚sicherheitsbehörden' die erste rücknahme: die baw zog ihren selbstproduzierten „kronzeugen" nonne aus der tasche und versuchte, jedes politische vorgehen zu durchkreuzen.

auch ansonsten blieb die ‚kinkel-initiative' ihren realitätsbeweis schuldig. wäre sie ernst gemeint gewesen, hätten ihr schritte zur zusammenlegung folgen müssen. im vollständigen fehlen dessen war bereits ausgedrückt, daß auch die ‚kinkel-initiative' weiter auf der prämisse der zerstörung der gruppe basierte. daran wird sich natürlich nichts entwickeln.

im april kam dann die erklärung der raf, angriffsoperationen auszusetzen zugunsten des einleitens eines politischen prozesses. die gefangenen haben das durch die erklärung von irmgard möller bekräftigt. diesen schritt der raf muß man eindeutig als versuch sehen, aus der illegalität heraus das neu in gang zu setzen, womit die gefangenen 1989 gegen die dumpfe haltung der macht gescheitert waren. mit weiteren erklärungen hat die raf inzwischen ihre entscheidung bekräftigt und vertieft. damit war auch die frage des bewaffneten kampfes offen gemacht und eine situation hergestellt, wie es sie zuvor noch nie gegeben hat.

die unmittelbaren öffentlichen reaktionen darauf — läßt man mal politiker wie däubler-gmelin oder penner beiseite, ebenso die csu, von der nichts anderes zu erwarten ist — waren teilweise von der erkenntnis getragen, daß es auf diesen qualitativen schritt der raf eine entsprechende antwort geben muß. gekommen ist sie nicht.

stattdessen wurde nur taktiert. während von stahl z. b. öffentlich erklärte, die gefangenen müßten nicht abschwören oder ihre geschichte denunzieren, versuchte der zuständige olg-senat günter sonnenberg im anhörungsverfahren genau dazu zu zwingen. gegen die sofortige freilassung von bernd rößner wurden immer neue schwierigkeiten geschaffen. wurde der raf-schritt im april in den öffentlichen stellungnahmen noch begrüßt, erklärte die neue bundesjustizministerin unter ausschluß der öffentlichkeit im august den anwälten: ‚es wird keine politische entscheidung geben', ‚keine zl' und: ‚machen sie den gefangenen keine hoffnungen'. verbunden war das mit dem verlangen, daß das nicht öffentlich wird. eine vollständige absage, aber ohne politische kosten — wie immer die strategie des maximalen profits! darüber hinaus zieht die baw nicht nur ihre neuen verfahren durch, die ein neues aggressives moment in die situation bringen; sondern sie führt sie auch mit der öffentlich dargelegten absicht, die freilassung von bestimmten gefangenen auf mindestens die nächsten zehn jahre zu verhindern. als könnte das aufgehen!

das war die staatspolitische antwort auf die raf-erklärung, und sie hat nur ein ‚signal': das alte wird fortgesetzt, nur diesmal unter dem schein von ‚normalisierung' der situation. während die raf raum und zeit für eine entwicklung außerhalb des auch staatlicherseits festgefressenen kriegsverhältnisses geöffnet hat, wird der raum von staatsseite wieder zugemacht und die zeit verspielt. während raf und gefangene einen prozeß politischer diskussion angestoßen haben, in dem auch selbstkritisch über unsere geschichte reflektiert wird, wird von der staatsseite die eigene vergangenheit tabuisiert. aber 22 jahre ausnahmezustand und ausnahmesituation auf allen gebieten gegen uns werden nicht durch ein übergleiten in einen scheinnormalen zustand aufgehoben.

wir hatten keine irrationalen oder unerfüllbaren anforderungen gesetzt. uns war klar, daß es ein längerer prozeß ist, an dessen ende die freiheit der politischen gefangenen steht und eine lösung für darüber hinausgehende fragen. in der erklärung von irmgard möller stand, daß niemand von uns davon ausgeht, daß die freiheit aller gefangenen von heute auf morgen umgesetzt werden kann, aber es muß für alle und alles eine perspektive in einem überschaubaren zeitraum geschaffen werden.

sofort möglich für den apparat und die politik war die freiheit aller haftunfähigen gefangenen, das einleiten bei denen, die über 15 jahre inhaftiert sind, und jener widerstandsgefangenen, die schon jetzt zwei drittel ihrer haft hinter sich haben. für die anderen als übergangslösung zu ihrer freiheit die zl. zu den notwendigen schritten von staatsseite gehört auch die mehrfachanrechnung der isolationshaft. nichts ist gelaufen.

trotz dessen hatten wir noch auf die angekündigte entscheidung zu bernd rößner gewartet, um danach für alle, die über 15 jahre in haft sind, entlassungsanträge zu stellen. das sind in lübeck: irmgard möller, hanna krabbe, christine kuby; hier in celle lutz taufer, knut folkerts und ich. in bochum betrifft es stefan wisniewski. verbunden damit war die bereitschaft zu den anhörungen, und es ist auch klar, auf was wir uns dort einlassen und auf was nicht: keiner von uns wird nach seiner freilassung zum bewaffneten kampf zurückkehren. wir hatten das im april bereits gesagt: aus den tiefgreifenden globalen und innergesellschaftlichen umbrüchen ist eine einfache fortsetzung der politik und praxis der 70er und 80er jahre unmöglich. der schritt der raf war überfällig und hat die suche nach der neubestimmung systemoppositioneller politik erleichtert.

keiner von uns aber wird in diesen anhörungsverfahren eine auseinandersetzung über unsere geschichte, unser selbstverständnis oder das, was ein emanzipatorischer prozeß — individuell wie auch gesellschaftlich — in der zukunft sein kann, führen. diese auseinandersetzung ist öffentlich, und wir suchen darin eine neue grundlage für die zukunft. wir werden uns mit diesen ge-

sellschaftsverhältnissen nicht versöhnen. wir wollen auf anderer ebene gegen die kapitalistischen verhältnisse für deren fundamentale umwälzung weiter kämpfen. die lebensverhältnisse hier und im trikont lassen für uns nichts anderes zu.

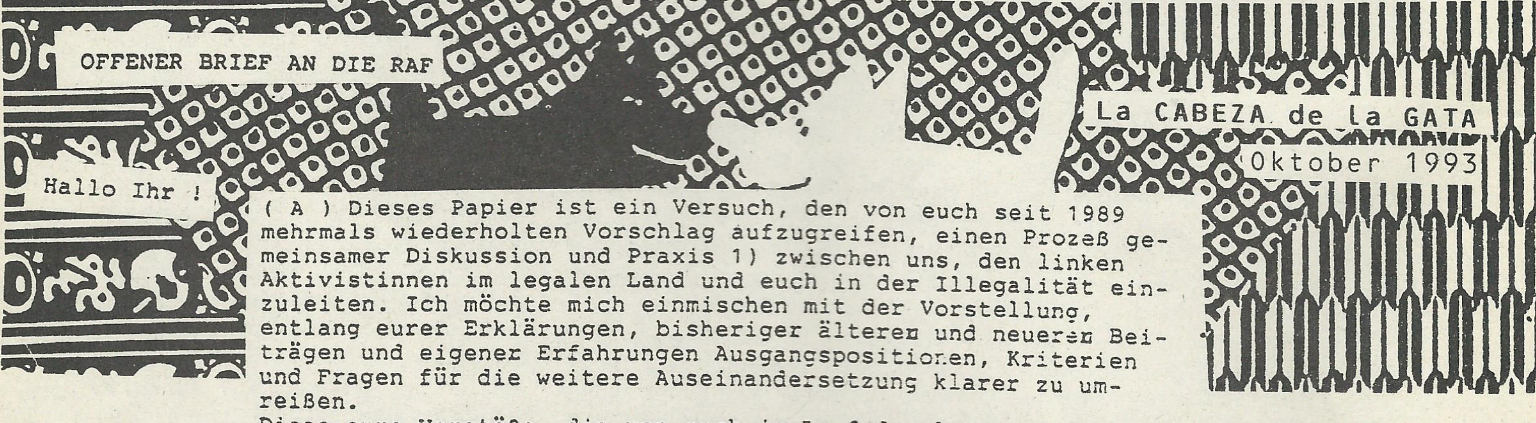
an der entlassungsfrage bernd rößner hätte sich eine politische zäsur auf der staatsseite artikulieren können. nach dem inhalt der nun getroffenen entscheidung können wir nur noch feststellen, daß sie diese politische bedeutung nicht mehr hat. denn die jetzige entscheidung besagt, daß die weitere behandlung aller fragen nicht nur der form, sondern auch dem inhalt nach an die justiz abgegeben worden ist. jene wird aus ihrer ideologischen und normativen fixierung heraus erst recht nicht die entscheidung treffen, zu denen die politik offensichtlich nicht willens ist.

natürlich soll jede/r raus, die/der raus kann. irmgard möller sitzt im 21. haftjahr. 17 jahre nach dem völkerrechtswidrigen vietnamkrieg vollstreckt die bundesregierung immer noch die rache an denen, die auf seiten dieses vom imperialistischen genocid bedrohten volkes gegen diesen krieg gekämpft haben. das steht symbolhaft für die zustände hier: die vom system gehaltene vergangenheit wütet in ihrer logik und in ihrem sinngehalt immer weiter fort. mit nichts gibt es einen bruch. so kann alles auch immer neu wiederkommen: dafür stehen die neo-nazis, dafür steht auch der namensgeber der ‚kinkel-initiative', der, kaum zum außenminister geworden, seinen vietnamkrieg in kurdistan mitführt. so setzt sich auch im innern die logik ihrer staatsschutzdemokratie fort. so können wir auch nur feststellen: wie jedesmal in der vergangenheit, so ist auch dieser versuch von uns, eine andere entwicklung einzuleiten, gemeinsam von politik und apparat substantiell aufgefressen worden.

wir werden das mit den anhörungsverfahren weitermachen, aber wir sagen auch: es gibt grundsätzlich gegenüber den gefangenen und der raf von seiten des staates keine offene politische situation mehr. sie hängen immer noch der absicht nach, uns als gruppe politisch zu zerstören.

wir sagen aber auch: auch wenn alles eine neubestimmung erfahren muß — die geschichte im bewaffneten kampf ist teil unseres lebens. er selber ist teil des weltweiten linken aufbruchs ab mitte der 60er jahre. es wird niemandem gelingen, diese geschichte auszulöschen und unseren zusammenhang zu sprengen. unsere entscheidung, daß jetzt die entwicklung eines politischen prozesses auf neuer grundlage für uns priorität hat, ist eine kollektive, und so muß auch damit umgegangen werden. alles andere wird nicht aufgehen.

celle, ende oktober. karl-heinz dellwo



(A) Dieses Papier ist ein Versuch, den von euch seit 1989 mehrmals wiederholten Vorschlag aufzugreifen, einen Prozeß gemeinsamer Diskussion und Praxis 1) zwischen uns, den linken Aktivistinnen im legalen Land und euch in der Illegalität einzuleiten. Ich möchte mich einmischen mit der Vorstellung, entlang eurer Erklärungen, bisheriger älteren und neueren Beiträgen und eigener Erfahrungen Ausgangspositionen, Kriterien und Fragen für die weitere Auseinandersetzung klarer zu umreißen.
Diese eure Vorstöße, die von euch im Lauf der letzten drei Jahre zunehmend durchschaubar gemachte Entwicklung innerhalb der Gruppe, verfolge ich mit viel Sympathie.Es scheint etwas möglich geworden zu sein, an das ich noch kaum mehr geglaubt habe: Ausgehend von der politischen Isolation, in die ihr euch im Lauf der 80-iger Jahre reinmanövriert habt, der Situation in der Illegalität, die Zielfahndungstrupps auf den Fersen und weitgehend abgeschnitten von konkreter linker Diskussion, zu grundlegenden Veränderungen der Sicht der eigenen Geschichte, gesellschaftlicher Entwicklung und künftiger Orientierung von Praxis zu kommen. So ist in mir auch wieder die Hoffnung gewachsen, daß das Konzept bewaffneter Kampf zu einem mehr integralen Teil des ganzen verschiedenartigen Widerständigen in diesem Land werden könnte.
Dennoch sind eure Angebote gemeinsamer Diskussion nur recht schleppend aufgenommen worden. Auf euer langes Paier vom August 92, schreibt ihr, ist "nicht viel Resonanz" gekommen 2).

Im Folgenden gehe ich davon aus:
1. Wir leben inmitten einer Zeit epochalen Umbruchs.
Das Ende des realen Sozialismus, die nachfolgenden, anhaltenden kriegerischen Zersetzungsprozesse, die sogenannte Wiedervereinigung und die im zweiten Golfkrieg skizzierte "Neue Weltordnung" kennzeichnen den Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Herausforderung kapitalistischer und imperialistischer Unterdrückung.
Dieses Erleben, die Abwahl der sandinistischen Revolution, der Umschlag innergesellschaftlicher Stimmung im hochkommenden Nationalismus und Rassismus, das Auslaufen der Widerstandsbewegungen der 80-iger Jahre (Häuserkampf, Anti-NATO, Wackersdorf, Gorleben, Startbahn West), der Mangel an lebbarer Utopie, führten zu einem spürbaren Rückzug linker Aktivistinnen.
Dieser Trend "zurück ins Privatleben"scheint noch nicht abgeschlossen, muß aber auch keinen endgültigen Charakter haben. Viele Leute sind in Warteposition. Aktuell aber gilt: Nicht nur ihr, auch wir sind weniger geworden.

2. Große Teile der heute in Initiativen tätigen Frauen und Männer kommen aus einer anderen Generation. Sie kennen die Erfahrungen mit dem Staatsapparat aus den 7o-gern und die Bewegungen der frühen 8o-ger Jahre oft nur aus Büchern und Erzählungen. Für sie ist Solidarität mit der RAF keine Selbstverständlichkeit und Anknüpfungslinien sind schwerer auszumachen.
Von Seiten der Aktivistinnen unabhängiger Initiativen und autonomer Gruppen haben sich aus den Auseinandersetzungen in den 80-iger Jahren Brüche gebildet, die ihr offenbar in dieser Schärfe nicht gesehen habt (sehen wolltet ?).

Sprechen wir eine klare Sprache. Solidarisch und uns fordernd. Es sollte von allen Seiten her Schluß gemacht werden mit nebulösen Formulierungen, Vermengungen und Allgemeinplätzen, wie sie zu Hauf auch in euren Erklärungen und denen der Gefangenen zu finden sind. Sondern doch: Wer denkt was und warum ?

Über diesen Text habe ich während seiner Entstehung mit Genossinnen verschiedener Generationen des Widerstands, unterschiedlicher Geschichte und politischer Orientierung diskutiert. Ich habe sie um ihrer Meinung gebeten und Veränderungen vorgenommen. Letztendlich aber gibt dieses Papier meine Auffassungen wieder. 3)

1.) Die Verantwortung vor der eigenen Geschichte

Kurz zumindest möchte ich das Geschichtsverständnis in der bisherigen Diskussion kritisieren.
Was mir aufgefallen ist:
Wie wenig von allen Beiträgen 4), mit Ausnahme von Lutz Taufer 5), bisher auf die Entwicklung in den 7o-ger Jahren kritisch und kontrovers eingegangen wurde. Obwohl doch in diesen Jahren die Grundlagen gelegt wurden für das, was in den 8o-iger Jahren war und heute ist.
Ihr schreibt: "Niemand von uns, die heute in der RAF sind, war vor 84 schon dabei. Das heißt, daß wir gerade über den Anfang der 80-iger, also z.B. die Diskussionen in der Gruppe, die zum Front-Papier geführt haben, nichts sagen können.., und für die gesamten 70-iger trifft das in noch größerem Maß zu" 6).
Tatsache ist doch aber, daß einige von euch schon in den 70-igern in antiimperialistischen Zusammenhängen aktiv waren. Dort wurde sehr wohl die politische Situation, sowie Aktionen und Verlautbarungen der Guerilla diskutiert. Auch das Front-Papier vom Mai 82 (Die Idee: Guerilla und Widerstand - Eine Front.) wurde ausführlich in der antiimperialistischen Szene besprochen.
Ich will sagen: Auch wenn ihr den konkreten Diskusiionsverlauf der Illegalen vor euch nicht gekannt habt, die politischen Vorraussetzungen und die Ergebnisse waren euch bekannt. Mit eurer Entscheidung für die RAF habt ihr euch in eine politische Initiative reingestellt, deren Erfahrungen, Geschichte und Diskussionen sich anzueignen dannschon zu fordern ist.
Es ist auch schwer vorstellbar, daß euch bis heute die damaligen Diskussionsprozesse innerhalb der illegalen Gruppen vor euch unbekannt geblieben sind. So kann ich eure Sätze zu den 70-gern und frühen 80-gern nur als Wegdelegieren von Verantwortung für später gemachte Fehler verstehen. Was nicht nur ein politischer Fehler, sondern auch unehrlich ist.

Ihr schreibt, ihr habt nach 84 versucht, das Front-Konzept in einem ersten Schritt umzusetzen.Dies in einer Situation, als ihr nach den Verhaftungen 84, die Repression im Nacken, die RAF neu aufbauen mußtet. Ihr hattet die Vorstellung,in einem Wettlauf mit der Zeit,in den Metropolen eine Kraft westeuropäischer Guerilla-Gruppen und militanten Widerstandskernen aufbauen zu können 7) , die zusammen mit den weltweiten Befreiungsbewegungen verhindern sollte, daß der Imperialismus es schafft, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Ihr schreibt, ihr habt in mehrfacher Hinsicht unter totalem Druck gestanden. 8)

Tatsächlich wurde der Hungerstreik 85 sehr breit und mit einer großen Anzahl militanter Aktionen unterstützt.Nicht nur, daß die antiimperialistischen Gruppen ein politisch wichtiger Faktor in der konsequenten Linken waren, das Verhältnis unabhängiger, autonomer Aktivitinnen war trotz politischer Differenzen noch im Wesentlichen bestimmt von der Gemeinsamkeit des Kampfes. Die Solidarität mit den Gefangenen war für viele keine Frage. Der Gedanke des Front-Papiers "den Sprung mit beiden Beinen auf den Boden der Situation hier" zu schaffen, bekam Füße - zumindest schien es so 9).

2.) Über Subjektivität und Struktur antiimperialistischer Zusammenhänge

Der subjektive Faktior, die persönliche Entschiedenheit und Entscheidung hat im Konzept RAF eine herausragende Bedeutung. Sieg oder Tod. Diese Parole, ohne die bis heute keine einzige revolutionäre Bewegung von historischer Sprengkraft zustandegekommen ist, klingt für deutsche Verhältnisse geradezu unerhört. 10). Antiimperialistischer Kampf im Zusammenhang RAF der letzten 15- 20 Jahre hatte als subjektive Vorraussetzung die Entwicklung einer Lebenshaltung, des Willens, sich dorthin zu bringen, das Treffen einer Lebensentscheidung.

Schon lange ohne den Wind des Aufbruchs der Studentenbewegung im Rücken war die innere Struktur der in der Legalität lebenden antiimperialistischen Gruppen, genauso wie das Verhältnis zwischen Drinnen und Draußen, Illegalität und Legalität geprägt durch Rigidität, Hierarchisierung der Mittel, informelle Hierarchien und ein autoritäres Gefälle, erfahren als inneres Leiden 11) und innerem Druck, an dem viele zerbrochen sind 12). Andere, wie ich, haben irgendwann voller Widersprüche diese Zusammenhänge verlassen.
Zu all dem gehört für mich aber auch, daß ich diese Strukturen als im persönlichen äußerst genau, fürsorglich handelnd zueinander und in hohem Maße verantwortungsvoll erlebt habe. Es war für mich eine sehr intensive, trotz allem oft auch schöne Zeit. Das, was ich später in anderen Gruppen erlebt habe, war in den Konsequenzen zwar nicht so hart und deshalb eher zu verkraften. Es war aber auch nicht einfach besser,

sondern eben anders. Grund, die eigenen Strukturen zu hinterfragen, haben wirklich alle.

Ihr schreibt:
"Im Kapitalismus ist Hierarchie Teil der Gesellschaftsstruktur, in die jede/r von klein auf gezwängt wird. Wir haben diese Struktur in unseren Zusammenhängen nicht aufgelöst..Durch die starke Orientierung auf Angriff, die fast ausschließliche Orientierung gegen die Projekte und Strategien des Imperialismus, haben wir diese reproduziert. Es waren falsche Wertvorstellungen, die zwischen uns und den Genossinnen und dann wieder zwischen ihnen und Anderen in den legalen Zusammenhängen standen. Guerilla war in dieser Struktur nicht einfach eine besondere Entscheidung zu kämpfen, sondern sie war das absolute..was den höchsten Wert hatte" 13).
Eingesperrt in die Fixierung auf das feindliche System, wird es innerhalb einer solchen Revolutionskonzeption weder im Kleinen noch im Großen verschwinden.Diese Erfahrung als Lernprozeß für alle konkreter und genauer zu machen, finde ich wichtig.

Mitte der 70-ger schrieb Ulrike Meinhof:
"Wir haben allerdings gelernt, daß Illegalität auch das einzige befreite Gebiet im Klassenkrieg ist, in dem menschliche Beziehungen möglich sind.." 14)

Damit bestimmte sie Illegalität nicht nur als Kampfterrain (das in dieser Ausschließlichkeit ursprünglich auch bei der RAF nicht Konzept war), sondern auch als <u>das</u> Terrain, in dem Erfahrungen von Befreiung in dieser Gesellschaft nur möglich sind. Für diesen Bruch, für diese Möglichkeit eines Lebens jenseits des Jeder gegen Jeden, stand das Beispiel RAF, mobilisierte Willensanstrengung und Widerstandsenergie. Da wollten wir hin. 15)
Hunger und Elend in den drei Kontinenten ließen wir dicht an uns heran. Die Kommunikation mit den Gefangenen brachte die Tatsache der weißen Folter, genauso aber auch den unbeugsamen Widerstand aus den Knästen in unsere WG's. Das drängte zum Handeln, konfrontierte uns mit unseren Unzulänglichkeiten, Ängsten, Kleben an Liebgewonnenem, traf auf uns als in der bürgerlichen Kleinfamilie deformierte Individuen mit all den bekannten Unterordnungsreflexen und Streben nach Machtpositionen.
Die polizeilich-geheimdienstliche Einkreisung: Hausdurchsuchungen, andauernde Observation, das Gefühl von Rechtlosigkeit und Ausgeliefertsein - das konnte die alltägliche Wirklichkeit zu einer Erfahrung totaler Kontrolle werden lassen. Freie Diskussion, frische Luft, Widerspruch, war schwierig. Gefordert war Handeln, und wenn das nicht ging, zumindest das Bekenntnis.

1982 schrieb die RAF nach den Erfahrungen der breiten Unterstützung des Hungerstreiks 81 und angesichts des Aufbruchs einer neuen Hausbesetzerbewegung über Fundamentalopposition:
"Da ist nichts mehr von "Systemveränderung" und "alternativen Modellen" im Staat. Sie sind nur noch skurril. Da ist einfach Schluß - und erst hinter dem Ende des Systems wird eine Lebensperspektive vorstellbar". 16)
Die Frage ist nur: Wie lange ist ein solches Leben auszuhalten ? Auch wir brauchen eine positive Substanz zum Leben, soziale Zusammenhänge, auf deren Hintergrund Konsequenz, Entschiedenheit und Gegenleben im Alltag nicht nur heute und morgen möglich sind. Auch sich fordernd, aber ohne diesen Krampf. Unsere Zentren, WG's, Häuser, Volxküchen und Nachtcafes brauchen wir nicht nur zur sozialen Ausweitung, sondern auch als Boden für uns selbst.

3.) Die Air Base - Aktion und die Tötung des GI Pimental

In der Aktion gegen die Rhein-Main Air Base fallen die Fehler der 80-iger Jahre brennpunktartig zusammen. Deshalb einiges dazu.

Ihr schreibt:
"Unsere Aktionen gegen verantwortliche Militärs, Wirtschaftsführer oder Verantwortliche aus dem politischen Apparat waren für viele Menschen nachvollziehbar und moralisch legitim. Sie wurden aus der Schärfe der eigenen Lebenssituation, der eigenen Unterdrückung und Entwürdigung als legitim begriffen und daraus, daß Millionen Menschen wissen, daß die Macht hier für Krieg und weltweites Elend verantwortlich ist. Anders war das mit der Air Base - Aktion - und dem GI, den wir erschossen haben, sowieso - aber auch mit der Aktion selbst. Beides war nicht von hier aus entwickelt, hatte seine Begründung nicht in den Verhältnissen hier und wie sie von den Menschen begriffen werden, sondern sie hatten ihre Begründung im Krieg, den der Imperislismus/die US - Armee in anderen Teilen der Welt gegen die Völker führt. Für die Weiterentwicklung des revolutionären Kampfes hier und seine Verankerung in der Gesellschaft war beides ein großer Fehler." 17)

Was war geschehen ? 18)
Am 8.8.85 um 7.15 Uhr explodierte auf dem Gelände der Rhein - Main Air Base, in direkter Nähe des Headquarters des Military-Airlift-Comand (MAC) ohne Vorwarnung eine Autobombe. Es gab zwei Tote und zahlreiche Verletzte. Schon bald bekanntesich RAF und Action Directe mit dem Kommando George Jackson zu dem Angriff, begründete ihn mit der zentralen Stellung dieses Stützpunktes und bezog sich sogar auf die Startbahnbewegung.
Fünf tage nach der Aktion an der Air Base brachten die Medien groß heraus, daß ein Durchschlag der Kommandoerklärung zusammen mit der ID-Card eines in der Nacht vor der Aktion in Wiesbaden ermordeten GI`s an eine Nachrichtenagentur geschickt worden sei. Kaum jemand mochte glauben, daß die RAF diesen Soldaten umgebracht hätte, um mit dessen Ausweis auf die Air Base zu gelangen.
Fast zwei Wochen rankten sich Gerüchte, Thesen und Spekulationen, getragen von der Überzeugung, gerade auch unter Antiimperialistinnen, daß dies nichts mit der RAF zu tun haben könne, "counter" sei.

Zur Frage der Revolutionären Moral

Dann tauchte eine Erklärung der RAF auf, in der sie sich zur "Erschiessung des Soldaten" bekannte, "weil wir seine ID-Card brauchten, um auf die Air Base zu kommen".Im Weiteren wurde der 19 - jährige GI als "Spezialist der Flugabwehr" bezeichnet und es heißt: "Für uns sind die US-Soldaten in der BRD nicht Täter und Opfer zugleich, wir haben nicht <u>diesen verklärten sozialarbeiterischen Blick</u> auf sie...Nach Vietnam, Libanon, Grenada.. muß jeder GI begreifen, daß er dafür bezahlen wird, Krieg zu führen.."